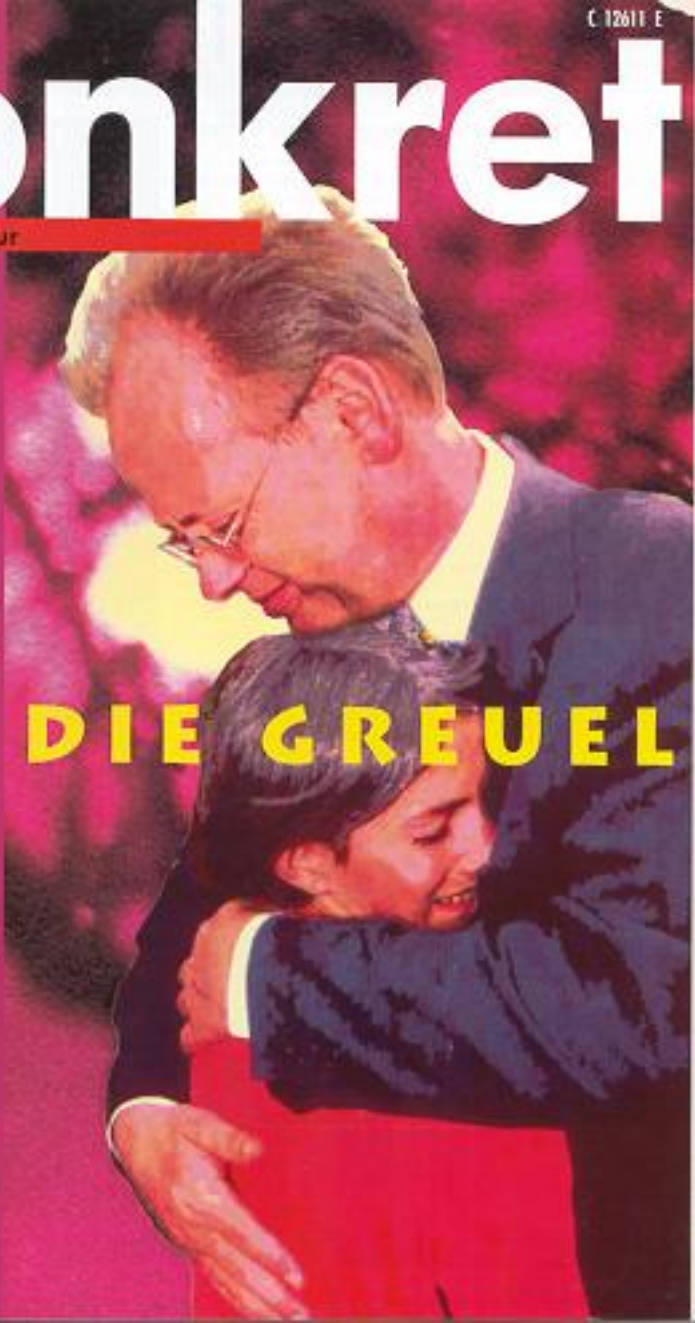
Heft 8 August 1999 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Leichen auf Bestellung: Srebrenica, Sarajevo, Prizren ...
- Deutschland: Über alles oder unter anderem?
- Das System Schröder: Weniger Demokratie wagen
- Bundeswehr: Im Amselfelde unbesiegt
- Holocaust: Ich mahn mal. Du auch?



DIE GREUEL

in konkret August 1999

hier konkret von Christoph Schlingensief
Nach dem gescheiterten Versuch, albanische Flüchtlinge in der Berliner Volksbühne unterzubringen, ließ sich der Theatermacher, Spendensammler und Reichstagskandidat Christoph Schlingensief für das Rahmenprogramm zum Kongreß »Die Zukunft des Kapitalismus« von der Deutschen Bank engagieren. KONKRET erkundigte sich, warum auch diese Aktion gescheitert ist

von konkret

an konkret

Tod durch Erfindung von Hermann L. Gremliza

Jetztzeit von Peter Hacks
Couplets

Herrschaftszeiten

Die Greuel von Jürgen Elsässer
Unter den Augen der Kfor wird das Kosovo ethnisch gesäubert. Und jeden Tag ein Massengrab entdeckt

Srebrenica von George Pumphrey
»Srebrenica war die Wende«, gestand Joschka Fischer dem »Spiegel«, seine Wende vom Kriegsgegner zum Kriegstreiber. Mit dem »Massaker von Srebrenica« und seinen »dreißigtausend Toten« begründete Rudolf Scharping den Angriffskrieg gegen Jugoslawien. »Srebrenica« gilt als Synonym für Auschwitz, als Beweis, daß »die Serben« Völkermörder sind und nichts sie stoppen kann als die Militärmacht der Nato

Verschwiegene Fakten von Jürgen Elsässer

Kosova ohne Roma von Kurt Holl
"Die Kfor eskortiert die ethnische Vertreibung.« Interview mit Kurt Holl, dem Sprecher von Rom e. V Köln

Leichen auf Bestellung von Horst Pankow
Jede Eskalation des Menschenrechtskrieges gegen Jugoslawien wurde mit serbischen Greueltaten begründet – auf zweifelhafter Grundlage

O-Ton
Bomben für Gewaltverzicht

Im Amselfelde unbesiegt von Joachim Rohloff
Wie die Bundeswehr fortsetzt, was die Wehrmacht begann

Ressentiments in Aktion von Gerhard Scheit
Worin sich die psychologische Kriegführung in Deutschland und in den USA unterscheidet

Jenseits von Soll und Haben von Peter Decker
Hat der Kosovo-Krieg sich »gerechnet«? Anmerkungen zum Verhältnis von Ökonomie und imperialistischer Aggression

Stimmvieh und Bauernopfer von Georg Fülberth

Das System Schröder ist viel erfolgreicher, als seine Kritiker ahnen: Über »Rentenbetrug«, Schrottwagen und Scheinselbständigkeit wird die zügige Abschaffung des Parteienstaats fast unsichtbar

Wofür wir stehen von Antje Vollmer
Ein deutsches Dokument: Zum Abschied von Bonn hielt die stellvertretende Präsidentin des Bundestages am 1. Juli eine Rede, die es verdient hat, unwesentlich gekürzt, im wesentlichen ungekürzt, nachgedruckt zu werden

Der Adlat von Karl-Heinz Hansen
Der Erfinder der neuen deutschen Spezialdemokratie wird Kolonialdirektor des Balkan: die märchenhafte Karriere des Bodo Hombach

In diesem Sinne - Gunst & Gewerbe von Gert Ockert

In diesem Sinne - Voodoo mit Bangemann von Michael Schilling

In diesem Sinne - Nicht Belgrad, sondern Ankara von Justus Wertmüller

Zuviel für Uschi von Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe

Fin de partie von Rayk Wieland
Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« ist vorerst am Ende. Die Beteiligten sind es auch

Wir sind resozialisiert von Otto Köhler
Die Bundestagsdebatte um das Holocaust-Mahnmal offenbarte das beinahe schon übliche Ausmaß von Verdrängung, Projektion und Schamlosigkeit

Zu Protokoll
Nachdem der Bundestag das Holocaust-Mahnmal abgesegnet hatte, diskutierten am 28.6. in »Talk vor Mitternacht« (N3) über Wirkung und Werkkunde: Henryk M. Broder, Publizist, Michel Friedman, Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland, Uwe Lehmann-Brauns, kulturpolitischer Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Gert Weisskirchen, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion, Elke Leonhard, Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestags (SPD), Rita Süßmuth, ehemalige Bundestagspräsidentin, und die Initiatorin des Mahnmals, Lea Rosh. Moderation: Hans-Jürgen Börner. KONKRET dokumentiert Auszüge der Debatte

Buch & Deckel von Marit Hofmann
Peter O. Chotjewitz: Das Wespennest. Rotbuch Verlag, Hamburg 1999, 324 Seiten, 38 Mark

Buch & Deckel von Jens Hoffmann

Ein Arsch an der Heizung von Joachim Rohloff
Glücklich, wer aus seiner langen Leitung einen Beruf machen kann. Dem ehemaligen Sponti und heutigen »Spiegel«-Redakteur Reinhard Mohr ist es gelungen

Melodie & Rhythmus von Susanne Messmer
Max Müller: Endlich tot. What’s So Funny About .../Indigo

Melodie & Rhythmus von Holm Friebe
Fink: Mondscheiner. L’Age d’Or

Melodie & Rhythmus von Gerhard Henschel

Rio am Piano I & II. Aus dem Rio Reiser Archiv. BuschFunk

Nicht Wir, sondern wir von Horst Pankow
Eine Replik auf Gerhard Scheits Handke-Erledigung in KONKRET 7/99

filmtheater von Dietrich Kuhlbrodt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/99, S. 3

Christoph Schlingensief

hier konkret

Nach dem gescheiterten Versuch, albanische Flüchtlinge in der Berliner Volksbühne unterzubringen, ließ sich der Theatermacher, Spendensammler und Reichstagskandidat Christoph Schlingensief für das Rahmenprogramm zum Kongreß »Die Zukunft des Kapitalismus« von der Deutschen Bank engagieren. KONKRET erkundigte sich, warum auch diese Aktion gescheitert ist

konkret: Bei Ihrer Aktion »Rettet die Marktwirtschaft, schmeißt das Geld weg!« wollten Sie Geld aus der Portokasse der Deutschen Bank in kleinen Scheinen von der Reichstagskuppel werfen. Als der Deutschen Bank langsam aufging, was Sie vorhatten, ließ sie die verabredete Rahmenveranstaltung zur Tagung ihrer Alfred-Herrhausen-Stiftung platzen und wirft Ihnen nun Vertragsbruch vor. Ist die Marktwirtschaft überhaupt noch zu retten?

Schlingensief: Na hoffentlich – auch wenn die Mitte untergeht, eine unbegrenzte Verschlankung einsetzt, jede Minute 10.000 US-Dollar-Kredite vergeben werden, die Suppe per UPS kommt, alle Organisationen keine Grenze mehr kennen, jede Organisation auch ohne Mitarbeiter auskommt, klein gleich groß ist, die totale Transparenz herrscht, die Selbstbedienungsrevolution und die Revolution der Interaktion zur Effizienz strategischer Allianzen vor der Tür stehen.

konkret: Wurde die Entscheidung der Deutschen Bank wenigstens von der für die Kultur im Konzern zuständigen Brigitte Seebacher-Brandt bedauert?

Schlingensief: Ja, natürlich hat sie das bedauert. Aber nicht nur sie. Ganz viele in der Deutschen Bank haben das bedauert, und vor allem das Guggenheimmuseum in Amerika, weil dieses Bedauern mal wieder erst nach der Entscheidung eingesetzt hat. Das Bedauern vor einer Entscheidung ist mehr wert ist als das nach der Entscheidung. Das nennt man Risiko. Bedauern vor der Entscheidung nennt man Tragödienbewußtsein. Aber das kannten sie leider noch nicht, bzw. sie kannten es schon, weil es jeder Mensch kennt. Und genau deshalb war es ihr Fehler, der ihnen erst jetzt bewußt wird.

konkret: In der »Süddeutschen Zeitung« schrieb einer vor der Entscheidung: »Die Banker holen sich ihren größten Kritiker ins Haus und degradieren ihn zum kleinen Hofnarren«, nach der Entscheidung schrieb ein anderer im selben Blatt: »Schlingensief wollte sich mit seiner Aktion als Hofnarr der Mächtigen inszenieren.« Wer hat recht?

Schlingensief: Ist mir ziemlich egal. Das ist die zweite Stufe der Beurteilung. Die erste Stufe erlebt die Chose selber. Und deshalb macht sie auch Fortschritte. Kennen Sie doch von Ihrem Blatt. Die vielen guten Vorsätze ...

konkret: Was lernen wir aus der Reaktion der Deutschen Bank über die »ethischen Dimensionen des Kapitalismus« und die Tugend des Gewinnstrebens, »um das Wohl aller zu fördern«, von denen auf der Tagung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft der Chef von DaimlerChrysler sprach?

Schlingensief: Es ist einfacher, eine Organisation zu liquidieren, als sie zu verändern. Mehr nicht.

konkret: Sie hatten bei ihrer Aktion Spenden für Jugendtheaterprojekte in Belgrad und Pristina sammeln wollen. Hätte Ihnen als Künstler für den Kapitalismus nicht eine Aktion zur Motivation der deutschen Truppe besser angestanden?

Schlingensief: Wenn Sie zwei Leute haben, die das gleiche denken, feuern Sie einen der beiden. Wozu brauchen Sie unnötige Wiederholungen? Ein dreifach Hoch auf die, die anderer Meinung sind als Sie!

konkret: Haben Sie das Budget von 100.000 Mark schon an die Deutsche Bank zurückgezahlt?

Schlingensief: Die Mitte wird untergehen. Das ist ein Problem der Volksbühne. Ich investiere. Hoffentlich weiß die Deutsche Bank, was sie tut.

konkret: Beim Zappen sind wir neulich in Alexander Kluges Talkshow gelandet und meinten zu hören, wie er zu Ihnen folgenden Satz sprach: »Dafür haben Sie ja auch das Bundesverdienstkreuz bekommen.«

Schlingensief: Ach, dieses Verdienstkreuz. Das erinnert an den Mitarbeiter des Monats bei McDonald's. Eigenverantwortung wird heutzutage kaum noch durch Oberfläche erzeugt. Das ist der alte Aberglaube der Kulturkritik. Schöne Hülle, selbständiger Künstler. Ganz im Gegenteil. Schöne Hülle, Künstler am Ende. Was wir brauchen, sind Staaten im Staat, und das Wort Fusion darf man nicht mit Fusion verwechseln. So ein Bundesverdienstkreuz ist am Ende.

konkret: Tatsächlich sind Sie von der Heilsarmee zum Ritter der Barmherzigkeit ernannt worden. Allerdings beschränkte sich Ihre Barmherzigkeit bisher auf deutsche Obdachlose und albanische Flüchtlinge. Warum tun Sie nichts für die serbischen Flüchtlinge?

Schlingensief: Von Barmherzigkeit kann keine Rede sein. Alle die von Ihnen genannten Ghettos sind der Grundstein der Ökonomie. Lager macht geil. Je härter der Winter, desto härter die Nüsse. Und die Nüsse im Lager sind superhart. Das unterscheidet meinen Ansatz von dem einer Seebacher-Brandt. Für mich gibt es keine Sehnsucht, Grenzen aufzuheben und

dabei im Elfenbeinturm zu sitzen. Mir sind die Eier der Serben genauso lieb wie die der Albaner.

Konkret 08/99, S. 4

von konkret

Wenn ehemalige Auschwitz-Häftlinge, antifaschistische Widerstandskämpfer und Wehrmachtsdeserteure, linke Publizisten und Antifa-Aktivisten sich treffen, um über die Folgen der im Zuge des neuerlichen Krieges gegen Jugoslawien erfolgten Versöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit zu diskutieren, finden das die einen langweilig, weil wenig diskursträchtig, die anderen ätzend, weil viel zu dogmatisch. Die Konferenz »Deutschland wiedergutgemacht«, mit Unterstützung von KONKRET vom »Bundesweiten Bündnis gegen IG Farben« am 2./3. Juli in der Berliner Humboldt-Universität veranstaltet, hat kaum Resonanz in linken Medien gefunden, weil es dort nicht darum ging, ob man gegen den Krieg hätte sein sollen, sondern darum, welche Argumente dabei eine Rolle spielen sollten. Die Eröffnungsdebatte mit Hans Coppi, Hermann Gremliza, Jürgen Elsässer, Tjark Kunstreich, Heiner Möller und Raul Zelik kam gleich auf den Kern der Kontroverse: War dieser Krieg ein deutscher Krieg? Und wenn nicht: Warum hat die Mehrheit der deutschen Kriegsgegner es nicht einmal bis zur alten Parole »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« geschafft? Von dieser Kontroverse waren auch die weiteren Debatten und Vorträge bestimmt. Wer nachlesen will, was der Spanienkämpfer und Auschwitz-Überlebende Kurt Goldstein zu den Vergleichen des Krieges im Kosovo mit Auschwitz zu sagen hat, was der Résistancekämpfer und VVN-Sprecher Peter Gingold zu den Reaktionen auf den Offenen Brief von Holocaust-Überlebenden an die Minister Fischer und Scharping zu berichten weiß, was Otto Köhler zum Kampf um deutsche Menschenrechte, Günther Jacob über die Rechtfertigung des Nato-Krieges mit Auschwitz und Philipp Schink über die Entwicklung Deutschlands vom Täter zum Wohltäter vortrugen, kann dies in einer Dokumentation nachlesen, die Anfang August erscheint (10 Mark inkl. Porto). Bestelladresse: Bündnis gegen IG Farben, Engeldamm 68, 10179 Berlin.

Kleine Anfrage: Mit ganzseitigen Anzeigen in »Republica« und »Corriere della Sera« haben über hundert italienische Intellektuelle, unter ihnen Antonio Tabucchi, Dario Fo, Tomas Maldonado, Gillo Dorfles, Claudio Abbado und Maurizio Pollini gegen den Überfall der Nato auf Jugoslawien protestiert. Initiatoren der Aktion waren Inge und Carlo Feltrinelli, die das Manifest in den Buchhandlungen ihres Verlags zur Unterschrift ausgelegt hatten. Inge Feltrinelli, in den siebziger Jahren Gesellschafterin des Neuen Konkret Verlags, erkundigte sich schriftlich bei ihrem Mitgesellschafter von damals: »Hat es in Deutschland eine ähnliche Aktion gegeben, von der man nichts weiß?«

Das Branchen-Klatschblatt »Kress-Report« über Christoph Scheuring, einen zweimaligen Gewinner des von Gruner+Jahr gestifteten sog. Egon-Erwin-Kisch-Preises, der demgemäß jetzt, wie »Kress« meldet, »der Hummer im Haifischbecken des Springer-Blattes ›Bild‹« ist: *»Ja und?« sagt Scheuring. Bei »Bild« fühle er sich halt wohler als bei »Pardon« oder KONKRET.*

Soweit dadurch der Eindruck entstanden sein sollte, der Gefragte sei es jemals auch bei KONKRET gewesen oder könnte es sein oder werden, ein Hinweis: Er war es nicht, ist es nicht und jene Zukunft, in der KONKRET Beiträge von Leuten abgedruckt hätte, denen man einen Kisch-Preis verleihen kann, liegt Dezennien zurück.

Am 28. August liest Hermann Gremliza auf dem »UZ«-Pressefest in Dortmund-Wischlingen (16 Uhr, Literaturzelt) aus »Express« und »Herrschaftszeiten«.

Vorankündigung: Am 1. September veranstaltet KONKRET im Anschluß an eine Antikriegs-Demonstration im Rahmen eines Friedensfestes in Kooperation mit GWA St. Pauli-Süd e.V. und der Werkstatt 3 am Hein-Köllisch-Platz in Hamburg (St. Pauli) eine Podiumsdiskussion zum Thema »Nie wieder Krieg ohne uns«. Teilnehmer: Günther Jacob, Karl Heinz Roth und Heiner Möller; Moderation: Hermann Gremliza. Genaueres zu Zeit und Ort wird in KONKRET 9/99 bekanntgegeben.

Konkret 08/99, S. 6

an konkret

Braunzonen-Vertreter

KONKRET 7/99: »hier konkret« – Interview mit Erich Schmidt-Eenboom

Der selbsternannte Geheimdienstexperte Schmidt-Eenboom war in den 80er Jahren die rechte Hand Alfred Mechtersheimers, als dieser bereits mitten in der rechtsextremen Szene stand. Schmidt-Eenboom publizierte in der Zeitschrift »wir selbst«, dem Hausblatt Henning Eichbergs, das von einer Gruppe NPD-naher Nationalrevolutionäre gegründet worden war, gemeinsam mit Mechtersheimers »Friedensplattform 87«. Das Impressum der Mechtersheimer-Zeitschrift »Mediatus«, Ausgabe 10/89, nennt Schmidt-Eenboom und den heutigen WDR-Journalisten Jo Angerer (»Monitor«) als Redakteure. Eichberg schrieb in dieser Ausgabe über sein »Europa der Vielfalt«, über die »Volklichkeit« innerhalb seines Zoos und darüber, daß »die ›volkliche‹ Identität für die nordischen Völker von fundamentaler Bedeutung ist«. Der Hamburger Verfassungsschutz sieht Eichberg in seinem Bericht von 1996 als eine Hauptfigur bei der Modernisierung des Rechtsextremismus an. Eichbergs »ethnopluralistisches« Konzept der »Balkanisierung für jedermann« (so der Titel eines grundlegenden Eichberg-Textes von 1980) wurde bei der Zerschlagung der osteuropäischen Staaten zur Praxis. Und jetzt also Schmidt-Eenboom in KONKRET als Kronzeuge? Mir wird schwindlig.

Gemeinsam mit bekannten Nationalrevolutionären wie Herbert Ammon (später »Junge Freiheit«-Autor), Peter Brandt oder Rolf Stolz (der in den 80er Jahren mit etlichen Neofaschisten wg. Wiedervereinigung zusammenarbeitete und heute vor der angeblichen »Überfremdung« Deutschlands warnt) unterzeichnete Schmidt-Eenboom 1989 das »Memorandum für Blockfreiheit und Neutralität«, dessen Forderungen auf ein starkes wiedervereinigtes Deutschland als europäische Hegemonialmacht hinausliefen.

Schmidt-Eenboom schrieb in »Mediatus« 6/89 von der »Friedensbewegung NPD« und fragte allen Ernstes, ob es einen »Antimilitarismus von rechts« gebe, »einen zivilen Nationalsozialismus mit Resonanz«. Zwei »Mediatus«-Nummern später bejahte er dies und druckte zustimmend ein rechtsextremes Propagandaplakat und Leserbriefaufrufe wie »Keine Angst vor Kooperation, aber Vorsicht bei Koalition!«, »Freuen wir uns doch über die nette Brüderlichkeit zwischen links und rechts, die aufzukeimen beginnt!«. 1993 publizierte Schmidt-Eenboom mit seinem Freund Jo Angerer das Buch *Siegermacht Nato* in der rechtsextremistischen »Verlagsgesellschaft Berg«. Deren Chef Gerd Sudholt, so Schmidt-Eenboom später, sei in seinem Friedensforschungs-Institut ein- und ausgegangen.

Als Antifaschisten Schmidt-Eenboom 1993 einen »Braunzonen-Vertreter« nannten, der »den nötigen Abstand zur NPD vermissen läßt« und »Kontakte zu völkischen Gruppen« habe, klagte Schmidt-Eenboom dagegen und verlor vor dem Oberlandesgericht Köln im Namen des Volkes, nachdem seine Anwaltskanzlei in überörtlicher Sozietät mit den Rechtsanwälten Otto Graf Lambsdorff, Arnold Graf von der Goltz, Stephan Prinz zur Lippe, Maximilian Freiherr von Gleichenstein, Peter Prinz zu Hohenlohe-Oehringen, Konstantin Graf Lambsdorff, Bernhard von Braunschweig etc. pp. alles andere als Volk aufgeboten hatte.

Nachdem er von der SPD zu den Grünen gewechselt war – wie schon vorher vom Berufssoldaten der Bundeswehr zum Kriegsdienstverweigerer ohne Zivildienst – , wollte Schmidt-Eenboom 1998 für die Grünen in den Bundestag. Nach einem Bericht der »Süddeutschen Zeitung« vom 19.7.97 belog er hierbei die Partei, aus deren Reihen ihm einst der »Braunzonen-Vertreter« vorgehalten worden war. »Die Vorwürfe sind längst rechtskräftig widerlegt« – obwohl doch er den Prozeß verloren hatte! (Näheres dazu in meinem Buch *Rechte Genossen*, das jetzt im Internet kostenlos abrufbar ist, unter www.snafu.de/~bifff.)

Peter Kratz

Berlin

Innere Mattscheibe

KONKRET 6/99: »Hitler gut!« von Horst Pankow

In Ihrem Artikel komme ich als »passionierter Serbenhasser« vor. Das ist falsch, gemein und ehrenrührig. Niemand, der meine Artikel der letzten acht Jahre – nicht nur im »Freitag« – auch nur oberflächlich oder gelegentlich gelesen hat, kann auf eine solche Charakterisierung kommen. Ich registriere allerdings, daß es für Korrespondenten immer schwieriger wird, sich aus den nationalen Fanatismen dieser oder jener Seite herauszuhalten. Neulich äußerte eine Hörerin in einem Brief an den Deutschlandfunk den Verdacht, ich sei ein bezahlter Agent Belgrads. Nun also »passionierter Serbenhasser« in

KONKRET. So abgebrüht, daß ich beide Verunglimpfungen einfach gegeneinander kürzen könnte, bin ich leider noch nicht.

In diesem Fall handelt es sich um eine fahrlässige Beleidigung, die der Autor nur deshalb ausgesprochen hat, weil es rhetorisch gerade so gut paßte. Er zitiert mich nämlich zustimmend mit meinem Urteil über die UCK. Um dieses Urteil glaubwürdiger erscheinen zu lassen, fügt er hinzu, ich sei als »passionierter Serbenhasser gewiß des antikosovarischen Defätismus unverdächtig«. So schafft man künstlich Evidenz, wo man selber keine Ahnung hat. Ihr Kosovo-Experte hat (und da ist er leider nicht der einzige) nur die von ihm verachtete Presse als Quelle; weil er seine Urteile nie mittels direkter Anschauung prüfen kann, dreht er so lange an anderer Leute Erfahrungen herum, bis auf seiner inneren Mattscheibe ein scharfes Bild erscheint. Ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, als ein Hermann L. Gremliza solche »Argumente« in anderen Zeitungen kühl und grausam sezierte.

Norbert Mappes-Niediek

Lieboch

Bierschaum

KONKRET 6/99: »Stammtisch-Zerlegung« von Georg Fülberth

Politische Stammtischgespräche sind zwar ein geringeres Übel als nix hören, nix sehen und nix sagen, können jedoch das von Fülberth beklagte Wissens- und Theoriedefizit kaum ausgleichen. Dennoch besteht kein Grund für irgendwen, eingedenk unvollständiger Kenntnisse über die Hintergründe der jugoslawischen Tragödie die Nase traurig & beschämt in den Bierschaum zu senken. Daß Jugoslawien seit ca. 1980 ökonomisch in Schwierigkeiten war, mag auf den Wirtschaftsseiten der Presse und in gelegentlichen Kommentaren erwähnt worden sein. Wer die Schwäche des Landes dann nutzte und dabei den wirtschaftlichen Ruin mindestens billigend in Kauf nahm, haben unsere freien Medien wohlweislich verschwiegen. Falls KONKRET damals Informationen dazu geliefert hat, wäre ein Hinweis nützlich: Nicht alle, die KONKRET jahrelang aufbewahren, haben auch ein Archiv dazu.*

Helmut Roth

eine welt laden

Geisenheim

*Den Hinweis gibt die Redaktion gerne: Der von Wolfgang Schneider herausgegebene Band *Bei Andruck Mord. Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg* (konkret texte 12) versammelt auf 264 Seiten alle wesentlichen Beiträge zur Zerschlagung Jugoslawiens, die zwischen 1992 und 1997 in KONKRET erschienen sind. Er kann für 19,80 Mark beim Verlag bestellt werden.

Glatter Unsinn

KONKRET 7/99: »Der Volksgruppenzoo« von Karl Heinz Roth

An einer Stelle haut Roth gewaltig daneben: Ein »brutales serbisches Apartheid-Regime« sei 1989 im Kosovo eingeführt worden, meint er. Glatter Unsinn! Zu keinem Zeitpunkt wurden im Kosovo einer Bevölkerungsgruppe Staatsbürgerrechte vorenthalten – wie das für die Apartheid kennzeichnend war. Und die getrennten Schulen für serbische und albanische Kinder sind doch nun weiß Gott keine Kreation der serbischen Regierung, sondern vielmehr der völkischen Separatisten gewesen!

Hans-Joachim Kahlke

Berlin

Judeus ex machina I

KONKRET 7/99: »Die Linke im Krieg«

Ebermann irrt, wenn er behauptet, daß im real existierenden Staat Israel nur Juden leben. Daß Ditfurth, Elsässer und Gremliza ihrem Gesprächspartner nicht widersprechen, muß daran liegen, daß hier von Israel als einer Projektion die Rede ist.

Ralf Blendowske

Frankfurt a. M.

Judeus ex machina II

KONKRET 5-7/99: Kriegs- und Friedensausgaben

Eingedenk der KONKRET-Stellung zum Golfkrieg traute man sich kaum, die erste Kriegsausgabe in die Hand zu nehmen. Doch surprise! Wenn es nicht um Juden geht, können auch KONKRET-Schreiber wieder klar denken (s.a. KONKRET 7/99: »Die Linke im Krieg«)!

Vera Goran

Hösbach

Konkret 08/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Tod durch Erfindung

Jeder Tote ist einer zuviel. Ein Satz wie ein Grabstein. Er erheischt Ehrfurcht, gebietet Schweigen. Es gibt keinen erhabeneren. Und keinen dümmeren. Keinen perfideren. Einen lebensgefährlicheren auch nicht.

Jeder Tote ist einer zuviel. Das ist die finale Antwort auf die Frage, wieviele Menschen ihr Leben verloren haben und wodurch. Sie macht im Namen der Menschlichkeit die Wahrheit zum Verbrechen. Wer Leichen zählt, nach der Ursache des Todes forscht, entlastet den Mörder, ist Komplize.

»Srebrenica war die Wende«, hat Außenminister Fischer jedem gesagt, der ihn fragte, was ihn zum militärischen Überfall auf Jugoslawien bekehrt habe. Mit dem Ruf, in Srebrenica seien »30.000 Muslime« ermordet worden, hat Kriegsminister Scharping seinen Piloten Feuer frei gegeben. »An der Rampe von Srebrenica« hat der Kulturpolitiker Duve sein Auschwitz entdeckt. Der Literat P. Schneider hat von Zweiflern verlangt, sie sollen erst mal beweisen, daß 7.000 Männer *nicht* ermordet worden seien. Mit ihnen allen sind alle guten Menschen.

»Nie wieder Auschwitz« und darum »Nie wieder Srebrenica« hieß die Parole, unter der das Versprechen »Nie wieder Krieg« gebrochen wurde. Seit dem Ende des Bürgerkriegs in Bosnien steht das Land unter Kontrolle ausländischer, auch deutscher Truppen. Sie haben Zugang zu jedem Fleck, jeder Akte und können ihn ihren Kriminalisten verschaffen. Sie haben in der Gegend um Srebrenica 480 Leichen gefunden. Die Suche nach weiteren ist längst eingestellt. Aber nicht Scharping, der 29.520 Tote erfunden hat, um ein paar tausend Lebenden die reale Existenz nehmen zu dürfen, ist der Lump, auch nicht Fischer, Duve oder Schneider. Ein minderwertiges Subjekt ist, wer die Leichen zählt, ein übleres, wer dabei auf eine Menge kommt, die in einem plausiblen Verhältnis zu den wochenlangen Scharmützeln in jener Gegend steht und eine Erklärung mit dem Einsatz serbischer Himmlers erübrigt.

Wer Morde, auf denen eine gute Tat gründet, in Zweifel zieht, entzieht der guten Tat die moralische Deckung und macht aus einem guten Menschen, der töten muß, um Morde zu verhindern, einen Mörder. Sind an der Rampe von Srebrenica weder 30.000 noch 7.000 in den Tod geschickt worden, schrumpfen Scharpings Aufschrei, Fischers Wende zu ordinärem politischem Kalkül. Bedeutete das Auschwitz, das Srebrenica heißt, nichts als den durch Kriegshandlungen verursachten Tod einiger hundert Soldaten und Zivilisten, gibt es unzählige Auschwitz überall auf der Welt (und nur das eine, das es einmal gab, nicht mehr). Dann wäre im Kosovo tatsächlich ein weiteres Auschwitz entstanden, weil dort vor dem Überfall der Nato etwa ähnlich viele, nämlich wenige, Menschen bei Kämpfen der jugoslawischen Sicherheitskräfte und paramilitärischer Banden mit den völkischen Terroristen der UCK ums Leben gekommen sind.

Schätzungsweise neunzig Prozent der Menschen, deren Leichen bis heute im Kosovo gefunden wurden, sind nach dem Beginn des Nato-Kriegs ums Leben gekommen. Bei denen, die allem Anschein nach nicht in Gefechten gefallen sind, sondern ermordet wurden, dürfte dieser Prozentsatz gegen hundert gehen. Das hat einen Grund, den besser verschweigt, wer nicht als Sympathisant der Mörder gelten will: daß die albanischen Bewohner des Kosovo in dem Augenblick, da alle ihre Sprecher, ob Anführer der UCK oder schlichte Flüchtlinge, die Nato vor den Kameras von CNN zur Bombardierung serbischer Städte anfeuerten, den Status von Kombattanten angenommen hatten – wie zuvor die Bevölkerung jener Dörfer, in denen den Terroristen Unterschlupf gewährt worden war. Es ist dies eine grausame Konsequenz, die seit Jahren schon an der Bevölkerung des Irak exekutiert wird: Weil sie ihren Diktator nicht davonjagen, werden die Iraker als Kombattanten behandelt – man läßt sie an Mangel von Nahrung und Medikamenten sterben oder bringt sie mit Bomben um. (Heute, 20. Juli, wird gemeldet, daß bei einem Luftangriff der USA auf ein Ziel im Süden des Irak 18 Zivilisten, darunter mehrere Kinder, getötet worden sind.)

Die Furcht der kriegführenden Minister, es könnten beim Einmarsch ihrer Truppen in das Kosovo sich weniger Opfer serbischer Greueltaten finden lassen, als für die Rechtfertigung ihrer Bomben auf Schulen, Krankenhäuser, Fabriken, Brücken, Eisenbahnen und Busse nötig, war ebenso begründet wie überflüssig. Gerade daß sie so sehr begründet war, spornte die vierte Gewalt im Staat, die sich in nationaler Not stets als vierte Staatsgewalt bewährt, zu Höchstleistungen an. Wie bombenfest der Minister für Greuelpropaganda da auf seine publizistische Etappe bauen konnte, möge dies Kleinod aus der »Frankfurter Allgemeinen« beispielhaft belegen:

Warum Scharping untertrieben hat

Ob Rudolf Scharping nicht doch übertrieb mit seiner »extremen Rhetorik«? Oder Joschka Fischer mit seiner »Pose« des in die Tragödie geworfenen Politikers ...? Das war nicht die Frage, sondern der Generalverdacht, dem die Bundesregierung und mit ihr sämtliche Vertreter der Nato in den Tagen des Luftkriegs ausgesetzt waren ... Solange die Bilder fehlten, die Rudolf Scharping beschrieb, stand selbst hintan, daß es sich bei Milosevics Politik der »ethnischen Säuberung« nicht allein um eine Völkervertreibung, sondern um einen über zehn Jahre hinweg betriebenen Völkermord handelte ... Jetzt sind die

Bilder für alle zu sehen. Jetzt schaffen ausgerechnet sie die Gewißheit, die man Fernsehbildern gemeinhin gar nicht mehr zutraut. Und es ist nachzuvollziehen, wie sehr Scharping und die Nato-Generale nicht

über-, sondern untertrieben haben. Sie wußten, was geschah. Sie wußten, daß Milosevics marodierende Heerschar ein Srebrenica nach dem anderen schuf ... Doch auf diese Einsicht wird nicht hoffen dürfen, wer das große Schweigen vernimmt, das dem vielstimmigen Lamento gefolgt ist ... Man wünscht sich eine Kritikerabwurfstelle im Hof des ehemaligen Hauptquartiers der serbischen Sicherheitspolizei in Pristina.

Der fromme Wunsch zum Schluß ist eine vielleicht unbeabsichtigte Reminiszenz an die Zeit, da die »Frankfurter Allgemeine« für den Augusto Pinochet die Werbetrommel rührte. Ihm, der die Gewohnheit hatte, Kritiker an Händen und Füßen gefesselt aus Helikoptern über der offenen See abwerfen zu lassen, hätte der Vorschlag gefallen, wie mit Leuten zu verfahren sei, die nicht gestehen wollen, daß Milosevic im Kosovo ein Srebrenica nach dem anderen geschaffen und also mehr als x-mal 30.000 Albaner massakriert hat. (Man mag sich ins Zeug legen wie man will – an den Zynismus eines deutschen Humanisten reicht man nicht hinan.)

Es sind in den jugoslawischen Kriegen viele Menschen gefoltert, getötet, ermordet worden. Jeder war einer zuviel. Und jeder, der von Politikern und ihren Journalisten den vielen unter Berufung auf diese Maxime hinzugelogen wurde, hat die Zahl derer, die sterben mußten, in die Höhe getrieben. Fünfhundert im Kampf Gefallene verlangen Anstrengungen der Diplomatie. Ein Srebrenica (Version Scharping) nach dem andern verlangt Vergeltung, totalen Krieg, bedingungslose Kapitulation. Wer mit Leichen um sich wirft, produziert Leichen.

Der vor Pristina bewiesene Mut der Politik und der Journaille, an jede Totenzahl eine Null zu hängen sowie Art und Umstände des Todes nach politischem Bedarf – als Kollateralschaden, Heldentod oder Mord, im Freiheitskampf, Bürgerkrieg, Massaker oder Genozid – zu definieren, hat Tausende das Leben gekostet und wird es Zehntausende kosten. Denn der Weltkrieg für die Menschenrechte hat eben erst begonnen. Nicht einer von zehn Staaten genügt den ethischen Ansprüchen der humanitären Missionare. Es gibt, sagt der deutsche Außenminister von den »strategischen Konsequenzen« des Kosovo-Krieges »für die deutsche Außenpolitik«, »keine Begrenzung der Verantwortung mehr«. Es kann jederzeit und überall zugeschlagen werden.

Konkret 08/99, S. 11

Peter Hacks

Jetztzeit

Couplets

Abkunft der Liebe
Die Liebe, das weiß jeder, insgesamt
Vom Sinti respektive Roma stammt.

Ufermond
Ein holdes Weib, ein bei mir habendes,
Erhöht die Göttlichkeit des Abendes.

Andererseits
Das Weh der Welt erfährt beträchtliche
Erhellung doch durch das Geschlechtliche.

Im Bett der Liebsten
Zwei Körper bis zur Stimmigkeit verworrn.
Unten wird oben hier und hinten vorn.

Hauptsache Liebe
Für unverloren schätz ich jede Nacht,
Wo schlaflos ich nach deinem Leibe schmacht.

Eifersucht
Ich habe Freunde, denen tut es weh,
Daß ich die Freundin eben lieber seh.

Gartengott
Der Priap steht, nicht mit dem Gartenrot-
schwanz zu verwechseln, von Geblüh umloht.

Vollkommenheit
Die ideale Liebe muß nicht stets
Im Bette enden. Besser wär, sie täts.

Noch immer
Die Liebe, teils mit Balsam, teils mit Scherz,
Teils mit Ekstase füllet sie mein Herz.

Konkret 08/99, S. 11

Herrschaftszeiten

Stalins Kinder

4. Januar, AFP:

Die Kindersterblichkeit in Kuba hat im vergangenen Jahr nach Regierungsangaben den niedrigsten Stand in der Geschichte des Landes erreicht. Wie die kommunistische Parteizeitung »Granma« berichtete, starben 1998 im statistischen Durchschnitt 7,1 von tausend Neugeborenen. Nach Zahlen des UN-Kinderhilfswerks Unesco liegt die Rate in Lateinamerika und der Karibik bei 33 zu tausend und im Durchschnitt der Industrieländer bei sechs zu tausend.

Die Maus, die brüllte

US-Kolumnist Pat Buchanan über Tony Blair als Kriegspremier

Publizistischer Zwischenfall (1)

1./2. April, »Frankfurter Allgemeine« (Feuilleton):

Nach der jüngsten Mitteilung des Bureau of Justice Statistics ist die Population der amerikanischen Strafanstalten bis zum Stichdatum des 30. Juni 1998 um weitere 4,4 Prozent auf nun 1,8 Millionen angestiegen. Der Bevölkerungsanteil der Strafgefangenen in den USA ist fünf- bis zehnmal so hoch wie in Japan. Das Ausmaß der Strafhaft in Amerika ist, wie der »Economist« vom 20. März berichtet, »now unmatched in any democrary, and is greater than even most totalitarian governments have ever attempted« ...

Dabei ist die Kriminalitätsrate während der letzten sechs Jahre, in denen die Gefangenenvermehrung im Durchschnitt 6,2 Prozent jährlich betrug, ständig zurückgegangen. Doch hat sich die Strafdauer verlängert, und die Entlassungen auf Bewährung sind vermindert worden. 400.000 der Häftlinge sind Rauschgiftdelinquenten, ihre Anzahl ist größer als die aller Gefangenen in England, Frankreich, Deutschland und Japan zusammengenommen.

Man muß daraus den Befund einer schweren sozialen Pathologie der einzigen Weltmacht ablesen. Wenn das Festhalten an der Todesstrafe schlichte Barbarei darstellt, so verrät die Massenhaltung von Gefangenen einen totalitären Charakter.

»Bild«-Mädchen des Tages

26. April, »Bildzeitung«:

Sie stand abends vor dem Postamt in Kukes. Gefleckter Kampfanzug, Mütze, kurze schwarze Haare, dunkle Sonnenbrille. Merita (18) ist Kämpferin der Guerilla-Armee UCK. Sie erzählt: »Im Fernsehen und in Zeitungen hatte ich Bilder von UCK-Frauen gesehen. Da wollte ich unbedingt auch hin. Wir UCK-Frauen nennen uns Adler der Freiheit. Wir haben die gleichen Rechte und Aufgaben. In der Frontlinie kämpfen natürlich die erfahrensten Soldaten. Aber jeder Einsatz ist gefährlich. Ich war schon zweimal an der Grenze. Dabei ist eine Freundin von mir gestorben. Sie warnte eine Frau und ihre Kinder vor einem Minenfeld. Dabei wurde sie von Serben erschossen. Meine Familie ist stolz auf mich. Ich bleibe solange bei der UCK, bis der Kosovo frei ist, ein unabhängiger Staat.«

Walesina

11. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Zu einer Anklage von Amtswegen wegen Aufstachelung zum Rassenhaß hat es nicht gereicht. Immerhin fanden sich aber einige Einwohner der Stadt Oswiecim (Auschwitz), welche die mit

Haßparolen gegen die polnischen Juden, das »Weltjudentum« und deren nichtjüdische polnische Lakaien vollgestopften Pamphlete am Zaun des Konzentrationslagers Auschwitz so sehr störten, daß sie Anzeige erstatteten. Wer diese dort anbrachte, weiß wohl nur Switon, der »Herr« des »Kiesplatzes«, einer ehemaligen Hinrichtungsstätte am Rande des KZ. Switon leitet die Aktion, dort Kreuze in Massen aufzustellen, »um es den Juden zu zeigen«, die sich gegen christliche Symbole auf dem Gelände der Gedenkstätte Auschwitz, dem »größten Friedhof des Judentums«, gewandt hatten: Vielleicht war es Switon selbst, der die Plakate aufhängte. Auf jeden Fall sorgte er dafür, daß sie hängen blieben. Im Gespräch

identifizierte sich Switon auch ganz offen mit den antisemitischen Parolen auf den Aushängen. Die Verschwörungsphantastereien des »Solidarnosc«-Kämpfers von einst verweisen auf Alfred Rosenberg und auf den »Stürmer«.

Ich gehe davon aus, daß die Bundeswehr auf fünf Jahre und mehr für Gewaltfreiheit, für Frieden auf dem Balkan einstehen wird.

Rudolf Scharping, Kriegsminister

Real existierende Kaninchen

22. Mai, »Abendzeitung«, Nürnberg:

Osteuropäer als Versuchskaninchen/ Schweizer Pharmafirma testet Medikamente und zahlte dafür Urlaubstaschengeld – Das Unternehmen zahlte ihnen angeblich ein Taschengeld von 1.000 Mark und brachte sie in Hotels unter. Im Gegenzug für den 14tägigen Gratis-Urlaub in der Schweiz probierte die Pharmafirma an Medizinstudenten aus Estland nicht zugelassene Medikamente aus. Die Schweizer Firma, die im Auftrag von Pharmakonzernen neue Medikamente an freiwilligen Versuchspersonen testet, ist sich keiner Schuld bewußt. »Der Einsatz von ausländischen Probanden ist nicht verboten«, so ein Sprecher von VanTX.

Todesstreifen

Ergebnisse der Untersuchung »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – Januar 1993 bis Januar 1999«, herausgegeben von der Antirassistischen Initiative, Berlin:

90 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 67 an den deutschen Ost-Grenzen. 162 Flüchtlinge verletzten sich auf dem Weg in die BRD, zum Teil erheblich. 64 Flüchtlinge begingen wegen der drohenden Abschiebung Selbstmord. 121 Flüchtlinge versuchten sich zu töten und überlebten zum Teil schwer verletzt. 4 Flüchtlinge starben während der Abschiebung, und 58 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen während der Abschiebung, verletzt. 6 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und 212 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. 15 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos. 42 Menschen starben bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, und 368 Flüchtlinge wurden zum Teil erheblich verletzt. Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen mehr Flüchtlinge ums Leben als durch rassistische Übergriffe.

Fischers Auschwitz

25. Mai, »Berliner Zeitung«:

Eine falsche Politik in der Kosovo-Frage hat der deutsche Brigadegeneral a.D. Heinz Loquai den Staaten der Nato vorgeworfen. Eine »pauschale, einseitige Parteinahme gegen die Serben und für die Kosovo-Albaner« sei einer der Gründe, warum die Chancen (für einen Frieden) verspielt würden. Der deutsche Militär war bis Ende März im Rahmen der OSZE direkt mit der Entwicklung im Kosovo befaßt. Loquai zufolge hatte sich die im Herbst 1998 geschaffene OSZE-Mission für den Kosovo – entgegen anderslautenden Darstellungen – durchaus positiv entwickelt. »Die sichtbare internationale Präsenz trug zur Entspannung bei, ließ die Flüchtlinge wieder zurückkehren. Mitte November wurden nur noch wenige hundert in einem Lager künstlich zusammengehalten, um den Medien ein solches Camp vorführen zu können ... Belgrad begann, seine militärischen und paramilitärischen Kräfte wie vereinbart abzuziehen.« In dieser Situation sei jedoch die »UCK überall dort eingerückt, wo die Jugoslawen abgerückt waren«. Belgrad habe darauf wiederholt erklärt, daß dies zu Reaktionen führen werde. Die einseitige Parteinahme der meisten Nato-Staaten gegen die Serben jedoch »ermunterte die UCK« ...

Noch am 18. März, berichtete Loquai, habe das Auswärtige Amt die Lage »so beschrieben: Die Zivilbevölkerung werde in der Regel vor einem drohenden Angriff des jugoslawischen Militärs gegen UCK-Kämpfer gewarnt, allerdings sei die Flucht von Zivilisten vereinzelt durch lokale UCK-Kämpfer unterbunden worden. Eine Massenflucht in die Wälder, so der Bericht, sei nicht zu beobachten.«

Baumeister Walser

27. Mai, »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«:

Im Streit um das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin hat der US-Architekt Peter Eisenman die Bonner Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder kritisiert: »Daß die neue Regierung jetzt noch mitmischt, hätte nicht sein müssen«, sagte Eisenman ... Die Intervention von Kulturminister Michael Naumann (SPD) wertete der Architekt als ärgerlich. Naumanns Initiativen in dieser Frage seien nur das »Deckmäntelchen für den Protest von Schröder oder sonstwem« gewesen. »Die mochten das Projekt nicht. Aber gerade, als sie das sagen wollten, kam die Walser-Debatte auf, und jeder war als Antisemit verschrieen, der gegen das Mahnmal war.«

Gesundheitsreform rotgrün

28. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Viele deutsche Krankenhäuser wollen sich verstärkt um Privatpatienten aus dem Ausland bemühen. Die Kliniken haben vor allem reiche Araber und Osteuropäer im Auge, gründeten dafür extra ein Kuratorium zur Förderung deutscher Medizin im Ausland. Mit der Einnahme sollen Etatverluste durch die Gesundheitsreform ausgeglichen werden.

Publizistischer Zwischenfall (2)

17. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Pit Schnitzler ging kritisch mit den Medien ins Gericht und sprach von einer »Verwilderung der journalistischen Sitten«. »Krieg bringt Quote«, sagte der SAT.1-Korrespondent. Angesichts der Informationsbeschleunigung nehme der Konkurrenzkampf und damit der Druck auf die Reporter zu. »Heute reicht es aus, wenn es auf den Malediven ein Gerücht gibt, daß es im Kosovo Konzentrationslager gibt.« In TV-Anstalten regiere der Grundsatz: »Sachkenntnis trübt die Urteilsfähigkeit«, urteilte Schnitzler sichtlich desillusioniert.

Fischers Freunde (1)

21. Juni, Springer Auslands-Dienst:

Jahrelang ist sie von der jugoslawischen Armee gejagt worden, doch nun gewöhnt sich die Kosovo-Befreiungsarmee UCK Methoden an, die denen der serbischen Sicherheitskräfte in nichts nachstehen. Einer der wohl schlimmsten Vorfälle war der Überfall einer versprengten UCK-Gruppe auf das alte serbisch-orthodoxe Kloster Devic. Ein UCK-Trupp war in der festen Überzeugung in das Kloster eingedrungen, daß dort gewaltige Schätze versteckt werden. Als sie jedoch nichts fanden, zertrümmerten die Eindringlinge den Altar, zerschossen die Heiligenbilder ... Schließlich griffen sie sich die jüngsten Nonnen und vergewaltigten sie wiederholt in der Sakristei. In der benachbarten Klosterkapelle wurden sieben andere Nonnen und die Priester gezwungen, das Schreien der Geschändeten mitanzuhören. Vier Tage lang wüteten die UCK-Männer in dem Kloster.

Der Vizekönig

22. Juni, »Hamburger Morgenpost«:

Der Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete im Kosovo und in Serbien wird nach Schätzung des Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank, Wolfgang Roth, etwa 100 Milliarden Mark kosten. Die UCK sei aber beim Wiederaufbau kein Partner: »Das sind Clans, und wenn man denen das Geld gibt, kann das völlig schiefgehen.«

Ich habe mich immer gewundert, wie wenig wahrgenommen worden ist, daß die Entscheidung zum Krieg eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hat

---

Gerhard Schröder, Kriegskanzler

Fischers Freunde (2)

22. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Prizren – Im Priesterseminar der serbisch-orthodoxen Kirche bewachen Bundeswehrsoldaten 50 Serben, albanische Christen und Zigeuner. Die meister von ihnen sind Greise und Greisinnen, einige sind schwer verletzt ... Diez Kleine, ein Arzt aus Berlin, kümmert sich um die Verletzungen. »Das hier ist ein Bajonett-Stich«, erklärt Kleine, als er einem Grauhaarigen den Rücken desinfiziert. Einem 80jährigen Serben behandelt Kleine eine Kopfverletzung oberhalb der Schläfe. Ursache: ein Schlag mit einem Beil. »Die UCK kam in mein Haus«, erzählt der Alte, »es waren 20 Männer und

Frauen. Sie haben uns alles weggenommen.« Ein paar Betten weiter liegt ein Pensionär, dem man mit Gewehrkolben in den Unterleib und die Brust schlug. Der Oberkörper ist blau und gelb verfärbt ...

Die Mißhandlungen der Serben sind nicht nur Racheakte der Albaner. In Prizren operieren Banden, die aus Kukes kommen sollen. Mit Transportern durchkämmen sie nachts die Straßen, brechen Wohnungen auf und plündern.

Fischers Nachhaltigkeit

23. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Nach amerikanischer Einschätzung wird es noch drei bis fünf Jahre dauern, bis sich die Menschen im Kosovo wieder ohne Angst vor Sprengkörpern bewegen können. Bei der Räumung von Munition waren am Montag zum erstenmal Angehörige der Kfor-Friedenstruppe ums Leben gekommen. Die beiden Soldaten der britischen Gurkha-Eliteeinheit wurden Opfer von Nato-Streubomben. Die Splitter dieser Waffe reißen entsetzliche Wunden. Streubomben, im Militärjargon CBUs (Cluster Bomb Units) genannt, bestehen aus einem Behälter, der vom Flugzeug aus abgeworfen wird, sowie dem darin befindlichen »Submaterial«. Der Typ CBU-87 beispielsweise öffnet sich in einer bestimmten Höhe und setzt mehr als 200 kleine Bomben oder Minen in der Größe eines Golfballs oder einer Getränkedose frei, die sich über eine Fläche in der Größe mehrerer Fußballfelder verteilen. Sie sollen Militärfahrzeuge, Panzer oder am Boden stehende Flugzeuge zerstören. Rund zehn Prozent dieses »Submaterials« explodieren nicht und gefährden Zivilisten.

Neues Denken

25. Juni, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Bürger kommunistischer Länder waren vor der Wende besonders glücklich und sind nun besonders unglücklich. Diese Ansicht vertritt jeder zweite Bewohner der zentral- und osteuropäischen Reformländer, in der Ukraine beträgt der Anteil der »Kommunismus-Nostalgiker« sogar zwei Drittel. Diese Ergebnisse finden sich in einer Studie, die der Wiener Moraltheologe Paul Zulehner vorgelegt hat. Frauen sind der Studie zufolge häufiger »nostalgisch« als Männer. Vor allem Menschen mit sehr hohem oder sehr niedrigem Bildungsstand sehnen sich nach dem Kommunismus zurück.

Fischers Freunde (3)

28. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Mord, Vergewaltigungen, Plünderungen: In Prizren herrscht Anarchie ... Fast täglich erhält die Kfor Informationen, daß UCK-Angehörige versuchten, die letzten Zurückgebliebenen (Serben) gewaltsam zu vertreiben. »Vor wenigen Tagen kam ein Mann hierher, der seine Frau mit einer Axt im Kopf aufgefunden hat. Er war nur eine Stunde zum Einkaufen weg, und in dieser Zeit wurde sie getötet«, sagt Feldwebel Kurt Wittenbrink.

Fischers Freunde (4)

29. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Prizren – Plötzlich über Funk die Meldung: UCK-Leute schlagen im Zigeunerviertel wahllos Leute zusammen ... Die Soldaten werden in die Wohnungen der Opfer geführt. Wimmernd liegt ein Mann auf einer Couch, den Rücken voller Striemen, der Kopf verbeult. Eine Mutter zeigt ihr zwei Jahre altes Baby: Es hat einen großen Bluterguß auf der Stirn. Mit einem Gewehrkolben hätten die UCK-Leute es geschlagen, sagt die Frau. Die deutschen Soldaten reagieren entsetzt: »Diese miesen Feiglinge«, sagt ein junger Berliner leise.

Drei Sinti-Männer sind aus ihren Wohnungen geholt und in einem Keller gefoltert worden. Sie können den Bundeswehrsoldaten den Ort unabhängig voneinander genau beschreiben. Es ist der Keller der zentralen Prizrener UCK-Kaserne, in der vor zwei Wochen schon einmal eine Folterkammer ausgehoben wurde ...

Mit zehn Mann fahren die Soldaten zur UCK-Kaserne. Dort halten sich etwa 60 Kosovaren in Uniform auf. Im Keller finden die Kfor-Männer alles, was die Sinti beschrieben hatten: eine Maske, einen abgeschnittenen Gartenschlauch, Nadeln und Blutspuren an der Wand.

»Wir haben Beweismaterial gefunden, wie soll ich verfahren?« funkt der Hauptfeldwebel an die Zentrale. Die Antwort: Personalien aufnehmen, dann die Männer laufen lassen.

Der Krieg ist aus (1)

29. Juni, AP/DPA:

Die Kriminalität von Kosovo-Albanern in Deutschland hat nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) »ernstzunehmende Ausmaße« angenommen ... Mehrere Balkan-Experten erklärten im SWR-Magazin »Report«, Gewinne aus Straftaten flössen auch der Kosovo-Befreiungsarmee UCK zu.

Antimilitaristinnen wie ich

Angelika Beer, kriegspolitische Sprecherin der Grünen, 1995

Bombenerfolg

2. Juli, »Junge Welt«:

Nach jugoslawischen Angaben wurden während der Nato-Bombardierungen mehr als 50 chemische Fabriken, zwei der drei Erdölraffinerien und mehrere Dutzend Treibstofflager vernichtet. In Schutt und Asche gelegt wurde die Autofabrik in Kragujevac, ein Unternehmen der Luftfahrtindustrie in Pancevo sowie Metallunternehmen in Rakovica, Nis, Kursumlija, Krusevac und Valjevo. Dazu kommen Heizkraftwerke, Brücken, Einsenbahnlinien, Fernsehsender und Sendeanlagen, Flughäfen, Straßen, Autobahnen, Regierungsgebäude, Schulen und Hunderte von anderen öffentlichen Gebäuden. Regierungsamtlichen Zahlen zufolge wurden ferner etwa hundert Krankenhäuser und medizinische Zentren und Zehntausende von Wohnungen mehr oder weniger schwer beschädigt ... Nach Einschätzung unabhängiger jugoslawischer Wirtschaftswissenschaftler hat der elfwöchige Nato-Luftkrieg gegen Jugoslawien Schäden in Höhe von 29,6 Milliarden Dollar angerichtet.

Fischers Splitter

1. Juli, »Frankfurter Rundschau«:

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch seien im Kosovo nach Ende der Bombardierungen bereits mehr als 60 Menschen durch Unfälle mit Nato-Splitterbomben gestorben.

Volksaufklärung 1

2. Juli, »Frankfurter Rundschau«:

Die USA haben fast 6.000 Dokumente freigegeben, die Gewalttaten in Chile nach dem Putsch von General Augusto Pinochet 1973 belegen. Den Papieren zufolge lagen dem US-Geheimdienst CIA unmittelbar nach dem Sturz des chilenischen Präsidenten Salvador Allende Beweise für schwerste Menschenrechtsverstöße unter Pinochets Militärdiktatur vor. Offenbar seien in den Jahren ab 1973 2.000 bis 10.000 Menschen getötet worden. Die Unterlagen zeigten eindeutig,

daß die USA genau über die Lage informiert waren, sagte ein Sprecher der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Die Frage sei nun, warum die US-Regierung sich dazu nicht geäußert und das Militärregime unterstützt habe.

Volksaufklärung 2

2. Juli, »Evangelischer Pressedienst«:

Der Medienbeauftragte der OSZE, Freimut Duve, hat Verständnis für die Informationspolitik der Nato während des Kosovo-Krieges geäußert. Die Allianz habe wie eine Firma operieren müssen, die am Erfolg gemessen werde, erklärte Duve in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift »Evangelische Kommentare«. Dazu gehöre nicht zuletzt die entsprechende Propaganda. Fehler habe die Allianz nur einräumen können, wenn der Gegner dadurch nicht gestärkt wurde. Das Bündnis könne sich insofern »bei kriegerischen Einsätzen nicht demokratisch verhalten«, sagte Duve.

Ein Nachdenklicher

7. Juli, »Hamburger Abendblatt«:

Vier Sterne General a.D. Klaus Naumann übte scharfe Kritik an der politischen Führung der meisten Staaten, den Einsatz von Bodentruppen von vornherein auszuschließen. »Wer sich entscheidet, Krieg als Mittel der Politik zu nutzen, muß bereit sein, eigene Verluste hinzunehmen«, forderte Naumann und setzte noch eins drauf: »Was hätte dagegen gesprochen, ein Panzerbataillon in Mazedonien im scharfen Schuß üben zu lassen? Für die Jungs in Belgrad wäre der Klang von 120-Millimeter-Kanonen zehn Kilometer von ihrer Grenze entfernt ein Signal zum Nachdenken gewesen.«

Schmelz in Rotgrün

8. Juli, »Frankfurter Rundschau«:

Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen. Der deutsche Konzern muß sich vorhalten lassen, Zwangsarbeiter beschäftigt und von den Nationalsozialisten geraubtes Zahngold eingeschmolzen zu haben. Die Anwälte (der Bundesregierung) verweisen auf »das souveräne Interesse der Bundesrepublik«, Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.

Post festum

12. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Im Verfahren gegen zehn Nato-Staaten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag haben jugoslawische Vertreter die gescheiterte Vereinbarung von Rambouillet mit dem Münchner Abkommen von 1938 verglichen. Die Nato habe – ebenso wie einst Hitler – auf völkerrechtswidrige Weise versucht, Milosevic zur Unterschrift zu zwingen ... Der rechtlich nicht wirksam gewordene, aber politisch wirksame Annex B der gescheiterten Übereinkunft sah die Stationierung von Nato-Streitkräften vor, die weitgehende Befugnisse gehabt hätten. Dazu gehörten unbeschränkte Durchmarsch- und Bewegungsrechte in ganz Jugoslawien sowie Festnahmerecht für Nato-Angehörige. Derartige Befugnisse für fremde Truppen schränken die Souveränität eines Staates ein. Eine Stationierung gegen den Willen des betroffenen Staates kommt grundsätzlich nur mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates in Frage, dessen Resolutionen für alle Staaten bindend sind. Eine andere Möglichkeit ist die Einwilligung des Staates, in dem stationiert werden soll. Im Fall des Rambouillet-Abkommens lag weder das eine noch das andere vor ...

Freilich liegen die Umstände des gescheiterten Abkommens weiter im dunkeln ... Auch wenn hinter dem Abkommen ohne Zweifel humanitäre Absichten standen, so bleibt etwas Wahres an dem Befund, kein Staat, der auf seine Souveränität bedacht sei, könne einen derartigen Vertrag unterzeichnen ... Dennoch bleibt es dabei, daß niemand zum Abschluß eines Vertrages gezwungen werden darf, einer Vereinbarung zumal, die eine Besatzungsherrschaft zum Gegenstand hat.

Fischers Freunde (5)

13. Juli, DPA:

Der Uno-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, Jiri Dienstbier, warnte vor der Bildung »krimineller Strukturen« im Kosovo. Das derzeit größte Problem seien nicht »die Brandstiftungen in einzelnen Häusern, sondern die Entwicklung organisierter, terroristischer, krimineller Strukturen«, sagte er in Pristina. Aus den USA seien Schwerverbrecher eingereist, die offiziell der kosovo-albanischen Untergrundmiliz beigetreten seien. Beweise für serbische Kriegsverbrechen sammelt derzeit die Chefanklägerin des Uno-Tribunals Louise Arbour in der Region.

Konkret 08/99, S. 14

Jürgen Elsässer

Die Greuel

Unter den Augen der Kfor wird das Kosovo ethnisch gesäubert. Und jeden Tag ein Massengrab entdeckt

»D-Day im Kosovo – der Tag an dem die Deutschen kamen«, überschrieb der Berliner »Tagesspiegel« seine Reportage zum Einmarsch der Bundeswehr in Prizren am 12. Juni. Walter Kempowski fand im »Spiegel« die deutsche Imitation sogar gelungener als das D-Original: »Das letzte Mal, daß ich kämpfende deutsche Soldaten sah, war im April 1945, und sie kämpften nicht, sie hetzten durch die Straßen von Rostock, mit offenem Kragen, Waffen weggeworfen – die Russen standen vor der Stadt ... Nun die Bilder aus dem Kosovo, Bilder von kanonenschwenkenden Ungetümen im Gegenlicht, Panzer mit schwarzem Kreuz ... von Bevölkerung bejubelt. Soldaten mit Stahlhelmen, die sich neuerdings ... den alten deutschen Helmen in ihrer Form annähern, rheinisch und sächsisch sprechende Männer, Bayern und Mecklenburger nebeneinander, ein einig Volk von Brüdern ...«

Die Riefenstahl-Ästhetik der TV-Bilder ist das eine, doch nichts übertrifft die erotische Spannung vor Ort, wie sie der Voyeur Matthias Rüb von der »Frankfurter Allgemeinen« bei der militärischen Penetration von Prizren gespürt haben muß: »Die Stadt flirrt förmlich vor Erregtheit. Die Menschen sind jede Sekunde zum Jubeln bereit ... Am Montag war die kosovo-albanische Befreiungsarmee (UCK) im Triumphzug von den Wäldern in die Stadt ... herabgestiegen und hatte sich bejubeln lassen. In der Nacht zum Sonntag schließlich waren die ersten Panzer und Lastwagen der Nato-Truppe Kfor in Prizren einmarschiert, mit flatternden deutschen und bayrischen Fahnen. Jeden Tag gab es für die Albaner in Prizren – und es leben vor allem Albaner in der malerisch gelegenen Stadt im Südwesten des Kosovo – etwas zu feiern ... Fast könnte man von einem neuen Idyll in Prizren sprechen.« In einen Nebensatz drückt der Reporter aus, was der Grund der ganzen Euphorie ist: »... nur daß die Serben fehlen, die einst etwa zehn Prozent der 100.000 Einwohner des Gemeindebezirks stellten.«

Aber wieso sollte man sich die Party auch von der Vertreibung der Serben vermiesen lassen? Insgesamt sind von knapp 200.000 Kosovo-Serben »75.000, wenn nicht 100.000« (»Frankfurter Rundschau«, 3. Juli) seit dem Nato-Einmarsch geflohen, in den zwölf Monaten vor dem Krieg – so erfuhr man am 22. Juni beiläufig aus der »FAZ« – waren es auch schon »bis zu 50.000« gewesen. »Nur auf den ersten Blick gleichen die serbischen Trecks den albanischen«, denn bei den abziehenden serbischen Truppen erblickt die »FAZ« nur »die Fratze des absolut Verworfenen, der höhnisch grinsend und mit obszöner Triumphgeste, die Designerbrille im Haar und die Kippe im Mundwinkel, den Schauplatz seiner Verbrechen verläßt«.

»Ein wenig anders ziehen sie davon, als sie einmarschiert waren, damals bei Nacht und Nebel, brandschatzend und auch mordend von Haus zu Haus, und nun ziemlich wohlgeordnet und frech am hellichten Tag – irgendwie hätte man eine demütige Haltung erwartet«, findet Kempowski. Die kaum verhohlene Lust, die fehlende Demut durch Demütigung zu erzwingen, läßt sich mit einem G-3 natürlich besser befriedigen als mit dem Laptop. Bereits am ersten Einsatztag hatten die Deutschen in Prizren zwei Serben erschossen. »Auf unserer Seite ein Kratzer, die andere Seite ist ausgeschaltet worden«, kommentierte Oberstleutnant Dietmar Jeserich.

Wie die ethnische Säuberung betrieben wird, wurde spätestens am 18. Juni deutlich. In einer ehemaligen Polizeistation in Prizren entdeckten Kfor-Soldaten einen Folterkeller, der aber, da von der UCK und nicht von den Serben eingerichtet, in der »Hamburger Morgenpost« hanseatisch-sachlich als »UCK-Gebäude mit Gefangenen« firmiert. Die Schergen wurden auf frischer Tat ertappt: Die zehn bis 15 Gefangenen wiesen schwere Folterspuren am ganzen Körper auf und bluteten, ein Siebzigjähriger war zu Tode gequält worden und hing noch gefesselt auf einem Stuhl. Korvettenkapitän Hanns-Christian Klasing nahm’s gelassen: »Die etwa 30 Kämpfer, die drinnen waren, sind den örtlichen UCK-Autoritäten übergeben worden.«

Während die Bundeswehr von 12. bis 20. Juni jeden Tag Schußwaffeneinsätze gegen Serben meldet, wird die UCK als Partner hofiert. Sechzig russische Zivilisten, die als ausländische Mitkämpfer der Serben gelten, werden aus Prizren ausgewiesen, die ausländischen Hiwis der UCK, von denen viele, wie die »FAZ« berichtet, »kein Wort Albanisch verstehen«, dürfen bleiben. UCK-Milizionäre durften in Prizren ein »filigranes Polizeisystem« (»Spiegel«) aufbauen, in der Kfor-Chronologie der Hardthöhe ist am 5. Juli von 200 von der deutschen Kommandantur zugelassenen UCK-Militärpolizisten die Rede.

Waffen sollen die UCKisten nach einem Abkommen vom 21. Juni zwischen Kfor-Kommandant Michael Jackson und UCK-Chef Hashim Thaci zwar nicht mehr offen tragen, aber die im Waffenstillstandsabkommen mit Belgrad völkerrechtlich verbindlich zugesicherte Entwaffnung der Guerilla kommt nicht vom Fleck. Lapidar schreibt die Bundeswehr dazu im bereits zitierten Chronologie-Eintrag von Anfang Juli: »Die Personalstärke der UCK in den Sammelräumen im Bereich des deutschen Sektors beträgt rund 1.700 Mann ... Bislang wurden 262 Waffen von der UCK

abgegeben, schwere Waffen befinden sich kaum darunter.« Mit anderen Worten: 80 Prozent der Guerilleros haben ihre Waffen noch. Vermutlich ist der Anteil noch weitaus höher, wenn man sich nicht von der angegebenen Personalstärke von 1.700 Mann bluffen läßt: UCK-Sprecher Jakup Krasniqi bezifferte kurz nach dem Nato-Einmarsch die Zahl der UCK-Kämpfer auf 30.000; das wären, bei gleichmäßiger Verteilung, 6.000 in jeder der fünf Kfor-Besatzungszonen.

Daß die Kumpanei mit Terroristen keine deutsche Spezialität, sondern die generelle Linie der Kfor ist, belegt der Umgang mit dem UCK-Führer Thaci. Als der Balkanreporter der »New York Times«, Chris Hedges, am 25. Juni berichtete, daß ihm gegenüber »gegenwärtige und frühere Kommandeure« der UCK Thaci und zwei seiner Leutnants des Mordes an einem halben Dutzend rivalisierender UCK-Offiziere bezichtigt hatten, war das für die Nato keineswegs ein Grund, den Fall an die große Glocke zu hängen oder gar das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag einzuschalten. Das seien »keine substantiellen Anschuldigen«, wiegelte Albrights Sprecher James Rubin ab.

Und doch demonstrieren insbesondere amerikanische und britische Kfor-Soldaten, im Unterschied zu den Deutschen, das sprichwörtliche »robuste« Verhalten nicht nur gegenüber den Serben, sondern wenigstens ab und zu auch gegenüber den Albanern. So lieferten sich GIs am 28. Juni »ein heftiges Feuergefecht mit Einheiten der UCK« (»FAZ«), am 10. Juli kam es zu heftigem Schußwechsel in Gnjilane, amerikanische Kfor-Soldaten hoben ein UCK-Gefängnis aus und nahmen – anders als die Deutschen in Prizren – die anwesenden Schergen in Gewahrsam. Am 3. Juli erschossen britische Kfor-Einheiten in Pristina zwei Mitglieder eines albanischen Lynchmobs, der unterwegs zu serbischen Wohnvierteln war.

Es gibt also gute Gründe dafür, daß eine UCK-Polizistin in Prizren ihren deutschen Kollegen »Ihr seid die Besten« zurief (»Frankfurter Rundschau«) und der UCK-Bürgermeister in Mitrovica in der französischen Zone stöhnte: »Ich wollte, die Deutschen kämen!« (»Spiegel«). Und es gibt gute Erinnerungen, wie die des Maslom Bokshi, eines von den Serben entlassenen Bankdirektors und Unternehmers aus Urosevac, den die »Welt« zitiert: »Als die Gestapo damals hier war, war alles besser. Wir haben durch sie die Freiheit bekommen.«

Jetzt wird alles wieder gut: Allein in der Zeit bis 27. Juni konnte die deutsche Kommandatur in Prizren Hinweise auf 300 Schwerverbrechen verzeichnen (»Hamburger Abendblatt«). Der »Spiegel« bilanzierte die ersten vier Wochen deutscher Besatzung in Prizren so: »Systematisch vertreiben und berauben albanische Kriegsgewinnler Serben und Roma, besetzen deren Häuser oder zünden sie an.« Selbst ein hartgesottener Serben-Hasser wie Rupert Neudeck war bei einem Besuch in der deutschen Zone geschockt. »Fünf weitere Häuser von Serben und Roma wurden in Prizren und der Umgebung letzte Nacht niedergebrannt. Und was tut das deutsche Kfor-Kontingent? Es verteilt über 2.000 Pakete mit Zivilkleidung an Mitglieder der UCK, die Kleider im Überfluß hat.«

Nur der unermüdliche Erich Rathfelder von der »Taz« hat wieder einmal ganz etwas anderes gesehen und für die Wiener »Presse« aufgeschrieben: »In der deutschen Zone ist es bisher ganz gut gelungen, Ordnung zu schaffen ... In Prizren ... brennen keine Häuser ... Die Serben können sich vor Racheakten der kosovo-albanischen Rückkehrer sicher fühlen ...«

Massengräber, Gotteskrieger und Gelehrte

Je mörderischer es heute im Kfor-Protektorat zugeht, um so wichtiger ist es, das Interesse der Öffentlichkeit auf die gestrigen Verbrechen der Serben zu lenken. Ein »mit Massengräbern übersätes Kosovo« hätten die abziehenden Milosevic-Truppen hinterlassen, konstatierte die »Frankfurter Rundschau«, und David Gowan, der Sprecher der britischen Regierung, konstatierte auf die Frage nach den Opfern der Serben sogar: »Es ist sehr schwierig, eine Gesamtzahl zu nennen, aber klar ist, daß sich ein wesentlich schlimmeres Bild ergibt, als wir es erwartet hatten.«

Eine Lüge: Denn die Zahl von 10.000, die Politiker und Medien mittlerweile recht einvernehmlich für die mutmaßlich von Serben Massakrierten angeben (z. B. der britische Außenminister Cook, der deutsche Kulturminister Naumann), ist keineswegs größer als die während des Krieges verkauften Opferzahlen – damals wurde immer wieder von 100.000 verschwundenen und höchstwahrscheinlich getöteten jungen kosovarischen Männern berichtet. Auf die Zahlenimplosion angesprochen, erklärte Kenneth Bacon, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, lapidar: »Ich glaube nicht, daß man sagen kann, das Töten von 100.000 sei zehn mal moralisch verwerflicher als das Töten von 10.000.«

Aber auch die Zahl von 10.000 Toten macht einige Mühe. Hilfreich ist dabei der Umstand, daß für das US-Außenministerium »als Massengrab jede Grabstelle gilt, in der mehr als eine Leiche liegt« (»MoPo«, 18.Juni), die Öffentlichkeit jedoch bei »Masse« stets an Zahlen über hundert denkt. Das erleichtert die Hochrechnung: Die »Gesellschaft für bedrohte Völker« will von 65 Massengräbern wissen, das US-Außenministerium von 85, Scharpings Staatssekretär Wichert von 95, Kulturstaatsminister Naumann von 100. (Oft weiß die linke Hand nicht, was die rechte fingert: So dementierte sich das britische Außenministerium, das am 17. Juni erstmals von »mehr als 100« Massengräbern gesprochen hatte, kurz darauf indirekt selbst, indem es eine Karte mit 50 Massaker-Orten veröffentlichte.)

Real gefunden wurden bis zum 14. Juli neun Massengräber (in Kacanik, Hallac i Vogel, Ribar, nahe Prizren, Koronica, Velika Krusa, Celina, Bela Crvka, Nogovac) mit insgesamt 584 Leichen. Daneben enthält die Übersicht »Eine Topographie des Schreckens« der »Taz« vom 17. Juni weitere 17 Orte, »aus denen von Massenerschießungen *berichtet* wurde«, wo also

noch keinerlei Grabungen diese Berichte verifizieren (oder falsifizieren) konnten. Ob dort und in fünf weiteren, später kolportierten »Massengräbern« wirklich die 3557 Toten verscharrt sind, auf die man bei einer Addition der jeweiligen Maximalangaben kommt, muß einstweilen offen bleiben.

Selbst die von den Chronologen als sicher gebuchten 584 Leichen sind nur zum Teil tatsächlich vorhanden. So schrieb die »Taz« zu den von ihr berichteten drei Massengräbern in Koronica, daß diese 150 Tote »enthalten *sollen*«. »Bewohner des Dorfes Korenica *glaubten*, daß ... 120 Menschen, die von Serben getötet wurden, verscharrt seien«, schränkte die Zeitung »15 Uhr aktuell« (Ausgabe Hamburg) am 16. Juni weiter ein. Ähnlich steht es um eine Meldung vom 10. Juli über einen »Horrorfund« (»Bild«) nahe der Stadt Pec, wo das »vielleicht größte Massaker« (»AP«) »mit über 350 Leichen entdeckt« (»Bild«) worden sei. Die »Neue Zürcher Zeitung« reportierte den korrekten Sachverhalt: Es geht nicht um »über«, sondern um »bis zu« 350 Leichen, und diese sind keineswegs »entdeckt«, sondern werden lediglich »vermutet«.

Einige hundert Leichen haben sich vor dem Eintreffen der westlichen Spezialisten in Luft aufgelöst. Auch Rathfelder, der nach seinen idyllischen Tagen in Prizren wieder »den Verbrechen auf der Spur« (»Taz«) war, hatte Pech: Die 106 Albaner, die in Pustasel exekutiert worden sein sollen, konnte er am Tatort nicht auffinden. Ersatzweise sollen die Serben – ordentlich wie sie sind – 35 von ihnen im nahen Orahovac auf dem Friedhof begraben haben, wie Rathfelder von drei Friedhofsarbeitern erfahren haben will, und zwar »genau unterhalb der Massengräber des Massakers von Orahovac vom Juli 1998« (für dessen Erfindung Rathfelder damals eine Rüge des österreichischen Presserates bekommen hatte).

Mysteriöses gibt es auch aus Izbica zu berichten, wo laut »Taz«-Chronologie »270 Menschen seit Mitte März« ermordet worden sein sollen. »Die Leichen sind weg,« mußte Yves Roy, Mitarbeiter eines der acht Teams, die im Kosovo Kriegsverbrechen untersuchen, feststellen (»New York Times«). Doch das kann den Reporter nicht erschüttern. »Es gibt noch genügend Beweise«, fährt er fort und verweist auf ein Nato-Satellitenfoto aus den ersten Kriegswochen. Das »zeigt sauber angelegte Reihen von Gräbern, alle in Richtung Mekka ausgerichtet, wie es die muslimische Tradition erfordert«. Das dürfte eine Premiere in der Weltgeschichte sein: Nach dem Massenschlachten bestatten die Mörder ihre Gegner fürsorglich jeden für sich und gemäß den Regeln seiner Religion.

In Verlegenheit waren die Leichenfahnder auch in der Kosovo-Kapitale Pristina. Hätten in der weitaus größten Stadt der Provinz nicht auch eine stattliche Anzahl von Massakrierten zu finden sein müssen, zumal bisweilen (wie in der »FAZ« vom 7. April) sogar von einem »KZ« im Sportstadion der Stadt berichtet worden war? Bis heute wurde nichts dergleichen gefunden.

Wie man auch ohne Massengräber halb Europa schauerlich unterhalten kann, bewiesen die Medien mit den tagelangen Berichten über »Milosevics Folterkeller« in Pristina. Die »Bild«-Zeitung, die am 18. Juni unter diesem Titel »immer mehr Beweise für entsetzliche Massaker« im Gebäude der serbischen Militärpolizei verspricht, präsentiert »eine Motorsäge« (»um Aussagen zu erpressen«) und einen Raum mit Pornoheften und Präservativen (»Vergewaltigungszimmer«, »Sex-Kammer«). An »bestialische(n) Folterwerkzeuge(n)« wird gezeigt, was die Lehrer auf jedem zweiten deutschen Schulhof täglich einkassieren: Schlagringe, Messer, Holzknüppel, Tschakos. Im übrigen: Wenn das die corpora delicti unsagbarer Greueltaten sind – warum sollten die serbischen Polizisten, die angeblich in diesem Gebäude tagelang belastendes Aktenmaterial vernichtet haben, ausgerechnet diese Beweisstücke am Tatort zurückgelassen haben? Eine Frage, die, so nahe sie lag, kein Journalist gestellt hat.

Wahrscheinlich ist, daß bei intensiver Suche im Kosovo mehrere tausend Leichen gefunden werden – vermutlich nicht die behaupteten 10.000, durchaus aber die 4.000, von denen etwa der frühere Kommandeur der UN-Schutztruppe in Bosnien, Sir Michael Rose, ausgeht. Selbstverständlich muß es in einer Kampfzone wie dem Kosovo, die zweieinhalb Monate beinahe jeden Tag bombardiert worden ist und in der es – anders als im Rest Jugoslawiens – im Rahmen der Operation »Hufeisen« auch zu massiven Bodenkämpfen mit der UCK gekommen ist, täglich überall Tote gegeben haben.

Dennoch wird es schwierig sein zu klären, wessen Opfer in welchem Grab liegen. Ob es Opfer serbischer Massaker an albanischen Zivilisten sind oder militärische und zivile Opfer der Gefechte zwischen Armeeinheiten und UCK? Wo sind beispielsweise die Gefallenen der UCK zu finden? Allein bei ihrer großen Bodenoffensive im April/Mai, der Operation »Arrow«, sollen nach serbischen Angaben beim Durchbruchsversuch über die albanische Grenze 500 Guerilleros getötet worden sein. Tahir Zema, Oberst vom »gemäßigten Offiziersflügel der UCK«, klagte kurz vor Kriegsende, »Tausende junger Kosovaren« seien »in den 15 Monaten bewaffneten Kampfes verheizt« worden (»Stern«).

Und wo sind die Opfer der Nato-Bombenangriffe beerdigt, von denen heute niemand mehr spricht? Könnte es nicht sein, daß einige der Massengräber, in denen Opfer der Serben vermutet werden, mit Opfern der Nato gefüllt sind? Für einige Orte drängt sich diese Frage geradezu auf:

· In Kacanik fand die Kfor kurz nach dem Einmarsch 81 Tote. In der »Taz«-Chronologie rangiert der Ort als erster in der »Topographie des Schreckens«. Daß die Leichen aus- und wiedereingegraben wurden – »Dorfbewohner erklärten, sie hätten (sie) aus drei Massengräbern ... geborgen und anschließend in Einzelgräbern beerdigt« (»Taz«) – hat die Chronisten nicht gestört. Die Darstellung, hier hätte serbischer Terror gewütet, wird in Frage gestellt durch die Reportage Paul Watsons

in der »Los Angeles Times« vom 31. Mai. Watson, der als einer der wenigen westlichen Journalisten während des ganzen Krieges im Kosovo blieb und kreuz und quer herumfuhr, sprach mit albanischen Dorfschützern, die Kacanik Schulter an Schulter mit den Serben gegen die Angriffe der UCK verteidigten. Von der vierzigköpfigen Einheit, die im September 1998 aufgestellt worden war, waren nur noch sechs übrig – alle anderen hatte die UCK entführt.

· In Djakovica sollen »bis Ende April mindestens 300 Menschen« (»Taz«, 17.6.) von Serben ermordet worden sein. Falls Gräber gefunden werden sollten, muß das kein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung sein, denn auch die Nato hat in Djakovica ein Massaker veranstaltet: Bei einem angeblich versehentlichen Angriff auf einen albanischen Flüchtlingstreck starben am 14. April 75 Menschen, darunter 19 Kinder.

· Dasselbe gilt für Istok, das die »Gesellschaft für bedrohte Völker« aufgrund der Aussage »einer Frau aus Prizren« als Ort eines Massengrabes führt: Könnten dort nicht auch die 92 Toten begraben sein, die ein Nato-Angriff auf das Gefängnis der Stadt am 19. Mai zur Folge hatte?

· In der Umgebung von Prizren fanden deutsche Soldaten »zwei Gräber mit insgesamt 70 Leichen« (»Taz«). Opfer der Serben? Nicht unbedingt: »Sechs Kilometer nördlich von Prizren liegt das Dorf Korisa, das zweimal heimgesucht wurde. Hier bombardierte die Nato am 13. Mai versehentlich eine Gruppe von Flüchtlingen und tötete bis zu 100 Menschen. Am 17. März wurde das Dorf von den Serben angegriffen ... Die UCK vermutet dort ein Massengrab mit über 70 Menschen«, heißt es im »Spiegel«, wenn auch unter dem irreführend-eindeutigen Vorspann: »Tag für Tag werden serbische Verbrechen entdeckt.«

Auch nach Abzug all der ungeklärten Fälle wird ein schrecklicher Rest an Morden und anderen Quälereien bleiben, den man serbischen Tätern anlasten muß, Verbrechen allerdings, die größtenteils nicht von Polizei- oder Armeeverbänden begangen wurden. Die Täter unterstanden nicht Milosevic, sondern kamen (so der OSZE-Bericht vom 20. April) aus »verschiedenen paramilitärischen Gruppen oder Banden bewaffneter Zivilisten. Viele Befragte verweisen auf ›Arkans Leute‹ oder ›Seseljs Leute‹. In vielen Fällen konnten die Befragten präzise Beschreibungen der Uniformen und Abzeichen geben, die diese Gruppen trugen.« Wo die Staatsgewalt während des Krieges noch einigermaßen intakt war, wie in den großen Städten, hat sie den Terror der serbischen Paramilitärs unterbunden. Deshalb ist Prizren, wie die »FAZ« am 18. Juni schreibt, »in jeder Hinsicht glimpflich davongekommen: keine verbrannten Häuser, keine ausgelöschten Familien, keine zerstörten Stadtteile«.

»Massengräber, Vergewaltigungskammern, Sprengfallen ... jedes grausige Detail, das jetzt ans Licht kommt, beweist: Im Kosovo einzugreifen war der einzige mögliche Weg«, kommentierte »Bild« nach den ersten Leichenfunden. Das Gegenteil ist wahr: Erst das Nato-Eingreifen hat im Kosovo die Wut und das Chaos hervorgerufen, das »Arkans Leute« und »Seseljs Leute« für ihre Raub- und Racheaktionen nutzen konnten. Vorher war die Lage völlig anders. Drei Zahlen genügen, um nicht nur den Nato-Krieg, sondern auch den Nato-Frieden zu blamieren: Nach übereinstimmenden westlichen Angaben starben in den zwölf Monaten *vor* dem Krieg bis zu 2.000 Menschen – mehrheitlich albanischer Herkunft, aber auch Serben und Roma. *Während* des Krieges starben im Kosovo vielleicht 4.000, im übrigen Serbien weitere 2.000 Menschen. *Nach* dem Krieg wurden allein in der deutschen Besatzzungszone in knapp vier Wochen 250 Menschen ermordet, allesamt Serben, Roma und andere Nicht-Albaner (so das European Roma Right Center in Budapest unter Berufung auf Gespräche mit Kfor-Offiziellen).

Mit anderen Worten: Unter dem »serbischen Faschismus« starben bei ethnischen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten pro Woche durchschnittlich 40 Menschen – im gesamten Kosovo. Seit dem neu-deutschen D-Day sterben im Zuge ethnischer Säuberungen pro Woche ungefähr 60 Menschen – in einem Fünftel des Kosovo. So haben die Deutschen ein »neues Auschwitz« verhindert.

Konkret 08/99, S. 18

George Pumphrey

Srebrenica

»Srebrenica war die Wende«, gestand Joschka Fischer dem »Spiegel«, seine Wende vom Kriegsgegner zum Kriegstreiber. Mit dem »Massaker von Srebrenica« und seinen »dreißigtausend Toten« begründete Rudolf Scharping den Angriffskrieg gegen Jugoslawien. »Srebrenica« gilt als Synonym für Auschwitz, als Beweis, daß »die Serben« Völkermörder sind und nichts sie stoppen kann als die Militärmacht der Nato

Einer allgemeinen Sprachregelung zufolge sollen im Juli 1995 ungefähr 8.000 bosnisch-muslimische Männer in und um Srebrenica von bosnisch-serbischen Truppen exekutiert worden sein. In den ersten drei Jahren, die der Übernahme von Srebrenica durch internationale Truppen folgten, hat das Tribunal in Den Haag alles unternommen, um in Ost-Bosnien Massengräber zu finden, die seine Anklage gegen die beiden bosnisch-serbischen Anführer im Bürgerkrieg, Radovan Karadzic und Radko Mladic, wegen Genozids untermauern würden. Krieg mit seinen Greueln: Zerstörung, Flucht und Tod, ist nicht mehr Elend genug. Die öffentliche Meinung ist gegenüber der »normalen« Brutalität des Krieges so abgestumpft, daß nur noch Übertreibungen und offenkundige Lügen sie in Alarm versetzen können. Keine Vergewaltigung, die nicht zur »systematischen Massenvergewaltigung«, kein Grab, das nicht zum »Massengrab«, kein Mord, der nicht zum »Völkermord« gemacht wird.

Jede neue Generation von Spekulationen, unbewiesenen Berichten und auch absichtlichen Fälschungen baut auf vorhergehenden Generationen von Spekulationen, unbewiesenen Berichten und absichtlichen Fälschungen auf. Und mit jeder neuen Generation von Lügen werden die Lügen der vorangehenden zu unumstößlichen Wahrheiten. Viele dieser Gerüchte und Spekulationen werden als Teil einer Desinformationskampagne von Geheimdiensten, Public-Relations-Agenturen und Sensationsjournalisten in die Welt gesetzt und so lange wiederholt, bis sie als gesicherte Wahrheiten gelten. Wer nach Quellen fragt, ist ein Sympathisant von Völkermördern.

Diana Johnstone schrieb dazu in der US-Zeitschrift »The Nation«: »Als die muslimisch geführte Regierung in Sarajevo in den ersten Kriegsmonaten ... die westlichen Medien mit Berichten versorgte, die darauf hindeuteten, daß die Serben eine Politik des Genozids verfolgten, wurde ein Grundprinzip der Vorsicht, das für jede Suche nach Gerechtigkeit unabdingbar ist, schnell über Bord geworfen. Das Prinzip lautet: Je schwerwiegender die Beschuldigung, um so größer die Notwendigkeit von handfesten Beweisen. Sonst werden die Beschuldigungen zu Instrumenten des Lynchmobs.« Die Zahl der Personen, die exekutiert worden sein sollen, könnte den Unterschied zwischen einer Anklage wegen Genozids oder wegen Kriegsverbrechens bedeuten. Bis September 1998 konnten von den laut UNHCR 7.076 Vermißten von Srebrinica trotz intensivster Suche höchstens 480 Leichen – so der im muslimischen Body Count nicht zimperliche Erich Rathfelder im Mai 1998 – gefunden werden.

Wieviele Vermißte sind tot?

Was weiß man wirklich? Am 13. September 1995 erklärte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK):

Der Direktor der operativen Abteilung Westeuropa des IKRK, Angelo Gnaedinger, besuchte Pale (Hauptstadt der bosnischen Serben) und Belgrad vom 2. bis zum 7. September, um von offiziellen, bosnisch-serbischen Stellen Informationen über den Verbleib von 3.000 Personen aus Srebrenica zu erhalten, die nach Zeugenaussagen von bosnisch-serbischen Sicherheitskräften festgenommen worden seien. Das IKRK hat Details über alle Todesfälle verlangt und bestand so schnell wie möglich auf Zugang zu den Gefangenen (bisher war es nur möglich, 200 Gefangene zu besuchen). Das IKRK hat sich auch an die Regierung von Bosnien-Herzegowina gewandt, mit der Bitte um Informationen bezüglich der 5.000 Personen, die von Srebrenica geflohen sind und von denen ein Teil Zentralbosnien (die bosnisch-muslimische Seite) erreicht hat.

Am 15. September 1995 gab ein Artikel in der »New York Times« der Nachricht bereits eine ganz andere Note:

Das IKRK berichtete heute, daß aus Srebrenica, aus der ersten von zwei Schutzzonen, die von den Vereinten Nationen eingerichtet worden waren, aber im Juli von serbischen Truppen überrannt wurden, etwa 8.000 Muslime vermißt werden. Zu den Vermißten wird auch eine hauptsächlich aus Männern bestehende, etwa 3.000 Personen starke Gruppe gezählt, die nach Zeugenaussagen von Serben gefangengenommen worden seien. Nach dem Zusammenbruch von Srebrenica sammelte das Rote Kreuz 10.000 Namen von vermißten Personen, sagte die Sprecherin Jessica Barry. Sie berichtete, daß zusätzlich zu den Gefangenen weitere 5.000 Personen ›einfach verschwunden‹ seien.

Hier wurden nicht nur die 3.000 Gefangenen zu den 5.000 Geflohenen hinzugezählt – was sowohl die Gesamtzahl aufblähte als auch die Beschuldigung verschärfte – , auch die Tatsache, daß das IKRK die bosnisch-muslimische Regierung um Informationen über die 5.000 gebeten hatte, von denen »ein Teil Zentralbosnien erreicht« hatte, ist bereits aus der Nachricht verschwunden.

Ein genauerer Blick auf den ursprünglichen IKRK-Bericht macht deutlich, daß schon er die gebotene Objektivität vermissen ließ. Mit der beiläufigen Bemerkung, daß nur »ein Teil Zentralbosnien erreicht hat«, vermittelt das Rote Kreuz den falschen Eindruck, daß nur wenige der vermißten Männer es bis Mitte September geschafft hatten, sich in Sicherheit zu bringen.

Am 18. Juli 1995, eine Woche nach der Eroberung von Srebrenica durch das serbische Militär, hatte aber die »New York Times« bereits gemeldet, daß »zwischen drei- und viertausend bosnische Muslime, die nach dem Fall von Srebrenica von Vertretern der Vereinten Nationen als vermißt registriert waren, sich einen Weg durch die feindlichen Linien auf das Territorium der bosnischen Regierung gebahnt haben. Die Gruppe, zu denen auch Verwundete gehörten, hatte sich unter feindlichem Feuer durch die serbischen Linien geschlichen und sich nach einem 30-Meilen-Marsch durch die Wälder in Sicherheit gebracht.«

Und am 2. August 1995 hatte die Londoner »Times« diesen Vorgang so beschrieben:

Es kann davon ausgegangen werden, daß Tausende von vermißt gemeldeten bosnisch-muslimischen Soldaten, die im Fokus der Berichte über mögliche Massenexekutionen durch die Serben gestanden haben, nord-östlich von Tuzla in Sicherheit sind. Für die Uno und das Internationale Rote Kreuz war es äußerst schwierig, die gelungene Flucht der bosnisch-muslimischen Soldaten und Zivilisten zahlenmäßig zu erfassen. Gestern berichtete jedoch das Rote Kreuz in Genf unter Berufung auf Quellen in Bosnien zum ersten Ma0l, daß bis zu 2.000 bosnische Regierungssoldaten aus Srebrenica sich bis in das Gebiet nördlich von Tuzla einen Weg gebahnt hätten – »ohne ihre Angehörigen zu informieren«, berichtete der Sprecher des Roten Kreuzes und fügte hinzu, daß es nicht möglich sei, diese Berichte zu überprüfen, denn die bosnisch-muslimische Regierung würde dem Roten Kreuz den Zugang in dieses Gebiet verweigern.

Zwei Wochen bevor die Vertreter des Roten Kreuzes, Angelo Gnaedinger und Jessica Barry, ihre Zahlen an die Presse gaben, brachte ein anderer Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, Pierre Geultier, ein wichtiges Detail zur Sprache. In einem Interview mit der »Jungen Welt« vom 8. August 1995 erklärte er:

Insgesamt kamen wir dabei auf eine Zahl von etwa 10.000 (Vermißten aus Srebrenica). Allerdings kann es gut sein, daß darunter viele Doppelnennungen sind ... Bevor (die Prüfung der Doppelnennungen) nicht abgeschlossen ist, können wir nichts genaues sagen. Unsere Arbeit wird noch dadurch kompliziert, daß die bosnische Regierung uns mitgeteilt hat, daß mehrere Tausend der Flüchtlinge sich durch die feindlichen Linien geschlagen haben und sich wieder in die bosnisch-muslimische Armee eingegliedert haben. Diese Personen sind also nicht vermißt, sie können aber auch nicht aus den Vermißtenlisten gestrichen werden.

Da die Zahl derer, die als vermißt (also vermutlich tot) geführt werden, während der letzten vier Jahre konstant bei 8.000 geblieben ist, muß davon ausgegangen werden, daß die bosnisch-muslimische Regierung dem Roten Kreuz nie die Namen jener Menschen mitgeteilt hat, die die muslimischen Linien sicher erreicht hatten. Auf einen weiteren Aspekt hat Prof. Milivoje Ivanisevic von der Universität Belgrad hingewiesen. Nachdem er die Liste des Roten Kreuzes mit den »vermißten« Personen überprüft hatte, entdeckte er, daß etwa 500 Personen, die als »vermißt« geführt wurden, schon vor der Einnahme Srebrenicas gestorben waren. Und als Ivanisevic die Wählerliste für die Herbstwahlen von 1996 (dem Jahr nach dem angeblichen Massaker) mit der Vermißtenliste des Roten Kreuzes verglich, stellte er fest, daß von 3.016 Leuten, die auf der Vermißtenliste des IKRK standen, ebenfalls auf der Wählerliste zu finden waren. Entweder ließ die bosnisch-muslimische Regierung auch Tote wählen, beging also Wahlbetrug, oder die Wähler waren am Leben, und das »Massaker« war ein Betrug.

Propaganda und Gerüchte, die durch Repräsentanten der bosnischen Regierung und ihrer Verbündeten in Umlauf gesetzt wurden, blieben weitgehend unwidersprochen auch seitens der Organisationen, die sonst den Ruf der Unparteilichkeit genießen. Innerhalb weniger Tage nach der Übernahme von Srebrenica wurde Zepa, eine zweite muslimische Enklave (und Uno-Schutzzone), durch bosnisch-serbische Kräfte eingenommen. Unter den Verteidigern von Zepa fanden sich Hunderte der »vermißten« Soldaten von Srebrenica. Die »New York Times« berichtete:

Die verletzten (muslimischen) Truppen wurden zurückgelassen. Und als die bosnischen Serben die Stadt am Dienstag überrannten, wurden die Verletzten nach Sarajevo zur Behandlung im Kosevo-Krankenhaus gebracht. Viele von ihnen waren aus Srebrenica gekommen. Als diese Schutzzone am 11. Juli in die Hände der Serben fiel, flohen sie in die Wälder. Anders als die meisten anderen Flüchtlinge, die sich nach dem Fall Srebrenicas nach Tuzla durchgeschlagen hatten, vereinten sich diese mit den Verteidigern von Zepa. »Etwa 350 von uns gelang es, aus Srebrenica auszubrechen. Wir schafften es nach Zepa«, sagte Sadik Ahmetovic, eine von 151 Personen, die heute nach Sarajevo ins Krankenhaus gebracht wurden ... Sie sagten, daß sie in Gefangenschaft von den Serben nicht mißhandelt worden seien.

Seltsam, daß die muslimischen Verteidiger Zepas bei der Flucht aus der Stadt ihre verwundeten Kameraden zurückließen, damit sie in die Hände der »serbischen Völkermörder« fallen würden. Seltsam auch, daß die 5.000 muslimischen Soldaten bei ihrer Flucht aus Srebrenica ihre Frauen und Kinder dort ungeschützt vor den serbischen Vergewaltigern und Kindermördern zurückgelassen hatten. Oder haben die muslimischen Soldaten der eigenen Regierungspropaganda

bezüglich der Serben nicht geglaubt? Und warum ließ das serbische Militär die verletzten muslimischen Soldaten von Zepa hinter die muslimischen Linien ins Krankenhaus nach Sarajevo evakuieren?

In dem schon erwähnten Artikel der Londoner »Times« ist von 2.000 Soldaten die Rede, die es von Srebrenica bis in den Nordosten von Tuzla auf sicheres muslimisches Gebiet geschafft hatten, »ohne ihre Angehörigen zu informieren«. Wurden ihre Familien überhaupt irgendwann informiert? Die Öffentlichkeit jedenfalls wird bis heute in dem Glauben gelassen, sie seien massakriert worden. Und Frauen von Srebrenica organisieren bis heute Demonstrationen, um die Regierung Izetbegovic zu zwingen, Informationen über ihre Angehörigen herauszugeben, von denen sie nach wie vor glauben, daß sie am Leben sind.

Die Glaubwürdigkeit einer Falschinformation hängt nicht nur von der Aufrechterhaltung der Illusion ab, sie sei wahr, sondern auch von der Unterdrückung aller möglichen Tatsachen, die dafür sprechen, daß das Gegenteil der Fall sein könnte. Versuchen wir, wenigstens einige der angeblich 8.000 ermordeten Soldaten aus Srebrenica ins Leben zurückzuholen.

Fest steht, daß viele bosnisch-muslimische Kriegsgefangene aus Srebrenica in etliche weit entfernte Länder verschickt wurden. Die bosnische Nachrichtenagentur TWRA, die auf der Seite der muslimischen Regierung steht, berichtete:

Die Vereinigten Staaten haben sich entschieden, 214 Bosniaken aufzunehmen, die nach dem Fall von Srebrenica und Zepa in serbischen Lagern gefangengehalten worden waren, und ihnen den Aufnahmestatus von Flüchtlingen zu geben.

TWRA berichtete weiter: »103 bosnisch-muslimische Soldaten, die vor kurzem aus den Gefängnissen in Serbien entlassen worden sind, sind gegen ihren Willen nach Australien geschickt worden.« Das behauptete ihr Kommandant Osmo Zimic, der das UNHCR deshalb kritisierte. Dessen Sprecher behauptete seinerseits, daß die betroffenen Soldaten auf der Aufnahme und dem Verbleib in Australien bestanden hätten, weil sie auf keinen Fall nach Bosnien zurückkehren könnten – sie würden dort wegen angeblicher Fahnenflucht strafrechtlich verfolgt werden. »Dies stimmt nicht«, sagt Zimic.

TWRA erklärte auch, daß die bosnische Botschaft in Australien das Tribunal in Den Haag aufgefordert hätte, mit einer Untersuchung der Zwangsverschickung von 800 Bosniaken von Serbien nach Australien und in europäische Länder zu beginnen. Auch die UNHCR sei angeblich bei der Verschickung behilflich gewesen, statt die Kriegsgefangenen im Rahmen des vereinbarten Austauschprogramms frei zu bekommen, die in Lagern in Serbien – das vorgibt, nicht in den Krieg involviert zu sein – gefangengehalten wurden.

Das Lügengebäude von Srebrenica erlaubt ein erstes Resümee: Das UNHCR assistiert bei der Produktion von Flüchtlingen, mit Hilfe des Roten Kreuzes werden Familien getrennt, Tribunale klagen zuerst an und suchen nach Verbrechen später – und helfen dabei, alle Beweise verschwinden zu lassen, die der Anklage widersprechen.

Was beweisen die Fotos?

Die Anschuldigungen gegen die Führung der bosnischen Serben stammen vom 10. August 1995, von einer geschlossenen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in der die damalige UN-Botschafterin der USA, Madeleine Albright, Luftaufnahmen von Spionagesatelliten präsentierte, die nach der Einnahme von Srebrenica angeblich »massenhafte Greueltaten an bosnisch-muslimischen Zivilisten« durch bosnische Serben zeigten.

Von den acht Fotos, die dem Sicherheitsrat vorgelegt wurden, bekam die Öffentlichkeit nur drei zu sehen. Die anderen wurden als vertraulich klassifiziert. Einschließlich jener Fotos, die auf einem Fußballplatz zusammengedrängte Menschen zeigen. Die »New York Times« berichtete:

Nach Ansicht eines amerikanischen Beamten, der die Fotografien gesehen hat, zeigt eins davon Hunderte, womöglich Tausende von muslimischen Männer und sogar Jungen in einem Feld nahe bei einem Fußballstadion etwa 5 Meilen nördlich von Srebrenica. Ein anderes Foto, das einige Tage später aufgenommen wurde, zeigt in der Nähe des Stadions, das jetzt leer war, eine große Fläche frisch umgewühlter Erde, was mit dem Erscheinungsbild von bekannten Massengräbern übereinstimmt.

Der Kommentar eines anonymen amerikanischen Beamten mit Zugang zu den »geheimen« Fotos gibt Anlaß zu einigen Fragen: Wenn die Auflösungsgenauigkeit der Fotos so schlecht war, daß nicht zu erkennen war, ob es sich um »Hunderte« oder »Tausende« von Menschen handelte, wie konnte man dann deutlich »muslimische Männer und Jungen« identifizieren? Warum nicht serbische Frauen und Mädchen? Die Mitglieder des Sicherheitrats sahen aber laut »New York Times« offensichtlich etwas anderes auf den Fotos: »Die Fotos zeigten einige Felder bei Novo Kasaba, nahe Srebrenica, auf denen bosnisch-muslimische Familien zusammengetrieben worden waren.« Waren das vielleicht die Frauen und Kinder, die dort auf die Evakuierung mit dem Bus nach Tuzla warteten? Ist das der Grund, warum diese Überwachungfotos der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden?

Das erwähnte Foto, das der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und weltweit verbreitet wurde, gibt einen Anhaltspunkt hinsichtlich der Aussagekraft der anderen Fotos, die geheim blieben. Es wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das Niveau

der kritischen Behandlung dieser Bilder durch die Journalisten.

Zu den Fotos mit der Beschriftung: »Mögliche Massengräber; Kasaba/Konjevic-Polje-Gebiet, Bosnien« tauchen etliche Fragen auf: Warum wurden dem Sicherheitsrat nicht die ursprünglichen Fotos gezeigt? Aufklärungsfotos weisen normalerweise eingebaute zeitliche und geographische Erkennungsmerkmale auf. Woher soll man wissen, daß diese Fotos in der Nähe von Srebrenica aufgenommen wurden? Und zu welcher Zeit? Der Titel und andere Bemerkungen über das, was man auf den Fotos erkennen soll, wurden nachträglich auf die Fotos geschrieben, während die zeitlichen und geographischen Erkennungsmerkmale wegretuschiert worden waren. Ohne diese Merkmale können die Fotos jedoch beliebig interpretiert werden.

Könnte es sein, daß die US-Regierung weiß, daß der »umgewühlte Boden« nichts mit »Massengräbern« zu tun hat? Könnte dies der Grund dafür sein, warum die Fotos den Titel »Mögliche Massengräber« tragen? Könnte dies auch der Grund sein, warum das US-Außenministerium und die CIA anfingen, das Gerücht zu lancieren, die Serben hätten angeblich Tausende von Leichen wieder ausgegraben und weggeschafft? Dafür konnten freilich keine Satelliten-Überwachungsfotos als Beleg vorgezeigt werden. Und die Medien hatten in ihrer Berichterstattung in der Zwischenzeit das »mögliche« gleich ganz fallengelassen. Sie berichteten nur noch von »Satellitenfotos von Massengräbern«.

Die Bildershow der Madeleine Albright im Sicherheitsrat fand zu einem Zeitpunkt statt, als die bis dato größte ethnische Säuberung des gesamten jugoslawischen Bürgerkrieges ablief: Mehr als 250.000 Serben wurden mit aktiver US-Unterstützung von der kroatischen Armee in einer Blitzaktion aus ihrer angestammten Heimat und ihren Häusern in der Krajina vertrieben. Wer nicht gehen wollte, wurde ermordet. Um von den massiven Verletzungen der Menschenrechte des kroatischen Alliierten abzulenken und um die anderen Mitglieder im Sicherheitsrat von Sanktionen gegen Kroatien abzuhalten, beeilte sich die US-Regierung, den Serben immer ungeheuerlichere Kriegsverbrechen vorzuwerfen.

Die US-Regierung drängte dem Sicherheitsrat als »geheim« eingestufte Satellitenfotos als »Beweis« auf, schloß also jede unabhängige Prüfung dieser »Beweise« von vornherein aus, wohl wissend, daß sie von keiner Macht der Welt gezwungen werden kann, der Freigabe der Originalfotos zuzustimmen. Damit hat sich die US-Regierung einen gesetzlosen Raum geschaffen, in dem sie Beweise fabrizieren, manipulieren, vorlegen oder vorenthalten kann. Solange ihre Interessen mit denen der US-Regierung nicht in Konlikt geraten, können auch verbündete Regierungen oder Institutionen ein Stück dieser »Freiheit« von Einschränkungen durch internationale und nationale Rechtsnormen genießen.

Laut »Taz« vom 17. Dezember 1997 wurden alle Srebrenica-relevanten Akten für die nächsten 30 bis 50 Jahre in der New Yorker Uno-Zentrale weggesperrt und dürfen auch dem Den Haager Tribunal nicht vorgelegt werden. Dies geschah auf Verlangen der ständigen Sicherheitsratsmitglieder USA, Frankreich und Großbritannien, die sich auf ihre nationalen Geheimschutzbestimmungen für Regierungsdokumente beriefen.

Welche Rechtfertigung könnte es dafür geben, die Beweise von Verbrechen gegen die Menschheit als geheim einzustufen und für Jahrzehnte aus dem Verkehr zu ziehen?

Nachdem Slowenien und Kroatien erfolgreich vorgeführt hatten, wie man es macht, strebten auch die bosnisch-muslimischen Nationalisten die staatliche Sezession Bosnien-Herzegowinas von der Bundesrepublik Jugoslawien an. Dabei wurde die muslimische Führung in Sarajevo mit einer ganzen Reihe besonderer Hindernisse konfrontiert. Sie verfügte weder über die Mehrheit der Bevölkerung noch über den größten Teil des Territoriums, noch hatte sie die militärische Macht, diese Nachteile auszugleichen. Die Islamische Partei (SDA) von Präsident Izetbegovic, die in Sarajevo an der Macht war, versuchte, die internationale Öffentlichkeit mit Greuelgeschichten zu mobilisieren. Das wollte anfangs nicht so recht gelingen, denn noch am 17. August 1992 schrieb das US-Magazin »Time«: »Die bosnischen Muslime, kämpfend mit der gleichen Brutalität wie ihre Rivalen, machen sich selbst der Barbarei schuldig und verbreiten übertriebene Horrorgeschichten über die Serben, um Sympathie und Unterstützung zu gewinnen.«

Zu dieser Zeit hatte sich die politische Führung der Nato-Länder noch nicht entschlossen, auf Seiten Sarajevos einzugreifen. In der Nato wurde ein interner Kampf um die zukünftige Ausrichtung der Atlantischen Allianz ausgetragen. Man stritt sich über die »neuen Aufgaben der Nato« nach der Auflösung des Warschauer Vertrags und dem Zerfall der Sowjetunion. Für jene Kräfte, die außerhalb des ursprünglichen Verantwortungsbereichs der Nato, also »out of area«, und unabhängig von den Vereinten Nationen militärisch präsent sein und notfalls auch militärisch eingreifen wollten, kam der »Hilferuf« der Regierung in Sarajevo gerade zur rechten Zeit. Und als sich erst einmal die Nato-Länder zum militärischen Eingriff gegen Jugoslawien entschlossen hatten, folgten ihnen auch die Medien mit einer unterstützenden Berichterstattung, aus der jegliche frühere Skepsis gegenüber den Manipulationen der bosnischen Muslime verschwunden war. Die Regierung in Sarajevo brauchte in der Folge nur noch Mord und Totschlag zu schreien – und die westlichen Medien verbreiteten noch die haarsträubendsten Geschichten, ungeprüft.

Im November 1995, als die Anklage wegen Srebrenica gegen die bosnisch-serbischen Führer erhoben wurde, machte ein eisiger Winter die Suche nach den angeblichen Massengräbern unmöglich. Als Tauwetter einsetzte und die US-Regierung immer noch keine schlüssigen Beweise für ein Massaker vorgelegt hatte, begannen das Den Haager Tribunal und sein

Chefankläger Richard Goldstone nervös zu werden. Im Januar 1996 erklärte Goldstone, daß »die Exhumierung der Gräber notwendig werden könnte, um die Identität der Leichen festzustellen und um die notwendigen Beweismittel wie Zeitpunkt und Ursachen des Todes zu sichern«.

Wie glaubwürdig ist der Kronzeuge?

Im März 1996, kurz vor Beginn der lange erwarteten Grabungen, erschien Drazan Erdemovic auf der Bildfläche. Er wollte, daß Journalisten ihm helfen, als Zeuge vom Den Haager Tribunal gehört zu werden. In einem Interview mit »Le Figaro« behauptete er, er habe in einer serbischen Militäreinheit gedient, die Srebrenica eingenommen hatte. Gewürzt mit ein paar konkreten Informationen erzählte er vage von seiner Teilnahme an Exekutionen in Srebrenica, in denen 7,62-Millimeter-Geschosse verwendet und die Leichen – er sprach von 1.200 – in einem Massengrab am Ort der Exekution verscharrt worden seien.

Weil Erdemovic vor dem Tribunal aussagte, wurden, da er geständig war, keine materiellen Beweise verlangt, die den Wahrheitsgehalt seiner Aussage bestätigten. Die Diskrepanz zwischen seinen Angaben und den später am genannten Ort gefundenen 150 bis 200 Leichen wurde nie geklärt. Die Öffentlichkeit wurde auch nie darüber informiert, ob es sich dabei um Opfer einer Exekution oder eines bewaffneten Konfliktes gehandelt hat. Die »International Herald Tribune« meinte, Erdemovics Aussage sei »offensichtlich durch Rache« motiviert gewesen.

Erdemovic aber wurde vom Den Haager Tribunal zum Kronzeugen einer Anhörung auf der Basis von Artikel 61 gegen Karadzic und Mladic gemacht. Anhörungen nach Artikel 61 sind Show-Prozesse: Das Tribunal legt in einer öffentlichen Sitzung – von CNN meist weltweit übertragen – seine »Beweise« vor, ohne daß die Verteidigung des Angeklagten das Recht hat, Fragen zu stellen oder gar »Beweise« zu widerlegen.

Im Frühjahr 1996 begannen schließlich die Grabungen. Nach Monaten der Exhumierung von Massengräbern und des Sammelns und Untersuchens der Leichen jener, die offensichtlich im Kampf gefallen oder auf der Flucht umgekommen waren, bemerkte die britische »Sunday Times« im November 1996: »Von den Tausenden der Männer und Jungen aus der Uno-Schutzzone (Srebrenica), die von bosnischen Serben im Juli 1995 exekutiert wurden, sind nur die Leichen einiger Hundert gefunden worden – weniger als 10 Prozent der 7.000 vermißten Muslime.« Gerichtsmedizinische Details über Todeszeitpunkt, -ursache und -umstände wurden nicht veröffentlicht.

Im Frühling 1998 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, daß »nach zwei Jahren (der Suche) mehr als 1.500 Geschoßhülsen im Gebiet gefunden wurden«. Dem Den Haager Kriegsverbrecher-Tribunal fehlen also nicht nur die Tausende Leichen, sondern auch die entsprechende Anzahl von Geschoßhülsen. In weiser Voraussicht hatte Frau Albright deshalb bereits in ihrer »picture show« im UN-Sicherheitsrat die Serben gewarnt: »Wir werden genau beobachten, um zu sehen, ob die bosnischen Serben versuchen werden, die Beweise für das, was sie getan haben, zu beseitigen.«

»Erklärungen« für den Mangel an Leichen wurden schnell gefunden. Die »Sunday Times« spekulierte, daß die Leichen in hochgiftigem Sodium Hydroxid aufgelöst worden waren, das »von menschlichem Fleisch praktisch keine Spur hinterläßt mit Ausnahme eines Schlamms«. Gleichzeitig wurde von anderer Seite eine weitere »Erklärung« unter die Leute gebracht, die übrigens auch heute wieder für die leeren oder mit toten Tieren gefüllten »Massengräber« im Kosovo herhalten muß: Die Serben wollten die Beweise für den Genozid beseitigen und haben ganz einfach die Leichen ausgegraben und an anderer Stelle verschwinden lassen. Diese Erklärungsvariante hat den Vorteil, daß Bosnien groß ist und man nicht einmal nach Resten von Hydroxid-Schlamm zu suchen braucht.

Mit dieser Methode gelang es, die kleineren Teile der Öffentlichkeit, die noch nach Beweisen für die Massaker von Srebrenica fragten, immer länger hinzuhalten, Jahr um Jahr. Sie hatte zwar einen Nachteil: Wie sollte man erklären, warum die Serben Tausende von stark verwesten Leichen unter den Augen von US-Beobachtungssatelliten und Aufklärungsflugzeugen ausgraben und fortschaffen konnten, ohne daß es dafür auch nur einen Zeugen geschweige denn eine Satellitenaufnahme gibt? Der Vorteil aber war, daß es Medien, die danach fragen, nicht mehr gibt.

Aus dem Englischen von Rainer Rupp

George Pumphrey ist Autor des Buches »Ghetto und Gefängnisse. Rassismus und Menschenrechte in den USA« (Pahl-Rugenstein 1982)

Konkret 08/99, S. 20

Jürgen Elsässer

Verschwiegene Fakten

Hinweise auf den Charakter der Geschehnisse in Srebrenica nach der Eroberung durch die Serben gab eine Debatte in den großen muslimischen Zeitungen Bosniens, die vor allem im August 1996 geführt und von den internationalen Medien vollständig ignoriert worden ist. Dabei standen sich im wesentlichen zwei Gruppen gegenüber: Die derzeit in Sarajevo regierende Clique um Präsident Izetbegovic, seinen Vize Ejup Ganic und den Kommandanten des Generalstabs der Armee, Rasim Delic, hatte ihr Sprachrohr in der Wochenzeitung »Ljiljan«. Gegenthesen konnten die bis zum Juli 1995 in Srebrenica tonangebende Gruppe um den Armeekommandanten der Stadt, Naser Oric, und seine Offiziere mit Schützenhilfe des bosnischen Ex-Generalstabschefs Sefer Halilovic in der Tageszeitung »Oslobodjene« publizieren.

Zunächst stand der Armeekommandant von Srebrenica im Zentrum der Kritik. »Zeugen behaupten, daß die Leute von Naser Oric hinter 19 Attentaten stehen«, die bereits vor dem Einmarsch der Serben verübt worden seien, hieß es in »Ljiljan«. Diese Gruppe habe auch gemordet, als nach dem Einmarsch der Serben die Moslems aus der Stadt geflohen seien: »Über die Morde darf man auch heute noch nicht sprechen. Einige radikalere Kenner der militärischen und politischen Verhältnisse in Srebrenica wagen es zu behaupten, daß ›Zeugen‹ sogar liquidiert worden sind, als sich das Hauptkontingent aus Srebrenica herausgekämpft hat. Während dieses Durchbruchs auf freies Territorium wurde auf dem Gebiet von Baljkovici Azem Bajramovic, ein Präsidiumsmitglied der (regierenden Moslempartei) SDA, getötet. Sein Tod wird als Beispiel angeführt, wie man Zeugen aus Srebrenica zum Schweigen bringt«, schrieb »Ljiljan« weiter. Dies deckt sich mit den Aussagen von Flüchtlingen aus Srebrenica, die in der Zeitung »Oslobodjenje« wiedergegeben wurden: »Deshalb beschuldigen die Vertriebenen die Führung, für das Verschwinden oder den Tod vieler verantwortlich zu sein, die sich mit den Kämpfern auf freies Territorium zurückgezogen haben.« Die präzisesten Angaben kommen von Ibran Mustafic, dem ehemaligen SDA-Vorsitzenden von Srebrenica. In einem Interview mit dem muslimischen Polizeikreisen nahestehenden Magazin »Slobodna Bosna« berichtete er von seiner Flucht aus der Stadt und der Gefangennahme durch die Serben. »Persönlich glaube ich, daß die Mehrzahl der Menschen, die sich (den Serben) ergeben haben, am Leben ist«, meinte Mustafic. An anderer Stelle präzisiert er: »Ich habe von Leuten, die der kroatischen Staatssicherheit nahe stehen und Kontakte zu den Serben haben, gehört, daß sich an verschiedenen Orten noch 5.600 Überlebende aus Srebrenica befinden.« Mustafic hält die gängige These von der tausendfachen Mordlust der serbischen Eroberer für nicht plausibel, weil diese sogar ihn, den prominentesten Aktivisten der Moslempartei in der Enklave, wieder freigelassen hatten.

Scharf ging Mustafic mit einer »privilegierten Mannschaft« unter den Moslems ins Gericht (an anderer Stelle spricht er von »einer hartgesottenen Gruppe von Mafiosi«), die für die Opfer beim Abzug einer Flüchtlingskolonne nach dem Fall der Enklave verantwortlich sei. Sie wollte »die Menschen, die ihnen folgen wollten, möglichst stark verwirren. Die Kolonne wurde unterbrochen, und die Menschen haben den Kopf verloren. Ich habe mit vielen Menschen gesprochen, die gesund aus Srebrenica herausgekommen sind und nicht dieser Mannschaft angehört haben, und als die mir erzählten, was sich alles auf diesem Weg ereignet hat, war ich fassungslos. Ich darf gar nicht daran denken und kann erst recht nicht darüber sprechen. Das sind furchtbare Dinge.«

(aus: »Die Mafia von Srebrenica«, in: KONKRET 1/97)

Konkret 08/99, S. 23

Kurt Holl

Kosova ohne Roma

"Die Kfor eskortiert die ethnische Vertreibung.« Interview mit Kurt Holl, dem Sprecher von Rom e. V Köln

konkret: Wie ist die Lage der Roma im Kosovo, das die UCK Kosova nennt, zur Zeit?

Holl: Es gibt fast keine mehr. Von 150.000 Roma sind wahrscheinlich noch 10.000 übrig. Die meisten von ihnen haben sich in den Ort Kosovo Polje geflüchtet, wo sie zusammen mit serbischen Flüchtlingen eingeschlossen sind und von der Kfor gegen Übergriffe geschützt werden müssen. Die Lage ist so unerträglich, daß sie einen freien Abzugskorridor verlangen, um heil aus dem Kosovo herauskommen zu können:

In Mazedonien hat Rom e. V. schon während des Krieges ein Flüchtlingslager eingerichtet. Warum?

Wir haben es initiiert, das Rote Kreuz hat es in Dare Bombol bei Skopje schnell und unbürokratisch eingerichtet. Das war notwendig geworden, weil es in den Flüchtlingslagern der Kosovo-Albaner immer wieder zu bösen Ausschreitungen gegen Roma gekommen ist. Zum Beispiel gab es im Lager Stenkovac Anfang Juni ein regelrechtes Pogrom, zahlreiche Roma wurden verletzt und mußten sich ins Zentrum der Caritas vor Schlimmerem retten, ein Rom starb.

Darüber war in der deutschen Presse nichts zu lesen.

Nicht nur darüber. Die Ignoranz der deutschen Medien gegenüber dem Schicksal der Roma im Kosovo ist unglaublich. Für sie ist das Kosovo eine albanische Provinz mit einer serbischen Minderheit -Roma und Gorani, Türken, Aromunen und Ägypter kommen gar nicht vor. Während man in der internationalen Presse während des Krieges lesen konnte, daß Roma-Viertel bei den Bombenangriffen besonders stark zerstört wurden - Roma leben, in Jugoslawien wie anderswo, oft in den schlechteren Quartieren in der Nähe von Industrieanlagen -, war das den deutschen Zeitungen keine Zeile wert. Und jetzt, als nach dem Einzug von Nato und UCK im ganzen Kosovo Roma ermordet und ihre Wohnungen geplündert und gebrandschatzt wurden, schrieb wieder zunächst nur die amerikanische, britische und französische Presse. Die deutschen Medien zogen erst nach, als die Nachrichtenagentur AP die Übergriffe meldete - und auch dann berichteten sie meist mit gehässigem Unterton. Die Roma müßten sich nicht wundern, daß sie jetzt von den Albanern verfolgt würden, da sie doch vorher mit den Serben kollaboriert hätten, heißt es mehr oder weniger offen zwischen den Zeilen.

In einem UCK Folterzentrum nördlich von Prizren sagte ein UCK Milizionär dem Reporter der »Süddeutschen Zeitung«: »Die Zigeuner gehören alle geschlachtet. Sie haben unsere Häuser geplündert und haben das gestern gestanden. «

Unter Folter gesteht man alles Mögliche. Die Vertreibung der Roma, Serben und aller anderen unzuverlässigen Minderheiten ist das Ziel der politischen Führung der Kosovo-Albaner seit den frühen achtziger Jahren - das konnte man damals in allen großen deutschen Zeitungen nachlesen.

Die UCK-Leute hassen die Roma, weil einer von diesen, Luan Koko, offizielles Mitglied der jugoslawischen Delegation in Rambouillet war. Auch andere Minderheiten waren in dieser Delegation vertreten; die Serben hatten damit signalisieren wollen, daß sie in Rambouillet eine Übereinkunft unter Berücksichtigung auch der kleinen Volksgruppen im Kosovo anstreben. Das zweite, was den Roma angelastet wird, war, daß viele ihrer jungen Männer jugoslawische Soldaten waren und als solche auch im Kosovo standen. Aber wie hätten sie das vermeiden sollen - es galt doch die allgemeine Wehrpflicht? Berichte, daß sie als Soldaten an Übergriffen und Morden beteiligt waren, bewegen sich bisher auf der Gerüchteebene. Es gibt kein einziges Indiz dafür. Hingegen ist erwiesen, daß sie von den Serben gezwungen wurden, Leichen zu bestatten.

Jedenfalls: Auch die Roma im Kosovo wollen, daß diejenigen bestraft werden, die Verbrechen begangen haben - auch wenn Roma darunter sein sollten. Nur können Verbrechen von einzelnen, so sie geschehen sein sollten, niemals die Vertreibung aller rechtfertigen, die die UCK jetzt durchführt. Was die UCK aktuell macht, ist das, was die Kosovo-Albaner schon seit mindestens 20 Jahren anstreben; jetzt gibt ihnen die Nato die Gelegenheit dazu.

Sie sprachen eingangs von 150.000 Roma im Kosovo. Die letzte Volkszählung gibt eine sehr viel niedrigere Zahl an.

Beim Zensus von 1991 ließen sich nur 45.000 als Roma eintragen. Die übrigen wurden gezwungen, ihre Herkunft zu verleugnen: In albanischen Wohngegenden wurde mit Repressalien gedroht, damit sie sich als Albaner eintrugen, in den serbischen Wohngegenden entsprechend: als Serben. In Köln sind alle Roma, die seit den achtziger Jahren hierher gekommen oder geflohen sind, offiziell Kosovo-Albaner - weil sie sich unter Zwang so registriert haben. Einer von ihnen ist M. J., der bis 1982 Bürgermeister in einem Roma-Viertel in Pristina war. Bei der Volkszählung 1981 wurde er von Kosovo-Albanern ultimativ dazu aufgefordert, »seine« Leute dazu zu bringen, sich als Albaner einzutragen. Als er sich weigerte, wurde eine ganze Straßenzeile nachts von einer albanischen Bande überfallen, Häuser und Wohnungen der Roma

komplett zerstört. M. J. wurde mit Eisenstangen halbtot geschlagen und erst im Krankenhaus gerettet. Nach weiteren ähnlichen Erlebnissen floh er in die Bundesrepublik.

Demnach waren die Roma auch zu Zeiten der Autonomie des Kosovo in keiner komfortablen Situation.

Die Einführung der Kosovo-Autonomie durch Tito 1974 führte unmittelbar zu Anfeindungen, Schikanen und Terror gegen Roma und Serben. Das kann man sogar auf der Web-Site der Bundeswehr nachlesen. Viele Nicht-Albaner verloren ihre Arbeitsstelle oder ihr Amt, Roma und Serben wurden von Ärzten oder in Krankenhäusern oft abgewiesen und nicht mehr behandelt.

Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland, bestätigte den Kfor-Soldaten, sie täten ihr Bestes, um Übergriffe zu verhindern.

Das wünscht er sich sicher von Herzen, aber wir haben andere Informationen. Eine Delegation des European Roma Rights Center hat gerade das Kosovo besucht und festgestellt, daß die Kfor-Soldaten den Roma oft nicht zu Hilfe kommen. Ein unglaublicher Vorgang war etwa, daß deutsche Kfor-Soldaten, nachdem sie einen UCK-Folterkeller in Prizren ausgehoben hatten, die Folterer einfach laufen ließen. Begründung: Die waren ja alle maskiert. Die einzige Unterstützung seitens der Kfor ist meistens eine militärische Begleitung für die Flüchtenden. Damit eskortiert die Kfor die ethnische Vertreibung. Ein französischer Kfor-Offizier äußerte gegenüber der Delegation die Vermutung, daß bestimmte Nato-Staaten die Vertreibung aller Nicht-Albaner nicht ungern sähen, weil dies die Sicherheitsprobleme erleichtere.

Sind in den letzten Wochen viele Kosovo-Roma nach Deutschland geflüchtet?

Während des Krieges flüchteten die meisten nach Montenegro oder Belgrad. Wer zur Zeit aus dem Kosovo flieht, egal ob Serbe oder Roma, kommt aber kaum noch nach Jugoslawien hinein. Nach Deutschland sind sehr wenige gekommen. Und der Skandal ist: Auch die sollen jetzt, trotz ganz offensichtlicher Gefahr für Leib und Leben, wieder in das Kosovo zurückgeschoben werden. Fischer und Scharping, die den Krieg mit dem Einsatz für Menschenrechte und Minderheiten begründeten, haben noch kein einziges Wort zum aktuellen Terror gegen die Roma verloren - obwohl sich dieser Terror jetzt unter den Augen auch deutscher Soldaten abspielt.

Konkret 08/99, S. 24

Horst Pankow

Leichen auf Bestellung

Jede Eskalation des Menschenrechtskrieges gegen Jugoslawien wurde mit serbischen Greueltaten begründet – auf zweifelhafter Grundlage

Betrachtet man zentrale Ereignisse, die zur Eskalation der antiserbischen Kriegstätigkeit in den letzten Jahren führten, läßt sich eine mit betrügerischen und manipulativen Mitteln geführte Kommunikation zur Schaffung eines Kriegskonsenses feststellen. Beginnen wir mit dem 27. Mai 1992. An diesem Tag starben auf einem Markt in Sarajevo mindestens 20 Menschen. Sie warteten vor einem Bäckerladen, als sie von Detonationen zu Boden gerissen oder durch die Luft geschleudert wurden. Als »Brotschlangenmassaker«, begangen von Serben, ging der grausige Zwischenfall in die Geschichte der Kriegsberichterstattung ein. Serbisches Artilleriefeuer, so hieß es in den Massenmedien, habe den Tod der Wartenden verursacht. Diese Version wies zwar ein Menge Ungereimtheiten auf und wurde gelegentlich angezweifelt (siehe dazu den Artikel von Wolfgang Pohrt in KONKRET 7/92), doch wurde sie zur offiziell gültigen innerhalb der »westlichen Wertegemeinschaft«.

Das »Brotschlangenmassaker« kam wie bestellt. Kurz zuvor hatte sich die US-Führung entschlossen, den Balkan nicht deutsch-europäischen Ambitionen zu überlassen, und drängte nun selbst an die Spitze der antiserbischen Mesalliance. Drei Tage vor dem Massensterben auf dem Marktplatz hatte der US-Außenminister auf einer Nato-Tagung in Lissabon erklärt: »Wir dürfen diesen humanitären Alptraum im Herzen Europas nicht hinnehmen«, die US-Regierung sei »über die Vorgänge in Bosnien-Herzegowina und das Leid der Bevölkerung erschüttert«. Zu jener Zeit war die US-Öffentlichkeit – soweit daran überhaupt interessiert – noch weitgehend »proserbisch« eingestellt und verfolgte die von Deutschland unterstützte völkische Zersplitterung Jugoslawiens mit Befremden. Das »Brotschlangenmassaker« sollte dann eines der Ereignisse werden, die zu einer Wende führten. Am 30. Mai beschloß der Uno-Sicherheitsrat auf amerikanisches Drängen und mit der Stimme Rußlands, ein Handels-, Öl- und Luftfahrtsembargo gegen Jugoslawien. Operation erfolgreich, meldete die »Süddeutsche Zeitung« bereits einen Tag vor dem UN-Beschluß: »Von ›Barbarei‹ hatte der amerikanische Außenminister in einer Anklage gegen Belgrad nur Tage zuvor gesprochen, und nun konnte alle Welt sehen, daß er nicht übertrieben hatte.«

Am 5. Februar 1994 findet ein weiteres Massaker in Sarajevo statt – abermals wie bestellt. Schauplatz ist diesmal der Zentralmarkt; beim Einschlag einer angeblich serbischen Granate werden 68 Menschen getötet und etwa 200 verletzt. Dies war sowohl Anlaß für den ersten Kriegseinsatz der Nato seit ihrer Gründung als auch für den ersten Kampfeinsatz von US-Truppen in Europa seit 1945. Obwohl die bosnischen Serben vor den Drohungen der Nato kapitulierten und alle schweren Waffen aus der Umgebung von Sarajevo zurückzogen bzw. den UN-Truppen übergaben, wurden knapp zwei Wochen nach dem Anschlag auf dem Zentralmarkt vier serbische Flugzeuge von Nato-Kampffliegern abgeschossen und Anfang April wiederholt serbische Stellungen mit Nato-Bomben belegt. Dies war nebenbei auch die Feuertaufe der deutschen Bundeswehrmacht, mit Awacs-Aufklärungsflugzeugen durfte sie an den recht einseitigen Kampfhandlungen teilnehmen.

Obwohl in Teilen der nichtdeutschen Presse die Urheberschaft des Massakers als ungeklärt verhandelt wurde und beispielsweise der »New-York-Times«-Korrespondent David Binder in einem Beitrag für die Zürcher »Weltwoche« »gewichtige Indizien für eine muslimische Täterschaft« fand (siehe dazu den Artikel von Wolfgang Schneider in KONKRET 8/94), waren die 68 Toten hierzulande der auslösende Kick für einen wahren Rausch ungehemmter Kriegspropaganda: »Wann, wenn nicht jetzt?« fragte die »FAZ« und vermeldete »Rufe nach Schlägen gegen die serbischen Belagerer«: Die »FR« sekundierte »Wie lange noch?«, und »Bild« brachte die deutsche Stimmung auf den Punkt: »Bombt die Mörder nieder!« Die »Taz« übte sich wie immer in konstruktiver Opposition: »Luftangriffe auf serbische Stellungen machen vor allem psychologisch Sinn«; sie forderte: »Weg mit dem Waffenembargo«. Das vom UN-Sicherheitsrat gegen alle bosnischen Kriegsparteien verhängte Embargo zugunsten der Moslems zu kippen, war vor allem ein Anliegen der deutschen Seite. Deutsche Diplomaten wirkten dafür in den entsprechenden internationalen Gremien, deutsche Journalisten machten dafür bei ihrer jeweiligen Leserschaft Stimmung: »Die einzige Sprache, die Milosevic und seine Ganoven verstehen, ist jene, die genau zwischen die Augen trifft«, hatte schon im Februar 1993 Michael Jürgs im inzwischen eingegangenen »Tempo« getönt.

Bei den Amerikanern hingegen erzeugte die Vorstellung westlicher High-Tech-Waffen in den Händen moslemischer Fanatiker wenig Begeisterung. Waren doch die an afghanische Mudjaheddin gelieferten Stinger-Boden-Luft-Raketen nach dem Ende der Sowjetunion auch gegen US-Interessen in Anschlag gebracht worden und hatte auch der Irak seine im Krieg gegen den Iran erhaltene Vernichtungstechnologie später bekanntlich nicht nur im Sinne seines einstigen Förderers verwendet. Dieses Unbehagen führte anderthalb Jahre später, anläßlich eines weiteren den bosnischen Serben angelasteten Massakers Ende August 1995 dazu, daß einzelne US-amerikanische Politiker sich der Interpretation ihrer russischen Konkurrenten-Kollegen anschlossen. Dabei hatte auch dieses Massaker US-Ambitionen befördert. Nachdem durch

Granaten-Beschuß mindestens 35 Zivilisten in Sarajevo getötet worden waren, machten die UN die Serben verantwortlich. Am 30. August starteten Nato-Geschwader zu einer mehrtägigen Bombardierung der »Republika Srpska« und ihrer Hauptstadt Pale. Nun ging nicht nur der tiefe Wunsch deutscher Serbenhasser in Erfüllung (Daniel Cohn-Bendit im Frühjahr 95 in der »Taz«: »Zuerst wird Pale bombardiert und dann ...«), auch die US-Position innerhalb der antiserbischen Allianz wurde aufgrund der zweifelsfreien militärischen Dominanz gefestigt. Dennoch traten zwei US-Republikaner, Yossef Bodansky und Vaughn S. Forrest, an die Öffentlichkeit und widersprachen der Schuldzuweisung an die Serben. Beide waren seinerzeit Mitglieder der »Task Force on Terrorism & Unconventional Warfare« des US-Senats, die sich mit Aktivitäten von Mudjaheddin an der Seite der bosnischen Moslems beschäftigte. Sie bestätigten russische Presseagenturmeldungen, denenzufolge moslemische Kommandanten gemeinsam mit westlichen Geheimdienstlern das Massaker ausgeheckt und zur Ausführung gebracht hatten. Eine Version, die auch vom damaligen Unprofor-Stabschef im Raum Sarajevo, dem Russen Andrej Demurenko, unter Berufung auf russische Geheimdienstinformationen bestätigt wurde (siehe dazu den Artikel von Jürgen Elsässer in KONKRET 10/95). Obwohl sich die dissidenten Senatoren zwar Gehör, aber keine Zustimmung verschaffen konnten, zeigt ihr Beispiel doch, daß die Herstellung eines Kriegskonsenses selbst »im Herzen der Bestie« USA nicht so reibungslos vonstatten geht wie hierzulande. Für die Opfer der Nato-Aggressionen bzw. ihre Hinterbliebenen mag das wenig tröstlich sein, aber für die Bewertung der unterschiedlichen Konsensproduktionen in den imperialistischen Metropolen ist es aufschlußreich (siehe dazu den Beitrag von Gerhard Scheit in diesem Heft, S. 28).

Das soll abschließend die amerikanische und französische Rezeption des »Massakers von Racak«, das zum auslösenden Ereignis für den jüngsten Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde, verdeutlichen. Am 16. Januar 1999 waren in dem kosovarischen Dorf 45 Tote in Zivilkleidung gefunden worden. Die jugoslawischen Behörden deklarierten sie als UCK-Kämpfer, denen post mortem Zivilkleidung verpaßt worden war. Für Nato-Kommentatoren handelte es sich um kosovo-albanische Zivilisten, die serbischer Mordlust zum Opfer gefallen waren. Federführend bei dieser Interpretation war der damalige Chef der OSZE-»Beobachter« William Walker, der sich mit Massenmord und dessen mediengerechter Präsentation gut auskennt. Allerdings gehörte vor seiner Balkan-Mission eher die Vertuschung von Massenmord zu seinen Aufgaben. Walker war von 1985 bis 1988 stellvertretender US-Staatssekretär für Zentralamerika. In seinen Verantwortungsbereich fiel die Betreuung der gegen das sandinistische Nicaragua kämpfenden Contras. Danach war er bis 1992 US-Botschafter in El Salvador und dort unter anderem mit der Koordination der Zusammenarbeit von Todesschwadronen und CIA beschäftigt. Die Toten von Racak, sagte ein bestürzter Walker in die TV-Kameras, waren »das Schrecklichste, was ich in meinem Leben gesehen habe«. Klar, daß nun gebombt werden mußte, und das am 24. März einsetzende Bombardement hat der von Walker vertretenen Weltmacht schließlich die anderswo ausführlich beschriebenen geostrategischen und währungspolitischen Vorteile eingebracht. Dennoch war es die nicht gerade antiamerikanische »New York Times«, die am 19. Januar enthüllte, daß US-Außenministerin Albright bereits einen Tag vor Entdeckung der Toten von Racak in einer Mitarbeiterbesprechung ihre »virtuelle« Kenntnis der folgenden Ereignisse offenbart und einen »entscheidenden Moment«, ein »Schlüsselereignis« angekündigt hatte, das zu einer wesentlichen Änderung in der bisherigen amerikanischen Kosovo-Politik führen werde.

Auch in Frankreich wurden in der Presse Zweifel an der Nato-offiziellen Version der Racak-Ereignisse geäußert. Der konservative »Figaro« (20.1.99) und »Le Monde« (21.1.99) beriefen sich auf Aussagen und Filmmaterial von AFP-Korrespondenten, die sowohl bei der Einnahme des Dorfes durch jugoslawische Polizei, deren Rückzug als auch bei der Ankunft der OSZE-»Beobachter« zugegen waren. So stellte »Le Monde« eine für deutsche Mainstream-Blätter blasphemische Frage: »Waren nicht die Körper der in Kämpfen mit der serbischen Polizei getöteten Albaner ... gesammelt worden, um ein Horror-Szenario zu schaffen, das mit Sicherheit einen entsetzlichen Effekt auf die öffentliche Meinung haben würde?« Eine weißrussisch-jugoslawische Medizinerkommission, die die Leichen untersuchte, bestätigte die Version Belgrads. Der Abschlußbericht eines finnischen Medizinerteams, das weitere Leichen obduzierte, ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Lediglich eine vierseitige Erklärung der Teamleitung informierte die Öffentlichkeit darüber, daß man zwar keine Hinweise auf einen möglichen Kombattantenstatus der fast ausschließlich männlichen Toten gefunden habe (auch habe man einige diesbezügliche Untersuchungen gar nicht durchführen können), daß man gleichwohl aber nicht von »Massaker« sprechen wolle, weil eine derartige Feststellung allein das Ergebnis kriminaltechnischer und juristischer Untersuchungen sein könne. Aber wer hält sich hierzulande mit derlei Petitessen schon auf – das »Massaker« von Racak hat den Startschuß gegeben zur vorläufig letzten Eskalation des Natokriegs gegen Jugoslawien und damit seinen Zweck erfüllt.

Konkret 08/99, S. 25

O-Ton

Bomben für Gewaltverzicht

Wie Staatssekretär Walter Stützle am 30.6.99 in 3Sat seinen Chef Rudolf »Völkermord« Scharping als Lügner entlarvte

Franz Alt: Herr Stützle, als ehemaliger Friedensforscher sind Sie jetzt als Staatssekretär (im Verteidigungsministerium) auch für den Kosovo-Krieg. Sie haben den gerechtfertigt, man hat's öfter gehört von Ihnen, wie wichtig er sei. Aber was hat sich denn durch den Krieg nun wirklich verändert? Herr Milosevic ist nach wie vor im Amt, empfängt Politiker. Jetzt fliehen die Serben, vorher sind die Kosovo-Albaner geflohen. Die Nato hat die Infrastruktur eines Landes zerstört, das müssen wir jetzt wieder aufbauen mit viel Geld. Und ein ganzes Volk ist traumatisiert. Meinen Sie im nachhinein, daß das wirklich sinnvoll war?

Stützle: Also, die Menschen, die geflohen sind, haben ein schweres Schicksal, aber sie haben fliehen können. Sie wären umgebracht worden. Das ist keine erfundene Behauptung. sondern das weiß man aus dem Geschehen, das weiß man aus den vorgefundenen Plänen. Im übrigen ging es im Prinzip um relativ einfache, aber für das europäische Zusammenleben ungeheuer wichtige Dinge: erstens um den Gewaltverzicht und zweitens um die Toleranz, die wir uns auf die Fahnen geschrieben haben. Und es ging nicht um ein Eingreifen der Nato gegen Herrn Milosevic, sondern es ging darum, Herrn Milosevic daran zu hindern, daß er einen Teil seines Volkes umbringt. So einfach ist das, und so wichtig war es.

Alt: Sie sind sicher, nach dem, was wir heute wissen, daß Hunderttausende Kosovo-Albaner umgebracht worden wären?

Stützle: Ich bin sicher, daß viele von den Menschen, die vertrieben worden sind, umgebracht worden wären. Und nachdem ich dort gewesen bin, bin ich noch viel sicherer, als ich es von hier aus war.

Alt: Aber das hätten die serbische Armee und die Polizeikräfte auch machen können während des Bombardements, wenn sie das wirklich vorgehabt hätten, die umzubringen.

Stützle: Es ist ja auch passiert ...

Alt: Mit einigen Tausend. Aber Sie sagen: alle Kosovo-Albaner.

Stützle: Wir können nicht so tun, als ob die Menschen, die vertrieben worden sind, wenn sie dann nicht gegangen wären, überlebt hätten. Sie hätten zu großen Teilen nicht überlebt. Und die Bilder, die abendlich übers Fernsehen gehen, Bilder, die Soldaten vor Ort erleben, beweisen ja, was an Grausamkeiten vorgefunden wurde. Das kann man im Europa des Jahres 1999, das sich einmal die Schlußakte von Helsinki gegeben hat, 1975, und die Charta von Paris für ein neues Europa im November 1990, nicht, einfach zusehend, geschehen lassen.

Konkret 08/99, S. 26

Joachim Rohloff

Im Amselfelde unbesiegt

Wie die Bundeswehr fortsetzt, was die Wehrmacht begann

Auf dem »10. Forum Bundeswehr und Gesellschaft« der »Welt am Sonntag« zog der Generalinspekteur Kirchbach, ein Rhetor von erhabener Langeweile, die Lehre aus dem Krieg in Jugoslawien. Westliche Politik müsse fortan den Einsatz von Streitkräften als Normalität empfinden. Bzw. eben nicht ... Sein Gestammel läßt sich kaum paraphrasieren, lauschen wir also dem Originalton: »Bündnis im Wandel – Europa im Wandel – Deutschland im Wandel. Politik, die Einsatz von Streitkräften in diesem Bündnis als Normalität empfinden muß. Nicht den Einsatz von Streitkräften als Normalität, sondern das militärische Mittel in der Gestaltung der Politik als Mittel der Politik immer mitzubetrachten. Von der klaren und sicheren Vermutung ausgehend, daß, wenn es denn ein letztes Mittel der Politik ist, um eine Lösung herbeizuführen, nicht das letzte Mittel das sein muß, das man erst ganz zuletzt betrachtet. Weil eine frühzeitige Betrachtung dieses Mittels und vielleicht sogar ein frühzeitiger Gebrauch Krisen im Entstehen verhindern.«

Fortan, muß das wohl heißen, wird erst geschossen und dann verhandelt, weil man ohnehin weiß, daß man nach den Verhandlungen wird schießen müssen, denn Verhandlungen sind nur sinnvoll, wenn vorher geschossen worden ist. Ob die Bevölkerung das mitmachen wird, fragte Kirchbach sich und kam zum Schluß, »daß die Eigenart dieses Krieges es auch ausgemacht hat, daß die Bevölkerung, von Fernsehbildern abgesehen, in ihrem persönlichen Leben davon weitgehend unberührt geblieben ist. Es ist alles weitergelaufen nach einer kurzen Schockphase wie vorher. Es kann ja sein, daß die Bewährung auf diesem Gebiet noch aussteht.«

Unsere Streitkräfte stecken bereits mitten in ihrer ersten wirklichen Bewährungsprobe und scheinen sie glänzend zu bestehen. Trotzdem bleibt ungewiß, ob eine Wehrpflichtigenarmee wird leisten können, was Kirchbach von ihr erwartet. Der Oberstleutnant Pfeiffer spricht wohl für viele Ausbilder in der Bundeswehr, wenn er sich beklagt, er habe »Einzelkindern, die bei Mama wohlbehütet aufgewachsen sind«, also Muttersöhnchen und Bettnässern, in lächerlichen Rollenspielen, bei denen sie sich Schaumgummibrüste unters Hemd schieben und Kopftücher aufsetzen, »Haltung! Diktion! Körpersprache! Auftreten!« beizubiegen. Denn im Kosovo werden sie »auf Schwerstverbrecher treffen, die jede Moral verloren haben«. Mit Bildern aus dem Golfkrieg und aus der Junta-Zeit Argentiniens werden sie auf den Anblick von Toten und Verletzten vorbereitet. Früher segneten, trösteten und ölten allein die Militärpfarrer, heute hat jedes Bataillon seinen eigenen Psychologen. »Bevor die Einheiten in den Kosovo eingerückt sind«, sagt Psychuffz Wothe, »war die größte Belastung die Trennung von der Familie.« Niemand müsse sich vor den Kameraden schämen, wenn er auf die Couch befohlen werde. So habe man nach dem Unfall von Rajlovac im Mai 1997, als ein Spähpanzer »Luchs« versehentlich auf einen Transportpanzer »Fuchs« schoß, »mehrere Gruppengespräche geführt und die emotionalen Seiten dieser Situation noch einmal besprochen. Man merkte, daß einigen Soldaten erst da richtig bewußt wurde, was es heißt, mit Waffen umzugehen.«

Unsere Offiziere sind zum Glück aus anderem Holz. Den »nationalen Befehlshaber der Deutschen«, General Helmut Harff, porträtierte Susanne Koelbl im »Spiegel«: »Kosovo ist das letzte Gefecht des Generals, im November geht er nach 40 Jahren in Ruhestand.« Man hätte gedacht, nach 60. Denn »so fürchten die Untergebenen ihn: Harff bebt innerlich vor Zorn, als er aus dem Zimmer des britischen Drei-Sterne-Generals John Reith im albanischen Nato-Hauptquartier Durres eilt. ›Zirkelbach, sofort los!‹ zischt der Brigadegeneral seinen Adjutanten an und schreitet im Geschwindschritt vorbei an den blühenden Oleanderbüschen Richtung Strand, wo sein Helikopter wartet.« Und keine eingeborene Schöne will sich, den Konsalik vollzumachen, mit einem Blütenkranz nähern. »Fallschirmjäger Harff, den sie hier wegen seiner asketischen, hochgewachsenen Erscheinung den ›Habicht‹ nennen, gilt als absolut zuverlässiger Erfüller des politischen Auftrags. Als ein Offizier, der Undiszipliniertheit und Schwäche bei seinen Soldaten unbarmherzig verfolgt – auch vor Publikum. ›Wenn du rumeierst, hängst du festgenagelt an der Wand‹, sagt einer, der ihn lange kennt. Dabei geht es dem uneitlen Harff ohne Zweifel um die Sache. Er tut meist das Richtige, dies jedoch zuweilen mit dem Temperament eines Schnappmessers.« Offenbar hat sich, der inneren Führung und der freien Presse zum Trotz, seit El Alamein nichts geändert: die Militärs nicht und die Kriegsberichterstatter auch nicht.

Die Überlegenheit des deutschen Herrenmenschen durften im Juni jugoslawische Soldaten erleben, als sie Flüchtlinge daran hinderten, die mazedonische Grenze noch vor der Kfor zu überschreiten. Einflog der General Harff. AFP beobachtete seinen Auftritt: »›Wieviel Zeit brauchen Sie, um den Grenzübergang zu räumen?‹ fragte der Kommandierende des deutschen Kontingents, General Helmut Harff, der per Hubschrauber von Prizren gekommen war. ›Sechs Stunden‹, antwortete ihm der Chef des jugoslawischen Postens, Oberst Fehir. ›Sie haben 30 Minuten‹, entgegnete ihm Harff. Auf die Proteste, es seien immerhin 70 Grenzer und sie hätten nur Lastwagen zum Transport, erwiderte Harff ungerührt: ›Das ist alles. 30 Minuten. Inzwischen 28. Ende der Diskussion.‹ Der deutsche General stellte klar, daß dies ein Befehl sei.« Die Grenzsoldaten verließen den Posten schließlich querfeldein durch ein Spalier wütender Flüchtlinge.

Ein wirklicher Held, und nicht bloß ein aufgeblasener Rommel-Imitator, ist der Major Dr. Harald List: »Mit bloßen Händen siegt er über die Kalaschnikows der Serben in Prizren.« Im Stadtzentrum feierten Kosovo-Albaner den Sieg der Nato. Einige Serben, denen das nicht gefiel, bedrohten die Menge und ballerten in die Luft. »Die Menschen flohen und suchten bei der kleinen Gruppe deutscher Soldaten Schutz. Dem 46jährigen deutschen Major jagten die Serben jedoch keine Angst ein. Beherzt schritt er in ihre Mitte. Auf ihn gerichtete Kalaschnikows wehrte er mit der Hand ab. Damit hatten die Serben nicht gerechnet. Ein britischer Journalist beschrieb die Szene mit Bewunderung: ›Sie wurden ganz klein und sahen auf einmal wie jugendliche Randalierer aus und nicht mehr wie Killer.‹ Die britische Presse, die sonst kaum ein gutes Haar an den Deutschen läßt, lobte den ›Helden‹: ›Er hat ein Massaker verhindert.‹« Daß selbst die perfiden Engländer unserem »Helden von Prizren« den Respekt nicht verweigern konnten, meldete »Focus« in der Ausgabe 25/99 auf Seite 240. Und kolportierte 5,5 Zentimeter oberhalb des seiner Tat gewidmeten Kastens »die Nachricht von den Schüssen aus der Waffe des Majors Harald List, die, in Notwehr abgegeben, zwei Serben töteten«. Ebenso gut informiert war wieder einmal die »Zeit«. Dasselbe Foto, das im »Focus«, in »Bild« und im »Hamburger Abendblatt« den tapferen Major zeigte, wie er die serbischen Killer am Massaker hinderte, versah die »Zeit« mit der Unterschrift: »UCK-Rebellen werden von der Bundeswehr entwaffnet.« Vielleicht wird sich noch herausstellen, daß Major List auch die beiden »Stern«-Reporter ... nein, wohl nicht.

Eines immerhin scheint gewiß: Wo bewaffnete Serben sind, da ist auch ein Massaker. Und wenn es noch nicht geschehen ist, dann muß es eben verhütet werden. Zwar las man hin und wieder, es habe im Kosovo auch Kämpfe zwischen jugoslawischen Verbänden und der UCK gegeben, doch gingen sie offenbar ganz ohne Verluste ab. Denn in allen Gräbern, die gefunden werden, liegen ausschließlich Opfer von serbischen Greueln. Während ihres Rückzugs, behauptete Verteidigungsminister Scharping, hätten die Serben versucht, ihre Untaten zu vertuschen, indem sie Massengräber planierten oder bepflanzten. Jeder Fernsehzuschauer allerdings konnte sehen, daß viele dieser Gräber mit kleinen numerierten Holzpfählen gekennzeichnet sind. Der Widerspruch zu Scharpings Expertenwissen schien niemanden zu interessieren. Nur der »Focus« fragte den Kommandanten einer »UCK-Sondereinheit«: »Später kamen Bagger, man verscharrte die Toten und steckte auf jedes Lehmgrab einen Holzpfahl. Durchnumeriert und alle versehen mit einem N. N. Wie ›no name‹. Keiner weiß, warum sie (die Serben) sich diese Mühe machten, auch Tahir Veselaj, der UCK-Kommandant, nicht.«

Was geschah eigentlich in Prizren, bevor die Deutschen kamen? Der ARD-Korrespondent Martin Weiß meldete Erstaunliches: »Überraschenderweise waren 50.000 Menschen während der schlimmen Monate hier in Prizren. Die Leute durften nicht auf die Straße gehen, ja per Dekret hatten Männer zwischen 18 und 65 sogar Ausgangssperre. Ab und zu wurden ein paar geholt, aber nur zum Reparieren der Schäden, die durch Nato-Bomben entstanden sind.« Warum haben die Serben nicht massakriert, obwohl sie doch die Gelegenheit besaßen? Wer die Zeitungslektüre zu seinem Hauptberuf gemacht hatte, fand vielleicht im »Freitag« einen gut versteckten kostbaren Satz, der eine mögliche Antwort gibt: »Obwohl es in Prizren, der Hauptstadt des deutschen Sektors, im Krieg so gut wie keine UCK gegeben hatte ...«

Mit den Deutschen kam die UCK. Nach den ersten wilden Tagen schien sich die Lage in der Stadt zu normalisieren. Der Brigadegeneral Fritz von Korff lobte die UCK, weil sie freiwillig auf das öffentliche Tragen von Waffen verzichtet habe: »32 Waffen mußten noch ohne nennenswerten Widerstand abgenommen werden. Die UCK hat sich also hier kooperativ verhalten.« Man stellte Container auf zum Zweck des Waffeneinwurfs – vermutlich einen grünen für Kalaschnikows und einen weißen für Handgranaten – , die allerdings von der einheimischen Bevölkerung nicht recht angenommen wurden. »Manches in Prizren ist schon wieder wie in einer ganz normalen Stadt«, berichtete Ende Juni Susanne Koelbl: »Der Barkeeper Ali Hajdari, 28, vom Lokal ›Passage‹ organisiert jetzt, seit die Lieferwege aus Jugoslawien abgeriegelt sind, Bier aus Albanien. Der Markt, auf dem es immerhin Gurken, Kirschen und Kohl zu kaufen gibt, öffnet wieder stundenweise. Und auch ›Sheki‹, die wasserstoffblonde Gesellschaftsdame im pinkfarbenen Overall, ist wieder auf der Suche nach ›guten Geschäften‹, jeden Tag im Arm eines anderen Soldaten – deutsche sind derzeit bevorzugt.« Drei Wochen später mußte sie sich korrigieren – nein, nicht Sheki, sondern die Koelbl: »Prizren ist zu einem Brennpunkt der Kriminalität geworden, fast überall herrscht Anarchie. Jeder nimmt sich, was er will. Unschuldige Zivilisten und angebliche Kollaborateure werden ermordet, Frauen vergewaltigt. Systematisch vertreiben und berauben albanische Kriegsgewinnler Serben und Roma, besetzen deren Häuser oder zünden sie an ... In jeder Nacht heult die Sirene der Feuerwehr, fallen Schüsse. Und während auf den Hängen von Prizren die serbische Altstadt brennt, schallen durch die Bars unten am Ufer der Bistrica die Lieder der nationalpatriotischen Sänger Leonora Jakupi und Arif Vladi, die von den Heldentaten der Kosovo-Befreiungsarmee UCK berichten: ›Wir waren hier zuerst, wir werden immer bleiben. Wir sterben fürs Kosovo.‹«

»Nato! Nato! Germania! Germania!« skandierten die Kosovaren, als die Bundeswehr einrückte. Wo ein Deutscher seinen Kopf aus der Panzerluke steckte, wurde er auch schon abgeküßt. »Am beliebtesten sind bei den jungen Kosovo-Albanern die Amerikaner und die Deutschen«, schrieb die »FAZ«. Denn Deutschland ist bekanntlich die zweitwichtigste Nachschubbasis der UCK. Warum aber deutsche Soldaten bei den alten Kosovaren so beliebt sind, weiß die »Welt«: »Die Deutschen genießen auch in Pec«, das im italienischen Sektor liegt, »hohes Ansehen, vor allem die Deutschen der dreißiger und vierziger Jahre. ›Baba Hitler‹, Papa Hitler, haben sie ihn genannt, und in jedem Gespräch wird er als gute Erinnerung

eingebracht. ›Gegen die Serben haben uns die Deutschen geholfen. Die Deutschen waren schon damals gut, und jetzt wieder.‹«

Konkret 08/99, S. 28

Gerhard Scheit

Ressentiments in Aktion

Worin sich die psychologische Kriegführung in Deutschland und in den USA unterscheidet

In den 90er Jahren hat eine erstaunliche Auslagerung, ein Outsourcing von Propaganda stattgefunden: Kroatien, Bosnien-Herzegowina und zuletzt die Albaner engagierten eine amerikanische Public-Relations-Firma, um die politische Öffentlichkeit in den USA, die ursprünglich proserbisch und gegen die Aufteilung Jugoslawiens eingestellt war, gegen die Serben und Milosevic einzustimmen. Ab August 1991 begann die Firma Ruder Finn Global Public Affairs, im Auftrag der kroatischen Regierung zu arbeiten, im April 1992 wurde der unabhängige Staat Kroatien von den Vereinigten Staaten anerkannt. Die Public-Relations-Firma verpflichtete sich in dem Vertrag mit Kroatien, sie werde für diesen Staat lobbyistisch tätig sein, in bezug auf »Anerkennung, Sanktionen und Embargos, ... Briefings für Beamte ... und Vorbereitung von speziellem Hintergrundmaterial, ... Bereitstellung von Presseerklärungen, Beratungsstellen für Medien und Pressekonferenzen, Leserbriefen und reaktiven sowie proaktiven Artikeln, Briefings für Journalisten, Kolumnisten und Kommentatoren ...« Darüber hinaus arrangierte die Firma z. B. auch Reisen für Kongreßabgeordntete nach Kroatien und ähnliches mehr. Die Kosten der TV-Werbekampagnen in verschiedenen kanadischen und US-amerikanischen Fernsehanstalten haben zeitweilig jene von Coca Cola und Pepsi zusammengenommen übertroffen. Dies und weitere Details hat Mira Beham in ihrem Buch *Kriegstrommeln – Medien, Krieg und Politik* (3. Aufl. München 1996) festgehalten.

Coca Cola und Pepsi

Der Unterschied aber zu Coca Cola ist vor allem der, daß die Serben – also nach dieser Logik etwa Pepsi – nicht imstande waren, rechtzeitig ihrerseits eine Werbeagentur zu engagieren; sie wollten es erst, als es bereits zu spät war und die allgemeinen Boykottmaßnahmen eine solche Geschäftsverbindung unmöglich machten. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Der Chef von Ruder Finn, James Harff, drückte das so aus: »Die Schnelligkeit ist entscheidend. Sobald irgendeine Information für uns vorteilhaft ist, sehen wir uns verpflichtet, sie sofort in die öffentliche Meinung einzupflanzen. Denn wir wissen genau, daß die erste Nachricht von Bedeutung ist. Ein Dementi hat keine Wirkung mehr ... Die Aufgabe war komplex, niemand hat verstanden, was eigentlich in Jugoslawien passierte und, um offen zu sein, die Mehrheit der Amerikaner fragte sich, in welchem afrikanischen Land sich Bosnien befindet; aber mit einem Schachzug konnten wir die Sache vereinfachen und sie darstellen als Geschichte von den guten und den bösen Jungs.« Der Schachzug, auf den der Werbefachmann besonders stolz ist, bestand darin, jüdische Kreise in Amerika gleichsam als Werbeträger und Multiplikatoren zu gewinnen: »Das war eine wirklich schwere Partie, und von daher war die Aufgabe auch außerordentlich gefährlich.« Harff verweist auf die bekannten antisemitischen Äußerungen Tudjmans – der sich schon als Historiker mit einer »kroatischen Auschwitzlüge« einen Namen gemacht hatte – und im Hinblick auf Bosnien auf den islamischen Fundamentalismus von Izetbegovic: »Da haben wir im Flug zugegriffen und drei jüdische Organisationen überlistet ... Wir haben ihnen vorgeschlagen, einen Beitrag in der ›New York Times‹ zu veröffentlichen und eine Protestkundgebung vor dem Sitz der Vereinten Nationen zu organisieren. Das hat hervorragend funktioniert ... In der öffentlichen Meinung konnten wir auf einen Schlag die Serben mit den Nazis gleichsetzen ... Sofort stellte sich eine bemerkbare Veränderung des Sprachgebrauchs in den Medien ein, begleitet von der Verwendung solcher Begriffe, die eine starke emotionale Aufladung hatten, wie etwa ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw., und all das evozierte einen Vergleich mit Nazi-Deutschland, Gaskammern und Auschwitz. Die emotionale Aufladung war so mächtig, daß es niemand wagte, dem zu widersprechen, um nicht eines Revisionismus bezichtigt zu werden« (Jaques Merlino: *Les vérités yougoslaves ne sont pas toutes bonnes à dire.* Paris 1993, zit. n. Beham, *Kriegstrommeln*).

Die Gleichsetzung mit dem Holocaust, die Anspielungen auf Völkermord und Konzentrationslager riefen sofort mächtige Bilder und Gefühle hervor. Und gewiß nur auf diese Weise konnte es gelingen, die historischen Fronten des Zweiten Weltkriegs endgültig zu verwischen, die Serben und Juden einmal gegen Deutschland einte.

Deutsches Bier nach dem Reinheitsgebot

Noch bevor die Marketingstrategen jener Public-Relations-Firma Vollzug melden konnten und Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten von den Vereinigten Staaten anerkannt wurden, hatte bekanntlich bereits das wiedervereinigte und neuerwachte Deutschland diese Anerkennung erklärt (23. Dezember 1991) – als erstes Land überhaupt. Und nicht nur das: Gegen den Rat der Briten und Franzosen und gegen den damals noch vorhandenen Druck der USA nötigte es förmlich die Europäische Gemeinschaft und die Uno zur Anerkennungspolitik gegenüber den abgesprungenen jugoslawischen Teilrepubliken. Genau besehen aber war Deutschland nicht ganz allein: Als erster und am lautesten schrie der Wiener Ballhausplatz nach sofortiger Anerkennung, unterstützt vom österreichischen Fernsehen und den österreichischen

Presseorganen sowie vor allem den österreichischen Grünen. Die Anerkennungspolitik am Beginn der neunziger Jahre war unter anderem auch die erste große gemeinsame deutsch-österreichische Aktion seit 1945. Mit ihr wurde die internationale Anerkennung der beiden Staaten initiiert und der Bürger- und Bandenkrieg in einen internationalen Konflikt verwandelt, der es letztlich Deutschland erlaubte, wieder am Balkan zu operieren und seine Machtbasis zu verbreitern.

Von wem ging diese deutsch-österreichische Anerkennungspolitik aus? Von den Medien? Oder von den beiden Außenministern? Von der »Wirtschaft«? Jedenfalls hat es kaum irgendwo in der Öffentlichkeit Deutschlands und Österreichs eine wirkliche Kontroverse darüber gegeben. Mira Beham schreibt zu Recht: »Das so umfassende Schweigen, das sich über Deutschland gesenkt hat, wirkt gespenstisch ...« Die Autorin führt das Gespenstische dieser Vorgänge vor allem auf Geheimdienstaktivitäten zurück, denen natürlich per se etwas Gespenstisches anhaftet: So weiß man, daß der BND seit den achtziger Jahren in Zusammenarbeit mit dem kroatischen Geheimdienst systematisch auf die Verschärfung der Konflikte mit Belgrad hingearbeitet hat. Das Gespenstische, das in der deutschen Politik der neunziger Jahre immer deutlicher hervortritt, beruht aber nicht zuletzt auf einer anderen Art von Geheimdienst, einer Art, bei der jeder Staatsbürger unbewußt als sein eigener privater Staatspolizist agiert, und die Zentrale dieses Geheimdienstes liegt in der Vergangenheit.

Die Vorgänge zur Vorbereitung des Kosovo-Kriegs zeigen ähnliche Verlaufsformen, wenngleich hier alles bereits etwas verschwommener erscheint und zur Rekonstruktion Spekulationen unabdingbar sind: Jürgen Elsässer (KONKRET 5/99) hat den ehemaligen israelischen Außenminister Scharon zitiert, der darüber klagte, daß die USA sich von den europäischen Staaten in eine »entsetzliche Operation (haben) hineinziehen« lassen. So läßt sich die Politik von Rühe gegenüber Holbrooke und von Fischer gegenüber Albright auf durchaus schlüssige Weise interpretieren: Die Deutschen haben den Krieg vorbereitet und die Kosovo-Krise durch Unterstützung der UCK scharfgemacht. Die Amerikaner zogen spätestens im Verlauf der Rambouillet-Verhandlungen die Initiative wieder an sich. Die ganze Entwicklung seit Anfang der neunziger Jahre kann plausibel als eine Reihe von diplomatischen Coups und geheimdienstlichen Schurkenstücken betrachtet werden, aber sie läßt sich darauf nicht reduzieren.

Der Unterschied zwischen der Politik der Nachfolgestaaten des Dritten Reichs und der der USA liegt aber nicht nur darin, daß die einen den anderen zuvorgekommen sind oder die einen die anderen mithineingezogen haben. Das schnellere Tempo und die aktivere Rolle sind vor allem Ausdruck einer anderen ideologischen Konstellation, oder genauer: eines anderer Verhältnisses von Bewußtsein und Unbewußtem. In Deutschland und Österreich bedurfte es offenkundig keiner Public-Relations-Firma, die Briefings für Beamte, Journalisten, Kolumnisten und Kommentatoren vorbereitete und spezielles Hintergrundmaterial organisierte, um die Herren Genscher und Mock, die Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen und Grünen, die Journalisten der Printmedien und des Fernsehens auf die antiserbische Politik einzustimmen; hier brauchte es keine TV-Werbekampagne, um die Bevölkerung für diese Politik zu gewinnen. Man schaltete sich selbst gleich; fast alle fanden mit traumwandlerischer Sicherheit ihre Bestimmung; sie mußten sich nicht selbst zensieren, da Selbstzensur hierzulande als eigentliche Selbstverwirklichung betrieben wird. Hier genügen offenbar gemeinnützige Vereine wie die »Gesellschaft für bedrohte Völker«, Parteien wie die Grünen und Zeitungen wie die »Taz«, um zu fördern, zu bündeln und zu organisieren, was ohnehin vorhanden ist. Und darin liegt das eigentlich Gespenstische.

So unterscheiden sich die Formen der psychologischen Kriegführung etwa jenes gemeinnützigen Vereins, der 1970 gegründet worden ist, und der kapitalistischen Public-Relations-Firma: statt Werbespots Mahnwachen; statt der offenen Aussagen über Marktstrategien, wie sie von James Harff zitiert wurden, völkische Weltanschauung à la Tilman Zülch, dem Gründer der »Gesellschaft für bedrohte Völker«; deren Aktionen werden nicht vollständig den Gesetzen des Warenverkehrs überlassen, sondern mittels nationaler Selbstaufopferung gesponsert; ihre Kosten werden neben dem Spendenaufgebot vor allem von den Tausenden Mitgliedern getragen. Bei der immer größere Dimensionen annehmenden Arbeit überwiegen ehrenamtliche Mitarbeiter, die sich aus Studenten und Politologen rekrutieren. Man opfert sich auf für die gute, gemeinschaftliche Sache und hofft zugleich, über das Opfer einen höheren Wert in der nationalen Gemeinschaft zu erringen. »Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun«, schrieb Richard Wagner, der erste große Opferdarsteller, die erste große verfolgende Unschuld unter den Deutschen.

Es handelt sich hierzulande also offenkundig um ein anderes Outsourcing von Propaganda als in den Vereinigten Staaten oder auch in England und Frankreich: völkisches Outsourcing auf gemeinnütziger Basis. Dies setzt tieferliegende Kontinuitäten, Stimmungen, Ressentiments voraus, die in Amerika nicht existieren, in Deutschland und Österreich aber eine Art inneren Referenzpunkt bilden.

Von der Nibelungentreue zur Natopartnerschaft und zurück

Auf diese Kontinuitäten, die Deutschland und Österreich seit der Nibelungentreue des Ersten Weltkriegs – »Serbien muß sterbien« – verbinden, ist bereits hingewiesen worden. Vieles in der psychologischen Kriegführung im Kosovo-Krieg, aber auch schon im Bosnien-Konflikt, erinnert tatsächlich an den Beginn des Ersten Weltkriegs: vor allem eben jene automatische Bereitschaft der liberalen und linken Öffentlichkeit, sich gleichzuschalten. Aus seinem Staunen über diesen

nationalen Automatismus hat Karl Kraus bekanntlich ein Drama gemacht, »dessen Umfang nach irdischem Zeitmaß etwa zehn Abende umfassen würde« und das eigentlich »einem Marstheater zugedacht« ist. Die erstaunlichsten Szenen dieses Weltkriegsdramas sind allerdings nicht die, worin die Presse und die Journalisten als Drahtzieher einer Verschwörung imaginiert werden, die das Volk verführen und in den Krieg hetzen, sondern jene, die schlaglichtartig zeigen, wie die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung ganz von allein bereit sind, sich freiwillig mit dem Staat identisch zu machen. Ein Wiener hält von einer Parkbank eine Rede: »Mir führn einen heilinger Verteilungskrieg führn mir ... Und darum sage ich auch – es ist die Pflicht eines jedermann, der ein Mitbürger sein will, stantape Schulter an Schulter sein Scherflein beizutragen. Dementsprechend! Da heißt es sich ein Beispiel nehmen, jawohl! Und darum sage ich auch – ein jeder von euch soll zusammenstehn wie ein Mann. Daß sie's nur hören die Feind, es is ein heilinger Verteilungskrieg, was mir führn. Wiar ein Phönix stehma da, den s'nicht durchbrechn wern, dementsprechend, mir san mir ...« Die schwere Zunge des nicht nur vom Patriotismus Berauschten enthüllt unfreiwillig, daß es sich bei dem beschworenen Verteidigungskrieg um einen Verteilungskrieg handelt. Tatsächlich war dieser Krieg vor allem von der Linken und der Arbeiterbewegung als Verteidigung imaginiert worden: Verteidigung der deutschen Kultur, der selbst erkämpften sozialen Errungenschaften. Mit der Berufung auf den eigenen sozialen und kulturellen Standard und den sozialen Fortschritt – heute unter dem Begriff »Menschenrechte« zusammengefaßt und damit noch stärker von den realen Machtverhältnissen abstrahiert – ließ sich im Ersten Weltkrieg der Burgfrieden zwischen den Klassen herstellen und der Angriff auf den Osten legitimieren, der als Hort von Reaktion und Barbarei galt.

Aber der Schluß vom Ersten Weltkrieg auf die heutigen Kriege in Jugoslawien ist dennoch ein Kurzschluß: Zwischen beiden liegt der Nationalsozialismus, und er ist der eigentliche Referenzpunkt für das, was da vor sich geht. Die Gesellschaft in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs bewegt sich – wie Joachim Bruhn (*Was deutsch ist*. Freiburg 1994) zeigt – auf dem Boden der Resultate, die der Nationalsozialismus geschaffen hat. Zu diesen Resultaten gehört eine besonders innige Beziehung zum Staat, gestiftet durch das kollektive Beschweigen des Fundaments von Massenmord und Vernichtungskrieg, die eben nach 1945 nirgendwo revolutionär geahndet wurden – auch im Osten Deutschlands nicht und schon gar nicht in Österreich. Das Verbrechen, in dem sich die Bevölkerung mit dem Staat in einer Weise lücken- und gnadenlos vereinigt hat, die jede Totalitarismustheorie Lügen straft, lebt öffentlich und privat im Beschweigen ebenso fort wie im Gedenken und konstituiert das Bewußtsein der Staatsbürger.

Während die amerikanische Public-Relations-Firma ihre Hunderte von Werbespots gegen Serbien im Fernsehen ausstrahlen läßt, organisiert darum die deutsche »Gesellschaft für bedrohte Völker« ihre Hunderte Mahnwachen mit besonderer Vorliebe in den KZ-Gedenkstätten. Auch heute also ist es etwas Eigenes, Selbstgeschaffenes, auf das sich die nationale Einheit im Krieg bezieht – aber es ist etwas Negatives: Auschwitz dient zur Legitimation dafür, daß Deutschland sich wieder an einem Krieg beteiligt, seine Machtstellung innerhalb Europas und damit auch gegenüber den Vereinigten Staaten ausbaut.

Doch der Begriff der Legitimation trifft die Sache nicht ganz. Er trifft wieder nur den bewußten Anteil, die Seite der Intrige, der geplanten Aktion, der Propaganda. Es handelt sich aber beim deutsch-österreichischen Kriegsengagement im selben Maß um die Folgen eines inneren Zwangs. Wenn Außenminister Fischer, Kriegsminister Scharping und die Meutenjournalisten immer wieder davon gesprochen haben, daß die serbische Sonderpolizei die SS und Milosevic eine Art Hitler sei und daß im Kosovo ein Holocaust stattfinde, so ist dies zum einen Teil eine bewußte Argumentationsstrategie – also psychologische Kriegführung, wie sie ebenso in den Vereinigten Staaten oder in England und Frankreich inszeniert wird. Aber wenn Fischer und Scharping, die »Bildzeitung« und die österreichische »Kronen-Zeitung« von Hitler und Auschwitz, von SS und Holocaust sprechen, ist es etwas anderes, als wenn Clinton, Blair und »Le Monde« dies tun: Die deutschen und österreichischen Politiker und Journalisten spekulieren nicht nur – zu Zwecken der Propaganda – auf Ressentiments ihrer Landsleute, sie sind selber besessen davon, gehorchen einer Projektion, der sie nicht Herr sind. Die seit den 70er und 80er Jahren von K-Gruppen und Friedensbewegung gleichermaßen eingeübte Gleichsetzung der Nato-Partner unter dem Begriff des Imperialismus oder, schlimmer noch, ihre Subsumtion unter den US-Imperialismus, verfehlt gerade diesen zwanghaften Charakter, der die Kriegführung bei den Erben des Dritten Reichs kennzeichnet und der zum unbewußten nationalen Surplus der deutschen Aggression gehört. Darin liegt die besondere Gefahr, die von den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches ausgeht. Kennzeichnend für diese politisch funktionale Zwangsneurose ist übrigens auch, daß Fischer, sobald der Krieg beendet ist, sofort mit der Verdrängung beginnt und ernsthaft behauptet – in der »Zeit« vom 17.6.99 – , jene Gleichsetzung nie betrieben zu haben. Mit dieser dynamischen Innerlichkeit mußte er rasch zum beliebtesten Politiker Deutschlands avancieren.

Der Antiamerikanismus des Kalten Kriegs und der Friedensbewegung der 80er Jahre, der auf der Seite vieler Kriegsgegner einfach nur fortgesetzt wird, verdeckt zunehmend die spezifisch deutschen Interessen innerhalb des Westens – Handkes Imagination einer Weltverschwörung der »Internationalen«, die »nie ein Land im Sinn gehabt«, gegen die »kleinen Völker« ist dafür paradigmatisch – und nähert sich im schlimmsten Fall der extremen Rechten an, die eben auch »kein Blut deutscher Soldaten« im Kosovo vergießen möchte. Ist es Dummheit, Bequemlichkeit oder ein heimlicher nationaler Konsens, ein stilles Hoffen auf eine rein europäische Kriegsunion, wodurch die linken Nato-Gegner nicht wahrhaben

wollen, wie sehr das westliche Militärbündnis sich verändert? Warum wird ignoriert oder nur am Rande registriert, daß die Nato es den Deutschen erlaubt, politische und militärische Macht zu akkumulieren; daß sie ihrem ursprünglichen Auftrag, der da lautete: »Germans down«, mehr und mehr untreu wird?

Ressentiment ist nicht Ressentiment

In seinem Buch *Jenseits von Schuld und Sühne* (2. Aufl. Stuttgart 1980) hat Jean Améry sich und seinem deutschen Publikum seine Ressentiments auf bemerkenswerte Weise bewußt gemacht. Er verstand sie als die »subjektive Verfassung des Opfers«: »Hartnäckig trug ich Deutschland seine zwölf Jahre Hitler nach, trug sie hinein in das industrielle Idyll des neuen Europas und die majestätischen Hallen des Abendlandes ... Ich hegte meine Ressentiments. Und da ich sie nicht loswerden kann, noch mag, muß ich mit ihnen leben und bin gehalten, sie jenen zu erhellen, gegen die sie sich richten.« Genau das können die Deutschen und Österreicher nicht – sie hegen ihre Ressentiments, aber sie können sie niemandem – am wenigstens sich selbst – erhellen, solange sie sich positiv auf ihr Deutsch- und Österreichischsein beziehen. Denn ihr Ressentiment ist ein reaktiver Groll, der daher rührt, daß sie als Täter entlarvt worden sind. Ihre subjektive Verfassung als Opfer ist Schuldumkehr, und ihr Ressentiment von jeher der Stachel für ihre wirtschaftlichen Leistungen nach 1945 gewesen – und neuerdings eben auch für die Leistungen der Außenpolitik.

Der Projektionsmechanismus, mit dem Deutschland in aller verfolgenden Unschuld als kriegführende Macht in Aktion tritt, ist es, der die ganze Situation so gespenstisch erscheinen läßt. Das Phänomen ähnelt tatsächlich dem des Philosemitismus: Im Dunkeln bleibt, was sich hinter dem guten Willen, hinter der zur Schau getragenen Moral der Menschenrechte verbirgt, wie groß die Gefahr eigentlich ist, von wem konkret sie ausgeht. Systematisch all das mit Auschwitz zu identifizieren, durch dessen Bekämpfung sich Machtzuwachs erringen läßt, ist zur neuen deutschen Ideologie geworden. Und hierfür kann auch das Erbe der Kritischen Theorie ohne Schwierigkeit vereinnahmt werden: Immer wieder während des Kosovo-Kriegs ist Adornos Diktum paraphrasiert worden, »alles einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole«.

Im Jahre 1945 aber brachte Adorno auch auf den Punkt, was dazu anzumerken wäre: »Ein Deutscher« – und zu dem gehört hier auch der Österreicher – »ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben.«

Gekürzte und bearbeitete Fassung eines Vortrags bei der Veranstaltung »Frieden mit Auschwitz – Krieg im Kosovo, Deutschland wiedergutgemacht«, die am 2./3. Juli in Berlin stattfand.

Konkret 08/99, S. 32

Peter Decker

Jenseits von Soll und Haben

Hat der Kosovo-Krieg sich »gerechnet«? Anmerkungen zum Verhältnis von Ökonomie und imperialistischer Aggression

Der Auftrag der KONKRET-Redaktion, ich möge etwas zum »ökonomischen Hintergrund« oder zur »Ökonomie des Krieges« beisteuern, den die Nato gegen Jugoslawien geführt hat, kommt einer Aufforderung zur Falschaussage nahe. Denn wer in Kriegsdingen von Aufwand und Ertrag, Kosten und wirtschaftlichem Nutzen redet, verstößt nicht nur gegen den nationalen Anstand – das ginge noch – , sondern gegen die Wahrheit.

Wenn kritische Leute einen wirtschaftlichen Vorteil als Grund und Ziel des Waffengangs anführen, verweigern sie der Kriegsmoral die Gefolgschaft und bestreiten dem Krieg die höhere Motivation. Daß für Geld und die wirtschaftlichen Interessen derer, die es haben, getötet und gestorben wird, ist ihr Vorwurf: »Kein Blut für Öl!« Zur Kritik eines Krieges nennen sie öffentlich private Nutznießer. Die Rüstungsindustrie, die an den Aufträgen der Regierung verdient, gerät ihnen zum Auftraggeber ihrer Auftraggeber. Wo immer westliche Waffen zuschlagen, entdecken sie unentdeckte Ölquellen, seltene Rohstoffe, unverzichtbare Handelswege oder ideale Pipeline-Trassen. Je schwerer derartige Entlarvungen fallen – und im Fall des Armenhauses Balkan fallen sie sehr schwer – , desto verwegener die Konstruktion. Aber das schadet nichts: Ihre Überzeugungskraft bezieht diese Kritik ohnehin nicht aus ihrer Schlüssigkeit, sondern aus der Schönheit ihrer moralischen Botschaft. Sie spricht dem Krieg seine Würde ab: Während die Regierung vorgibt, sie lasse für allerhöchste menschliche Prinzipien und die Werte der Gemeinschaft kämpfen, schickt sie die Jugend doch nur für den Reichtum der Reichen ins Feuer. Diese Kritik legt sich mit dem Maßstab des national verantwortbaren Krieges nicht an, sondern benutzt ihn in kritischer Absicht gegen *diesen* Krieg. Sie sagt ihm wirtschaftliche Vorteile nach und kann ihn damit nur deshalb blamieren, weil Krieg eine prinzipielle Mission und Selbstbehauptung der Nation ist, bei der sich kleinliche Vor- und Nachteilsrechnungen nicht gehören.

Wenn die Kritiker selbst schon kritisch darauf anspielen, daß es sich bei Krieg eigentlich um eine höhere Sorte Konkurrenz der Staaten handelt, bei der die Geldfrage keine Rolle spielt, dann sollten sie sich bei der Erklärung der Kriegsziele auch daran halten. Wenn sie die Lüge vom uneigennützigen humanitären Waffengang zurückweisen und ein Interesse ihres Staates an der Unterwerfung eines anderen Staates anprangern wollen, dann geht das eben nicht mit dem Deuten auf eine (gar nicht vorhandene) Bereicherung durch den Krieg. Worin der Materialismus des kriegführenden Staates besteht, wäre zu klären. Dazu drei Thesen.

1. Kapitalismus und Imperialismus

Die Frage nach einem speziellen ökonomischen Grund und Ziel dieses Krieges ist verkehrt; einen solchen Grund gibt es nicht – wohl aber einen ökonomischen Grund des Imperialismus kapitalistischer Staaten überhaupt. Sie haben sich eine Ökonomie eingerichtet, die stetig expandiert und expandieren muß. Dafür erschließt die politische Macht ihren Kapitalisten den Gebrauch von Märkten, Rohstoffen und Arbeitskraft auch jenseits der eigenen Landesgrenzen. Selbstverständlich achtet die Regierung darauf, daß ihr Dienst am Wachstumsbedürfnis exportierender oder importierender Kapitalisten ihr selbst und dem nationalen Reichtum als ganzem zugute kommt: Das grenzüberschreitende Geschäft muß das inländische Wachstum fördern, und seine Bilanzen dürfen die nationale Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland nicht untergraben. Beides ist nicht selbstverständlich. Denn die positive Handels-, Zahlungs- und Kapitalverkehrsbilanz kann immer nur einer von zwei beteiligten Staaten haben. Wenn Kapitalisten über Grenzen hinweg ihrem Profit nachjagen, kaufen, verkaufen und investieren, fällen sie zugleich Entscheidungen über die einseitige Bereicherung oder Verarmung von Staaten. Diese wiederum beugen sich nicht brav dem Urteil der Märkte; sie fordern vom grenzüberschreitenden Verkehr ihre Bereicherung auf Kosten anderer Nationen und lassen sich ihre ökonomische Entmachtung durch die Resultate der internationalen Konkurrenz der Kapitalisten nicht bieten.

Daher setzt ein Staat die Erlaubnisse und Verbote, Zölle und Investitionsbedingungen für das Außengeschäft so fest, daß sein einseitiger nationaler Erfolg daraus gesichert ist. Mit seinen politischen Vorgaben trifft ein Staat auf die auswärtige – heute ebenfalls überall kapitalistische – Staatsmacht, die haarscharf genauso kalkuliert und ihrerseits alles ökonomische Treiben in ihrem Machtbereich genehmigt oder verbietet, je nachdem, ob sie die ökonomischen Potenzen ihrer Macht dadurch gefördert oder beschädigt sieht. In den zwischenstaatlichen Vereinbarungen darüber, was die Partner ihren Geschäftsleuten wechselseitig genehmigen, wird ein Gegensatz verhandelt – und das zwischen höchsten Subjekten. Die politische Hoheit muß sich nicht wie die ihr unterworfenen Privatleute an übergeordnete Gesetze halten, wenn sie ihren Vorteil sucht, sie selbst macht ihre Gesetze und ordnet sich dabei nichts Höherem unter als ihrem eigenen Egoismus. Die Entscheidung zwischen gegensätzlichen nationalen Rechtsansprüchen ist eine Frage der Gewalt – und zwar keineswegs erst, wenn Staaten zu den Waffen greifen. Der friedliche diplomatische Verkehr ist eine einzige gegenseitige Erpressung:

Jeder Partner macht dem anderen klar, daß er es sich gar nicht leisten kann, seine Anträge zurückzuweisen; jeder droht für den Fall einer solchen Zurückweisung Konsequenzen für die gesamten beiderseitigen Beziehungen an und erinnert zur Not offen daran, mit was für einer Militärmacht der liebe Partner es zu tun, welche Rechte und Vorrechte er also zu respektieren hat. Frieden zwischen kapitalistischen Nationen herrscht dann, wenn und solange sie einander als die Gewalten anerkennen, die sie sind. Die Verschlechterung der Beziehungen bis hin zum Krieg steht an, wenn einer der Partner zu dem Schluß kommt, daß der andere nicht bereit ist, die Erpressungsmacht und die Rechtsansprüche anzuerkennen, die der eine sich aus seiner Stellung in der Rangordnung der Gewalten zurechnet – wenn also die Gewalt, die ein Staat ist, von neuem bewiesen werden muß.

Die ökonomischen Nationalinteressen sind der Stoff des zwischenstaatlichen Streits, sein Argument und Entscheidungsmittel ist die Gewalt. Weil von ihr alle Durchsetzung in allen Fragen abhängt, wird der Kampf um die Rangordnung unter den höchsten Gewalten zu einer selbständigen, ja zur eigentlichen Konkurrenz der Nationen. Stets arbeiten sie an der Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Globus und ringen sehr prinzipiell um Respekt vor ihrem Status: Welcher Staat darf was? Welcher kann anderen Vorschriften machen? Welcher muß sich Diktate gefallen lassen? Feindschaften entzünden sich an verweigerten Respektsbeweisen, Rüstungsanstrengungen der Gegenseite oder einem angemaßten Statusfortschritt der eigenen. Eine Rückübersetzung der Machtkonkurrenz der Staaten in einen ökonomischen Streitgegenstand ist unmöglich – aber auch nicht nötig, denn der Materialismus des nationalen Vorteils ist in der Prinzipienreiterei der Souveränität perfekt aufgehoben: Alle Benutzungsverhältnisse lassen sich regeln, wenn die Über- und Unterordnung zwischen Staaten geklärt ist. Das gilt sogar für Konflikte und Kriege, die ihren Ausgangspunkt in einem ökonomischen Streit haben. Wenn Staaten dazu übergehen, den entgegenstehenden Staatswillen zu brechen und dafür die Basis und die Mittel seiner Macht zu zerstören, dann ist der Gegensatz viel prinzipieller als der entgangene oder zu erzielende Vorteil aus einer Handelsregelung. Am ökonomischen Stoff haben die feindlichen Mächte lediglich entdeckt, woran ihr Verhältnis überhaupt krankt: Der Nachbar verletzt ihre Rechte und mißachtet ihre Erpressungsfähigkeit; deshalb werden sie grundsätzlich. Der Friedensvertrag, den ein Krieg früher oder später herbeiführt, formuliert die neue Grundlage, auf der die Staatsgewalten sich wieder zu respektieren bereit sind, fixiert die Unterordnung bzw. die Vorrechte, deren Recht die Waffen bewiesen haben. Leistungen, die dem Kriegsverlierer abverlangt werden – Abrüstung, Räumung von Territorium, Reparationen oder industrielle Demontage – , sind Pfand und Hebel seiner bleibenden Unterordnung unter den Sieger, aber nicht selbst Zweck des Krieges.

2. Der Balkankrieg – ein Kampf um Vormacht und Hinterhof

Die bald zehn Jahre dauernde Zerstörung Jugoslawiens bis zum direkten Krieg der Nato gegen den Rest dieses einst bedeutendsten Staats in Südosteuropa bietet von allem Anfang an keinen Anlaß für Irrtümer hinsichtlich eines »ökonomischen Hintergrunds« der westlichen Intervention. Das einstige Jugoslawien war längst ökonomisch auf die EU orientiert und bereit, sich zu deren Bedingungen zum Hinterland des westeuropäischen Kapitals zu machen; längst hatte es eine Funktion als Transitland des EU-Verkehrs zum griechischen Partner, als billiges Urlaubsland für lohnarbeitende EU-Bürger, als Zulieferer für die Auto- und Elektroindustrie und anderes mehr. Jugoslawien hat keine kapitalistische Benutzung durch westliche Wirtschaftsmächte je abgelehnt; eher schon hatte es nicht erhörte Anträge auf Investitionen und eine stärkere Einbeziehung in die westeuropäische Integration gestellt. Die Feindschaft, die sich erst die jugoslawische Zentralmacht, später das übriggebliebene Serbien zuzog, hat ihren Ausgangspunkt gleich auf der höchsten Etage der Souveränitätsfrage genommen, ohne daß Streit über begrenzte Interessengegensätze jemals laut geworden wäre.

Es war das Pech von Titos Staat, daß seine weltpolitische Eigenständigkeit nach dem Ende des Ostblocks und sein innerer Aufbau – Vielvölkerstaat – zu einem Zeitpunkt in die Krise gerieten, als Deutschland und Europa entschlossen waren, die Früchte ihres Sieges im Kalten Krieg zu ernten und eine Aufwertung des eigenen Status durchzusetzen. Zuerst benutzte das wiedervereinigte Deutschland den unzufriedenen Nationalismus in einigen Teilrepubliken, um sich eine Rolle anzumaßen, wie sie die USA in ihrem mittel- und südamerikanischen Hinterhof ausüben: die Rolle der Vormacht, gegenüber deren Willen die Souveränität anderer Staaten in ihrem Machtbereich nichts zählt. Dieses Recht hat sich Deutschland durch rücksichtslose Inanspruchnahme erobert: Ungefragt hat Bonn entschieden, daß Slowenen und Kroaten keine jugoslawischen Separatisten, sondern eigene Völker sind, denen das Recht auf einen eigenen Staat zusteht. Es hat die vom jugoslawischen Standpunkt aus illegalen Staatsgründungen durch die diplomatische Anerkennung gefördert und damit seinen Anspruch proklamiert, innere Streitfragen Jugoslawiens zu entscheiden. Die Frage, was der damalige Bonner Außenminister Genscher damit beabsichtigt hat, verbietet sich: nichts anderes, als diese Rolle einzunehmen und Deutschland, was den imperialistischen Status betrifft, gleichrangig neben die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu postieren.

Die EU-Partner registrierten den Angriff auf ihre überkommenen Vorrechte gegenüber dem »ökonomischen Riesen« und wiesen eine deutsche Einmischung in Jugoslawien zurück. Freilich nicht überhaupt, sondern so, daß sie sie zur gemeinsamen Sache aller europäischen Imperialisten machten. Nicht Deutschland, die EU als ganze beansprucht das Recht, über Sein und Nichtsein anderer Staaten in Europa zu befinden. Dabei mußten sie Deutschland nicht bei einem

beabsichtigten Alleingang stoppen, denn auch ihm ging es um nichts anderes als um deutsche Führung bei der Fortentwicklung des europäischen Wirtschaftsbündnisses zu einem imperialistischen Machtzentrum. Die Jugoslawienkriege markieren die Anfänge der »gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP).

Gesteigertes Pech des jugoslawischen Staats war es, daß die europäischen Vormächte sich auf die Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Aufsicht und deren Ziele erst noch einigen mußten. Sie haben sich nicht auf dem Balkan eingemischt, weil sie dort etwas Bestimmtes erreichen wollten, sondern sie mußten Ordnungsvorstellungen entwickeln, weil sie sich unbedingt einmischen und zuständig machen wollten. Die Aufsichtsmächte hatten nicht nur keine wirtschaftlichen, sondern auch keine bestimmten strategisch-politischen Absichten. Und wenn eine Partei irgendwie ihren nationalen Einfluß im Auge gehabt hätte, so garantierte der Einigungszwang unter den EU-Partnern, daß derlei nicht herauskommen würde: Die Unterwerfung des Hinterhofs unter die EU mußte eine Unterwerfung unter sehr abstrakte, übernationale Prinzipien werden – und wie diese Prinzipien auf die dortigen Verhältnisse passen würden, hatten eben diejenigen zu sehen, denen sie auferlegt wurden. Deutschland wollte die Abspaltung von Slowenien und Kroatien; England und Frankreich wollten anfangs Jugoslawien erhalten. Einig wurde man sich über Auflagen, denen die jugoslawischen Streitparteien zu gehorchen hatten. Einerseits sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten; in den Rang von Völkern wurden die konstitutiven Nationalitäten Jugoslawiens eingesetzt – damit wurde dem Prinzip der völkischen Umsortierung Recht gegeben. Andererseits durften neue Staaten nur innerhalb der alten innerjugoslawischen Republiksgrenzen entstehen – damit war das Umsortieren von Staaten und Bevölkerungen nach dem ethnischen Prinzip gerade verboten.

Serbien war keineswegs von Anfang an der gemeinsame Feind Europas. Es wuchs aber mit Notwendigkeit in diese Rolle, weil es die Zentrale war, auf deren Kosten die europäisch beaufsichtigte Zerlegung des jugoslawischen Staates ging, und weil es Haupterbe der überkommenen Machtmittel war, mit denen es sich der immer weiteren Auflösung der föderativen Republik widersetzte. Wenn sich die jugoslawische Armee auch aus immer weiteren Teilen Jugoslawiens zurückzog, so doch stets, um dadurch einen Rest eigenständig serbischer, und das heißt infolge der europäischen Einmischung anti-westlicher, Staatsräson zu retten. Der einzige Staat auf dem Balkan, der nicht von Gnaden der EU entsteht und der immer noch aus eigenem Recht mit den Diktaten der imperialistischen Übermacht kalkuliert, wird zum Hindernis der EU-Zuständigkeit für die Region. Deshalb war es irgendwann mit dem Rückzug der jugoslawischen Armee aus anderen Teilrepubliken nicht mehr getan. Im Kosovokrieg ging es darum, die serbische Macht und ihre ökonomische Basis selbst zu zerstören, um die serbische Kriegsfähigkeit zu vernichten.

3. Die Ökonomie des Kosovokrieges

besteht zunächst darin, daß Geld keine Rolle spielt und auch nicht spielen darf. Krieg ist kein Geschäft, er bringt kein Geld, sondern vernichtet jede Menge kapitalistischen Reichtum. Da hört sich nämlich, wie Faschisten es sagen würden, das »Krämertum« des Kapitalismus auf. Die Gegner wollen nicht mehr verdienen, suchen nicht mehr relativen Vorteil im Geben und Nehmen, sondern werden prinzipiell: Entweder der eigene Wille gilt oder der andere. Um den fremden Staatswillen zu brechen, werden seine Machtmittel – Mensch und Material – möglichst effektiv zerstört.

Schon der Übergang zur Feindschaft zwischen Staaten zerstört das Geschäft und ruiniert die Profitgelegenheiten von Kapitalisten, die im beiderseitigen Handel engagiert sind oder in dem zum Feind erklärten Land investiert haben – die jugoslawische Telekom z. B., die in Grund und Boden gebombt wurde, gehört längst der Telecom Italia. Öl- und Technologieexporteure müssen feststellen, daß ihre gestern legalen Geschäfte mit Jugoslawien wegen der Embargobeschlüsse der Alliierten heute zu Verbrechen geworden sind.

Im Bombenkrieg kommen dann alle militärtechnischen Errungenschaften zum Einsatz. Der Aufwand bemißt sich erstens daran, wieviel Kriegsmittel ein Nato-Land aufbringen und beisteuern kann, um beim Feind so viel Waffen, Infrastruktur, Fabriken, Menschen wie möglich zu zerstören; er bemißt sich zweitens daran, wie intensiv und wie lange bombardiert werden muß, bis der Feind das Handtuch wirft. Hinterher werden die vielen Milliarden zusammengezählt: Die Stationierung der Soldaten, der Betrieb der Bomberflotten, der Ersatz von verlorenem Gerät und verschossener Munition kosten Geld – auch wenn Kosten keine Rolle spielen dürfen, aufgebracht und bezahlt werden müssen sie schon.

Nach dem Sieg ist der serbische Industriestaat um Jahrzehnte zurückgeworfen. Eine Benutzung des Landes als Handelspartner und Anlageplatz für ausländisches Kapital liegt in weiter Ferne; auch als Billiglohnland und »verlängerte Werkbank« taugt es nicht mehr. Im Kosovo ist die Hälfte aller Gebäude zerstört, an Wirtschaft gab es auch vor dem Krieg schon nicht viel. Die Anrainerstaaten, die ohne viel Federlesens als Aufmarschgebiete hergenommen wurden, sind vor dem Kollaps, und der weitere Umkreis südosteuropäischer Staaten (Bulgarien, Rumänien) hat einen katastrophalen Einbruch des ohnehin dürftigen regionalen Geschäftsverkehrs zu verzeichnen.

In der ganzen Gegend ist für den europäischen Kapitalismus nichts zu holen – im Gegenteil. Die Sieger müssen mit eigenen Leuten und eigenen Mitteln eine staatsähnliche Ordnung und ihre Existenzbedingungen selbst wieder herstellen, damit der zerstörte Balkan, für den sie sich die Zuständigkeit erobert haben, halbwegs »stabil« wird. Geschätzte 20 Jahre

lang wird ein Besatzungsregime den verfeindeten Volksgruppen im Kosovo einen multiethnischen Frieden aufzwingen müssen, den diese nicht wollen. Das kostet. Gleiches gilt für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser und einer minimalen Infrastruktur. Die Rede ist schon von einem »Marshall-Plan« für die zerstörte Region. Wenn an der historischen Parallele auch nichts stimmt und vor allem die Opfer des Krieges keine Wohltaten zu erwarten haben, so bleibt doch eines: Ihre Aufsicht über den Balkan kostet die EU-Staaten eine Menge Geld, ohne daß ihre eigenen Wortführer sich davon »blühende kapitalistische Landschaften« und einen Zuwachs an europäischem Wachstum versprechen würden. Der imperialistische Aufbruch der EU kostet Steuergelder und beschädigt gleichzeitig die Steuerquellen, Geschäft und Wachstum in Europa. Finanzminister Eichel weiß schon, warum er dementiert, daß wegen des Kosovokrieges Steuern erhöht und Renten gesenkt werden müssen.

Es verhält sich also etwa umgekehrt, wie diejenigen meinen, die einen »wirtschaftlichen Hintergrund« des Kosovokrieges suchen: Die Rücksichtslosigkeit, mit der Staaten, die sich dem Wachstum des Kapitals verschrieben haben, das Geschäft in den Dienst des Krieges stellen und dafür beschädigen, ist der schönste Beweis dafür, auf wieviel Gewalt der Frieden der Profitmacherei beruht.

Nachtrag

Eine wirkliche Bilanz des Krieges steht aus. Auch sie betrifft nicht die Ökonomie, sondern die Nützlichkeit des militärischen Sieges für den politischen Zweck. Der ist maßlos, deshalb stellt sich schon nach wenigen Tagen Unzufriedenheit mit dem Erreichten ein: Die Nato hat an Restjugoslawien das Exempel statuiert, daß es sich kein Staat leisten kann, einem Diktat des vereinten Westens zu widersprechen. Jetzt hat es kapituliert – aber ist damit Serbien der botmäßige EU-Vasall geworden, der verlangt war? Schon reicht der Abzug aus dem Kosovo nicht mehr, jetzt will man Milosevic stürzen und vor ein internationales Gericht stellen; auch muß Montenegro noch aus serbischem Zugriff befreit werden. Der Krieg hat ferner der Ex-Weltmacht Rußland die Rolle des unberücksichtigten Zuschauers in der Weltpolitik zugewiesen – halten sich die Russen daran, oder wehren sie sich dagegen durch eigene kleinere Kriegsakte wie die Besetzung des Flughafens von Pristina? Und was dann? Der Anspruch der Nato auf ein Gewaltmonopol über die Staatenwelt ist ernst gemeint, das hat dieser Krieg demonstriert. Aber eben nur an einer Stelle: An diesem Maßstab gemessen ist die Welt voller Herausforderungen für das Bündnis der Imperialisten; verlangt sind immer neue Beweise seiner Entschlossenheit, keine Ausnahmen zuzulassen. Dieser Krieg mündet für die Sieger nicht in einem befriedigenden Frieden, sondern in neuen Kriegen.

Konkret 08/99, S. 36

Georg Fülberth

Stimmvieh und Bauernopfer

Das System Schröder ist viel erfolgreicher, als seine Kritiker ahnen: Über □ Rentenbetrug□ , Schrottwagen und Scheinselbständigkeit wird die zügige Abschaffung des Parteienstaats fast unsichtbar

Johannes Agnoli, übernehmen Sie!

Vor 32 Jahren, 1967, veröffentlichte der Politologe Johannes Agnoli einen damals berühmten Aufsatz mit dem Titel »Transformation der Demokratie«. Er wies darauf hin, wie das parlamentarische System seine Funktion wandelte, ohne daß seine bisherigen Institutionen abgeschafft wurden. Das nannte er »Involution«.

Bald darauf kamen die Notstandsgesetze, die Studentenbewegung und Willy Brandt. Irgendwie ist man der Sache dann nicht mehr nachgegangen. So wurde übersehen, daß Agnolis These keineswegs ein Witz war, sondern einen Prozeß beschrieb, der weiterging, auch wenn sich niemand mehr so richtig dafür interessierte. Zur Zeit tritt dieser Vorgang wieder so deutlich hervor, daß es fast schon wieder zu spät ist, auf ihn hinzuweisen. Diesmal geht es um die Erübrigung von Parteien, was keineswegs gleichbedeutend ist mit ihrer Abschaffung.

Das Haupt- und das Nebenversprechen

Bei Meinungsumfragen erzielen der Bundesminister Josef Fischer und der Kanzler gute Ergebnisse, während SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen schlecht abschneiden. Sie haben die Wahlen zum Hessischen Landtag und zum Europäischen Parlament verloren. In Bremen gewann allerdings die Sozialdemokratie, dies aber wohl vor allem deshalb, weil ihr Spitzenmann sich für die Fortsetzung der Großen Koalition aussprach. Die Grünen hatten kräftige Einbußen. Wie in der Regierungszeit Helmut Schmidts wird von Medien, Wählerschaft und Befragten klar zwischen der SPD und ihrem Kanzler unterschieden: Er ist gut, sie schlecht.

Diese Wertung ändert sich nicht dadurch, daß Gerhard Schröder gegenwärtig vorgeworfen wird, er habe einen Wahlbetrug begangen: Er habe versprochen, die von der CDU/CSU/FDP-Regierung verhängte Rentenkürzung rückgängig zu machen. Tatsächlich ist dies im Herbst 1998 ja auch sofort beschlossen worden. Riester sieht nun wieder eine Dämpfung der Renten vor. Der Betrugs-Vorwurf ist teils unzutreffend, teils belanglos. Man muß da unterscheiden: zwischen einem Haupt- und einem Neben-Versprechen. Ersteres wird gehalten, das zweite vielleicht nicht.

Schröder ist 1998 mit einem völlig klaren Programm angetreten: Im Standort Deutschland sollen Investitionen gesichert und neue angelockt werden. Die Mittel dazu sind: Senkung der Lohnnebenkosten und der Steuern. Ähnliches hatte Kohl bereits 1982 versprochen, aber nicht gehalten. Einerseits kam ihm immer wieder etwas dazwischen – zum Beispiel die Wiedervereinigung – , andererseits fürchtete er Schwierigkeiten bei Wahlen. Diese Vorsicht war insofern begründet, als die SPD vorab schon über »soziale Kälte« und »Ellbogengesellschaft« lamentierte, so daß die Gefahr bestand, sie werde Stimmen auf sich ziehen, sobald Kohl ernstmachte. Also ließ er es lieber, zog sich dabei allerdings zunehmend den Unmut seiner Paten zu. Als Schröder sich in der SPD durchsetzte, hätte Kohl zwar mehr Spielraum gehabt, andererseits mußte er feststellen, daß man dem Neuen mehr Energie bei der Durchsetzung eines neoliberalen Reformprogramms zutraute als ihm. Er habe, so las man überall, schließlich sechzehn Jahre Zeit gehabt und sie nicht genutzt.

Als sich diese neue Situation abzeichnete, machte die CDU/CSU/FDP-Koalition einen Fehler: Sie beschloß in Sichtweite der nächsten Bundestagswahl eine Senkung der Renten. So etwas darf man nicht tun, wenn man gewinnen will. Adenauer 1957 und Brandt 1972 haben es gerade umgekehrt gemacht: Erhöhung ca. ein Vierteljahr vorher. Vielleicht wollte Kohl demonstrieren, daß er jetzt doch ernstlich zu kapitalkonformen Reformen bereit sei. Doch zugleich lieferte er Schröder damit im Wahlkampf eine Vorlage, die dieser dann auch prompt verwandelte. So entstand das Neben-Versprechen von der Revision der Kohlschen Rentenkürzung.

Zur Finanzierung ließ sich Schröder von den Grünen die Ökosteuer reichen. Der erste Teil des Wortes ist zu vergessen: Umweltbelastung soll nicht vermieden, sondern kostenpflichtig beibehalten werden. Fahren die Leute weniger Auto, kommen die Beträge nicht zusammen, mit denen eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen und die Rente auf der alten Höhe gehalten werden soll. Es handelt sich also um eine normale Massenverbrauchssteuer nicht nur auf Mineralöl, sondern zugleich auf alles, was mit Hilfe von Sprit transportiert wird. Das bedeutet entweder Senkung der Reallöhne oder – wenn die Gewerkschaften deshalb höhere Abschlüsse durchsetzen – der Gewinne. Um ersteres zu realisieren und letzteres zu vermeiden, also Schröders Hauptversprechen durchzusetzen, wird ein »Bündnis für Arbeit« eingerichtet, welches – bei formell fortbestehender Tarif-Autonomie – die einst schon in der Großen Koalition praktizierten Lohnleitlinien wieder einführen soll.

Das Modell ist in sich stimmig, allerdings hat man die quantitative Auslegung wohl nie gründlich genug durchgerechnet. Die Anhebung der Mineralölsteuer mußte zum Beispiel durch eine Senkung der direkten Steuern so begleitet werden, daß insgesamt eine Netto-Entlastung herauskommt. Obendrein verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Staat, das Existenzminimum (insbesondere für Familien) höher anzusetzen. Auf diese Weise wird das durchschnittliche Nettoeinkommen, an dem die Rente bisher orientiert ist, gleichsam administrativ verbessert.

In dieser Situation mußte sich der Kanzler zwischen seinem Hauptversprechen (für das Kapital: Sozialbeiträge und Steuern runter) und dem Nebenversprechen (für die Rentner: keine Kürzung) entscheiden, also letztlich zwischen einem größeren und einem kleineren Wahlbetrug. Was hätten Sie an seiner Stelle gemacht? Sehen Sie.

Bei den nächsten Landtagswahlen wird Schröders Partei vielleicht ein bißchen abgestraft werden, aber das ist nicht so wichtig. Der Kanzler bleibt. Und je dreister er sich auf Kosten der Partei saniert, desto mehr wird sie auf ihn angewiesen sein.

Das Wunder der 134 Tage

Angesichts der logischen Schönheit und einer sich abzeichnenden überparteilichen Akklamation der Schröder-Linie muß allerdings ein merkwürdiges Phänomen erklärt werden: die Episode der 134 Tage zwischen dem 28. Oktober 1998 und dem 11. März 1999, in denen Oskar Lafontaine Bundesminister der Finanzen war. Er hat ja tatsächlich eine nachfrageorientierte Politik propagiert, sogar, wenn es nicht anders geht, mit zumindest zunächst steigender Neuverschuldung und mit einer politischen Kontrolle über die deutsche und die europäische Zentralbank. In der zweiten Frage lief er zwar sofort gegen die Wand, aber von seinen Parolen ging doch eine Ermutigung für die Gewerkschaften aus; die Abschlüsse, welche sie Ende 1998 durchsetzten, brachten die kapitalfreundliche Wirtschaftspresse zum Jammern. Wie läßt sich das verstehen?

Es war wohl eine Art Wunder. Die halten aber nur kurz. Im gewöhnlichen Leben nennt man das eine Illusion. Überraschend war nicht das Scheitern von Lafontaines Kurs, sondern daß er überhaupt eingeschlagen wurde, und zwar ausgerechnet von diesem Politiker: Als er sich in den achtziger Jahren selbst auf die Kanzlerkandidatur von 1990 vorbereitete, hat er nämlich keine nachfrageorientierte Politik propagiert, sondern sich mit den Gewerkschaften angelegt, weil er vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung ablehnte. Da wollte er selbst regieren und war der Ansicht, daß das Herz, welches links sitzt, an der Börse gehandelt wird. Der Professor Scharpf hatte ihm aufgeschrieben, die Profite in der Produktion dürften nicht geringer sein als die Rendite auf den internationalen Finanzmärkten: deshalb Lohnzurückhaltung, damit keine Arbeitsplätze verlorengehen. Jetzt, als Schröder ihm vor der Nase saß, blieb für Lafontaine nur ein Oppositionsprogramm. So etwas läßt sich auf die Dauer nicht praktizieren, wenn man selbst im Kabinett sitzt. (Es sind aber Variationen möglich. So darf in der Rentenfrage gegenwärtig Klimmt – vor einer Landtagswahl (NRW) – den Oskar spielen.)

Die Lafontaine-Schnurre hat symptomatische Bedeutung. Mit ihrem Ende ist zwar der Keynesianismus nicht gestorben – er ist schon lange tot und war nur noch in einbalsamiertem Zustand sichtbar geblieben; am 11. März 1999 ist er aber endlich beigesetzt worden. Ein ehrlicher Nachruf wird nicht verschweigen dürfen, daß er ohnehin zu allen Zeiten nur ein Gespenst gewesen ist. Vollbeschäftigung durch staatlich organisierte Nachfrage ist im Kapitalismus niemals auf lange Sicht hergestellt worden.

Keynesianer könnten antworten, so habe es ihr Meister ja auch nie gemeint, er habe nur kurzfristige Stimuli im Sinn gehabt. Aber auch diese sind in der Vergangenheit zumeist lediglich als Nebeneffekte anderer Praktiken aufgetreten, insbesondere dann, wenn stramm gerüstet oder nach einem Krieg das, was vorher zerbombt worden war, wiederhergestellt wurde. Franklin D. Roosevelt zum Beispiel hielt persönlich wenig von dem Professor aus Cambridge: Er sei kaum zu verstehen, viel zuviel Mathematik. Der New Deal führte ja zunächst auch keineswegs zur Vollbeschäftigung. Das klappte erst, als Roosevelt die USA auf den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg vorbereitete. Die gleiche Wirkung wurde während des Wettrüstens nach 1945 erzielt. Selbst Richard Nixon wurde insofern zum »Keynesianer« wider Willen. Oder nehmen wir Reagan: Er war Anhänger des Neoliberalismus. Aber sein Rüstungsprogramm, mit dem er die Sowjetunion kleinkriegte, weckte eine gewaltige staatliche Nachfrage. In Deutschland hat die Wiedervereinigung dem Staat wieder für einige Jahre eine wirtschaftspolitische Aufgabe – als Investor, Nachfrager und Organisator von Transfers – zugeschoben, die dem wirtschaftspolitischen Programm von CDU/CSU und FDP strikt zuwiderlief. Falls auf dem Balkan die von der Nato zerstörten Brücken, Fabriken und Häuser mit Mitteln der EU tatsächlich wieder aufgebaut werden sollten, werden in den Bomber-Ländern vielleicht ein paar Kapazitäten stärker ausgelastet, die sonst weiter brachlägen.

So gesehen, gibt es sie doch, eine keynesianische Wirtschaftspolitik – aber nie »an sich«, sondern als Begleiterscheinung. Wird sie als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme pur praktiziert, schlägt sie fehl. Ist sie der Nebeneffekt bei der Erreichung anderer Zwecke, klappt es manchmal. Sie ist ein Gespenst, und Gespenster haben bekanntlich die Doppeleigenschaft, daß sie zugleich tot und unsterblich sind. Lafontaine hat diese beiden Existenzweisen miteinander verwechselt. Daß er, der ja ein nüchtern denkender Mensch ist, auf solchen Hokuspokus angewiesen war, zeigt, wie aussichtslos seine Situation

gewesen ist.

Die Akzeptanz des Rambo

Immer wenn Schröder sich bei einer Menschengruppe unbeliebt macht, kann man davon ausgehen, daß er sich in Wirklichkeit bei einer anderen beliebt machen will. Da er im Ausland keine Wähler hat, benutzt er es gern als Bühne zu Darbietungen, für welche er zu Hause Applaus bekommt.

Ein Beispiel dafür ist die Sache mit der Altauto-Verordnung. Deutschland, in diesem Fall dargestellt durch den Minister Trittin im Auftrag seines Kanzlers, zeigte den anderen Ländern der Europäischen Union, daß sie nach seiner Pfeife zu tanzen haben. (Der Grüne wurde bei dieser Gelegenheit häufig als Opfer dargestellt, und das ist falsch. Er hat es wohl gern gemacht. Man erinnert sich: Als er die Atomkraftwerke im Handumdrehen abschalten wollte, bedeutete er den anderen Nationen, internationale Verträge hätten hinter dieser deutschen Höheren Gewalt zurückzustehen. Der Herr tritt gern in die Richtung, in der er unten vermutet. Im Wahlkampf 1998 war das für ihn die PDS.) Schröder machte es in diesem Zusammenhang gar nichts aus, daß er zugleich als der Erfüllungsgehilfe des Herrn Piëch von VW erschien. Im Gegenteil, diesen Eindruck hat er wohl bewußt erzeugt. Er machte damit klar, daß er im Auftrag eines Größeren wirkte und deshalb unschlagbar sei.

Die Entsorgung seines Ministers Hombach auf den Balkan – gegen Ansprüche anderer Staaten, zum Beispiel Österreichs – war eine weitere internationale Machtdemonstration, die zu Hause gut ankommt: Europa ist Deutschlands Deponie. (Dieses Auftrumpfen verärgert draußen wohl weniger, als Sie wahrscheinlich hoffen. Österreich bekam im Hombach-Deal den Administrator für Bosnien – also just für jenen Landstrich, den man mit dem Untergang der k.u.k. Monarchie verloren hatte. Und die Türkei hat wieder Truppen auf dem Amselfeld, aus dem das osmanische Reich 1912 weichen mußte. Im Imperialismus ist zwar nicht Platz für alle, aber doch für einige.)

Auch Feinde im Innern sind nützlich, vorausgesetzt, sie sind unansehnlich. Mit Vergnügen ließ sich Schröder auf dem Bauerntag auspfeifen. Die Menschengruppe, der er zurief, ihr Sonderinteresse habe vor dem Gemeinwohl zurückzustehen, gehörte erstens niemals zu seiner Klientel und ist zweitens inzwischen sowohl politisch als auch quantitativ eine unbedeutende Größe. Er konnte auch davon ausgehen, daß das Mitleid für die von ihm so Mißhandelten sich in Grenzen hält. Wenigstens in der Vergangenheit verband sich das Bauernsterben da und dort ja mit einem munteren Immobilien-Leben.

So modelliert die gegenwärtige Bundesregierung eine Art Sozialkunde der Bundesrepublik, die keineswegs unrealistisch ist: Oben stehen Herr Piëch samt seinen Klassengenossen und die sogenannte Globalisierung (für Bündnis 90/Die Grünen: die Menschenrechte), unten Sozialhilfeempfänger und – na ja, nur zu Demonstrationszwecken – Bauern. Dazwischen gibt es u. a. Lohn- und Gehaltsabhängige, Rentner, die wackeren Selbständigen (soweit sie nicht in der Landwirtschaft tätig sind). Hier muß den einen genommen, den anderen gegeben und insgesamt so gehandelt werden, daß ein möglichst großer Haufen hinter der eigenen Koalition zusammenbleibt und deren Politik mit der Spitze des Ganzen kompatibel bleibt. Aufgabe der Moderation ist, daß es sowohl der oberen Minderheit als auch der mittleren Mehrheit gefällt.

Führer-Parteien

Willy Brandt war der Liebling seiner Partei, obwohl er zwei Wahlkämpfe – 1961 und 1965 – verloren hatte. Als er 1969 Kanzler wurde, blieb er SPD-Vorsitzender. Dieses Amt hatte er schon seit 1964. Ähnlich verlief die Karriere von Kohl. Er wurde 1973 CDU-Vorsitzender, verlor den Wahlkampf 1976, mußte 1980 Strauß als Kandidaten hinnehmen und behielt sein Parteiamt, als er 1982 Kanzler wurde. Es war beide Male der CDU- bzw. SPD-Vorsitzende, der zugleich Regierungschef war. Daß Schmidt nicht zugleich der Parteiführer sein konnte, galt als sein schwacher Punkt. Schröder dagegen hatte schon in Niedersachsen die Parole ausgegeben, erst komme das Land, dann die SPD. Unter »Land« verstand er: VW und den Ministerpräsidenten. Seit er Nachfolger Lafontaines wurde, ist die SPD ein Anhängsel des Kanzlers, dessen Kurs als Resultante der Standort-Konkurrenz verstanden wird.

So gesehen, ist das Blair-Schröder-Papier im wesentlichen ein Text für den Binnengebrauch zweier Parteien: New Labour und SPD. Nichts von dem, was drinsteht, war bislang in der deutschen und in der britischen Gesellschaft unbekannt: Es sind die von fast allen volkswirtschaftlichen Lehrstühlen und Zeitungsredaktionen verkündeten Botschaften vom globalen Wettbewerb und von der Notwendigkeit seines sozialpolitischen Nachvollzugs. Der SPD wird nunmehr die Nachricht übermittelt, daß ihre eigene Programmatik durch die jeweiligen Statements des Regierungssprechers zu ersetzen sei. Dies zu akzeptieren wird ihr nicht schwerfallen.

Die gleiche Funktion: Abmahnung einer Partei, sie solle sich so dünn machen, daß sie hinter ihrem wichtigsten Kabinetts-Mitglied nicht mehr zu sehen ist, hat das Papier mit dem Titel »Bündnis 90/Die Grünen haben eine zweite Chance verdient«, welches einige junge Leute aus dem Gefolge von Fischer und Schlauch vorgelegt haben. Es postuliert die ausschließliche Führung der Organisation durch den Außenminister – unabhängig davon, ob er eines Tages auch noch

formell Vorsitzender werden muß. Die Forderung, Bündnis 90/Die Grünen müßten endlich eine »Partei« werden, verdeckt das tatsächlich Gemeinte, nämlich das Gegenteil: Sie sollen damit aufhören. Ihr Außenminister verhandelt lieber selbst mit der Atomindustrie. Der Umweltminister wird hierfür offenbar nicht mehr gebraucht. Und die Partei stört: Nicht weil es sich um Bündnis 90/Die Grünen – also diese spezifische Organisation – handelt, sondern weil Parteien gegenwärtig ohnehin als nicht politikfähig gelten.

Für die CDU könnte hier ein Problem entstehen. In den siebziger Jahren hat sie sich – angeschoben von ihrem Generalsekretär Biedenkopf – erst von einem Honoratioren- und abgewählten Kanzlerwahlverein zu einer richtigen organisierten Partei umgebaut, mit einem Apparat und – 1978 – dem ersten Programm ihrer Geschichte. Jetzt könnte sich dies als Ballast erweisen, denn es wird statt dessen etwas anderes gebraucht: ein Führer, dem man es abnimmt, daß er ein Vollzugsorgan einer höheren Ordnung – des ökonomischen und internationalen »Sachzwangs«, vor 1945 hieß das: der »Vorsehung« – ist. Sollte Rühe 2000 die Wahl in Schleswig-Holstein gewinnen, ist hier vielleicht Abhilfe geschaffen.

Unsere liebe Opposition

Der PDS geht es zur Zeit so gut, daß man getrost wieder einmal über sie meckern darf. Dabei ist das, was in diesem Zusammenhang zu bemängeln ist, ihr kaum vorzuhalten: Sie kann fast nichts dafür.

Daß es gegenwärtig keine Fundamental-Opposition gibt, ist daran abzulesen (die kluge »FAZ« hat es vor einiger Zeit als erste bemerkt), daß sämtliche Parteien diesseits von NPD, DVU und »Republikanern« heute in Deutschland irgendwo an der Macht sind, zum Beispiel die PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Eine zusätzliche Wertschätzung genießt letztere aber als Opposition. Während des Kosovokrieges waren dem Kanzler und der »Tagesthemen«-Moderatorin Gabi Bauer die Erleichterung darüber anzumerken, daß wenigstens Herr Gysi dagegen war. Es hätte einfach zu dumm ausgesehen, wäre das Unternehmen völlig ohne abweichende Meinung durchgezogen worden. (Lediglich die augenrollenden Bundesminister Fischer und Scharping mochten sich nicht so richtig mitfreuen.)

In der Spardebatte bei Sabine Christiansen lobte der CDU-Mann Merz den PDS-Kollegen Gysi, weil der so gute Argumente gegen Eichel hatte. Und letzterem war es sichtlich recht, daß sich der Schwarze in falscher Gesellschaft zeigen mußte. So dient die PDS-Opposition gegenwärtig ausschließlich dem Nachweis von Pluralität. Während der großen Koalition 1966-1969 – Sie erinnern sich, das war die Zeit, in der Agnoli von der »Transformation der Demokratie« schrieb – wurde diese Aufgabe im Bundestag von einer anderen Gruppe wahrgenommen: von den 50 Abgeordneten der FDP.

Wer von der PDS mehr und Besseres will, sollte sagen, was und wie. Generalstreik? Seit diese Parole 1968 von der Rosa Luxemburg auf den Cohn-Bendit kam, ist der Arbeitsmann da eher mißtrauisch. Womit – unter Hinweis auf Schein-Oppositionen der Vergangenheit – zwei Formen des Betrugs genannt sind, welche zu vermeiden man sich ja immerhin bemühen könnte.

Konkret 08/99, S. 39

Antje Vollmer

Wofür wir stehen

Ein deutsches Dokument: Zum Abschied von Bonn hielt die stellvertretende Präsidentin des Bundestages am 1. Juli eine Rede, die es verdient hat, unwesentlich gekürzt, im wesentlichen ungekürzt, nachgedruckt zu werden

Verehrter Herr Bundeskanzler Helmut Kohl! ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Rede bedanken, die ja so etwas wie ein Manifest war. Ich möchte Ihnen sagen, daß Sie für uns – in allem, aber insbesondere in der liberalen, föderalen, europäischen Ausrichtung – immer so etwas waren wie eine Verkörperung der Bonner Republik. Deswegen haben wir Sie ja auch so genau studiert und Ihnen so genau zugeschaut. Das gilt auch für die, die jetzt an der Regierung sind.

50 Jahre Demokratie in Deutschland, das ist eine atemberaubende Erfolgs- und Glücksgeschichte, ja, manchmal geradezu ein Exportschlager, der in vielen neuen Demokratien als Modell angefordert wird. Wie macht man das, aus einem völlig zerstörten Land, das in der ganzen Welt verachtet wurde, wieder ein blühendes Gemeinwesen zu schaffen? Und wie baut man so dicht an der Erfahrung äußerster Gewalt in Deutschland eine der glücklichsten und längsten Epochen eines stabilen Friedens auf?

50 Jahre Demokratie in Bonn hieß im Inneren Freisein von Angst und im Äußeren wachsendes Vertrauen in das Land. So sehr wir uns auch im Outfit geändert haben, hing doch das Vertrauen mit den handelnden Personen zusammen. Daß Konrad Adenauer die Kriegsgefangenen nach Hause brachte, die Versöhnung mit den Franzosen zu seiner Lebensaufgabe machte, Deutschland in die Westintegration führte und trotzdem noch Zeit für seine Rosen fand, schaffte demokratisches Urvertrauen. Willy Brandt, kniend vor dem Warschauer Getto, das gehört zu den großen wichtigen Bildern dieses Jahrhunderts ebenso wie das von Richard von Weizsäcker mit seiner großen Rede zum 8. Mai, wie das von Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der Prager Botschaft und Helmut Kohl tapfer die Nationalhymne gegen das Pfeifen vor dem Schöneberger Rathaus ansingend am Tag, als die Mauer fiel. Die Tonlage war nicht ganz richtig, aber die Haltung stimmte. Dazu gehören auch Petra Kelly und Heinrich Böll in Mutlangen. Die Erinnerung daran wird bleiben.

Die Geschichte der Bonner Republik ist vor allen Dingen die Geschichte einer ganz großen Integrationsleistung. Sie integrierte 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene mit dem Besten, was man Menschen anbieten kann, die Traumatisches erlebt haben, nämlich mit Freiheit und Zukunftschancen. Sie integrierte – auch das war sehr schwer – zum zweiten ein ganzes Heer von schuldbeladenen und schuldverhafteten Trägern und Mittätern des totalitären NS-Regimes. Genau genommen haben wir in diesem Land zwei Experimente mit der Integration von belasteten Mitbürgern gemacht und machen sie noch: zum einen, indem 20 Jahre lang fast gar nicht nach ihren Taten gefragt wurde, zum anderen, indem wir nach der Wende sehr genau über die begangenen Verbrechen und die Mechanismen der Diktatur informiert haben. Was wirklich stabilere Demokraten schafft, können wir heute noch nicht deutlich entscheiden; ich melde da auch Zweifel an. Das bleibt eine Frage, die vor allem in den neuen Ländern zu beantworten ist.

Die dritte Integrationsleistung ist die Wiedereingliederung der starken außerparlamentarischen Opposition in den 60er Jahren und später in den Bogen der parlamentarischen Demokratie. Entstanden aus einem dramatischen Generationenriß und einer Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses war die 68er Bewegung am Ende bis hin zu den Grünen so etwas wie eine »Resozialisierung« einer ganzen Generation für den parlamentarischen Weg. Dafür stehen wir.

Stolz bin ich darauf, daß wir am Ende einer langen und sehr scharfen ideologischen und gesellschaftlichen Spaltung in Links und Rechts, während der nichts mehr ging über diese Spaltung hinaus, heute von einer dialogfähigen Reformmehrheit in der Mitte der Gesellschaft reden können, die auch in der Lage ist, schwierige Reformen zu tragen. Stolz bin ich auch auf den Fußball der 80er Jahre, die Musik, Boris und Steffi und die charakterliche Spannung zwischen ihnen sowie die neue Heiterkeit des gesellschaftlichen Lebens. Stolz bin ich darauf – das sage ich auch zu unseren und allen anderen »jungen Wilden«, besonders denen in den Feuilletons – , daß ich weiß, daß 68 zwar wichtig, aber doch nur eine Episode war. Die zweite Gründung dieser Republik war eben nicht 1968, sondern 1989. Das hat die Geschichte und auch die Proportionen richtiggerückt.

Froh bin ich darüber, daß es uns nach Jahren des Terrors und des Deutschen Herbstes, in denen Politik nur unter unglaublicher Sicherheitsbewachung und damit verengt stattfinden konnte, doch gelungen ist, daß unsere Politiker wieder frei in Fußgängerzonen flanieren können. Froh bin ich über den Gewaltverzicht der Terroristen sowie darüber, daß es Begnadigungen gegeben hat. Froh bin ich darüber, daß selbst in Zeiten des Krieges diese Gesellschaft den Krieg nicht will, daß sie ihn nicht vorbereitet und daß sie seine moralische und religiöse Überhöhung in Politikerreden nicht erträgt.

Wir haben auch viel Skurriles erlebt, auf das ich jetzt nicht im einzelnen eingehen kann. Ich denke zum Beispiel daran, daß aus einem Parlament wie diesem eine junge Abgeordnete wegen eines Hosenanzuges und ein späterer Minister wegen eines unziemlichen Ausdrucks getadelt wurden. Das alles erspare ich mir jetzt.

Wir sind in Bonn hoffentlich endlich zu den Citoyens geworden, um die wir die Franzosen, die Engländer und die Amerikaner immer beneidet haben. Die Politik dieses Landes hat alle Voraussetzungen, in Berlin mit dem richtigen Maß und mit der gebührenden Verantwortung, aber auch mit gelegentlicher Ironie neu anfangen zu können. Die Demokratie in Deutschland ist kein weißes Blatt Papier mehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Konkret 08/99, S. 40

Karl-Heinz Hansen

Der Adlat

Der Erfinder der neuen deutschen Spezialdemokratie wird Kolonialdirektor des Balkan: die märchenhafte Karriere des Bodo Hombach

»Difficile est satiram non scribere.«
Juvenal

Es war im Sommer 1973, in Berlin, Hauptstadt der DDR. Erich Honecker hatte zu den »X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten« gerufen. Unter den 20.000 Gästen aus aller Welt weilte auch eine Festivaldelegation aus der BRD. Bis in die Nacht diskutierten Falken, Jusos, Antifas und West-Kommunisten auf dem Alexanderplatz mit FDJ-Mädchen in Blau und richtig roten Ost-Kommunisten. Mitten im Gewühl ein 21jähriger Fernmeldehandwerker, Abendschüler, Jungchrist und Jungsozialist namens Bodo, der mit den Bet-Brüdern und -Schwestern der Evangelischen Jugend aus Mülheim an der Ruhr angereist war. Auf der stolzgeschwellten Brust trug er eine handtellergroße Plakette »Freiheit für Mandela« spazieren. Und Bodo, der schon das seltsame Godesberger Wort »Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt«, nicht verstanden hatte, staunte sehr, was es außerdem noch alles gab auf der Welt.

An diesem Tag aber geschah es, daß der Herr seinen Diener das Licht sehen ließ und die Erkenntnis in seine Seele pflanzte: Jawohl, sich aus dem Elend zu erlösen, das konnte er nur selber tun. Und als der Bodo in ihm mit Macht zum Durchbruch drang, riß er sich die Mandela-Plakette vom Revers, versorgte sie in der Hosentasche (für alle Fälle) und beschloß, ein Macher zu werden.

Er hatte verstanden: Es genügt nicht, vom Sozialismus nichts wissen zu wollen, man muß auch fähig sein, aus dem eignen und der Massen Unverstand etwas zu machen, nämlich Geld. Bodo beschloß, einer der »Vornehmen« zu werden, denn – so hörte er gerade den DDR-Schreiber Ulrich Plenzdorf an der Welt-Uhr den Kommunisten Büchner zitieren – »ihr Leben ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker ...« Nicht Jesus, die SPD sollte das Trampolin sein, ihn in die Höh' zu schleudern, wie die grazilen Vertreterinnen der Freien Deutschen Jugend an jenem Morgen im Stadion.

Aber kein Aufstieg ohne das Glück, auf verwandte Seelen zu treffen. Bodo traf es in Gestalt der ewigen Junglehrerin Ilse Brusis, die schon länger um die Lösung ihrer persönlichen sozialen Frage bemüht war. Unter ihr wurde Bodo Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft von Nordrhein-Westfalen. Und das mit Erfolg, denn von der GEW in NRW hat man seither nichts Nennenswertes mehr gehört, Frau Brusis hingegen hält sich seit Jahren unerkannt als Ministerin in diversen Landesregierungen auf, ohne daß jemand anzugeben wüßte, was sie denn da über wen oder was weiß, das sie in Kabinetten so unentbehrlich macht.

Die Seelen aber, mit denen der aufstrebende Bodo zusammenstieß, wurden verwandter von Mal zu Mal: Als Landesgeschäftsführer der SPD Nordrhein-Westfalens fand der Dreißigjährige in Johannes Rau einen adäquaten Förderer seiner Ideale: eine Partei ohne Mitglieder, Wahlkämpfe ohne Inhalt und eine Demokratie ohne (Wahl-)

Volk. Das erste Ideal ist in den neuen Bundesländer beinahe vollendet. Das zweite wurde 1985 dank der genialen Kontraktion von »Ich und Rau« zum »Wir in NRW« mit der absoluten Mehrheit für die SPD belohnt. Das letzte aber bleibt eine dauernde Aufgabe – obwohl die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 als erster Schritt auf dem Weg dorthin gewertet werden darf.

Bei soviel Tüchtigkeit und Glück mußte die Zeit kommen, ein Haus zu bauen, das einem Führer der SPD-Geschäfte wie aus dem Gesicht geschnitten ist: ein überragendes Beispiel der Mülheimer Moderne, spielerische Symbiose von Möbelausstellung und Mormonentempel. Ob der teure Genosse die anderthalb Millionen für den Klotz ganz allein verdient hat, ist noch nicht raus.

1990 siegte das Traumpaar Hombach-Rau unter schärfster Vermeidung von Programm und Politik mit 50 Prozent erneut über die Wähler. Aber diesmal wäre es fast schief gegangen: Niemand hatte Rau bis dahin auch nur einen einzigen Satz mit einer konkreten politischen Aussage nachweisen können. Ausgerechnet mitten im Wahlkampf ließ er sich nun plötzlich zu einem solchen hinreißen: »Eine rot-grüne Koalition? Nur über meine Leiche!« Mit sozialdemokratischer Correctness hat er das dann aber gleich nach der Wahl wieder vergessen und – aus Einsicht in die rot-grüne Notwendigkeit – dem eigenen Drängen, wieder mal Ministerpräsident zu werden, schließlich nachgegeben.

Eingedenk der alten Schmarotzerregel, das Wirtstier zu wechseln, sobald es allergische Reaktionen zeigt, fand Bodo neue Freunde, die darauf lauerten, von ihm befallen zu werden: im Marketing der Salzgitter Stahl AG, der Preussag Handel

GmbH und der Preussag International GmbH. Endlich war er ein richtiger Manager, in einem »schönen Haus« und in »zierlichen Kleidern«, von feinen Speisen gar nicht zu reden. Sein Landtagsmandat behielt er als Rückversicherung bei, und auch die Beratung der Partei gab er nicht auf.

Trotz der Fülle seiner Verdingungen konnte Bodo auch im Ausland überwältigende Erfolge auf seinem Konto verbuchen. 1994 machte er einen Abstecher nach Südafrika, hielt Nelson Mandela seine Plakette aus jugendbewegten Tagen vor die Nase und drohte solange mit seinen Fähigkeiten als Wahlkampfberater, bis Mandela ihn zum Ehrenmitglied des ANC machte. Die Höhe des dabei abgefallenen Honorars ist nicht bekannt.

Nach einem Gastspiel als Wirtschaftsminister in NRW, erreichte Bodos Streben in der Verbandelung mit Gerhard Schröder seinen vorläufigen Höhepunkt. Soviel Wahlverwandtschaft war nie. Nie waren zwei Nullen sich so einig. Sie trieben der Partei jedes Programm aus, erklärten die lästigen Mitglieder zu Spalierstatisten auf Hombacher Festen, ersetzten den veralteten Lobbyismus durch die unmittelbare Vertretung der Interessen von Industrie und Banken und wurden folglich Bundeskanzler und Bundesminister. Jetzt war Bodo für das Gemeinwohl ganz zuständig, also bestrebt, Schaden von Industrie und Wirtschaft abzuwenden. Bei der Wahl zwischen eigennütziger Gemeinheit und gemeinem Eigennutz, entscheidet er sich in der Regel für beides, zum Beispiel um VW, Krupp und Konsorten vor Entschädigungs-Forderungen zählebiger NS-Zwangsarbeiter zu schützen.

Nur am Krieg gegen Jugoslawien hat sich Bodo bisher nicht direkt beteiligt. Das wird sich nun ändern. Seine Bestallung als Einwinker deutscher Raumordnungskräfte in unsere neuen balkanesischen Kolonien ist die Fortsetzung des Krieges durch Einmischung mit allen Mitteln, weil es »zu Zeiten notwendig ist, Absatzgebiete zu Schlachtfeldern zu verwandeln, damit aus diesen wieder Absatzgebiete werden« (Karl Kraus).

Bodo hat sich um die westliche Wertegemeinschaft verdient gemacht. Er ist ein Mann für jede Jahreszeit im Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten.

Konkret 08/99, S. 41

Gert Ockert

In diesem Sinne - Gunst & Gewerbe

Der umfassende Sieg des »Kaputalismus« (F. W. Bernstein) über Menschheit und Vernunft hat evtl. weniger Dauer, als der Masochismus seiner Opfer vermuten läßt. Die Leute lassen sich Lohnkürzungen gefallen, die Abschaffung des Rentenvertrags, vielleicht sogar die WM auf DF 1. Zwingherren jedoch, die es nicht verstehen, ihre Macht und Willkür mit Mythologie und exklusiven Riten zu verkleiden, die, diesseits ihrer Nummernkonten, grad so fad und jämmerlich wirken wie ihre Knechte, haben den Nimbus nicht, welchen es schon braucht, um sich durch die Jahrhunderte zu fretten: Der Pöpel will geblendet sein.

Hilmar Kopper z. B., 64, Vorstandschef der Deutschen Bank, ein Mann, der sich nur räuspern muß, und der Weltmarkt schreit nach Kamillentee, hat 38 Jahre lang eine, nennen wir es: »Arbeitsehe« mit Frau Katrin geführt, die ihm Dynastie und bourgeoisen Schein verschaffte – nun aber, da karrieretechnisch keine Luft mehr nach oben ist, entdeckt: »Ich will alleine leben. Machen, was ich will.« Natürlich steckt ein Kebsweib dahinter; dgl. haben auch die Pharaonen sich gegönnt. Der Unterschied ist der feine: Jene verklärten ihre Polygamie mit jeder Menge Mystik; Kopper & Co. sind's zufrieden, die sauersten Gurken dieses Sommers zu sein. Statt Bluthunde auf die Paparazzi zu hetzen, holen sie das Pack ins Herrenhaus und verhandeln ihre Peinlichkeiten am selben Ort, wo sonst die Naddel und »das Sex-Luder« ihre Geschlechtsteile herzeigen, in der Zeitung ihrer Lohnsklaven.

Zunächst Herr K. (»Bild«, 9.7.): »Der mächtige Wirtschaftsboß sagt immer, was er denkt ... ›Wenn ich keine Lust habe, Abend zu essen, dann will ich auch nicht essen ... Ich werde ... mir ein Domizil in Frankfurt nehmen. Ich will dorthin, wo das Leben ist, wieder zu Fuß ins Theater gehen können.‹« Dann die Nebenbuhlerin (»BamS«, 11.7.): »Sie begegnete (Kopper) bereits 1992. Die Deutsche Bank hatte sie ins Kuratorium der ›Alfred Herrhausen Gesellschaft‹ berufen. Hilmar Kopper ... war auch Kuratoriumsvorsitzender ... Drei Jahre später wurde sie ›Kulturchefin‹ der Bank und arbeitete noch enger mit dem Mann aus der Spitze zusammen ... ›Daß gemeinsame Arbeit liebesstiftend sein kann, das ist doch bekannt.‹« Schließlich Frau K. (»Bild«, 12.7.): »(Der) Stolz ist ihr geblieben ... ›Mir geht es gut, ich weine nicht mehr. Mein Mann ist nicht mehr da. Aber unser Hund ist bei mir.‹«

Und solche *Leute verwalten die Welt?! Die ihren Mätressen nicht etwa Lustschlösser zuschanzen, sondern bloß den Schlüssel für die Cheftoilette? Erbärmliche Industriebarone und -baronessen, die im Schmierblatt nicht anders herumstottern als jene armen Schweine, die nachmittags das Talk-TV bevölkern? Erst den Mehrwert kontrollieren wollen und dann nicht phantasievoll zu vernutzen wissen! Sondern zu Fuß ins Theater latschen. Das kann rasch den Kopf kosten. Wenn nur einer zu finden wäre.*

Konkret 08/99, S. 41

Michael Schilling

In diesem Sinne - Voodoo mit Bangemann

Aberglaubensgemeinschaften beziehen ihren Reiz aus dem Angebot, Vereinsmitgliedern neben manch anderem auch ihr schlechtes Gewissen abzunehmen. Aboriginäre Kulte werfen dazu Puppen, die sie mit der Schuld der Gläubigen behext haben, ins Feuer oder durchstechen sie mit Nadeln. Der in Europa führende Betrieb dieses allerältesten Gewerbes läßt die Schuld der Welt von einem Lamm Gottes genannten Sündenbock hinwegtragen. Warum dieser Fluch ausgerechnet die Gattung Schaf getroffen hat, die sich in der Jugend durch beträchtlichen Wohlgeschmack, später durch wärmespendende Vorzüge auszeichnet, galt bislang als rätselhaft, hat nun aber eine runde Antwort gefunden – in Form eines fetten Hammels:

Dem scheidenden EU-Kommissar für Telekommunikation nämlich wird seit Wochen von Presse, Funk und Fernsehen alles angehängt, was das Publikum gegen die Politiker aufbringt: Raffgier, Korruption, Dreistigkeit. Exemplarische Strafe tue not, und wenn schon nicht öffentliche Auspeitschung, so doch mindestens Entzug der Pension, Ausschluß aus der Partei, Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof und, wer weiß, sogar Pfändung der jährlich zwei Millionen Mark, die der Beklagte künftig beim spanischen Konzern »Telefonica« verdienen will.

In die erste Reihe der Ankläger drängelten sich jene Figuren, auf denen der Verdacht des Publikums, für einen Dienstwagen und paar Mark extra alles zu tun, nur nicht zu arbeiten, in jüngster Zeit besonders schwer lastete, nämlich Parteiführer der SPD und insonders der Grünen. Es war deren durch Fleiß, Bescheidenheit und Überzeugungstreue zu Ansehen gelangter Chefasket Cohn-Bendit, der den ihm optisch, intellektuell und charakterlich nächsten Kollegen geradezu einen »faulen Sack« hieß und dem Herrn von der Redaktion dankte, daß er nicht sei wie jener.

Das Urteil sprach schließlich der Deutschland-Chef des eingangs erwähnten Gewerbes. Es müsse, sagte Karl »Bischof« Lehmann, »jeder Anschein der Vermischung von privaten Interessen und öffentlichen Belangen vermieden werden«. Und hiermit, hieß das, übergebe ich den Flammen den Martin Bangemann.

Konkret 08/99, S. 41

Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Nicht Belgrad, sondern Ankara

Am 4. Juli ärgerte sich »Hürriyet«: »Das sind die Trompeter der PKK!« titelte das Blatt und bezog sich auf Politikerstatements, die auf einer Podiumsdiskussion in München am Vortag gefallen waren: »Nachdem im Kosovo militärisch interveniert wurde, dürfen wir gegenüber der Türkei, in der 20 bis 25 Millionen Kurden wohnen, nicht in der Zuschauerrolle bleiben«, hatte dort die SPD-Politikerin Titze-Stecher verkündet. Sekundiert wurde sie von der PDS-Abgeordneten Bulling-Schröter: »Gegen die Türkei muß ein Wirtschaftsembargo verhängt werden. Diese Länder verstehen keine andere Sprache.«

Sie haben Blut geleckt, die Freunde des Menschenrechts. Und seit dem 24. März dieses Jahres weiß man in den Ländern, die sie meinen, daß nicht mehr nur trompetet wird wie in früheren Jahren. Das sind nicht länger Aussagen durchgeknallter Möchtegernpolitiker, die sich in ihren antiimperialistischen Zirkeln gerechte Bestrafungen für Volksfeinde ausdenken, die sie mit Hilfe noch zu gründender Volksheere vollstrecken wollen. Hier spricht die Regierungspolitik, die sich der Schlagkraft ihres Volksheeres sehr wohl bewußt ist. Hier ist der moralische Rigorismus autonomer Demonstrationen genuiner Ausdruck des Staatspersonals geworden. Der zynische Titel der Veranstaltung »Rotgrün: die Farbe der Kurden?« deutet den längst erwarteten Erfolg der Kurdistan-Solidarität an. Von nun an darf ungeniert mit der »Kurdenfrage« hantiert werden. Mal gegen die in Deutschland lebenden Türken gerichtet, denen mangelnde Demokratiefähigkeit wg. obstinater Lektüre von Schweineblättern wie »Hürriyet« attestiert wird (am besten durch den deutschen Mustertürken Cem Özdemir, der sich wiederum in deutschen Schweineblättern wie der »Taz« verlautbart), mal gegen die so erfreulich völkischen Bündnisgenossen selber, deren urwüchsig-spontane Wut, ausgelebt in westdeutschen Großstädten, dann irgendwie doch zur Bedrohung werden könnte. Obwohl der Umstand, daß endlich einmal nicht Deutsche, sondern moralisch ungleich besser legitimierte Kurden die Mollis in türkische Einrichtungen werfen, natürlich eine gewisse Befriedigung auslöst.

Der Kampf für eine Welt der befreiten Völker wird ein deutscher bleiben, auch wenn man vorläufig erst im zweiten Glied mitfliegen darf beim Bombenschmeißen. Und er wird vor allem ein Kampf der deutschen Linken bleiben, die nämlich in dieser Disziplin derart in die Mitte gerückt ist, daß nicht nur der DVU, sondern auch den originären Linksradikalen nichts mehr dazu einfällt. Die haben zum Beispiel in Antikriegs-Überschwang im April dieses Jahres ins Treppenhaus der Berliner Grünenzentrale gepinselt: »Nicht Belgrad, sondern Ankara«. Ya basta! Wie man auf revolutionsdeutsch zu sagen pflegt.

Konkret 08/99, S. 43

Gerhard Henschel

Zuviel für Uschi

Von der Kuba-Krise bis zum Kosovo-Krieg hat Günter Grass nur wenige politische Ereignisse unkommentiert verstreichen lassen. Zu fast allem, was Schlagzeilen machte, liegt ein Meinungsbeitrag von ihm vor: »Spiegel«-Affäre, Große Koalition, Schahbesuch, Machtwechsel, Brandts Kniefall, Guillaumes Enttarnung, Barzels Mißtrauensvotum, Biermanns Ausbürgerung, Schleyer-Entführung, Kontaktsperre, Nachrüstung, Solidarnosc, geistig-moralische Wende, Volkszählung, Waldsterben, Flick-Affäre, Bitburg, Gorbatschow, Kieler Sumpf, Wiedervereinigung, Treuhand, »Asylkompromiß«, Golfkrieg, »Superwahljahr 94«, Klonschaf, Oderflut und Kfor-Truppen – unabhängig davon, ob man diese Meinungen zufällig teilt oder nicht, ist das doch reichlich viel für einen einzelnen Mann, der diese gewaltige Meinungsfabrikation ja auch nur nebenberuflich betreibt.

Im Lauf der Jahre haben seine Meinungen eigenen Nachrichtenwert gewonnen: Grass kritisiert Studentenführer, Grass gegen Datenschutznovelle, Grass für Rotgrün, Grass dies, Grass das. Seltsamerweise ist er noch nie als Schlichter in Manteltarifverhandlungen aufgetreten oder als Bundespräsident ins Gespräch gebracht worden. Er könnte das. Er kann alles, kennt sich mit allem aus und hat keine Probleme damit, wie Atlas die ganze Welt der Leiden zu schultern, zu allem seinen mittelscharfen Senf zu geben. Daß jedes Buch, das er schreibt, sogleich des langen und breiten besprochen wird, daß jedesmal auch Fernsehteams zur Stelle sind und ihre Kameras auf den bildschön bebrillten, beschnauzten und bepfeiften Autor halten, kommt seinem Geltungsbedürfnis entgegen und kann es doch niemals befriedigen.

In seinem neuen Buch *Mein Jahrhundert* kommentiert er endlich auch alle gesellschaftspolitischen Ereignisse, über die er noch nicht hinlänglich befragt wurde, aber doch etwas Originelles zu sagen zu haben glaubt. Er äußert sich, in Rollenprosa, über das Fräuleinwunder (»Soviel steht fest: Wie nach der Freßwelle die Reisewelle, so kam mit dem Wirtschaftswunder das deutsche Fräuleinwunder«), die Ölkrise (»Die Ölkrise! Das schlug rein, sag ich Ihnen«) und die Love Parade (»dieses erbarmungslose Bum Bum Bum – Tschaka Tschaka Tschaka, kurz Techno genannt«). Er betätigt sich als unbegabter Bauchredner eines Sozifressers, der 1970 über Willy Brandt schimpft (»Dieser Emigrant! Wie der mir gegen den Strich geht ...«), empfindet kläglich unbeholfen Gespräche zwischen Hausfrauen im Treppenhaus nach (»Aber mein Bobbele, der ließ sich nicht verbiegen, konnte richtig frech sein und war manchmal ganz schön vorlaut. Nur daß er keine Steuern hat zahlen wollen und deshalb nach Monaco ausgewandert ist, hat uns beiden nicht gefallen. ›Muß sowas denn sein?‹ hab ich Frau Scholz gefragt«) und versagt auch, wenn er als »kleiner Polizist« aus Rostock Volkes Stimme nachahmt (»Jetzt werde ich mit Ihnen mal Klartext reden: Was hier in Lichtenhagen gelaufen ist und später in Mölln und Solingen zum Extremfall wurde, war zwar bedauerlich, kann aber im Prinzip als ganz normaler Vorgang gewertet werden«). Plump und albern sind auch die Worte, die Grass, in entlarvender Absicht, einer gewissen Treuhandchefin in den Mund legt: »Dieser Sozialneid und Haß auf uns Besserverdienende!«

So etwas kann nun seit vierzig Jahren jeder schlechte Kabarettist besser als Günter Grass. Doch er gibt nicht auf. Er versetzt sich in alle Deutschen hinein und radebricht ihnen aus der Seele – Berlinern (»Friede? Da kann ich janz bitter lachen nur. Vonwejen Friede. Immer noch schießen sie rum«), Proleten aus Herne (»Dafür is gezz in Rußland sowatt wiene Revluzzjon am Laufen«), Opel-Arbeitern (»Und uff eimol warn wir all Amerikaner. Eijo, die han uns eifach gekauft«), Trümmerfrauen (»Icke mit Lotte, was meine Tochter is, wir haben in Kolonne jekloppt«) und Hausbesetzern (»Na, wie Du ja weißt inzwischen, haben uns Lummers Bullen, kaum war ich zurück, weggeräumt. Ziemlich knüppelmäßig«). Er ist ein miserabler Stimmenimitator und brüstet sich doch immer wieder, in geschraubten Marginalien, mit der eigenen Kunstfertigkeit: »Ich, ausgetauscht gegen mich, bin Jahr für Jahr dabeigewesen.« Das ist der erste Satz des Buchs. Wahrscheinlich werden über ihn bald Doktorarbeiten geschrieben. »Ich bin jetzt er«, heißt es anderswo. »Er wohnt in Hannover-Langenhagen, ist Grundschullehrer. Er – nun nicht mehr ich – hat es nie leicht gehabt.« Knapp achtzehn Zeilen später klingelt es. »Ich, das ist er, mache auf.« Und wer steht draußen? Icke? Mit Lotte? Nein, icke ist ein anderer: »Steht da ein Mädchen mit braunem Langhaar, will mich, ihn sprechen ...«

Mich, ihn. Das ist er. Ausgetauscht gegen sich. Nun nicht mehr ich. Denn ich ist jetzt er ... »Mein Gott, ist das beziehungsreich! Ich glaub, ich übergeb mich gleich« (Robert Gernhardt).

Und so stellt sich Günter Grass den Rückblick einer Frau auf das Jahr 1971 vor: »Und doch, wie habe ich mich volldröhnen lassen: ›Hold That Train ...‹ Natürlich Bob Dylan. Aber auch Santana, Deep Purple. Besonders standen wir auf Pink Floyd. Wie uns das angeturnt hat. ›Atomic Heart Mother ...‹ Aber Uschi zog die Gruppe Steppenwolf vor – ›Born To Be Wild ...‹ Da konnte sie sich ganz loslassen.« Was Uschi schlecht bekommen sollte. Dramaturgisch, ideologisch und sprachlich bewegt sich die Geschichte, die folgt, auf Herbert-Reinecker-Niveau: Uschi tanzt, Uschi läßt los, Uschi kifft; dann hängt Uschi »plötzlich an der Nadel«, wird schwanger, treibt ab (»Nein, man muß wohl davon ausgehen, daß beides, die Nadel, von der sie nicht loskam, und der schreckliche Besuch bei den Engelmachern, das Mädel an den Rand gebracht

hat«), geht auf Entzug (»Sie lachte wieder ein bißchen und lebte richtig auf«), wird grausam enttäuscht (»Das war für Uschi zuviel«) und stirbt (»Die übliche Überdosis, der Goldene Schuß, wie das heißt«).

»Berliner Zeitung«: »Sie sind ein weltberühmter Schriftsteller, der auch im Ausland hochgeschätzt wird ...«

Grass: »Und respektiert ist im Ausland.«

Warum sagt er das? Weil er sich im Inland nicht respektiert fühlt? Was fehlt ihm noch, nachdem er den Büchner-Preis besitzt, den Fontane-Preis, den Preis der Gruppe 47, den Berliner Kritikerpreis, den Literaturpreis des Kulturkreises der Deutschen Industrie, den Theodor-Heuss-Preis, die Carl-von-Ossietzky-Medaille, ungezählte andere Preise, Medaillen, Lorbeerkränze und Anstecknadeln und dazu, sobald er sich eine neue Meinung gebildet hat, die ungeteilte Aufmerksamkeit jeder Presse-Agentur? Wirft er sich nachts, wie es dem Fischer seine Frau tat, als der Butt sie zum Papst gemacht hatte, schlaflos von einer Seite auf die andere und denkt darüber nach, was er noch alles werden könnte? Möchte er Sonne und Mond aufgehen lassen? Will er werden wie Gott?

»Berliner Zeitung«: »Schon jetzt arbeiten Übersetzer an dem Buch ...«

Grass: »Sehr viele sogar. Es gibt etwa dreißig Lizenzverträge.«

Wieso nicht dreitausend? Wird Grass jetzt auch im Ausland nicht mehr respektiert? Tatsächlich sollte der hochgeschätzte Schriftsteller mit seiner Exportbilanz hochzufrieden sein. Bücher, die auch »Icke mit Lotte« oder »Meine Uschi« heißen könnten, werden nur selten unter dem Titel »Mein Jahrhundert« in alle Welt verkauft. Doch jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge. Grass: »Ich hätte es mir gewünscht, daß viele andere Schriftsteller in anderen Ländern, in anderen Erdteilen auch diesen Grundgedanken, hundert Jahre in hundert Geschichten zu erzählen, gehabt hätten oder ihn übernehmen würden ... Das gäbe eine wunderbare Bibliothek.« Mit Günter Grass als Direktor. In anderen Erdteilen! Soweit kommt das noch.

Er ist kein ernstzunehmender Autor. Er ist nur ein pfeiferauchender Wirtschaftsfaktor.

Konkret 08/99, S. 44

Kunst & Gewerbe

Zum Geleit

Die »Hamburger Morgenpost«, deren bestechendster Vorzug es sein dürfte, daß ihre Frühausgabe bereits am Abend vor dem Morgen erscheint, an dem die Post sowieso erst mittags ins Haus kommt – diese »dümmste Zeitung« nicht nur »der westlichen Welt« (Michael Schilling), sondern des »ganzen Quadranten« (Jean-Luc Picard), diese sockenweiche Travestie einer Boulevardpostille, die dem Verlag Gruner+Jahr so teuer ist wie nur je ein mißratnes Balg seinen steinreichen Eltern, dies Blödblatt, das zur Stadt, dem es seinen Namen entwandt hat, paßt wie gemalt, und zwar von Horst Janssen, und zwar nüchtern: Die »Hamburger Morgenpost« also, die zu fein tut, um ein gutes »Bild«-Plagiat vorzustellen, tatsächlich jedoch nur zu dusselig ist zum Schlagzeilenschinden, hat am 8.7. d. J. einen Satz nachgedruckt, dessen Eleganz, Schönheit und Plastik alles, was in d. J. nebenher an Literatur (und erst recht an Journalistik) fabriziert worden ist, so weit überragt, daß, in einem besser aufgeräumten Universum, allein die Zitation dieser Meisterprosa genügt hätte, alle Zeitungen, die torfdoofe »MoPo« voran, zu suspendieren.

Es ging um vermeintliche »Stilblüten und Nonsens-Formulierungen« aus Schadensmeldungen an die Allianz-Versicherung: »Viel dümmer geht nicht«, krakeelte reichlich selbstvergessen das Fachorgan für Demenz und Dachschäden in seiner Schlagzeile und behauptete frechweg, in »kaum einer Branche« gebe es »soviel zu lachen wie bei den Versicherern«. Das »wiehernde Gelächter«, das alltäglich aus den Kollegen vom Springer-Verlag platzt, wenn sie überprüfen, wieviel Bockmist die Möchtegern-Konkurrenz aus der Griegstraße schon wieder gebaut hat, könnte eine taube Nuß »kaum« ignorieren. Wohl aber ein »MoPo«-Redakteur.

Dem eben nicht die Wichsgriffel abfaulen und das gipserne Herz vor Scham zerspringt, wenn er so was abschreibt, solch einen wundersamen, bezaubernden, von Ewigkeit und Transzendenz federsanft durchwehten Satz (der außerdem beweist, wie lebendig das Werk Ror Wolfs im Volke ist) – diesen Satz: *Ich sah ein trauriges Gesicht langsam vorüberschweben, dann schlug der Herr auf dem Dach meines Wagens auf.*

Habemus poetam!

Fest steht: Mit Abstand das ökologischere Grillen ist Langsamgrillen

---

Jürgen Trittin, Cover-Boy des »Süddeutsche Zeitung Magazin« 25/99 (»Nichts als Grillen im Kopf«)

Zum Abschied

Kaum war der eine gefeuert, da lehnte der andere ab. Michael Spreng, Chefredakteur der »Bild am Sonntag«, schloß einen Wechsel an die Spitze des »Stern« vehement aus. »Das ist der härteste Job, der derzeit im deutschen Journalismus zu vergeben ist«, sagte er dem »Spiegel« (27/99) und verschwand hastig in einem Zypressenhain. Indes schlenderte der Ex-Inhaber des »härtesten Jobs«, Michael Maier, gelassen über Los und freut sich jetzt auf eine Abfindung nicht unter 1,5 Mio. Und wie er dafür hatte schuften müssen! Ein ganzes halbes Jahr lang!

Endlos palaverte er mit Spezi Oliver Herrgesell, der wie er von der »Berliner Zeitung« zum »Stern« gekommen war, über »Blattkonzepte« und ließ die Redaktion – die er eine »Schlangengrube« nannte – dabei schön vor der Tür. Heraus kamen Titel wie »Der Deutsche Schäferhund«, die sich keine 500.000 Mal verkauften – dergleichen »hat es seit den sechziger Jahren nicht mehr gegeben« (»SZ«, 28.6.99). Weil Maier auch den Hausanwälten seine brillanten Eingebungen bis zuletzt verheimlichte, mußte »Stern« 27/99 während der Produktion in ein neues, nicht justitiables Cover getütet werden; »(mehr) als eine halbe Million Mark soll der Wechsel gekostet haben« (»SZ«, 2.7.99). »Nebenbei jettete (Maier) zwecks Personalgewinnung nach New York« (»Spiegel«) und gab sich auch sonst alle Mühe, seine Untergebenen zu meiden. Die begannen zu meutern; zwei Ressortchefs verließen im Zorn das Magazin.

Der »härteste Job« ist seit 1981, als Henri »Musikdampfer« Nannen ihn niederlegte, von insgesamt dreizehn Männern, mal im Duett, mal im Triumvirat, geübt worden. In derselben Zeit sank die verkaufte Auflage des »Stern« von 1,72 auf 1,04 Millionen (Ausgabe 22/99). Zusammenhänge bestehen vermutlich keine. Der »Stern« hat eben sein Abenteuer von 1983 mit Konrad Kujaus »FH«-Kladden nicht überlebt, aber ein Papiergodzilla wie dieser braucht sehr, sehr viel Zeit, um zu verwesen. Gerd »Ich kaufte Hitlers Tagebücher« Schulte-Hillen, Vorstandschef von Gruner+Jahr, pfeift im Walde: »Ich glaube, daß es nach wie vor Menschen gibt, ... die sich ... an der Bildtext-Sprache des ›Stern‹ erfreuen« (»SZ«, 3.7.99).

Glauben, grölt das Sprichwort, heißt: nicht wissen. Pünktlich zu Maiers Abgang lag dem »Stern« die »No. 1« von »Stern-Millennium« bei, einer mühsam fingierten »Illustrierten« des 11. Jahrhunderts; den Titel schmückte der Maurenkiller El Cid, das Bild freilich stammte nicht aus dem Hochmittelalter, sondern dem Spätbarock. Oder gar von Kujau? Das Impressum schweigt. »Bildtext-Sprache« ist aber auch schwere Sprache.

Der »härteste Job« wird seit dem 13.7. von Thomas Osterkorn (bislang Anführer des »Stern«-Ressorts »Deutschland Aktuell«), über dessen verschwörungstheoretisch motivierte Entlassung Maier zwölf Tage zuvor selber gestürzt war, und von Andreas Petzold (vormals »Hör zu«) verwaltet. Als Herausgeber soll über alles wachen Werner »Die Peitsche« Funk, der Vorgänger Maiers, den die Knechte des »Stern« noch in bester schlechter Erinnerung haben. 4 Mark 50 darauf, daß sie es bis Dezember dauerhaft unter die Millionen-Auflage geschafft haben! Und dazu müssen sie nicht mal was tun!

Ich esse zwar kein Schweinefleisch, aber Würstchen, vom Lamm oder aus Geflügel, gehören trotzdem unbedingt dazu. Da bin ich sehr konservativ

---

Jürgen Trittin

Zum Grübeln

’s ist Urlaubszeit; die Tage vergehen wie im Pflug, Fettlebe und Müßiggang zerrütten stabilste Familienverbände – da dankt es die treue Leserin, der treue Leser, wenn das Leibblatt mit einer kleinen, aber ohoen Knobelei die langen Stunden unter brühwarmer Sonne verkürzen hilft.

Wer, begehrt daher KONKRET, die Zeitschrift für Lebenshilfe und mancherlei offene Fragen, zu wissen, hat die folgenden Zeilen verfaßt? Dreimal dürfen Sie raten:

»Solche Pferde können wir brauchen, denn Kara Nirwan hat einen Einfall über die serbische Grenze beschlossen und zieht zu diesem Zweck eine Anzahl tapferer Männer bei Pristina zusammen, welche gut beritten sein müssen. Er selbst will sie anführen, und da muß ihm dieser Prachthengst überaus willkommen sein.«

»Einen Einfall im Grossen? Ist das nicht sehr gefährlich?«

»Nicht so sehr, wie es den Anschein hat. Jetzt gärt es überall. Man spricht nicht mehr von Räubern, sondern von Patrioten. Das Handwerk hat den politischen Turban aufgesetzt. Wer nach dem Besitz anderer trachtet, der gibt an, sein Volk frei und unabhängig machen zu wollen.«

Auflösung unten; aber bittschön nicht schummeln!

Zum Göbeln

»Ich sehe mich nicht als Intellektuellen«, versicherte neulich der Staatsminister für brotlose Spiele, Michael Naumann, der »Hör zu«. Und damit nur niemand auf die Idee komme, ihm dies klare Statement als Koketterie auszulegen, setzte er Sätze wie diesen daneben: »Zumal für eine exportfähige Filmindustrie brauchen wir Produzenten, die sich am Markt und nicht an der Sendezeit mit Quotenvorgabe orientieren.« Denn was keiner im Fernsehen für lau angucken mag, muß im Kino einfach ein Renner werden. »So kann sich etwas entwickeln, was uns nämlich auch fehlt: der Filmstar, der die Leute ins Kino lockt und über die Jahre hinweg seine Fans begleitet.«

Er hat, der vormalige »Geschäftsführer von Verlagen« (Naumann), offenbar den blassen Hauch eines Schimmers nicht. »Über die Jahre hinweg« okkupierten Katja »La« Riemann, Til »T« Schweiger und der Allerunerträglichste, Götz »Blök« George, praktisch jeden deutschen Streifen, allein aus Erwägungen »des Marktes« – und nun kommt so ein neuer Besen und fegt den Dreck beiseite, als wär er nie gewesen. Naumann will seine eigenen Haufen legen: »Wir haben gerade das ›Bündnis für den Film‹ ins Leben gerufen.« Was dabei herauskommen wird? »Flops gehören zum Geschäft.« Nun zittre, Hollywood!

Ich finde, wer mitißt, muß mit saubermachen

Jürgen Trittin

Zum Totlachen

Da die Doofen nicht alle werden, und der HErr ernährt sie doch, gibt es sämtliche Teleprompter-Improvisationen der »Frontal«-Clowns Hauser und Kienzle nun auch für zum Nachlesen, 770 Seiten feist, 19 Taler 90 feil. Der Heyne-Verlag preist *Total frontal*, seinen neuesten Frevel an der Ressource Wald, als »Sachbuch des Monats« an, denn es klebt ein Register darin, und – noch Fragen, Leser? – sogar da, wo's hingehört, am Schluß. Wir blättern mal rein: »HAUSER: Benzin, Strom, Heizöl, Gas, Ehegatten-Splitting und so weiter – das Wahl-Abenteuer Rot-Grün kommt uns teuer zu stehen, Kienzle! – KIENZLE: Ich leiste mir eben eine gute Regierung – auch wenn's ins Geld geht.« (Minutenlange Kreisch- und Krächzkaskaden im Publikum.) »HAUSER: Zehn Jahre für einen Todesschützen an der Mauer. Sechs Jahre für Erich Mielke. – KIENZLE: Gerechtigkeit im Namen des deutschen Volkes.« (Namenloser Jubel, Hoch- und Da-capo-Rufe, zahlreiche Herzinfarkte.) »HAUSER: Glauben Sie, der Clinton würde gerne mit dem Jelzin tauschen? – KIENZLE: Die Praktikantinnen im Kreml sind ihm bestimmt zu häßlich.« (Das Publikum am Boden, spontane Begattungen, unbeschreiblicher Tumult.)

LESER: Sie sind ja nur neidisch auf die beiden. – SOKOLOWSKY: Stimmt, Leser. Aber nach 770 Seiten hab auch ich nun die Masche raus. Die Erfolgs-Masche! – LESER: Gehen Sie etwa zum Fernsehen? – SOKOLOWSKY: Warum denn gehen? Ich hab doch eine Fernbedienung. – LESER: Daß Sie besonders fix schalten, glauben Sie doch selbst nicht, Sokolowsky. Und worin besteht nun Ihre Erkenntnis? – SOKOLOWSKY: Die steht nicht, die liegt. Und zwar – auf der Kalauer. – LESER: Na dann, gute Nacht!

Zum Kreuze

Jürgen Fliege, Pfaff und Plauderbeutel, war nah daran, seine Nachmittags-Schwatzbude zu verlieren, nachdem er unter uns Pastorentöchtern »Penthouse«, dem Magazin, in dem sich alles spreizt, gesteckt hatte, GOtt gelte ihm als »Gangster da oben«, der Serbe jedoch durchaus nicht als der Leibhaftige, zu dem die kriegführenden Medien ihn ernannt haben. Die Blasphemie wäre noch durchgegangen. Für die Sympathy mit dem Devil jedoch verlangten die Programmdirektoren des Ersten Deutschen Fernsehens Abbitte, und Fliege, ein Mann der fünfundneunzig Karteikarten eher als der fünfundneunzig Thesen, überdies nicht in Worms, sondern in Leipzig angeklagt, konnte nicht anders, er mußte sohlenlecken. Er werde, gelobte der echte Zweiundfuffziger, fortan keine Aussagen mehr machen, die »dem Ansehen der ARD abträglich« sein könnten.

»Was lernt uns das« (Tucholsky)? Nicht »Fliege«, diese zum TV-Format geronnene Butterfahrt, sondern die freie Meinung von Fliege, Jürgen, ist dem (was es alles gibt) »Ansehen« eines offiziell dem Gesinnungspluralismus verpflichteten Senders »abträglich«, erstens. Und zweitens: Wer sich anmaßt, Serben für Menschen wie Du und Dein Intendant zu halten, fliegt. Jedenfalls fast. Das Zukreuzekriechen fiel dem gesalbten Moderator so leicht, daß selbst der Chef des BR gestaunt haben dürfte und sich erbarmte. »Fliege« bleibt also auf Sendung. Verdammt!

Kay Sokolowsky

Zum Teufel

Der Erfurter Kabarettist Ulf Annel und der »Taz«-Cartoonist Nel stellen z. Zt. im vogtländischen Greiz (vormals Zone) aus und müssen sich jetzt einiges anhören. Z. B. dies: »Ich finde, hier geht künstlerische Freiheit zu weit und wird beleidigend auf die Gefühle derer, denen Religion etwas bedeutet. In unserer Verfassung sind religiöse Symbole – hier Madonna mit Kind – gesetzlich vor grober Verspottung geschützt. Ich fühle mich – auch mit dem Papst-Spottbild – persönlich beleidigt und verlange die Entfernung von mindestens 2 Bildern. Im Kommunismus der SED gab es zwar – leider – eine Zensur – auch bei Künstlern. Doch im Kirchenfeindlichen DDR-Staat hatte man Achtung auf die Gefühle überzeugter religiöser Mitbürger. ... Ist sich der Künstler so sicher, daß sich Christen hierzulande alles wortlos hinnehmen?« fragt der CDU-Stadtrat Joachim Gräßer im Gästebuch des Greizer »Satiricum«.

Während Gräßer noch mit Sprache und Orthographie kämpft, fragt der obligatorische kleine Mann auf der Straße in einem Leserbrief an die »Ostthüringer Zeitung«: »Unterschwellig zeigt sich hier der Januskopf eines militanten Rechts- wie Linksfaschismus mit dem Propagandaschrei: ›Nach dem Kriege ist die Kirche dran!‹«

Nun geht es in Greiz mitnichten zu wie im Kosovo, und ethnische Säuberungen gibt es auch keine. Vielmehr ein Sammelsurium aus perniziös-plumpen Agitprop-Collagen ist es, welches die katholischen Gemüter hochheizt. Etwa Madonnenbildnis mit Jesuskind plus Sprechblase: »Gott, ich danke Dir für diese herrlichen Titten«. Oder ein Huhn, das goldene Eier legt: Unterschrift »Steuerzahler«. Kritischkritisch! So was nennt Ulf Annel »Bild-ZerStörung«. Anstatt aber sich über den »ND«-kompatiblen Holzschnitthumorismus lustig zu machen, kocht die katholische Volksseele.

Einzige Ausnahme bisher Sandra und Simone am 22.6.: »Einige Bilder sind uns zu rechtsradikal. Aber sonst ganz lustig.« Verfassungsschutz, bitte übernehmen!

Michael Rudolf

Zum Schluß

Haben Sie’s gewußt? Gratulation! Und Sie? Wieder mal voll in die Tonne gegriffen? Und blindlings auf Tolstoi getippt? Jules Verne? Auf Dumas d. J. womöglich? Ts, ts, ts ... Das zitierte Werk heißt *Der Schut* und sein Verfasser Karl May. (Fürs Finden und Faxen Dank an Klaus Marquardt aus Herne!)

Konkret 08/99, S. 46

Rayk Wieland

Fin de partie

Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« ist vorerst am Ende. Die Beteiligten sind es auch

Die von den Deutschen in den Vernichtungslagern vergasten und verbrannten Juden haben kein Grab. Hätten sie eins, sie müßten allmählich sehr unruhig werden darin, eingedenk der seit nunmehr zehn Jahren auf mehr oder weniger unwürdige Weise prosperierenden Holocaust-Mahnmal-Streitereien und -Wettbewerbe, im Verlauf derer sie von der Nachkommenschaft ihrer sorglos ins Reich des Vergessens dahindämmernden Henker noch nach dem Tode angekumpelt oder erneut abserviert wurden. Die Toten sind gegenüber den Ermächtigungen des nach 1989 zur späten Siegernation des Zweiten Weltkriegs erwachten wiedervereinigten Deutschland wehrlos. Abgerechnet wird am Schluß, und es sieht so aus, als machten die Deutschen wieder ihren Schnitt.

Kein ordinärer Mörder würde nach ca. zwomal lebenslänglich versüßtem Freizeitbezug auf die Geschmacklosigkeit verfallen, in einem ebenso großspurigen wie unverbindlichen kunstgewerblichen Akt Abbitte zu leisten, zumal er wüßte, daß Mord nicht verjähren und also Strafe drohen könnte. Doch die Deutschen sind keine gewöhnlichen Totschläger. Nach mehr als 50 wirtschaftswundervollen Jahren haben sie keine Probleme damit, einerseits den Wehrmachts- und SS-Rentern brav die Pension und Rente zukommen zu lassen, die sie in Form einer angemessenen Entschädigung den meisten Opfergruppen bislang vorenthalten, und andrerseits mit den Juden ganz in der alten Tradition der Sonderbehandlung symbolischen Ablaßhandel zu treiben. Denn das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, so sein genauer und mit Bedacht gewählter Titel, das jetzt, nach dem Beschluß des Bundestages, errichtet werden soll, wird kein zentrales Mahnmal gegen die Tat und ihre Täter, gegen die Verbrechen des eigenen Volkes sein, sondern ein solches substituieren.

Diese nicht unerhebliche Differenz ist einer der Gründe, warum der deutsche Staat sich überhaupt an dem Projekt beteiligt. Ein weiterer: die Errichtung der weithin umstrittenen nationalen Mahn- und Gedenkstätte in Schinkels »Neuer Wache«, in der unterschiedslos allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht wird. Um die Proteste gegen eine solche Monstrosität zu dämpfen, hatte Kohl seinerzeit zugesagt, sich für das Holocaust-Mahnmal einzusetzen. Der dritte und wohl ausschlaggebende Grund aber ist die symbolische Ratifizierung des Neubeginns der sog. Berliner Republik, die mythische Inszenierung einer nun anbrechenden und endgültig vergangenheitsbereinigten deutschen Normalität. Bereits Anfang 1989 hatte eine Reihe notorischer Betriebskräfte, unter ihnen Lea Rosh, Günter Grass, Walter Jens, Willy Brandt, Udo Lindenberg und Alfred Hrdlicka, die Bundesregierung dazu aufgerufen, »endlich für die Millionen ermordeter Juden ein Mahnmal in Berlin zu errichten, ... um in aller Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß wir die Last unserer Geschichte annehmen, daß wir aber ein neues Kapitel in dieser unserer Geschichte zu schreiben gedenken«. Damit waren Intention und Phraseologie vorgegeben, die auch künftig von den Weihen der Reflexion verschont bleiben sollten.

Daß die Bundesregierung hier einem Privatverein, dem »Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas« mit den beiden Mahnexperten Lea Rosh und Eberhard Jäckel an der Spitze, die Initiative überließ, kann nur befremdlich finden, wem entgangen ist, daß die Bundeshauptstadt Bonn in der Zeit ihres Bestehens sehr gut ohne ein Ehren- bzw. Mahnmal auskam und sich für protokollarische Zwecke bis zuletzt mit einer schlichten Bronzetafel begnügte, die »den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft« gewidmet war und den Gefallenen der Schlacht auf dem Eise des Peipussees ebenso gerecht wurde wie, sagen wir, den Brüdern von Helmut Kohl. Dennoch blieb der deutsche Staat stets Herr des unübersichtlichen und widersprüchlichen Verfahrens: Er bestimmte das Areal des Mahnmals zwischen dem Brandenburger Tor und dem Potsdamer Platz, korrigierte die Ergebnisse der beiden Wettbewerbe und stellte schließlich, die eigenen Ausschreibungen ignorierend, einen weiteren Vorschlag zur Disposition, Richard Schröders fünftes Gebot in hebräischen Lettern, der im Bundestag keine Mehrheit fand. Errichtet werden soll jetzt, nach dem Votum von 314 Abgeordneten aller Parteien gegen 209 Stimmen, Peter Eisenmans mehrfach überarbeiteter Entwurf aus 2.700 Stelen und einem »Ort der Information«.

Die meisten der 528 Vorschläge des ersten, später von Helmut Kohl annullierten Wettbewerbs von 1994/95, dessen Ausschreibung ganz darauf verzichtete, »die künstlerische Aufgabenstellung vorab zu definieren«, hatten ein Konglomerat von hilflosen Äußerungen und verwirrter Geistesverfassung, Anbiederungen an die Opfer und monströsem Kitsch gebildet: Es gab mit Flakscheinwerfern oder mit an Auschwitz gemahnenden Eisenbahnschienen nachgebildete Menora-Leuchter, bronzene, mit den Wurzeln aufragende Baumstümpfe, ein Riesenrad mit Güterwaggons als Gondeln, Rieseneier, die Verletzlichkeit, und Riesentrichter, die den Abgrund alles Menschlichen symbolisierten, und ansonsten Davidsterne sonder Zahl. »Wohin man auch blickt«, resümierte Dieter Hoffmann-Axthelm den Wettbewerb, »in den vorderen Rängen sammeln sich die Riesengräber. Grabplatten, gekippt, gerade, begehbar oder geflutet; Schächte, Höfe, öffnungslose Wände, bevorzugt Stahl, vielleicht noch spiegelnd, im übrigen Fläche, rechter Winkel, Schrift.«

Wie der schließlich und vergeblich zum Sieger gekürte Entwurf der Künstlergruppe um Christine Jacob-Marks, die eine schräg aus dem Boden aufragende begehbare Platte vorsah, auf der im Laufe der Zeit die Namen aller Ermordeten eingeritzt werden sollten, waren die ambitionierten Projekte einer seit der Aufklärung über alle Maßen strapazierten Ästhetik der Erhabenheit und Überwältigung verpflichtet, favorisierten durchgängig die ganz große Form und den letztmöglichen Ausdruck, eine moderne Version des Kenotaphs. Das Resultat dieser programmatischen Überanstrengung, mit der die Ungeheuerlichkeit der Sache erfahrbar gemacht werden sollte, war freilich die Entmündigung der Adressaten, die Proklamation von Unzuständigkeit sowie die erschlichene Teilhabe an der Identität der Opfer. Das unübertroffene und zur Nachahmung nicht eben einladende Vorbild einer solchen monumentalen und megalomanen, auf Masseninszenierungen und Erhabenheit in ihrer reinsten Form abgestellten Ästhetik stammt allerdings von den Nazis selber. Daß diese geeignet sei, das Gedenken an den ebenfalls »gigantischen und monumentalen« (Lea Rosh) Holocaust zu ermöglichen, kann nur meinen, wer den Deutschen auch mehrere Generationen nach der Exekution der Endlösung andere Repräsentationsformen nicht zumuten möchte.

Als öffentliche Kunst firmiert seit jeher eine für die Öffentlichkeit in Auftrag gegebene Kunst, die, zum einen, die bewußten und unbewußten Intentionen ihrer Auftraggeber spiegelt und, zum anderen, an bestimmte gesellschaftliche Diskurse gekoppelt ist. War zur Zeit der Renaissance die Hauptfrage, wie der zu Verewigende darzustellen sei, zu Fuß oder zu Pferde, öffneten sich im 19. Jahrhundert die Spielräume. Für Bismarck, dem Lieblingsobjekt der Ära in Deutschland, galt schon keine Kleiderordnung mehr, und so begegnet man ihm mal in Uniform und mal zivil gewandet.

Die Zeit der nationalen Kriegerdenkmäler, die sich anschloß, war die Zeit von Friedensengel und trauerndem Genius, Stahlhelm und Kreuz. Die Schrecken des Ersten Weltkriegs zu bannen, erwies sich diese Symbolik als untauglich, welchen Mangel u. a. der aufkommende Expressionismus zu kompensieren versuchte. Doch die expressionistische Zertrümmerung der Symbolik und die Fragmentierung der Anschaulichkeit individualisierten die Rezeption und eigneten sich nur mehr bedingt zur kollektiven Emphase.

Als die republikanische Regierung Spaniens 1937 Pablo Picasso einlud, für den Pavillon seines Heimatlandes auf der Weltausstellung einen Beitrag zu leisten, schuf er sein Monumentalbild »Guernica«, das eines der bedeutendsten und symbolträchtigsten Bilder des Jahrhunderts wurde. Das Bild zeigt einen Stier sowie ein Pferd, eine Frau hält eine Lampe in der Hand. Guernica wurde am hellichten Tag bombardiert. Die, denen Picasso das Bild widmete, waren enttäuscht, und die zeitgenössischen Kommentare fanden seine künstlerische Ausdruckskraft, gemessen an der großen spanischen Bildtradition, nicht überzeugend. Der schließliche Erfolg dieses Bildes aber kompromittierte nicht nur die letzten Reste der Anschaulichkeit, sondern er befestigte auch die Autonomie der Kunst gegenüber dem »gesellschaftlichen Auftrag«.

Die ersten Denkmäler, die den Opfern des Zweiten Weltkriegs errichtet wurden, behalfen sich mit trauernden heroischen Figuren und begnügten sich ansonsten mit Stelen, Obelisken, Namenstafeln. Hinter den Namen der Toten verschwanden Taten und Täter. Die Erinnerung und Mahnung hatte ihre Orte an den authentischen und dokumentatorischen Schauplätzen, oder aber sie verwies auf sie. Die moderne Kunst kam in diesem Repräsentationsprozeß, wenn man von einzelnen sog. Gegen-Denkmälern etwa von Jochen und Ester Shalev-Gerz in Hamburg-Harburg oder von Horst Hoheisel in Kassel absieht, kaum zum Zuge, und seither gilt als ausgemacht, daß sie mit der Darstellung des Unfaßbaren, mit der alle menschliche Erfahrung übersteigenden Dimension des Holocaust überfordert sei. Weder der Wettbewerb in London (1952/53) für den »Unbekannten Gefangenen« noch der in Oswiecim »für ein Denkmal im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau« kamen zu einem Auslober, Juroren und Kritik befriedigenden Ergebnis. Und woran, nebenbei, die moderne Kunst scheiterte, daran versuchte sich die Pop-Kultur erst gar nicht. Ihre Geschichtslosigkeit ist nicht irgendeine, sondern die Bedingung ihrer Antwort auf die Frage, wie Hedonismus nach Auschwitz möglich sei. Den Preis der Regression kann ermessen, wer etwa die gegen die »atomare Bedrohung« gerichteten Lieder der Friedensbewegung mit der Schäferlyrik des Mittelalters vergleicht.

Die von Bundeskanzler Kohl eigenhändig abgeräumte Grabplatte von Christine Jacob-Marks hätte überall in der Welt, wo Juden ihrer Opfer gedenken, aufgestellt werden können, außer in Deutschland, wo eine derart unbefangene Symbolik naturgemäß fehl am Platz sein muß. Dies ist leider auch von der Arbeit Peter Eisenmans (und Richard Serras) zu sagen, die für den 1997 neu ausgeschriebenen zweiten Wettbewerb entworfen wurde. In diesem Wettbewerb hatten die Auslober, der Bund, das Land Berlin und der Förderkreis, anders als in der ersten Ausschreibung, nur eine begrenzte Anzahl von 25 »international renommierten« Künstlern eingeladen (19 beteiligten sich schließlich) und versucht, den »Sinn und die Aufgaben des Denkmals« zu formulieren. »Der Massenmord an den Juden«, heißt es da, »ist ein Verbrechen sui generis. Er steht nicht nur für die Vernichtung von annähernd 6 Millionen Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder; er riß auch eine 1000jährige Kultur aus dem Herzen Europas. Jede Auffassung dieses Verbrechens, die es auf den Horror der Zerstörung allein reduziert, verkennt den enormen Verlust und die Leere, die es hinterließ. Die Tragödie des Massenmords an den Juden ist nicht nur, daß Menschen auf so schreckliche Weise umkamen (viele Millionen Menschen kamen ebenfalls auf schreckliche Weise ums Leben), sondern daß so viel unwiederbringlich verlorenging. Ein angemessener Denkmalentwurf wird die zurückgebliebene Leere berücksichtigen und sich nicht nur auf das Gedenken an Terror und Zerstörung bedenken.

An das, was verloren ging, muß ebenso erinnert werden wie daran, wie es verloren ging. Das Deutschland von heute gedenkt mit dem Denkmal der Opfer, der Taten und des unwiederbringlichen Verlustes, der bleibenden Leere, die sie auf dem Kontinent hinterlassen haben.«

Das pathetische Gerede kaschiert die Hilflosigkeit, wer hier wem und warum zu gedenken habe, nur mühsam. Welche tausend Jahre die Auslober, immerhin beraten von einer Kommission u. a. mit Werner Hoffmann und Joseph Paul Kleinhues, auch gemeint haben mögen, die jüdische Kultur ist älter. Als reichte die Ermordung von sechs Millionen Juden nicht aus, ein Denkmal zu errichten, verweist der Text fünfmal auf den »unwiederbringlichen Verlust« und die »bleibende Leere« und verleiht so auch denjenigen Deutschen einen Opferstatus, die als Arisierungsgewinnler die »Leere« sehr schnell aufzufüllen verstanden. Wie Henryk M. Broder angemerkt hat, lautet die nicht allzu diskrete Botschaft dieser Sätze: »Was haben wir uns angetan, indem wir die Juden umgebracht haben.«

Indem die Rechten (Walser, Augstein) auch in den folgenden Diskussionen ein Denkmal ablehnten, weil es die nationale Normalitätsfiktion gefährden könne, hatten sie ein zentrales Argument der Linken aus den Anfängen der Diskussion »entwendet«. Deren Standpunkt hatte noch 1995 James E. Young, der amerikanische Judaistik- und Mahnmalsexperte, deutlich gemacht, als er feststellte, ein Holocaustmahnmal würde den Deutschen nur dazu dienen, »die Last der Erinnerung hier abzuladen und unbeschwert ins 21. Jahrhundert überzuwechseln«. Young hat diese Position offenbar revidiert, denn er wurde im zweiten Wettbewerb Mitglied der Findungskommission. Ähnlich verfuhr auch Daniel Libeskind, der ebenfalls 1995 zu Protokoll gab: »Die ganze Idee ist absurd.« Das hinderte ihn nicht daran, für die zweite Ausschreibung einen eigenen Vorschlag einzureichen. Und einen dritten prominenten Überläufer gab es: Michael Nauman. Er, der sich 1998 vehement gegen ein Mahnmal (und für das Stadtschloß) ausgesprochen und in dem Projekt etwas »Albert-Speer-haft-Monumentales« ausgemacht hatte, reiste ein Jahr später als Kulturminister persönlich zu Peter Eisenman nach New York, um mit ihm zu beratschlagen, wie sich dessen Vorschlag frisieren ließe.

Eisenmans und Serras prämierter Entwurf sah zunächst ein Feld bzw. Labyrinth von über 4.000 unterschiedlich hohen und etwa einen Meter von einander entfernten Betonblöcken vor. Zwar lehnen Eisenman und Serra inhaltliche und symbolische Sinngebungen ab, doch die Nähe zu einem jüdischen Friedhof, einem Grabstelenfeld ist unabweisbar. Die Blöcke steigen allmählich in die Höhe und senken sich dann wieder zu den Seiten, wodurch eine wellenhafte, pulsierende Bewegung entsteht. Das Gelände zwischen den Scheiben schwankt, verändert sich. Die Enge zwischen ihnen macht, daß Besucher sie nur einzeln passieren können, auf welche Weise sie isoliert und zur Entwicklung eigener Gefühle veranlaßt werden sollen. Das Mahnmal in dieser Version behindert sowohl das fragwürdige kollektive Trauerritual als auch die öffentliche Manifestation, den Staatsakt.

Grundlage seiner Konzeption ist eine Theorie der Erinnerung, die sich auf Marcel Proust beruft. Proust unterscheidet Nostalgie, welche die Dinge erinnert, nicht wie sie waren, sondern wie sie erinnert werden wollen, und eine lebendige, aktive Erinnerung in der Gegenwart, die ohne Nostalgie und Sentimentalität für die erinnerte Vergangenheit auskommt. Daß die erste Weise, sich zu erinnern, für den Holocaust ausscheidet, muß nicht begründet werden. Eisenman und Serra forcieren die zweite, indem sie sich jedes Verweises auf historische Daten und Überlieferungen enthalten. Allein das aktuelle Erlebnis des Besuchers in der Anlage soll das vergangene Geschehen, das den Anlaß des Gedenkens bildet, evozieren. »In traditioneller Architektur«, schreiben Eisenman und Serra in einer Erläuterung ihres Modells, »wie z. B. in Labyrinthen und Irrgärten gibt es ein Raum-Zeit-Kontinuum zwischen Erfahrung und Wissen: Das Ziel ist, sich einen Weg hinaus und hinein zu bahnen. In unserem Monument/Denkmal gibt es kein Ziel, kein Ende, keinen Weg hinein- oder hinauszubahnen. Die Zeit der Erfahrung durch das Individuum, den Besucher gewährt kein völliges Verstehen – denn ein vollständiges, allumfassendes Verstehen ist nicht möglich ... In diesem Zusammenhang gibt es keine Nostalgie, kein Gedenken der Vergangenheit, es gibt lediglich eine lebendige Erinnerung, die der individuellen Erfahrung, des Erlebens des Denkmals/Monuments. Heutzutage können wir die Vergangenheit nur durch eine Manifestation in der Gegenwart kennen, verstehen.«

So überzeugend ist, was hier vorgetragen wird, so wenig überzeugt es auch. Eisenman und Serra bekräftigen das Autonomie-Konzept der modernen abstrakten Kunst: die Forderung einer rein immanenten Bedeutung wie Formsprache und die Verweigerung jeder außerkünstlerischen Semantik, die etwa Nacherzählbarkeit, Sinn oder Geschichtlichkeit ermöglichte. Die auf Dadaismus und Duchamp zurückgehende Konzeption bezog Kraft und Plausibilität aus der Verächtlichmachung der hohlen Gesten von Idealismus, Bürgersinn und Nationalgeschichte. Daß die Nazis diese Kunst als »entartet« bezeichneten und verboten, heißt, daß sie sie verstanden hatten. Es heißt nicht, daß sie noch nach dem Holocaust geeignet ist, ihr provokatives und auch erhellendes Potential geltend zu machen. Und es bleibt einigermaßen rätselhaft, wie eine auf pure Selbstreferenz und unmittelbares Erleben gerichtete Installation zum Gedenken an den Holocaust gerade jene bestimmen soll, deren direkte Vorfahren ihn verursacht haben.

Ein steinerner Irrgarten, der auf nichts verweisen will, kann natürlich auf alles Mögliche verweisen oder völlige Indifferenz hervorrufen. Es leuchtet ein, daß diese Anlage, wenn sie die ihr zugedachte Funktion erfüllen soll, einer Kontextualisierung bedarf, die eine spezifische Rezeption nahelegt und unterstützt. Allerdings würde eine solche plakative Einrichtung die

konstitutive Idee des Mahnmals, eine aktuelle individuelle Erfahrung zu ermöglichen, aufheben und das Stelenfeld zu einer Art angeschlossenem Abenteuerspielplatz herabstufen. Es geht nicht anders. Doch auch so geht□s nicht.

Wer hier eine Wahl trifft, trifft eine falsche. Der Bundestag hat sie getroffen. Den ohnehin bereits aus Gefälligkeitsgründen in Anzahl und Höhe reduzierten Stelen soll nun ein »Haus der Information« beigesellt werden. Keine Wahl hatte Peter Eisenman, dessen Kompagnon Serra inzwischen resigniert ausgestiegen war. Eisenman hat sie leider nicht wahrgenommen. »Ich bin nicht dafür bekannt, in meiner Arbeit Kompromisse zu machen«, erklärte er der »FAZ«, »aber ich habe gelernt, daß die gelungensten Projekte im Dialog mit dem Kunden entstehen.« Fin de partie. Und wir sind gehalten, hier einer Empfehlung zu folgen, die Franz Kafka für solche Fälle ausgegeben hat: »So wird es sein, nur daß man auch in Wirklichkeit heute und später selbst dastehen wird, mit einem Körper und einem wirklichen Kopf, also auch einer Stirn, um mit der Hand an sie zu schlagen.«

Literatur zum Thema:

Michael S. Cullen (Hg.): *Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte.* Vorw. v. Wolfgang Thierse. Pendo Verlag, Zürich 1999, 297 Seiten, 19,90 Mark

Michael Jeismann (Hg.): *Mahnmal Mitte. Eine Kontroverse.* DuMont Literatur Verlag, Köln 1999, 220 Seiten, 34 Mark

NGBK Berlin (Hg.): *Der Wettbewerb für das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Eine Streitschrift.* Verlag der Kunst, Dresden 1995, 195 Seiten, 16 Mark

Ute Heimrod, Günter Schlusche, Horst Seferens*: Der Denkmalstreit – Ein Denkmal? Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Eine Dokumentation.* Philo Verlagsgesellschaft, Berlin 1999, 1.298 Seiten, 149 Mark

Konkret 08/99, S. 49

Otto Köhler

Wir sind resozialisiert

Die Bundestagsdebatte um das Holocaust-Mahnmal offenbarte das beinahe schon übliche Ausmaß von Verdrängung, Projektion und Schamlosigkeit

Im Januar 1998 mußten die Vorarbeiten für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin zunächst einmal eingestellt werden. Auf dem vorgesehenen Gelände waren Reste eines Bunkers entdeckt worden, der mutmaßlich zur Wohnung des Reichsministers für Volksaufklärung Dr. Josef Goebbels gehört hatte. Am 25. Juni 99 nun hat der Bundestag unter dem Motto »Nie wieder Auschwitz« endlich seinen Beschluß für das Mahnmal gefaßt, und so manche Begründung dafür oder dagegen hörte sich an, als sei auch sie ein Stück von ihm. Die Juden, so hatte Eike Geisel vor vier Jahren in KONKRET geschrieben, »sind die lebenden Ausstellungsstücke in einem Land, das kein nationales Holocaust-Museum braucht, weil es selbst eines ist«. Geisel hatte den aus der Emigration zurückgekehrten Architekturhistoriker Julius Posener zitiert, der schon 1985 festhielt: »Nach vierzig Jahren habt ihr das Recht auf ein Mahnmal an diesem Ort verwirkt.«

Es sind jetzt 55 Jahre geworden, und damit ist die Verwirkung noch nicht verjährt, auch wenn der Bundestag offiziell die Errichtung von Eisenmann II, dem Stelenfeld samt einem Naumannschen Ort der Erinnerung, mit Mehrheit beschlossen hat. Wenn alles so kommt, wie Peter Eisenman plant, dann wird sein Mahnmal, so wie es der Bundestag im Juni hinnahm, am Ende des Jahres 2001 stehen. Hätte das Parlament das Mahnmal abgelehnt, wäre das zwar ehrlicher, damit aber noch schlimmer gewesen. Daß es zustimmte, macht die Sache kaum besser, nur zweideutig – mehr aber ist in diesem Land nicht zu erreichen. Warum der Bundestag zustimmte, das wurde in der Debatte, die Micha Brumlik allen Ernstes »würdig« genannt hat, deutlich.

Deutschland, wiedervereint, durch seinen dritten Krieg gegen Jugoslawien erwachsen geworden, brauchte ein lückenloses Alibi. Was aber war besser, als mit dem Ruf »Nie wieder Auschwitz« in den Krieg zu ziehen? Jetzt, da das neue Auschwitz in Jugoslawien liegt und dort gemeinsam mit den Westallierten, den Feinden von damals, bombardiert werden konnte, um das alte vergessen zu machen, kann das Mahnmal endlich erstehen.

Sieben Wochen bevor er der erste deutsche Kriegskanzler seit Hitler wurde, erklärte Gerhard Schröder der »Zeit«, er hätte – keiner hatte das bezweifelt – »auch ohne ein Mahnmal in Berlin leben können«. Er wollte ja allenfalls ein Mahnmal, wo die Leute »gern hingehen«. Im Bundestag hielt er den Mund und ließ seinen Kulturminister Naumann für sich sprechen: »Es bleibt dabei: Ob es ein Mahnmal oder ein Ort des Erinnerns ist – wenn Menschen nicht gern dort hingehen wollen, dann gehen sie nicht hin. Das ist eine einfache Einsicht, so daß die semantischen Auslegungen dieses Satzes des Bundeskanzlers mir noch heute absolut unbegreiflich bleiben.«

Naumann war der kompetente Sprecher des Kanzlers, der eigentlich etwas ganz anderes will als ein Mahnmal für die ermordeten Juden in der Nähe seines künftigen Regierungssitzes. Naumann vor einem Jahr zum »Tagespiegel«: »Ich persönlich werde alles dafür tun, daß der Wiederaufbau des Stadtschlosses in Berlin-Mitte Wirklichkeit wird. Dieses architektonische Emblem der ehemaligen Hauptstadt fehlt einfach.« Verständlich, daß Sozialdemokraten wie Schröder dieses Wahrzeichen vermissen, das Ulbricht hatte in die Luft sprengen lassen. Über drei Jahrzehnte früher allerdings hatte Friedrich Ebert den Luxemburg-Mörder Hauptmann Waldemar Pabst angewiesen, das Schloß mit Artillerie und Gasgranaten anzugreifen, weil sich dort die Volksmarinedivision verschanzt hatte. Ulbricht hatte nur – auf menschenschonendere Weise – Eberts zerstörerisches Werk vollendet.

Schröder mußte, so klagte er im Februar 99 der »Zeit«, von seinem Berliner Übergangsbüro »immer auf den Palast der (DDR-)Republik gucken«. Den fand der »so monströs«, daß er da lieber das Schloß wiederhaben wollte, in dem Ebert die revolutionären Soldaten zusammenschießen ließ. Und das, bitte, ohne Betrug. Ob es nicht auch »nur eine Schloßfassade« sein könne, fragte die »Zeit«. Doch da zeigte sich Schröder sehr eigen: »Eine Fassade würde mir nicht reichen. Dann würde ich mir getäuscht vorkommen.« Er will das Schloß Wilhelm des Zwoten wiederhaben »einfach, weil es so schön ist«. »Also doch Wilhelm III.?« fragte die »Zeit«. Schröder froh: »So kann man das nennen. Das wäre doch nicht so schlecht.«

Jetzt, da Schröder und Naumann ans Mahnmal müssen, bleibt ihnen eine Hoffnung: Eberhard Diepgen. Zwar meinte Berlins Regierender Burschenschafter vor dem Bundestag, es solle zwar »in Berlin ein zentrales nationales Denkmal« geben, »als Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung im Moment der Rückkehr von Parlament und Regierung an diesen historischen Ort«. Aber alles sei noch so ungeklärt, jedenfalls wolle der Berliner Senat – das verstehe sich von selbst – »nicht auf jedes Mitspracherecht bei der Einzelausformung, sei es der Gestaltung der Stiftung, sei es der Einzelausgestaltung über ergänzende Formen«, verzichten. Das ergibt Verhinderungsmöglichkeiten in Menge.

Schließlich ist auch noch auf die Berliner Verlaß, die echten. Der Regierende Bürgermeister derselben, Schröder paraphrasierend: »Nichts, meine Damen und Herren, ist für ein Mahnmal so entscheidend wie seine Akzeptanz.« Erst wenn

es die Menschen erreiche, habe es seine Aufgabe erfüllt. Das Mahnmal sei nun mal nicht Selbstzweck; die »gute Absicht« müsse sich vielmehr an der Wirkung messen lassen, die es erziele. Diepgen echt besorgt: »Wird der kolossale Ausdruck, den beispielsweise der Eisenman-Entwurf für das kolossale Verbrechen findet, auch noch übermorgen als ein Zeichen der Scham und der Reue entziffert werden?«

Das scheint ihm »schon erkenntnistheoretisch ein Phänomen« zu sein. Aber »auch die praktischen Probleme des Eisenman-Entwurfs, auf die ich mir immer erlaubt habe hinzuweisen«, seien bislang »in staunenswerter Konsequenz ignoriert« worden. Wenn nun für einige Berliner das Denkmal zu groß ist, was dann? Diepgen gebrauchsanweisend: »Wer die Gefahr der Verschandelung durch Schmierereien und Vandalismus nicht sehen will, nimmt wissentlich in Kauf, daß dieses in guter Absicht gesetzte Mahnmal seine Wirkung ins Gegenteil verkehren kann.« Das sei, verkündete er unter dem Beifall von Unionsabgeordneten, »die Gefahr« – und deshalb müsse er »mit Nachdruck vor dieser Gefahr zu warnen«.

Die echten Berliner weiß Diepgen da hinter sich, etwa den Klaus Bölling, der als aufrechter Sozialdemokrat schon vor einem Jahr, als Kohl noch regierte, im Westberliner »Tagesspiegel« die »Arroganz der Macht« durchschaute, mit der Kohl und Süßmuth als »Gefangene der ›political correctness‹« für das Mahnmal eintraten. Bölling kondensierte aus den Leserbriefspalten die Stimme des Volkes, eine – so erkannte er – »glaubhafte communis opinio«. Und die laute »sinngemäß«, daß das Denkmal den Besuchern, auch denen im nächsten Jahrhundert, nur »Gefühle der Angst und Beklemmung« einflößen könne. Da dürfe man doch fragen, »warum sich die nach dem Krieg geborenen Deutschen ein halbes oder ein ganzes Jahrhundert später auf die Nürnberger Anklagebank gesetzt fühlen sollten«. Bölling: »Der Hybris des Kanzlers muß Halt geboten werden, Diepgen sollte sich in seinem Widerstand nicht entmutigen lassen.« Denn: »Die Berliner stehen hinter dem Bürgermeister.«

Diepgen stand auch im Bundestag nicht allein. Es gab noch Abgeordnete, die sich nahezu offen äußern konnten. Da war der CDU-Mann Wilhelm-Josef Sebastian, der dieser Tage, wie er freimütig bekannte, den Brief einer Jüdin erhielt, mutmaßlich einer jener anständigen Jüdinnen, die es ja auch gibt, aus dem er unter dem Beifall der Union gern zitierte: »Reue und Verständnis müssen und können nur freiwillig sein, aber das geplante Mahnmal ist zugleich Zumutung, Provokation und Demütigung für das deutsche Volk, die echte und freiwillige Gefühle unmöglich machen. Man kann den Menschen zwingen, korrekt zu sein, aber man kann ihn nicht zwingen, etwas zu fühlen.« Er wolle »die gesamte vorhandene deutsche Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft« stärken, sprach Sebastian und erklärte: »Wir lehnen mit unserem Antrag die Errichtung eines weiteren, neuen Mahnmals ab.«

Dafür fand er 119 Stimmen auch bei Sozialdemokraten, Grünen und bei der Union, darunter die Stimme des Abgeordneten und Wehrexperten Kurt Rossmanith, den man nach neuester Rechtsprechung aus Kempten nicht mehr einen »Nazi-Fan« nennen darf – sofern er sich künftig nicht wieder »positiv über amtlich festgestellte Nazigrößen wie zum Beispiel Generaloberst Dietl u. a. äußert«.

Die bestehende Erinnerungslandschaft stärken will – ähnlich wie Dietl-Fan Rossmanith – der CSU-Abgeordnete Gerd Müller aus Kempten, der an einer Betonphobie leidet: »Deshalb frage ich: Ist der geplante Betonbau ein Signal an die so oft beschworene Zukunft, an die junge Generation? Es geht nicht um das Mahnen der 60- und 70jährigen, die ja zur Erlebnisgeneration« – sie hatten das Erlebnis, die Juden umbringen zu dürfen – »gehören, sondern um die junge Generation, um die Jugend von heute und morgen. Wie ist eigentlich die Wirkung eines solchen Projektes auf junge Menschen? Wer hat diese Frage gestellt? Müssen wir nicht auch die Meinung der Bevölkerung und insbesondere die Meinung der Berliner mit einbeziehen und akzeptieren?«

Doch er hatte – freilich nicht mehr allein – eine Vorstellung, wie ausbaufähig der Ruf nach Authentizität sein könnte. Müller: »Eine unvergeßliche Wirkung haben stets die Begegnung mit den und das Erfühlen der unvorstellbaren Verbrechen des Holocaust an den authentischen Orten des Verbrechens. Das ist auch meine Erfahrung von Besuchen mit Jugendgruppen in Auschwitz, in Buchenwald und in Dachau. Die Botschaft ›Nie wieder!‹ kann nirgendwo tiefer vermittelt werden als an den authentischen Stätten.«

Als junge CDU-Abgeordnete hatte Annette Widmann-Mauz aus Balingen »lange gezögert, mich in die Diskussion einzubringen«. Doch der Versuch, das Leid und den Schmerz nachzuempfinden, bewege sie so, »daß ich mich einbringen will, daß ich etwas beitragen will – nicht allein zur Annäherung an die Opfer, mehr noch für unser Selbstverständnis«. Einmal eingebracht, kannte sie kein Halten mehr. Sie legte – gut, daß Adenauers Freund Abs und Kohls Ziehvater Fritz Ries dies nicht mehr hören mußten – ein Geständnis ab: »›Auschwitz‹ ist ein zentraler Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland.«

Friedensminister Scharping selbst sagte in dieser Debatte kein einziges Wort. Das war auch nicht nötig. Sein »Nie wieder Auschwitz« schwebte über dem Plenarsaal. Dort trat ein bisher wenig bekannter CDU-Abgeordneter namens Martin Hohmann, ein Bürgermeister aus dem hessischen Neuhof, ans Mikrophon und begann nach Scharpings Art zu erzählen: »Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zwei kartenspielende uniformierte Wächter streiten um die Frage, wer das nächste Getränk zu besorgen hat. Statt eine Münze zu werfen, ergreifen sie eine hochschwangere

Gefangene. Statt Schrift oder Zahl Junge oder Mädchen. Nach wenigen Messerschnitten herrscht Klarheit. Das Kartenspiel wird ungerührt fortgesetzt. Dieser Doppelmord ereignete sich nicht vor etwa 55 Jahren in einem KZ, sondern vor etwa 55 Tagen im Kosovo.«

Der Abgeordnete fragte: »Warum berichte ich das?« Und gab deutliche Antwort: »Nun, seit zehn Jahren führen wir die Diskussion um das Holocaust-Mahnmal, und seit zehn Jahren bestehen mehr Gedenkstätten und -tafeln. Gerade in diesen zehn Jahren wütete ein kommunistischer und nationalistischer Diktator gegen seine Völkerschaften, zuerst in Bosnien und dann im Kosovo. Bedenkt man die Zeitgleichheit, dann darf gefragt werden: Was hat die hiesige Aufarbeitung der zwölfjährigen NS-Zeit, was haben die Trauerarbeit, das Mahnen, das Erinnern den Bosniern und den Kosovaren gebracht? Hätten wir, hätte die Nato bei einem Rest moralischer Selbstachtung etwa noch später eingreifen dürfen? Wenn also die Hilfe für die Opfer von Mord und Vertreibung direkt vor unserer Haustür fast zu spät kam und wenn die Hilfe nur dem beherzten Vorangehen der Amerikaner zu danken war, erhebt sich dann nicht die Frage: Hätte das fertige Holocaust-Mahnmal die Situation der Bosnier und der Kosovo-Albaner geändert?«

Man könnte meinen, daß wir dann aus der angeschlossenen Naumann-Informationsstätte etwas mehr über die Erfolge der 13. bosnisch-herzegowinischen SS-Division Handzar erfahren würden oder über den Aufbau des KZ Pristina im Jahr 1944 durch die kosovo-albanische 21. SS-Gebirgsdivison Skanderbeg. Doch nach solcher Antwort steht der Sinn des hessischen Abgeordneten nicht. Er weiß schon: »Wenn wir diese Frage mit Nein beantworten müssen, stellt sich die nächste – kritische – Frage: Ist unsere Vergegenwärtigung der zwölf NS-Jahre nicht ein Stück weit folgenloses Moralisieren gewesen? Haben wir zu vordergründig auf die Wirkung von Mahnreden und Mahnmalen vertraut? Hat das Grauen über die Schrecken der NS-Verbrechen die nüchterne Analyse zu kurz kommen lassen? Wie wirkt ein Unterdrückungsapparat in einer Diktatur? Ist in der Breite klar, daß damals die Gewissensentscheidung mehr als nur Zivilcourage erforderte, nämlich den Einsatz des eigenen Lebens?«

So beschritt auch Hohmann den Weg zum dritten deutschen Krieg gegen Jugoslawien. Wir treten wieder an, weil wir mit diesem Abgeordneten wissen: »Viele Menschen fordern uns als Deutsche auf, langsam den Mut zu fassen, unseren Freunden zu sagen: Mehr als zwei Generationen nach diesem riesigen Verbrechen fühlen wir uns sozusagen resozialisiert.« Warum? Weil wir wirklich ganz toll sind: »Kein Land hat Verbrechen in seiner Geschichte aufgearbeitet und bereut, Entschädigung und Wiedergutmachung geleistet wie wir. Nach christlichen Maßstäben folgt auf Sünde, Reue und Wiedergutmachung das Verzeihen.« Nach christlichen – was der Jude tut, das wissen wir freilich nicht. »Fast drei Generationen Bußzeit bis heute« gibt es zu beklagen. Der Jude will sicherlich mehr, aber: »Es sollten nicht sechs oder sieben werden. Insofern wäre das Mahnmal auch monumentaler Ausdruck der Unfähigkeit, uns selbst zu verzeihen.«

Und darum ist es Zeit, an »unsere Auftraggeber, unsere Wähler« zu erinnern: »Viele reden darüber nur hinter vorgehaltener Hand. Das ist in der Demokratie kein gutes Zeichen. Ganz überwiegend wird das Holocaust-Mahnmal abgelehnt, übrigens auch von vielen Intellektuellen, auch von vielen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Nicht wenige empfinden das geplante Mahnmal als ein Kainsmal, als Ausdruck der Selbstächtung.« Klar, Kain war bekanntlich Jude. Mit der großen Mehrheit seiner Wählerschaft sieht darum der Abgeordnete Hohmann »in der Neuen Wache eine hervorragende Mahn- und Erinnerungsstätte auch für die jüdischen Opfer«. Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, vermerkt das Bundestagsprotokoll. Richtig, in der Neuen Wache wird der deutschen SS-Soldaten ebenso gedacht wie ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ob pro oder kontra Mahnmal: Der Ruf »Nie wieder Auschwitz« bestimmte die Debatte im Bundestag. Christian Simmert von der Kriegspartei Bündnis 90/Die Grünen: »Wir, die junge Generation, haben keine eigenen Erinnerungen an den Nationalsozialismus; wir haben aber noch die Möglichkeit, mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu sprechen. Das wird für die nachfolgenden Generationen ganz anders sein. Vor diesem Hintergrund bekommt das Mahnmal, aber auch der Erhalt aller anderen Gedenkstätten eine wertvolle Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, die Erinnerungsarbeit auf ganz andere Füße zu stellen. Denn jede Generation muß für sich den Umgang mit dem Holocaust neu klären. Sie muß Fragen stellen dürfen; sie muß ihre eigene Form des Umgangs mit dem Holocaust finden. Während sich die 68er-Generation an der Generation ihrer Väter, die direkt Schuld am Holocaust trug, abgearbeitet hat, stellen sich meiner Generation neue Aufgaben. Entscheidend dafür ist, daß das Mahnmal, über das wir heute entscheiden werden, nicht das letzte Kapitel der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sondern ein neuer Anfang ist.«

Den neuen Anfang hatte Scharping im Februar mit seinen Soldaten vor den Verbrennungsöfen von Auschwitz gemacht. Simmert erklärte nun nach dem gewonnenen Krieg vor dem Bundestag: »›Nie wieder Auschwitz‹ ist auch für uns Auftrag und Herausforderung. ›Nie wieder Auschwitz‹ muß Teil deutscher Identität werden und sein.« Es gab Beifall im ganzen Hause.

Kasten Seite 51

O-Ton

Selbstbewußt ethisch-normativ

Wie auch das amtliche Protokoll zweifelsfrei bestätigt, hat der ehemalige Bundesjustizminister Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) folgende Rede gehalten, um den Vorschlag des SPD-Abgeordneten Prof. Dr. Richard Schröder zu unterstützen, der in hebräischer Sprache hatte darauf aufmerksam machen wollen, daß man nicht morden solle:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um eine Mahnung von Menschen an Menschen. Man muß also auf deren Empfindungen, Gefühle und Einstellungen abstellen. Es geht nicht um eine künstlerische Demonstration per se oder gar um ein Dokument der bleibenden Größe des deutschen Bedauerns und Bereuens. Deshalb ist alles Auftragende, alles Monumentale fehl am Platz. Auch unkonturierte Verunsicherung oder aufgezwungene Beeindruckung sind falsch.

Angemessen erscheint mir allein ein schlichter Ausweis, ein schlichter Obelisk zu sein mit dem ausdrücklichen Gebot: »Du sollst nicht töten!« oder, authentischer, aus dem Hebräischen übertragen: »Du sollst nicht morden!« bzw. »Morde nicht!« Wir wollen doch etwas bewirken. Wir wollen für die Zukunft eine Aussage vermitteln. Aus der Gemeinsamkeit christlich-jüdischer Wurzeln sollte das durchaus sehr selbstbewußt ethisch-normativ angelegt sein. Deshalb sollten Sie Mut zum Konkreten, zum Nichtaufmacherischen, zum Offenen, zum Auf-die-Menschen-Zugehenden und vor allem zum wirklich Mahnenden haben. Nicht das Spektakuläre, möglichst Aufwendige kann heute richtig sein, sondern das Unmittelbare, das Werthafte, das Schlichte. Das alles erfüllt die Schröder-Alternative: »Du sollst nicht morden!« Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD, der CDU/CSU und – wer war das!? – der PDS.)

Konkret 08/99, S. 52

Zu Protokoll

Nachdem der Bundestag das Holocaust-Mahnmal abgesegnet hatte, diskutierten am 28.6. in »Talk vor Mitternacht« (N3) über Wirkung und Werkkunde: Henryk M. Broder, Publizist, Michel Friedman, Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland, Uwe Lehmann-Brauns, kulturpolitischer Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Gert Weisskirchen, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion, Elke Leonhard, Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestags (SPD), Rita Süßmuth, ehemalige Bundestagspräsidentin, und die Initiatorin des Mahnmals, Lea Rosh. Moderation: Hans-Jürgen Börner. KONKRET dokumentiert Auszüge der Debatte

Börner: Ohne Sie, Frau Rosh, gäbe es den Beschluß des Bundestages nicht. Sind Sie nun glücklich und zufrieden?

Rosh: Also für Glück ist der Anlaß nicht der richtige. Aber ich finde, daß wir sehr zufrieden sein können. Wir, das sind wir alle vom Förderkreis, denn das muß ich auch sagen: Ich war zwar so eine Art Galionsfigur, auch Watschenfrau viele Jahre. Aber es ist ja ein Kreis von Freundinnen und Freunden immer um mich herum gewesen. Alleine wäre diese schwere, langwierige Aufgabe gar nicht zu machen gewesen. Ich habe nie ernsthaft daran gedacht, das aufzustecken. Aber zwischendurch waren schon Zeiten von Depression und Trauer und ein bißchen Verzweiflung – muß ich mir das alles antun und so. Und dann waren die alle immer da, und dann ging das auch leichter.

Börner: Der »Tagesspiegel« schrieb, das war noch vor der Debatte und vor der Abstimmung: Egal für welches Modell sich der Bundestag entscheidet, die Initiatorin wird unzufrieden sein.

Rosh: Dies ist lieb gemeint, stimmt aber nicht. Den ersten Entwurf von Eisenman und Serra fand ich noch besser, stringenter, konsequenter, etwas grimmig, ich weiß, aber die Überarbeitung von Eisenman ist eine hervorragende Arbeit, ein hochkünstlerischer Entwurf, und ich glaube, daß er die Menschen auch emotional erreichen wird. Ich bin ganz überzeugt von dieser Arbeit. Und daß wir durchbekommen haben erstmal ein Denkmal überhaupt, dann, daß der Bundestag mit dieser großen Mehrheit beschlossen hat: ein Denkmal für die ermordeten europäischen Juden, das ist eine ganz großartige Sache, das ist wunderbar. Wir haben ja dann auch durchbekommen, daß es Eisenmann II wird – über das Haus der Information muß man reden. Wir haben eigentlich fast alles, was wir bekommen konnten, bekommen. Insofern ist es ein wunderbarer Tag gewesen.

Börner: Ihnen wurde Philosemitismus, Überidentifikation mit den Opfern vorgeworfen – »Dampfwalze« Lea, schrieb Herr Augstein. Kränkt Sie das? Oder haben Sie das nicht ein bißchen auch provoziert?

Rosh: Ich finde nicht, daß ich es provoziert habe. Wissen Sie, wenn man nicht für diese Aufgabe steht und kämpft, dann hätten wir ja auch diesen Bundestagsbeschluß nicht bekommen. Und daß das andere übelnehmen, die weniger erfolgreich in anderen Sachen sind, kann ich ihnen nicht übelnehmen – so ist der Mensch nun mal halt. Augstein hat mich als »Vierteljüdin« bezeichnet, sich nicht geniert, NS-Vokabular wieder einzuführen. Aber ich denke, wer sich in den Wind stellt, der muß ertragen, daß der Wind auch weht, oder wie jemand mal sagte: Ein großer Baum hat Blätter und wirft Schatten.

Börner: Herr Broder, ich habe im »Tagesspiegel« eine Überschrift gelesen: »Wenn der Wahnsinn epidemisch wird«. Stammt die Überschrift auch von Ihnen, und was meinten Sie damit?

Broder: Nein, die Überschrift stammt von Oskar Panizza, und der hat in weiser Voraussicht, obwohl er schon lange tot ist, diese ganze Debatte zusammengefaßt mit diesem wunderbaren Satz: Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, wird zur Vernunft. Und genau das passiert in dieser Debatte. Was ich an Lea Rosh' Leistung am meisten bewundere, ist, daß sie es wirklich geschafft hat, im Laufe von elf Jahren eine fixe Idee Gestalt annehmen zu lassen. Das ganze ist eine fixe Idee. Der Holocaust war eine Wahnidee, und das Mahnmal ist es auch. Das ist das Irre.

Rosh: Ein so schiefer Vergleich, Henryk.

Broder: Es kann gar nicht schief genug sein, um auf die Schieflage, die du seit elf Jahren vertrittst, einzugehen. Wenn die Nachkommen der Täter – ich definiere sie nicht als die Nachkommen der Täter, aber wenn sie sich selbst so definieren, dann nehme ich das an – wenn also die Nachkommen der Täter ein Mahnmal setzen wollen und wenn die Nachkommen der Täter heute entscheiden wollen, wem sie ein Mahnmal setzen, dann kann ich nur sagen, man darf es den Nachkommen der Täter nicht überlassen, sich wieder ihre Opfer aussuchen zu dürfen. Und was du vorangetrieben hast mit allerbester Absicht: Du bist diesem Naziwahn sozusagen choreographisch gefolgt. An der Spitze der Opferpyramide stehen die Juden, weil wir ja bekanntlich den größten Beitrag zur deutschen Kultur geleistet haben, alles andere wird darunter weggewalzt.

Rosh: Das ist dein üblicher Zynismus.

Broder: Das ist nicht mein Zynismus, das ist der Zynismus der Gutmenschen, für die du stehst. Diepgen ist der große Gewinner der ganzen Affäre, er hat auch bereits gesagt, es wird keine weiteren Denkmäler in Berlin geben. Wir ehren die

Juden und gehen generös hinweg über die Zigeuner, die Homosexuellen, die Zeugen Jehovas ...

Rosh: Das hat er nicht gesagt.

Broder: Er hat gesagt, es wird keine weiteren Denkmäler mehr geben, damit ist die Geschichte abgehakt.

Rosh: In Berlin, hat er gesagt. Du mußt schon richtig zitieren.

Broder: In Berlin, nun gut. Ihr werdet vielleicht irgendwo hinter Tübingen noch ein kleines Denkmal für die Zigeuner hinstellen wollen, aber das wird nicht hinhauen, nicht mal das. Und warum nicht in Berlin? Warum nur für die Juden? Weil die Täter das Monopol, sich ihre Opfer aussuchen zu dürfen, nicht aus der Hand geben wollen.

Rosh: Das ist Unsinn. Du weißt ganz genau, wie wir argumentiert haben. Der Vollzug von 2.000 Jahren Antisemitismus und Verfolgung der Juden durch die Christen auf diesem Kontinent darf wohl ein eigenes Denkmal für sich beanspruchen. Wir waren immer dafür, daß die anderen Opfergruppen auch eigene Denkmäler, eigenes Gedenken bekommen ...

Broder: Die Geschichte ist damit abgefeiert ...

Rosh: ... weil die anderen Opfergruppen andere Opfergeschichten haben. Es ist eben nicht vergleichbar ...

Broder: Am Ende waren sie alle gleichermaßen tot.

Rosh: Ach, das ist doch banal, zu sagen, im Grab sind alle gleich.

Broder: Es ist nicht banal, es ist faktisch. Sie waren alle am Ende gleichermaßen tot.

Rosh: Man muß über den Vollzug dieser Mordgeschichten ein bißchen mehr wissen als »alle waren gleich«. Es ist eben nicht dasselbe, ob Homosexuelle in einem Konzentrationslager gequält werden, was schlimm genug ist, oder ob in Polen Vernichtungsstationen geschaffen werden, ausschließlich um die Juden zu ermorden, mehr als sechs Millionen. Dies ist ein Völkermord. Es sind Vernichtungsstationen gewesen, die eben nicht für die anderen Opfergruppen ...

Broder: Das sind gruselige Differenzierungen, absolut gruselig. Ich sage dir noch einmal, du folgst damit der politischen Choreographie der Nazis. Die haben es genauso gesehen.

Rosh: Das waren über sechs Millionen, das ist eine eigene Geschichte.

Broder: Jede Geschichte ist eine eigene Geschichte.

Süßmuth: Ich widerspreche Herrn Broder heftig in der Aussage, dieses Denkmal ist eine wahnwitzige fiktive Fiktion und etwas Abwegiges.

Broder: Eine fixe Idee, leider keine Fiktion.

Süßmuth: Dann müßten all die Mahnmale in Deutschland eine fixe Idee sein. Sie haben sicherlich recht, daß niemand von uns gelingen kann, das, was das Mahnmal ausdrücken soll, in der angemessenen Weise zu tun. Das sind alles Annäherungsversuche und Bemühungen. Das habe ich auch im Bundestag gesagt. Es gibt nicht das perfekte Mahnmal, Gott sei Dank nicht. Es wäre auch dem Gegenstand unangemessen. Ich denke, daß es, wenn auch erst nach 54 Jahren, ein wichtiges Zeichen ist, daß wir in der Mitte Berlins ein Zeichen setzen.

Börner: Warum ist es für Sie nicht vorstellbar, daß man ein Mahnmal für alle Opfer des Völkermordes errichtet?

Süßmuth: Ich habe in den Kolloquien und auch noch mal im Bundestag dies zum Thema gemacht. Ich habe damit nach wie vor große Probleme und kann diese Entscheidung auch nur akzeptieren, weil sie so etwas wie einen historischen Werdegang hat. Ich warne uns davor, eine Hierarchisierung der Opfer ...

Broder: Ist de facto schon eingetreten.

Süßmuth: Ich kenne diese Auseinandersetzung nun auch seit Jahren, ob Berlin eine Mahnmalmeile werden soll. Es wird schwierig werden, deswegen wäre mir eine andere Lösung lieber gewesen. Aber wir haben jetzt mit dieser zu tun, und das bedeutet, da auch an Sinti und Roma Genozid erfolgt ist, daß wir dafür angemessene Lösungen finden. Und da muß ich allerdings auch sagen, man kann nicht die einen irgendwo auf die Republik verweisen und die anderen auf Berlin. Dies wäre eine Hierarchisierung.

Broder: Sie werden in ein paar Jahren sehen, wie sehr Sie gescheitert sind.

Rosh: Henryk hat ein Problem: Er hat immer gesagt, wir kriegen das Denkmal nicht, und nun ist es Beschluß des Bundestags, und das ist sein Problem, daß er nicht recht behalten hat.

Broder: Ihr kriegt es auch nicht. Die Geschichte fängt jetzt erst an, sie ist noch nicht vorbei.

Leonhard: Frau Professor Süßmuth hat recht, wir werden den Holocaust mit ästhetischen Mitteln niemals erfassen oder darstellen können. Und Ihnen muß ich sagen, Herr Broder, wenn der Bundestag entschieden hat, souverän, dann ist das so, und da lassen wir auch gar kein Wenn und Aber zu. Es gibt das Wesentlichkeitsprinzip, das heißt, in national wesentlichen

Fragen entscheidet der Bundestag, und da gibt es jetzt nicht noch Hin und Her, sondern wir werden in Kürze ein Gesetz haben, und dann werden wir eine Stiftung errichten, und in dieser wird die Ausgestaltung ... also Eisenman II ist von uns gewählt worden, mit Mehrheit so entschieden worden, und wir werden also nicht zögern. Der Bundestag hat immer gesagt, er ist nicht die Kommission für Ästhetik; Politik und Kunst werden wir niemals zusammenmischen, aber es gab eine Findungskommission unter Professor Young, und die hat meiner Ansicht nach sehr gut beraten. Wir sind absolut dieser Kommission gefolgt.

Broder: Ohne Wenn und Aber.

Leonhard: Wenn 80 Prozent für das Denkmal waren, dann ist das wirklich ein Zeichen, und da sollte man hinterher nicht rummäkeln. Also wie gesagt, man setzt sich auseinander mit Ihrer Position, aber das Denkmal wird kommen.

Broder: Ich finde Ihren Begriff von Öffentlichkeit berauschend. Kein Wenn und Aber.

Börner: Herr Lehmann-Brauns, ich zitiere Sie aus der »Welt am Sonntag«: »Es gibt auch Entscheidungen, die zurückgenommen werden.« Glauben Sie, daß der Bundestag etwas gesagt hat, was für Sie in Berlin gar nicht verbindlich ist?

Lehmann-Brauns: Auch der Bundestag kann irren. Und meiner Ansicht nach hat er geirrt. Er hat einen Mahnmalsentwurf befürwortet, der das gar nicht transportieren kann, was er transportieren soll, der viele Menschen, nicht nur die Taxifahrer-Populisten, sondern viele kluge Leute, die der Sache, auch von der Herkunft her, sehr nahestehen, abstößt. Ich glaube nicht, daß Berlin in kleinkarierter Weise bei der Baugenehmigung oder der Finanzierung sich querstellen wird. Aber ich glaube nicht, daß Sie mit dieser Entscheidung sehr viele Menschen mitgenommen haben.

Rosh: Woher wissen Sie denn das?

Lehmann-Brauns: Ich kann das Ihnen nur sagen aus meiner täglichen ... man hört herum, man wird angesprochen ...

Süßmuth: Aber jetzt stellen Sie sich mal eine Kunst mit hundertprozentiger Zustimmung vor. Das wär ja furchtbar!

Broder: Das ist ein pädagogisches Monster, keine Kunst.

Lehmann-Brauns: Ich kann Ihnen doch nicht Ihre Wahrnehmung mitteilen, ich kann Ihnen doch nur meine Wahrnehmung mitteilen, und die stimmt überein mit vielen, vielen klugen Leuten, nicht nur mit den Kirchen, Wolf Biermann und wie sie alle heißen, die eigentlich ganz gegen eine solche Idee waren. Meiner Ansicht nach verschattet diese voluminöse Geschichte in einer unangenehmen Art und Weise die Arbeit zum Beispiel in Sachsenhausen oder die Arbeit bei »Topographie des Terrors«. Irgend jemand von Ihnen sagte, so was gibt es noch nicht, und man ist froh, daß jetzt in der Hauptstadt zu haben. Aber das gibt es in der Hauptstadt, die »Topographie des Terrors« ist dabei, sich zu entwickeln, sie wird gebaut, sie wird ein Informationszentrum haben. Und gucken Sie sich doch mal nur Sachsenhausen an. In Sachsenhausen sind noch die alten DDR-Inschriften mit »BRD« und weiß ich was. Das ist eine Stätte, die eigentlich sehr viel mehr geeignet ist, weil sie ein authentischer Ort ist.

Rosh: Sie wissen, daß da die Juden nicht ermordet wurden.

Broder: Gab's KZs zweiter Qualität?

Rosh: Nein, aber es gab Vernichtungsstationen, die sind in Polen gewesen.

Lehmann-Brauns: Wir bauen es doch nicht in Polen.

Rosh: Sachsenhausen war nicht der authentische Ort. Sie schmeißen die Dinge durcheinander.

Broder: Es gab Leute, die von Sachsenhausen nach Auschwitz gekommen sind. Was soll diese Unterscheidung?

Börner: Ich möchte Herrn Friedman jetzt mal fragen als, ja, »Interessenvertreter«, als Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden: Was ist Ihre Einschätzung dieser Diskussion, die wir jetzt führen? Und: Warum hat Ihre Vertretung sich nicht eingemischt?

Friedman: Erstens bin ich kein Interessenvertreter, und zweitens reden wir davon, daß Deutsche Juden aus ganz Europa umgebracht haben, und es ist eine Angelegenheit in der Tat der Deutschen – das bedeutet auch der deutschen Juden, der Juden in Deutschland – , darüber zu debattieren, aber es ist primär eine Handlung der Deutschen, die nicht jüdischen Glaubens sind, sich mit der Frage auseinanderzusetzen. Es ist völlig richtig, daß ein Mahnmal kommt, denn das wird die Diskussion weiterhin erzwingen, egal welche Position man hat. Aber redlich soll man dabei bleiben, und man soll die Dinge nicht verwechseln. Die ehemaligen Konzentrationslager, die Herr Lehmann-Brauns als so wichtigen Mittelpunkt des Gedenkens empfindet, sind jahrzehntelang in beiden Teilen Deutschlands nicht gepflegt, sondern eher vernachlässigt worden. Und es hat immer wieder Initiativen gebraucht, damit sich Politiker diesen Dingen zuwenden, sich um sie kümmern, versuchen, daraus Gedenkstätten, Stätten der Erinnerung zu machen. Ganz unterschiedliche Dinge werden angesprochen in der »Topographie des Terrors« als auch in der Wannsee-Villa, in der in der Tat die Endlösung beschlossen wurde, oder in ehemaligen Konzentrationslagern. Und wir sollten nicht so tun, als ob, wenn das Mahnmal nicht käme,

besonders das Augenmerk der Berliner CDU oder der Brandenburger CDU sich auf die ehemaligen Konzentrationslager konzentrieren würde.

Börner: Aber wird das Mahnmal das denn verändern?

Friedman: Nein, aber das Mahnmal ist eine Chance, es ist eine Möglichkeit, es ist eine Herausforderung, es ist unter Umständen auch eine Gefahr, das werden wir sehen. Ich habe immer gesagt, als Jude brauche ich kein Mahnmal. Aber als deutscher Staatsbürger bestehe ich darauf, daß sich Deutschland damit auseinandersetzt, ob es ein Mahnmal will. Und ich glaube auch, daß wir gut beraten wären, für die Gruppe der Roma und Sinti *in Berlin* eine Lösung zu finden, nachdem wir uns entschieden haben, für die Juden dieses Mahnmal zu errichten. Ich will auch deutlich sagen, daß, wenn schon ein Mahnmal, dann bin ich dafür, daß es ein Mahnmal für die Juden Europas gibt, aber aus einer ganz anderen Begründung als 2.000 Jahre Antijudaismus. Und daraus ergibt sich auch die Nähe zu den Roma und Sinti: In der Tat, Henryk, wenn man tot ist, sind alle gleich, und welche Institution auch immer wie gemordet hat, sie hat gemordet. Aber alle anderen Gruppen hatten einen Notausgang. Ein Homosexueller konnte einen Heterosexuellen spielen und wurde nicht ins KZ gebracht, ein Kommunist konnte, auch gegen sein Gewissen, in die NSDAP eintreten, und er konnte sich retten. Ein Jude, selbst in 4. Generation getauft, wurde geholt und vergast. Diese Einmaligkeit des Wahns, auch der Vernichtungsart, der Vernichtungsbegründung, ist, was das Judentum angeht, eine spezifische Ideologie, ein Kernbestandteil des nationalsozialistischen Regimes gewesen und hatte eine Analogie bei den Roma und Sinti. Die Universalität der Judenvernichtung ist eine Grundideologie des Dritten Reiches gewesen, und dies als solches zu kennzeichnen, halte ich für wichtig.

Ein letztes: Wir wollten uns nicht einmischen, weil wir nie wollten, daß es zur Begründung des Mahnmals heißt, wir haben es getan, weil die Juden es verlangen oder das Ausland es verlangt. Entweder wollen Deutsche es machen, dann sollen sie es machen, weil sie es wollen, aber nicht, weil sie es müssen.

Weisskirchen: Herr Friedman hat exakt den Kern getroffen hat, worum es geht. Es ging darum, daß die Juden aus der Geschichte ausgelöscht werden sollten, vertrieben werden sollten aus dem Gedächtnis der Menschheit. Das war die Kernidee von Hitler. Das hat sich gezeigt in seinem ersten öffentlichen Brief, den er geschrieben hat, und es zeigte sich in seinem letzten Testament. Genau das ist der entscheidende Punkt: die ethnische Definition dessen, was ausgelöscht werden soll. Und da gibt es nur eine Parallele, das sind die Sinti und Roma. Alle anderen konnten in irgendeiner Weise einen Weg woanders hin finden ...

Broder: ... und waren selber schuld, wenn sie es nicht geschafft haben.

Weisskirchen: ... nicht aber die Jüdinnen und Juden und nicht die Sinti und Roma. Deswegen ist für mich diese Entscheidung, daß zugunsten ausschließlich der Juden dieses Denkmal gebaut werden soll, eine ganz schmerzhafte gewesen, und ich konnte es nur ertragen, weil es eine Entscheidung der Regierung Kohl gab und eine Erklärung des Staatsministers für Kultur, Michael Naumann, daß die Sinti und Roma das gleiche Recht haben und daß ihre Opfer in der gleichen Weise geehrt werden müssen. Ja, Henryk Broder, ich bin ganz sicher, daß der Deutsche Bundestag dies entscheiden wird. Und an dieser Entscheidung wird es nach meiner Meinung keinen Abbruch geben.

Broder: Das ist Teil der fixen Idee, die ich vorhin erwähnt habe. Sie hätten das gleich mit entscheiden können. Niemand hat sie daran gehindert, diese zweite Entscheidung mit zu treffen. Aber sie haben sich exklusiv für die Juden entschieden, weil sie, aus irgendeiner Verbiegung heraus, Trost bei den Opfern suchen, und zwar bei den prominentesten Opfern, die sie sich aussuchen konnten. Im Hintergrund steht immer noch die Vorstellung, daß es diese jüdische Weltmacht gibt, die es ihnen übelnehmen wird ...

Weisskirchen: Sie unterliegen dem Irrtum, als wenn es uns darum ginge, daß dieses Denkmal wirken solle wie ein Container, in dem wir alles das, was mit der Vergangenheit zu tun hat, sozusagen versiegeln würden, absperren ... Wir wollten keine Hierarchisierung, wir wollten die Differenzierung.

Broder: Was für ’ne Differenzierung?

Weisskirchen: Es geht nicht um 1. und 2. Klasse, sondern es geht darum, daß wir sagen, nicht alle sozusagen als Appendix dranhängen, sondern wir haben eine Zielsetzung dabei. Wir beginnen den Dialog, und wir werden ihn auch mit den Sinti und Roma haben. Es geht nicht nur um die Steine, sondern es geht auch um Toleranz in der Gesellschaft. Und es wird der Gesellschaft gut tun, wenn wir jetzt den Dialog haben mit den Sinti und Roma, mit den Behindertenverbänden, mit, da gibt es also ... Sozialdemokraten undsoweiter.

Börner: Frau Rosh, haben Sie das auch so verstanden, daß Diskussionen, wie wir sie hier erleben, mit diesem Mahnmal ausgelöst werden sollen?

Rosh: Ich habe siebzehn Leitz-Ordner zu Hause mit Diskussionen und Diskussionsbeiträgen. Nein, die Diskussion ist nicht das Denkmal. Ich vertraue darauf, daß das nicht irgendwie so eine Alibigeschichte ist, daß die Politikerinnen und Politiker diese Denkmäler oder das Gedenken für die anderen Opfergruppen ernst nehmen.

Friedman: Ich bin überzeugt, daß das Denkmal gebaut wird. Es ist eine eindeutige Entscheidung getroffen worden, nach einer unendlich langen Diskussion, die in den letzten Monaten nur noch wiederholend und schleppend war. Es mußte entschieden werden. Ich glaube übrigens auch, daß dieses Denkmal ein aktives Denkmal sein wird, weil das Thema mitten in unserer Gesellschaft ist und bleibt. Man soll dieses Mahnmal nicht überbewerten. Man soll es aber auch nicht runterreden.

Darf ich Sie daran erinnern, daß diese Frage seit 1945 dauert und nicht erst seit elf Jahren, daß aber die Aktivierung, die Umsetzung des Themas dank Lea in die Gesellschaft hineingezwungen wurde, obwohl es Widerstände ohne Ende gibt, und von Herrn Diepgen nicht erst seit heute, und von Lehmann-Brauns und anderen auch nicht erst seit heute. Aber diese Auseinandersetzung tut uns doch gut. Dieses Mahnmal ist eine Herausforderung für diese Stadt. Und wenn der eine oder andere nachdenklich stehenbleibt und sieht, wie nah Demokratie und Menschenrechte und Menschenverachtung und Diktatur beieinanderliegen können, dann ist schon viel damit gewonnen.

Lehmann-Brauns: Friedman unterstellt der Berliner CDU, wir seien gegen ein Mahnmal, das ist Quatsch. Wir haben uns auch für ein Mahnmal ausgesprochen, für den Schröder-Entwurf. Die entscheidende Frage ist doch, ob der Eisenman-Entwurf in seinem Volumen, in seiner Leere, in seiner Abstraktheit wirklich das erfüllt ...

Leonhard: Gerade das wird es sein. sieben- bis achttausend Besucher pro Tag, da wird was passieren ...

Broder: Die Leute werden sich verlaufen ...

Süßmuth: Die Art und Weise, wie dieses Mahnmal unentwegt mit den Begriffen monumental, abstrakt, leer, das heißt, beliebig, aussagelos dargestellt wird, das entspricht eigentlich nicht dem Umgang mit Kunst. Da würde ich nun sokratisch fragen, ob es nicht auch so sein kann, wie eine Reihe von Kunstkritikern gesagt hat, daß gerade dieses Mahnmal in seiner Flächenerstreckung – über die Höhe ist noch gar nicht endgültig entschieden – eindringlich ist. Es ist auch irritierend und störend.

Lehmann-Brauns: Ich habe einen Referenten von Herrn Eisenman gefragt: Was stellt sich Eisenman darunter vor? Und da sagt er: ein wogendes Kornfeld.

Leonhard: Wir gehen da mal durch, und dann werden wir sehen, ob wir hinterher zum Therapeuten müssen oder nicht.

Süßmuth: Warum sollen wir denn jetzt für alle Welt festlegen, was es ist, und warum diese Angst vor der Moderne?

Broder: Sie vertreten die moderne Kunst? Das ist doch absurd. Dieser Teil der Kunst ist seit 100 Jahren bankrott, die Mahnmals- und Denkmalssprache ist die Sprache des 19. Jahrhunderts. Es geht nicht um Kunst, es geht um Staatsräson. »Das Mahnmal ist ein Stück steingewordener Staatsräson«, schreibt Josef Joffe. Das wollt ihr alle haben. Es geht darum, einer Staatsräson Ausdruck zu verleihen. Und dazu taugen die sechs Millionen nicht.

Weisskirchen: Wie wäre es denn, wir gehen, wenn das Denkmal gebaut sein wird, als erste durch die Stelen, und Sie werden es erleben, in welcher Art und Weise dieses Denkmal auf Sie wirken wird. Ich will Ihnen sagen, wie es auf Sie wirken wird.

Broder: Schön, daß Sie jetzt schon wissen, wie es dann auf mich wirken wird.

Weisskirchen: Ich bitte Sie herzlich, sich mal emphatisch in die moderne Kunst zu versetzen, dann können Sie das relativ leicht feststellen. Die Stelen werden auf Sie einen Druck ausüben, und zwar einen, der Sie zum Nachdenken zwingt.

Broder: Herr Weisskirchen, ich bin mit zwei Leuten großgeworden, die im Lager waren, ich brauche das Denkmal nicht. Da gehen Sie mal allein drin verloren.

Weisskirchen: Sie brauchen es nicht. Aber wissen Sie, wer es braucht? Das brauchen die Generationen, die in Gefahr sind, ihr kulturelles Gedächtnis zu verlieren.

Broder: Diese Generationen brauchen gute Pauker und keine steingewordenen Staatsräsonstücke.

Konkret 08/99, S. 56

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Peter O. Chotjewitz: Das Wespennest. Rotbuch Verlag, Hamburg 1999, 324 Seiten, 38 Mark

Auf den Erzähler ist auch kein Verlaß mehr. Der weiß selber »nicht mal mehr, warum ich diese Geschichte erzähle ... Es ist überhaupt keine Geschichte. Sie hat keine Pointe ...« Obendrein springt ihr Autor in einer geradezu schamlosen Sorglosigkeit mit seinen Figuren sowie mit Ort, Zeit und Erzählperspektive herum, erklärt, daß er jetzt lieber im Präsens weiterschreibt, weil das flotter geht (schließlich hat er heute noch was vor), oder er veranlaßt die neugierige Leserin durch die Bemerkung »Was aus Truschka wurde, erzähle ich später mal. Vielleicht in Kapitel 71« vorzublättern und enttäuscht festzustellen, daß das Buch mit Kapitel 66 endet, um dann im 23. mit der Überschrift »Kapitel 71« sein Versprechen doch noch einzulösen. Muß man sich sowas gefallen lassen? Man muß!

Denn über kurz oder lang ist man heilfroh, daß Peter O. Chotjewitz den Rat seines Abendschullehrers in den Wind geschlagen hat – gesetzt den Fall, es handelt sich um ebenden Lehrer, der den Romanhelden und angehenden Literaten Karl O. Modjewski, genannt Modder, Alter ego des Autors, warnt: »In einem Roman, mit dem Sie vielleicht sogar bei der Gruppe 47 auftreten könnten, hat nur einer was zu sagen, nämlich der Autor, nicht ein Dutzend Erzähler, das mögen die da gar nicht.« Während die Gruppe 47 dann nur noch in einem Bewußtseinsstrom des delirierenden Modder als »Grippe 47« auftaucht, verfolgt der Autor mit Hilfe diverser Erzählerfiguren – abgesehen von einer bemerkenswerten Theorie über die Luftwespen »als Erfinder des modernen Romans« – die wabenartigen Verflechtungen von Modders Lebensweg als Romancier, Rechtsanwalt, KONKRET-Autor und, vorübergehend, Andy Baaders Chauffeur in spe für Postrevolutionszeiten mit den Begebenheiten in seinem nordhessischen Heimatstädtchen um 1830, dem alltäglichen, weit über die Nazizeit hinaus virilen Antisemitimus und dem Mauerfall (»Wir fangen noch einmal da an, wo wir im Januar 1933 aufgehört haben«). Spätestens bei der verführerischen Vision, nach der sich Bayern bereits Ostern 1999 von Restdeutschland losgelöst haben und die Nato angesichts der eskalierenden innerdeutschen Kämpfe ein Eingreifen erwägen müßte, bereut man, dem Erzähler nicht von Anfang an bedingungsloses Vertrauen geschenkt zu haben.

Konkret 08/99, S. 56

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Leo Klüger: Lache, denn morgen bist Du tot. Piper Verlag, München/Zürich 1998, 362 Seiten, 38 Mark

In Leo Klügers *Lache, denn morgen bist Du tot* sind einige präzise Beobachtungen und Selbstwahrnehmungen zu finden, die den von erinnerter Todesangst bestimmten Rahmen einer »Geschichte vom Überleben« überschreiten und somit von einem Leben berichten, das nicht auf eine bestandene »Kraftprobe« reduziert werden sollte.

Als Siebzehnjähriger erlebt Klüger 1938 in Wien die antisemitischen Übergriffe der Bevölkerung und schildert die Verhaltensänderungen, die dem als Juden Klassifizierten aus Selbstschutzgründen aufgezwungen werden: »Ich wurde vorsichtiger und blieb immer seltener stehen, wenn ich sah, daß man Juden mißhandelte oder beleidigte.« Nachdem ihm die Flucht von Wien nach Belgien geglückt war, versuchte Klüger, Arbeit als Matrose zu finden, um nach England zu gelangen. Er stellt sich im Büro einer Reederei vor und wird gestenreich zurückgewiesen. »Der Mann, der mich empfing, hätte mir so gern geholfen, aber – und dabei breitete er die Arme aus – ›leider‹.«

Im Februar 1943 wird Klüger aus dem Konzentrationslager Trzebinja nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Für die nicht sofort Ermordeten haben die Deutschen Lagerbaracken errichten lassen, die aus Prinzip unbewohnbar sind. »Entweder war die obere Etage zu tief angebracht, oder die untere zu hoch. Auf dem unteren Bett konnte man nicht aufrecht sitzen. Man konnte liegen, aber wie sollte das gehen?« Die jeweils mehreren Häftlingen gemeinsam zugewiesene Decke macht Schlaf unmöglich – »wie man auch zog, sie war zu schmal«. Die Lebensmittel sind als Todesrationen abgemessen: »Beim Austeilen der Suppe hatte er (der Kapo ›Rudolf‹, J. H.) außerdem dafür zu sorgen, daß alle gleich wenig bekamen, damit es für alle reichte.« Klüger beschreibt eine »Großselektion« im Lager: »War ich der erste oder der zweite? ... Ich fühlte nichts. Ich fühlte mein Herz nicht schlagen, ich spürte nicht die Kälte unter meinen Füßen, ich sah weder meine Kameraden noch den pendelnden Daumen. ... Ich löste mich in Nichts auf. Ich schwebte, als wäre ich nicht mehr vorhanden. Ich war tot. ... Ich spürte, wie der starke Druck in der Magengrube allmählich nachließ, und ich hörte sie rufen, die Selektion sei vorüber. Ich schloß die Augen und hörte in der Ferne meine eigene Stimme: ›Wir waren also die ersten.‹«

Peter Roos: Hitler Lieben. Roman einer Krankheit. Klöpfer & Meyer, Tübingen 1998, 384 Seiten, 44 Mark

Aha-Erlebnisse sind es, die dem fast fünfzigjährigen Ich-Erzähler in *Hitler Lieben* den Spaß an der eigenen Seele verderben. Er wäre nämlich gern ein »nazifreier Engel«. Doch das blitzsaubere Antinazi-Leben will ihm so recht nicht gelingen. Schuld daran sind mindestens zwei: Hitler, Adolf, und Hitler, »in mir«. In drei Texten läßt Roos die bösen Buben zum Ringkampf antreten. Ein Sieger wird nicht präsentiert, wohl aber darf die inzwischen über achtzigjährige Eva Braun am Ende in Anwesenheit des Erzählers sterbend von einem Hotelstühlchen purzeln. Die bereits im ersten Text beklagte »Verschattung des ganz normalen Lebens« findet dummerweise weiterhin statt. Erlösungsstimmung kommt nicht auf. Auch der erhoffte Seelenhub bleibt aus.

Die Gefangenschaft in der schlechten Gegenwart versüßt sich der Erzähler durch lustvolles Begrübeln der eigenen »Hitlerhaftigkeit« und durch verschwitztes Fingern an angeblichen »Tabus« über den Nationalsozialismus. So hält er es etwa für gewiß, daß er den Massenmord der Deutschen als Täter unterstützt hätte, und versichert sich durch dieses Geständnis doch nur vorausschauend der Zuneigung eines Kollektivs, dessen Macht er nicht zerstören, sondern als Teilhaber genießen möchte. Auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg spürt der Erzähler den zum deutschen Gruß gehörigen Ruck. »Hier hat er gestanden. Hier hat er gesprochen. ... Kraft strömt auf die Kanzel. ... Hinter mir der schwarze Chor. Ich werde. Ich werde sicher. Ich werde stark. Ich werde Körper.« Es sprießt ihm ein schwarzes Bürstchen unter der Nase: »Ich werde Hitler.« Der Erzähler möchte jetzt nur noch im eigenhändig herbeigeschleppten »Schraubstock der Faszination« zerquetscht werden und nach Möglichkeit auch andere darin zerquetscht sehen.

Vor den Emotionen des Erzählers sind nicht einmal die Opfer der Nazideutschen sicher. Die von Nachbarn denunzierte und schließlich im Konzentrationslager Ravensbrück ermordete Ilse Sonja Totzke verwandelt er nach der Lektüre ihrer Gestapo-Akte in ein handliches, beliebig verwertbares Objekt: »Meine Heldin. Mein Engel. Meine Heilige. Meine Hure.« In der Rolle des furchtlosen Tabubrechers macht er sich Gedanken über den Sex, den die wie selbstverständlich Geduzte im Konzentrationslager gehabt haben könnte, und träumt von einem Koitus mit der lesbischen Frau, der aber unbedingt nach Lagerordnung bestraft werden muß. Er schwärmt von »der Erotik des Materials« und verwendet schließlich »das letzte große Verhör« der Frau Totzke als Folie für seinen großen Zusammenbruch in der Herrentoilette des Würzburger Staatsarchivs.

Daß es möglich ist, sich nicht in die Macht und ihre weitverzweigte Verwandtschaft zu verlieben, beschäftigt den Erzähler des Romans nicht. Ihn interessieren nur seine Liebe zur Nazi-Macht und sein stolz präsentierter Selbsthaß dieser Liebe

wegen. Er will überdies für seine Arbeit von den Deutschen umarmt und gleichzeitig verhauen werden. Denken will er nicht.

Konkret 08/99, S. 58

Joachim Rohloff

Ein Arsch an der Heizung

Glücklich, wer aus seiner langen Leitung einen Beruf machen kann. Dem ehemaligen Sponti und heutigen »Spiegel«-Redakteur Reinhard Mohr ist es gelungen

Es sind nicht immer die intelligentesten Texte, deren Lektüre das ärgste Kopfzerbrechen macht. Wie soll man beispielsweise diesen Satz verstehen: *Der Opel Ascona mit Gepäckträger und Surfbrett ist das Sinnbild des achten apokalyptischen Reiters*?* Pest, Hungersnot, Krieg, Tod, Opel Ascona – die verblüffende Antiklimax mag zwar auf Anhieb einleuchten. Aber als Sinnbild eines weiteren apokalyptischen Reiters, der ja selbst nur ein Sinnbild sein kann, nämlich eine Allegorie, wäre der Opel Ascona das Sinnbild eines Sinnbilds. Kann so etwas gemeint sein? Oder wurde hier ein subjektiver Genitiv versucht? Dann wären Auto und Reiter eins, und an der figurativen Darstellung müßte selbst ein Dürer scheitern. Und wie heißen eigentlich die übrigen Reiter, von denen die Offenbarung des Johannes schweigt? Teuerung, Nachdurst, schlechter Service? Verwechselt womöglich der Autor die vier berittenen Plagen mit den sieben Samurai oder den sieben Zwergen?

Zutrauen möchte man es dem Reinhard Mohr allemal. Denn wer behauptet, der Deutsche Herbst habe *wie ein Prisma die politischen Alpträume der zweiten deutschen Republik gebündelt* und der Brandanschlag von Mölln *bündelte wie im Prisma die neuen gesellschaftlichen Zustände der vereinigten Bundesrepublik*, hat offensichtlich nicht einmal den ganz kleinen Knaur zur Hand. Und den Fremdwörterduden auch nicht. In der späten Sowjetunion, warnte Mohr, hätte sich *eine Mesalliance aus russischem Nationalismus, antizionistischem Judenhaß, Neostalinismus und literarischem Antisemitismus entwickelt, deren politischer Sprengstoff in der faschistischen Pamjat-Bewegung kulminiert*. Wird wohl so gewesen sein, doch wüßte man gern, warum eine solche Verbindung nicht standesgemäß war und wie der Sprengstoff zum Höhepunkt kam, ohne dabei zu explodieren. Als es in der DDR gegen Biermann ging, *blies etwa der frühere stellvertretende DDR-Kultusminister und jetziges Präsidiumsmitglied der PDS, Klaus Höpcke, im SED-Parteiorgan ›Neues Deutschland‹ zum Halali*, und deshalb sollte der jetziges Mitglied etwas Böses getan haben. Er hätte aber, wenn man Mohr glaubte, die Treibjagd nicht eröffnet, sondern bloß beendet. Ulrike Meinhof, die im Westen gejagt wurde, schaute uns von ihrem Steckbrief an wie die Droste-Hülshoff vom Zwanzigmarkschein, denn es *prangte ihr Konterfei auf dem bundesweiten Fahndungsplakat*. In Mohrs Welt gibt es *rheumaresistente »Lamadecken«*, manchmal gerät *der alle acht Filmbeiträge grundierende Empörungspegel mit der eigenen Beweisführung in Konflikt*, manchmal sieht man *viele Linke in einer sprachlosen Zwitterstellung,* während sie sich *auch »ex post« davon überzeugen, nicht den akademischen Weg eingeschlagen zu haben, sondern Revolutionär, Taxifahrer oder Journalist zu werden.* Und schließlich sind da noch *Nippons Kühe*. Die aber gibt es, obwohl sie es selbst nicht wissen, in Japan tatsächlich. Woher sonst käme Nippons gute Buttermilch?

Die revolutionäre Situation der späten siebziger Jahre bestimmte den jungen spontaneistischen Mohr zum Vorsitzenden des Frankfurter Asta. Das probate Mittel, in der Sponti-Szene aufzusteigen, resp. »die gängige Form des Aushebelns von Hierarchien«, verrät Klaus Walter, ein Historiker der hessischen Commune, »war das Prinzip ›Hochficken‹«. Mußte also auch Mohr etwa mit Joschka Fischer, dem Kommandanten der »Proletarischen Union für Terror und Zerstörung«, oder mit Daniel Cohn-Bendit »mittelbar Körpersäfte austauschen« (Walter), bevor er die Kommilitonen aufrühren durfte? Es ist nicht überliefert. (Mehrere Ewigkeiten später kam es nachweislich zu einem Safterguß, als Mohr dem Dany ins Gesicht sagte: *Viele Konservative und Liberale schätzen deine Offenheit und Vernunft, deine leidenschaftlichen, aber undogmatischen Interventionen*.) Ein anarchistisches Pamphlet jedenfalls forderte 1978 die Abschaffung des bürgerlichen Bildungssystems. Der Muff unter den Talaren der Magnifizenzen interessierte damals niemanden mehr, inzwischen offenbarte *die Krise der Universität letztlich die Krise der kapitalistischen Arbeitsteilung*. Wäre diese Einsicht nicht, müßte man Mohrs Flugschrift mit einem seiner Lieblingswörter resümieren als *Quersumme* aus »Hurra, die Schule brennt« und »Leave the kids alone«, *was für uns konkret heißt: die Uni zerschlagen ... Das Chaos vorantreiben! ... Nicht vergessen, was wir wollen. Festhalten an der konkreten Utopie einer Gesellschaft, die auf der Grundlage einer Produktion von Gebrauchswerten nur einen »Sachzwang« kennt: Freiheit. Es lebe die Hochschulguerilla! Wir wollen alles.*

Doch es ward ihnen nicht gegeben. Die Jugend verging, *der Paradigmenwechsel kam auf leisen Sohlen*. Zu ihm muß er in besonders heimlichen Puschen gekommen sein, denn Reinhard Mohr merkte lange Jahre nichts. Im »Pflasterstrand« attackierte er weiterhin den Staat und nun auch die ehemaligen Genossen, hatten sie sich doch längst – wie Mohr es 1992 in einem historischen Rückblick formulierte – *an der Schwelle zur bewaffneten Illegalität für ein Leben vor der Revolution entschieden und, wenn es nicht anders ging, ohne sie.* Denn mit dem Staat war die Revolution nicht zu machen und gegen ihn erst recht nicht, er hätte womöglich unwirsch reagiert. Aus der Erfahrung, daß er die Maßnahmen einstellte, als sie ihre Gegnerschaft aufgaben, mußten sie schließen, sie hätten ihn zivilisiert. Mohr jedoch beobachtete den Eintritt der Genossen in die grüne Partei *mit wachsendem Stirnrunzeln*, übte *beißendste Kritik* an ihrem Verrat.

Dabei verstand er ihre Motive nur zu gut: *Sie sind so verzweifelt wie alle, aber sie bekennen sich nicht zur ihrem existentialistischen Flip, sondern fälschen ihn um zum mehrheitsfähigen, gar vernünftigen Programm. Sie wollen endlich auch mal an der Macht teilhaben oder was sie dafür halten*. Ihn hingegen, Mohr, sollte er weiterhin *doch am Arsch lecken, der Scheiß-Staat!* Denn 1981 wurde die keimende Zivilgesellschaft noch brutal unterdrückt vom *Staat, der verfolgt, einkreist, verhaftet, anklagt und verurteilt*, vom *rechtsstaatlichen Popanz aus Zynismus und Gewalt*, der *zynisch von »Gewalt« gegen ihn spricht, während er selbst Herr über Leben und Tod ist.* Von ihm wollte Mohr sich nicht *vorschreiben lassen, wem welche Solidarität gebührt, wer begnadigt wird und wer nicht, wer drinnen bleibt und wer raus darf*. Derselbe *Reinhard Mohr, Ehrenkonsul, Radfahrer,* wünschte sich *ohne Revolutionsromantik, ganz nüchtern*, aber eben doch in der Sprache, die ihm seit je gegeben ist, nämlich *in unserer Sprache, der unzureichenden Sprache der Revolte*, möglichst viele *Waffen für den Widerstand in El Salvador, die helfen könnten, das Leiden der Campesinos mit Aussicht auf eine hoffnungsvolle Zukunft zu verkürzen*. Mohr litt derweil an der *Rechtsstaatlichkeit, die unsere Freiheit bedroht*, am *Landfrieden, der uns den Krieg beschert*, und empfahl noch 1986 als Gegenmittel die *ökologisch-soziale Systemveränderung*. Meinte er damals noch die soziale Revolution oder schon den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft? Das wird er heute selbst nicht mehr wissen, denn in der Wirklichkeit, die alsbald über ihn hereinbrach, gab es nur zwei Wege, sein Leiden zu verkürzen. Er wählte, wie die Genossen vor ihm, den anderen.

Spätestens 1985 war im »Pflasterstrand«, einer Zeitschrift, der Joschka Fischer später bescheinigen sollte, ohne sie wäre er niemals Minister geworden, die kraftvoll zubeißende Kritik eines Reinhard Mohr nicht länger gefragt. *Daß die Realos ideenpolitisch auf dem Zahnfleisch gehen – gerade weil ihnen keine einfachen Wahrheiten mehr zur Verfügung stehen und die A15-Stellen eine eher beruhigende Wirkung haben,* das wollte niemand wissen. Mohr galt, wie er selbst es heute formulieren würde, als einer der letzten nervenden *Berufszyniker, die unverdrossen altlinke Klischees wie den ewigen Karriere-Verdacht beschwören*. Die Aussichten wurden trüber, und nun hieß es, zwei gravierende Entscheidungen zu treffen: *Was tun? Und vor allem: Wohin?* Mohr beschloß: den Arsch an die Heizung.

Inzwischen war *die »Taz« nicht nur die größte Journalistenschule,* sondern *auch die größte Renegatenschmiede der Republik.* Leider begnügte sie sich nicht, eine monatliche Schülerzeitung herauszugeben, es mußte partout ein tägliches Blatt sein. Früher nannte man so etwas Dilettantismus, heute sagt man: learning by doing. Mohr schrieb sich als Externer ein und lernte viel, obwohl seine stilistischen Möglichkeiten kaum nennenswert zunahmen. Am zwanzigsten Geburtstag der »Taz« bedankte Mohr sich brav: *Das Beste, was die »Taz« verkörpert, ist ihre Quersumme aus Leidenschaft, Kritik, Zweifel, Ironie und, ja, auch Affirmation, die bestimmte Negation der Negation*. Und da, endlich, befiel treue Leser eine düstere Ahnung, die in den zehn langen Jahren seiner freien Mitarbeit so häufig bemühte *Dialektik* sei vielleicht doch nicht nur ein beliebig verwendbares Synonym für *Dilemma, Aporie, Gratwanderung* oder *Tragödie*. Denn *die merkwürdige Dialektik des deutschen Spiegelbilds zwischen Feigling und Friedenskämpfer entsprang tatsächlich jener Idylle namens Bundesrepublik*, und beim Versuch, den Mann zu verstehen, wurde man nur allzu leicht verrückt.

Was Mohr während seiner Lehrzeit nach Hause trug, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Die Wirklichkeit, sie ist ganz anders. Heute lebt er in *einer Gesellschaft, die sich immer schneller verändert und rascher denn je alte Orientierungsmuster gegen neue Ungewißheiten eintauscht*, und dabei entstehen *immer neue Metamorphosen, die jeden Trend mit einem Gegentrend konfrontieren*. Nur eins ist noch gewiß: *Einfache Antworten* helfen nicht, denn die geben bekanntlich immer die anderen. Der komplexen, rätselhaften Wirklichkeit verdanken wir manche Revolution, die alles umstürzt, ohne daß sich etwas tut. So stand 1990 der globale Umweltkollaps vor der Tür, es half nur das *persönliche Katastrophenmanagement eines aufgeklärten Zynismus: Apocalypse now*. Sechs Jahre später, man weiß nicht, warum, war er wieder gegangen, und das hysterische Gerede von ehedem erwies sich als einer der zahlreichen *Reflexe des politischen Alarmismus*. Damit sollte nun aber endgültig Schluß sein: *Kassandra muß Athene werden.*

Wenn man wissen möchte, was es mit der vielbesungenen Wirklichkeit auf sich habe und was den nach 1990 mächtig anschwellenden *Chancen der Ent-Ideoligisierung für Demokratie und Abrüstung, Umwelt- und Entwicklungspolititk* wohl noch entsprießen mag – von Mohr wird man es zuletzt erfahren. Das »Spiegel«-Ressort »Kultur und Gesellschaft«, dem er seit 1995 angehört, bearbeitet nichts Wirkliches, deshalb kann er sich ausgiebig um die eigene Vergangenheit kümmern. Der *inzwischen marginalisierte linke Diskurs, der nur noch aus abgewetzten Stereotypen und speckigen Ressentiments besteht*, vermag ihn gleichwohl immer wieder zu erregen. Weil er den *Paradigmenwechsel* so spät bemerkte, muß er ihn nun täglich aufs neue durchleben und vollziehen; wenn er die wenigen unbelehrbaren Linken aburteilt, straft er sein verblichenes Selbst, den kleinen Reinhard Mohr, der einst ganze Universitäten zerschlagen wollte, und schwört zugleich, daß er's nun endlich begriffen hat. Glücklich, wer aus seiner langen Leitung einen Beruf machen kann.

Bei allen linken *Zombies und Irrläufern*, die nicht rechtzeitig liberal werden wollten, diagnostiziert Mohr *Bimbophilie und dümmliche Inländerfeindlichkeit* sowie *jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt*. Während des Krieges gegen Jugoslawien stand er an der Seite seines Außenministers Fischer (der ihm in frühen Jahren für die *Bimbophilie* wohl ein paar nachhaltige Kollateralschäden beigebracht hätte). Die Intellektuellen seien mittlerweile zu nichts mehr nütze, protokollierte Mohr mit Genugtuung, um sie sodann in Kriegsfreiwillige, Neutrale und Deserteure zu sortieren. Untadelig benahm sich

Enzensberger, *der Doyen der bundesdeutschen Gesellschaftsbetrachtung*. Für eine Auszeichnung vorgemerkt wurden *langjährige grüne Antimilitaristen wie Angelika Beer und Ludger Volmer*, folgten sie doch, als es not tat, *der Lehrmeisterin namens Realität*. Andere, die nicht im Geruch standen, irgendwie »links« zu sein, sich aber für den Krieg kaum begeisterten, wähnte Mohr gnädig am *Beginn einer intellektuellen Selbstvergewisserung*, gab sie also noch nicht ganz verloren. Die Wehrkraftzersetzer Ströbele und Bednarz *fanden am schnellsten ihre Worte wieder*, nämlich die berüchtigten *einfachen Antworten*, und bewiesen damit *Realitätsblindheit und Verschwörungsdenken*. Denn nur wer Ja sagte zum Krieg, hatte die *bedrohlich verwirrende, manchmal ausweglos scheinende Komplexität der Wirklichkeit* gründlich erfaßt. Man durfte *es sich beim Urteilen nicht leichter machen als jene Regierenden*, die Belgrad bombardieren ließen. Und so dämmerte es vielen *Ex-Pazifisten, Teilnehmern von Schriftstellerkongressen und Friedenskonferenzen, daß Geißler so unrecht nicht hatte* mit seinem Wort, der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst ermöglicht.

Irgendwann geriet selbst der arglose Roger Willemsen vor die antitotalitäre Flinte. Aus seiner *unvermittelten Neugier, dem insistierenden Fragen und der Präzision der Sprache hat sich ein Ritus vorgetäuschter Authentizität entwickelt*, formulierte Mohr und bestätigte einmal mehr, daß er von sprachlicher Präzision, aus welcher sich ein *Ritus* eben gerade nicht *entwickeln* kann, keinen noch so leisen Schimmer hat. Willemsen glaube nicht an die *rechtsstaatliche Demokratie mit Meinungsfreiheit und Pluralismus*, verpetzte Mohr ihn beim Intendanten. 1990 habe er *im bewährten Stil der Marxistischen Gruppe, mit der treffsicheren Maschinengewehr-Rhetorik von KONKRET* die Bundesrepublik *zum totalitären Staat erklärt*. Sein *teutonischer Furor*, bestehend *aus vulgärem Antikapitalismus und einem geradezu mystischen deutschen Nationalismus ex negativo*, habe ihn gar getrieben, den edlen Richard von Weizsäcker zu kritisieren. Neben zahllosen Invektiven enthielt der Artikel eine Neuigkeit, die allerdings nicht sonderlich überraschte: Was »ex negativo« bedeutet, weiß Mohr also auch nicht. Er ähnelt Willemsen im Drang zur Karriere, gerät aber niemals in die Gefahr, über einen nennenswerten Verstand zu stolpern. Willemsen gebraucht den seinen vorsichtshalber nur noch in der Freizeit, Mohr besitzt keinerlei Gaben, die nicht vom »Spiegel« restlos zu verwerten wären.

Deshalb gleicht er aufs Haar doch wohl nur Verona Feldbusch. Sie ist nämlich im Gegensatz zu Willemsen, der Authentizität bloß vortäuscht, tatsächlich *authentisch und kommunikationsfähig, selbstsicher und körperbewußt. Verona Feldbusch radikalisiert einen Trend, der sich im Fernsehen insgesamt Bahn gebrochen hat: die offenkundige Abwesenheit einer herausragenden Fähigkeit als Bedingung des Erfolgs. Die Quersumme der Nicht-Talente wird zum Kriterium für das Allroundtalent – wir basteln uns selbst eine Karriere*. Und da er nun noch hinzufügt, daß Verona *schon mal »abstrakt« für »absurd« nimmt, was auf höherer Ebene schon wieder stimmt*, wird endlich offenbar: Hier pinselt einer an seinem Selbstporträt. Denn authentisch ist Reinhard Mohr ganz gewiß, und wenn Körperbewußtsein nicht bedeutet, einen dicken Busen zeigen, sondern Fitneß machen und kein Fleisch essen, dann ist er womöglich auch körperbewußt.

Ehemalige Frankfurter Spontis haben *die Protestkultur in die Gesellschaft integriert und zugleich den Staat ein Stück in die zivile Gesellschaft zurückgeholt*. Sie seien bedankt, denn *das Land ist zugleich mediterraner und britischer geworden, ein Stück leichter und lebenslustiger, aber auch nüchterner und unaufgeregter.* Auch sie pflückten die Erkenntnis von keinem Baum, manchen Um- und Irrweg aber hätten sie sich erspart, wären sie nur im Gemeinschaftskundeunterricht der Oberstufe ein wenig aufmerksamer gewesen. *Die Gegner dieses unendlich mühseligen, auch schmerzhaften Lernprozesses voller Brüche und Widersprüche haben meist nicht mehr zu bieten als dessen wütend jubilierende Negation: Das darf doch nicht wahr sein! Was aber statt dessen wahr sein sollte, das wissen sie selbst nicht. Und es ist ihnen gleichgültig. Argumente haben in ihrem Diskurs der Denunziation keinen Platz.* Das ist wahr. Wir negieren Prozesse, knien dreimal täglich vor unserem Stalin-Altar nieder und beten an. Im Dienst an der totalitären Utopie würden wir jederzeit morden, brandschatzen und vergewaltigen. Wenn er aber noch einmal »Diskurs« zu uns sagt, könnten wir unsere gute Erziehung wohl für einen Augenblick vergessen!

Die Denunziation ist unsere einzige Lust, und es frustriert uns nur der leidige Umstand, daß sie so ganz und gar ohne Folgen bleibt, weil wir meistens die Machthaber bei den Ohnmächtigen denunzieren müssen. Reinhard Mohr verdanken wir nun endlich die Gelegenheit, einen Angestellten bei seinen Chefs zu verpetzen. Nein, nicht weil der Scheiß-Staat ihn einst am Arsch lecken sollte. Diese Sünde ist hundertmal bereut und längst verjährt. Aber 1980 las man bei Mohr: *»Stern« und »Spiegel« wissen schon, warum sie schweigen bzw. lügen.* Im folgenden Jahr nannte er den stellvertretenden Chefredakteur des »Spiegel« einen *Deppen*. Und noch 1990 schrieb er von der *typischen »Spiegel«-Abmischung aus Dichtung und Wahrheit* (»Taz«, 30. Januar). Daß er nicht der Hellste ist und eine rechte Tranfeder, wissen Sie, Herr Aust; daß sein geschäftsschädigendes Urteil über Ihr Magazin trotzdem zutrifft, wissen Sie auch. Also, um der lieben Subordination willen ...

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Reinhard Mohr.

Konkret 08/99, S. 60

Susanne Messmer

Melodie & Rh□ thmus

Ma□ M□ ller: Endlich tot. What□s So Funn□ About .../Indigo

Berlin in Zeiten der Möchtegernkongresse und Existenzgünderseminare: Wirtschaftsbosse haben in der Stadt Trendmonitoring installiert. Sie beobachten die Mehrfachjobber, den Clubbetreiber, der nebenher eine Zeitschrift herausgibt und abends Platten auflegt: Wieviel Arbeit paßt in einen Menschen rein, und wie kompensiert er den Schwund seiner finanziellen Absicherung?

Max Müller, Sänger der Band Mutter, erinnert sich dagegen noch gut an das verschlafene Berlin vorm Mauerfall. Er interessiert sich nicht für Tagespolitik, weiß nichts zu sagen über Scheinselbständigkeit und äußert sich nur verhalten zum Kosovo-Krieg. Protestsongs, »Macht kaputt, was euch kaputt macht«, würde Müller nicht in den Mund nehmen. Er kultiviert statt dessen seine Brüche. Dadurch allein ist er schon ausreichend kratzig als Sandkorn im Getriebe.

Krachender Krawall und verhaltenes Knistern: Max Müllers zweites Solo-Album »Endlich tot« wurde im Wohnzimmer aufgenommen, kein Versprecher, kein Verspieler wurde getilgt □ alles klingt nach LoFi, nach Demokassette im Küchenrekorder. In manche Stücke schleicht sich Jahrmarktbudenkrach, in andere Kinderinstrumentalmusik. Oft ist der Gesang gedämpft wie durch eine Maske, erinnert an den schwer atmenden Asthmatiker in David Lynchs »Blue Velvet«. Röchelnd preßt Müller raus: »Geh zum Fenster! Öffne die Tür! Sieh hinaus! Atme die Luft ein! Schließ das Fenster! Begebe dich in die Küche! Nehme zwei Scheiben Toast!« Jede alltägliche Verrichtung eine Qual, zu der man sich antreiben muß.

Max Müllers kleine Melodramen handeln vom Alleinsein und Verlassenwerden, vom Leben vorm Fernseher. Um nicht bei einer Art Arabella-Kiesbauer-Seelenausschüttung anzukommen, versetzt er sich in drei Liedern in das Leben da draußen □ in einen schwedischen Modedesigner, eine Prostituierte und in einen Pferdemörder. Diese merkwürdig bedrohlichen Lieder erinnern an den frühen Ernst von Industrial-Konzeptmusik. In einem düsteren Stück mit stumpfen Rhythmen läßt Müller den lächerlichen Vorsitzenden der DVU von den Opfern berichten, die er Germania bringen mußte. Plötzlich platzt seine Mutter herein, die ihn zum Essen ruft. Gerhard Frey oder Fake? Max Müller behauptet, eine Kassette mit diesen Aufnahmen gefunden zu haben.

Trotz alledem ist Müllers Album Unterhaltungsmusik. Seine herrlich offene Stimme klingt fast immer, als sänge er Liebeslieder. Sein Witz ist Kinderhumor, so unsagbar uncool wie das Kind, daß den Aufdruck auf der Kosmetikwatte sieht: »Beutel nicht über den Kopf ziehen« □ und es trotzdem tut. Sturheit oder Dissidenz? Müller jubiliert: »Das ist Spaß, das ist Spaß, das schneiden wir ab.« Schwarzen Humor in der Verzweiflung finden, halb heiter, halb unter Schmerzen, das ist eine hohe Kunst. Mit dem Timbre eines Schlagersängers fröhlich zu flöten, so daß man erst beim zweiten Hinhören über den Satz stolpert: »Jeder Tag, jede Minute ist die Zeit, die dir fehlt, um dich zu retten vor dem, was du nicht zu sein glaubst.« Das ist nicht nur die späte Rache am Kleinbürger West, sondern auch am neuen Jungunternehmertum Gesamtdeutsch.

Konkret 08/99, S. 61

Holm Friebe

Melodie & Rhythmus

Fink: Mondscheiner. L□ Age d□ Or

Die Frage, ob nach Truck Stop sich auf deutschem Boden überhaupt noch Country and Western spielen lasse, ist so abwegig nicht. Zu nachhaltig ist in den frühen Achtzigern das Metier vom bier- und rührseligen, regressiven Brummifahrergedudel der bärtigen Band desavouiert worden, als daß sich die Generation der nachgewachsenen und kindlich traumatisierten Musiker oder Rezipienten mit dem Label hätte anfreunden können.

Erst in jüngster Zeit wagen sich wieder eine Handvoll Unerschrockener von den Rändern aus auf das devastierte Terrain vor, zu rehabilitieren, was zu rehabilitieren ist. Fink sind ums Verrecken keine »Cowboys von der Autobahn«, und, obwohl sie aus Hamburg kommen, fängt für sie »der wilde, wilde Westen« auch nicht gleich dahinter an. Eher weit hinter der Kinoleinwand, wenn überhaupt. Die Musik von Fink verhält sich zum klassischen Country, ließe sich sagen, wie Jim Jarmushs »Dead Man« zum Italo-Western. Ein Planwagen voll wohltemperierter Skrupel poltert in einigem Abstand stets hinterher, wenn Fink, mit Banjo und Westernguitarre bewaffnet, die ewigen Jagdgründe nach Brauchbarem durchforsten. Eine Textstelle der neuen Platte »Mondscheiner« läßt sich als durchaus zutreffende Selbstbeschreibung der Musik heranziehen: »Im Radio schwitzt eine Polka / und knurrt mich an.« Das Cowboyeske und On-the-roadige in den Songtexten steht gewissermaßen unter Quarantäne. Es darf nur aus nostalgischen Motiven mit. Ansonsten herrscht ein universeller Skeptizismus vor, der auch sich selbst mißtraut □ oder sollte wirklich jemand »die Tür um einen Meter verschoben« haben?

Der aus der postmodernen Literatur bekannte »unzuverlässige Erzähler« reüssiert hier als Interpret melancholischer Balladen voll von schrägen Bildern und rudimentären Gewißheiten. »Bis ich wieder weg bin, bin ich noch da«, ist eine davon. »Wer nicht weggeht, kommt nicht wieder«, ließe sich das mit einer Spruchweisheit aus einem chinesischen Glückskeks kontern. Die Lieder von Fink sind so etwas wie transatlantische Unglückskekse: Als Survival-Päckchen mit Sollbruchstellen bergen sie jedes für sich und alle zusammen eine Anleitung zum wunschlosen Unglücklichsein. Ein Stück konkrete Lebenshilfe, wenn das Pferd tot ist und das Dope alle. Nur für die Akustikguitarrenversion von Kraftwerks »Autobahn« sollte man der Band eigentlich das Dope wegnehmen und die Guitarren kaputtschießen.

Konkret 08/99, S. 61

Gerhard Henschel

Melodie & Rhythmus

Rio am Piano I & II. Aus dem Rio Reiser Archiv. BuschFunk

Im Vergleich mit Rio Reiser klingen Lindenberg, Kunze, Niedecken und die meisten anderen Branchenveteranen wie Kastraten und Abstinenzler. In einem Krächzen von Reiser ist immer noch mehr Musik als in einer ganzen Stadiontournee des singenden Industrieroboters Westernhagen. Auf den CDs mit Aufnahmen aus Reisers Nachlaß sind verwegen zersungene Klassiker und Improvisationen am Klavier zu hören, wie man sie am Konservatorium nicht lernen kann. Aber wenn der Marschtritt der linken Heilsarmee durchklingt, und das ist oft der Fall, wird es sofort unerträglich kitschig. Und als Texter ist Reiser leider nur selten über das Niveau eines bemühten Konformationsschülers hinausgelangt. »Das Du im Ich, das Ich im Du. / Du bist Ich, Ich bin nicht Du«, schrieb er und sang es dann. »Ich bin nicht Du, Du bist nicht Ich. / Unter dem Strich sind Wir Du Ich. / Das Du an sich bist Du im Ich. / Mein Ich Dein Du, meinst Du mein Ich ...« Dich und sich hatte auch schon F.W. Bernstein besungen, souveräner als Reiser und lange vor ihm, in einem Gedicht, das mit den Zeilen schließt: »Ich wünscht', Du wärest ich, / und wärst ganz scharf auf mich / auf Dich! Denn ich wär Du! / Oder wie? Oder wa? Oder wu?« Wer solchen Parodien das todernst gemeinte Modell nachliefert, macht sich ohne Not lächerlich.

Konkret 08/99, S. 62

Horst Pankow

Nicht Wir, sondern wir

Eine Replik auf Gerhard Scheits Handke-Erledigung in KONKRET 7/99

Gäbe es noch die DDR und eine entsprechende »marxistisch-leninistische Literaturwissenschaft«, würde man in einem dort erschienenen Autorenlexikon unter dem Eintrag »Handke, Peter« wahrscheinlich ungefähr Folgendes lesen können: »Obzwar H. es nicht vermochte, die Grenzen seiner bürgerl.-idealist. Auffassung von Sprache und Literatur zu überwinden, er daher nie zu einer wahrhaft materialist. Erkenntnis des Klassencharakters d. imperialist. Massenmedien gelangen konnte, erwarb er sich dennoch Verdienste bei der Enthüllung der systemat. Lügen und Verdrehungen, mit denen die Zustimmung der Massen in den westeurop. Staaten und den USA zum Krieg der Nato gegen Jugoslawien erreicht werden sollte.«

So ungefähr wären ML-Enzyklopädisten, als die ihre Nasen noch in den Wind der Geschichte zu halten glaubten, mit dem Phänomen umgegangen, daß ein gewöhnlich als verantwortungsloser Subjektivist gescholtener Außenseiter seit Beginn der jugoslawischen Kriege agiert wie sonst nur das Ideal des aus Einsicht in die Mysterien von Geschichte und Klassenkampf zum politischen Engagement gelangten Literaten. Aber die ML-Nasen sind schon lange hoffnungslos verstopft, der Wind ist rauher geworden und die Wirklichkeit abstrakter. Die Ausgewogenheit der marxistisch-leninistischen Erbsenzählerei (hie idealistische Borniertheit – da progressive Einsicht) sollte in ihrer ostentativen Gelassenheit ja auch Siegeszuversicht demonstrieren: Längst schien die bürgerliche Welt zu erodieren, und die Aufrichtigen unter den Dichtern und Denkern trieben – zumindest tendenziell – ins Lager des Fortschritts. Verlierer aber können sich solche Gelassenheit nicht mehr leisten, Verlierer müssen brutaler sein.

Hätte man mich vor ein, zwei Monaten gefragt, was einem linken Kritiker wohl zu Peter Handkes Stück *Die Fahrt im Einbaum oder Das Stück zum Film vom Krieg* einfallen würde, ich hätte auf die stets voraussehbare Einschätzung des Magazins »Gegenstandpunkt« getippt: Die von der Nato repräsentierten imperialistischen Mächte teilen Jugoslawien sowohl gemeinsam mit einheimischen Potentaten wie gegen sie auf und werden dabei von ihren jeweiligen □Ethnien□ unterstützt oder bekämpft, die aufgrund falscher Kalkulation eigentlich vernünftiger Zwecke dummerweise zu rassistischen Mordkollektiven mutierten. Wenn Handke dies in seinem Stück nun umdrehe und den durch ökonomische Desintegration erzeugten Haß und Selbsthaß der einstigen Jugoslawen zum Kriegsmotor definiere, arbeite er dem westlichen Humanitätsinterventionismus zu. Daß diese Kritik bisher nicht veröffentlicht wurde, liegt einerseits wohl an der nahezu phobischen Zurückhaltung der »Gegenstandpunkt«-Autoren gegenüber künstlerischen Produkten und andererseits an der Lesefaulheit linker Feuilletonisten, denen die kompakten Welterklärungen der Alt-MGler zu lang und zu wenig bebildert sein dürften.

Vielleicht kam ja deshalb alles viel schlimmer. Ich meine nicht die Auslassungen eines »Jungle World«-Redakteurs, der sich im Lager der Kriegsgegner aus, naja: ästhetischen Gründen nicht wohl fühlt und der Handke wegen seines Engagements gegen den Krieg als Macho und Möchtegern-Clint-Eastwood beschimpfte (Stefan Ripplinger in »Jungle World« vom 28.4. und 19.5.). Ich meine die sich auf Kritische Theorie und Wertkritik stützenden Handke-Erledigungen, die Gerhard Scheit in KONKRET 7/99 und »Jungle World« (16.6.) vorgelegt hat. Scheit, den ich als Autor kluger und kritischer Essays geschätzt habe – und auch weiterhin schätzen möchte – , macht sich darin zum Vollstrecker eines neidvollen Verlierertums und nimmt damit eine Haltung ein, die bei den realen Verlierern, den gescheiterten Traditionslinken, verständlich wäre, bei einem kritischen Autor aber doch befremdet. Scheits zentraler Vorwurf an Handke lautet nämlich: Der Mann ist kein Marxist. »Handke hat sich nie um einen Begriff von der abstrakten Herrschaft des Kapitals bemüht und um kritische Theorie immer einen großen Bogen gemacht« (KONKRET). Wer hätte das gedacht.

Schon in jungen Jahren habe Handke »mit den französischen Dekonstruktivisten den gemeinsamen Nenner (gehabt), über den gemeinsamen Nenner der Gesellschaft, die jene Funktionsweisen (des durch Massenmedien und Sprachkonventionen gelenkten Blickes, H. P.) hervorbringt, zu schweigen: über die reale Abstraktion des Kapitals« (»Jungle World«). Das Nichtreden über etwas, das einen nicht interessiert, weil man es gar nicht kennt, als »Schweigen« – mit der impliziten Unterstellung der Vorsätzlichkeit – zu kennzeichnen, ist eine Sache. Eine andere ist die gar nicht mal so subtile Rache der Sprache: gemeinsamer Nenner einer Gesellschaft. Zeigt sich hier schon, daß der Kritiker sein Objekt verfehlt, wird dies erst recht deutlich, wenn er sich dem Inhalt des Einbaum-Stückes widmet: »Weil er sich nie die Mühe machte, die abstrakte Herrschaft des Kapitals zu begreifen, ist Handke, sobald er in Wut gerät ..., sofort bereit, sie zu personifizieren« (»Jungle World«). Wie ein Theaterautor allerdings ohne Personifizierung auskommen soll, darüber schweigt Scheit. Um der Gefahr einer durch Personifizierung abstrakter Prinzipien auftretenden Verdinglichung im Bewußtsein der Rezipienten Rechnung zu tragen, hatte Brecht seine »Lehrstücke« vorzugsweise in einem imaginären China angesiedelt – die Tschichen und Tschuchen in den *Rundköpfen und Spitzköpfen* tragen ihre heute auch an Jugoslawien gemahnenden Gegensätze in einem nicht sehr realen Spanien aus – , doch ums Personifizieren kam auch Brecht nicht herum.

Für Scheit aber steht Personifizierung bei Handke (»ontologisierende Abstraktion mit eigenem Konkretionswahn«) für die »Versuchung, eine Weltverschwörung zu phantasieren, die in ihrer Struktur der antisemitischen Projektion verwandt ist« (KONKRET). Gemeint ist hier die Darstellung der Journalisten-Meute als »Internationale« im Einbaum-Stück. Es bedarf aber keiner sehr intensiven Lektüre der Handkeschen Vorlage, um zu erkennen, daß die Gestaltung der »Internationalen« eine abstrahierende Zusammenfassung verschiedener Phänomene aus der Welt des menschenrechtlich engagierten Journalismus ist. So trägt der »Erste Internationale« Züge des amerikanischen Journalisten Mark Danner, der in Beiträgen wie »Amerika und der bosnische Genozid« im »New York Review of Books« seinen Beitrag zur antiserbischen Einstimmung der US-Öffentlichkeit leistete. Auszüge aus seinen Artikeln sind in den Monologen des »Ersten Internationalen« ebenso enthalten wie solche aus den Berichten seines britischen Kollegen Ed Vulliamy vom »Guardian«. Diesem war 1992 gemeinsam mit Penny Marshall vom britischen Nachrichtensender ITN der Coup einer Präsentation des angeblichen »serbischen KZ« Trnopolje gelungen. Die findigen Reporter hatten durch den Zaun eines Nachbargrundstücks Insassen eines Flüchtlingslagers gefilmt und so erfolgreich den Eindruck erweckt, nicht die Filmenden, sondern die Gefilmten befänden sich hinter Stacheldraht. Obwohl dieser Fake mehrfach aufgedeckt wurde – in Deutschland durch Thomas Deichmann (siehe KONKRET 3/97) – , gilt er bis heute als Beleg für »serbischen Faschismus«.

Die skrupellose Penny Marshall wiederum hat Handke in der »Zweiten Internationalen« abgeschildert. Aber nicht nur sie. Auch die »Zeit«-Auslandsredakteurin Constanze Stelzenmüller hat zur Gestaltung dieser Figur beigetragen. Aus ihrem in der »Zeit« veröffentlichten Porträt der inzwischen abgetretenen Chefanklägerin des Den-Haager UN-Kriegsverbrechertribunals wird in den Monologen der »Zweiten Internationalen« mehrfach zitiert. Den Terminus »Internationale«, der Scheits Verdacht einer – gar antisemitisch »strukturierten« – Verschwörungstheorie erregte, übernahm Handke von den OSZE-Vertretern, die im vergangenen Jahr die den »Bosniern« angeordneten Wahlen »überwachten«. Sie bezeichneten sich selbst als »Internationals«.

Auch alle anderen im Stück auftretenden Figuren sind abstrahierende Konstruktionen realer Personen oder Personengruppen. Keineswegs Personifizierungen unbegriffener, abstrakter Prinzipien, wie Scheit meint. So steht der »Grieche« für Autoren, die sich nicht dem Konformitätsdruck der Kriegsmedien beugten und deshalb mit Ächtung gestraft wurden. Der »Waldläufer« oder »Irrläufer« verkörpert einen im deutschen Knast wegen »Kriegsverbrechen« einsitzenden bosnischen Serben, der 1992 »dabeistand«, als 14 Moslems von Heckenschützen ermordet wurden. Am Beispiel dieses »Dabeistehers«, dem seine Inaktivität als Verbrechen ausgelegt wird, thematisiert Handke auch seine eigene Situation als ehemaliger »Elfenbeinturmbewohner«, die ja auch von Scheit in Anschlag gebracht wird. Mit der »Fellfrau« – das reale Vorbild war die von Handke aufgesuchte Verlobte des inhaftierten »Dabeistehers« – gestaltet der Autor tatsächlich eine Art Hoffnungsträgerin, aber ganz gewiß nicht im Scheitschen Verständnis, in welchem ihr »die alte romantische Frauenrolle der Erlöserin zufällt« (KONKRET). Sie fordert am Ende des Stückes zu einem neuen Aufbruch aus der in »Horden« zerfallenen Gesellschaft auf. Das Mittel zum Aufbruch soll der titelgebende »Einbaum« sein. Ein voluntaristischer Aufbruch in ein idealisiertes Vorher, in dem »Horden«, Krieg und Zerfall noch nicht dominierten – insofern in der Tat ein durchaus fragwürdiges Unternehmen. Aber bestimmt sucht Handke damit nicht »sein Heil in Ontologisierung und Nation«, erst recht nicht strebt er nach einem »Begriff von echter Heimat und wahrem Sein (im) Kriegsgebiet« (»Jungle World«). Man lese das Stück einmal auf der Suche nach den von Scheit vorgetragenen Anschuldigungen. Man wird sie nicht bestätigt finden.

Das betrifft auch die »Fahrt im Einbaum« selbst, die Scheit als »Umdeutung des Endes von Geschichte und Gesellschaft in den Ursprung einer Gemeinschaft« interpretiert, und gilt ebenso für seine Einschätzung, das »Wir« – von dem die »Fellfrau« sagt, es sei nur im »Halbschlaf« zu erreichen – »entpuppt sich als das serbische Volk« (»Jungle World«). Daß die zum »Wir« Vereinigten im Halbschlaf zur Fahrt im Einbaum sich einfinden, mag manchem absurd vorkommen. Er hätte damit mehr recht als der Kritiker, der »wir« liest und sogleich auf »erlösendes Wir« (Scheit) schließt. Für Handke trägt der Einbaum den Traum vom untergegangenen Jugoslawien, einem Land der »Einzelnen«, wie er es wiederholt im Stück von unterschiedlichen Figuren (nicht Personifizierungen) ausdrücken läßt.

Dieser Traum sollte, vor allem angesichts der niederträchtigen Mithilfe Deutschlands bei der realen Zerstörung Jugoslawiens, ernst genommen, diskutiert und kritisiert werden (soweit das mit Träumen eben geht). Die Fähigkeit zum Differenzieren ist aber eine basale Voraussetzung für Kritik. Die von Gerhard Scheit auf Peter Handke gemünzte Kritik aber erweist sich bei näherem Hinsehen als allgemeine Attacke gegen den Rest der Welt, der sich bis jetzt nie »die Mühe machte, die abstrakte Herrschaft des Kapitals zu begreifen«. Daß Scheit und ein paar Dutzend anderer Leute fleißiger waren, nützt uns nicht eben viel. Die Gleichung □Wer zu faul ist, die Realabstraktion des Kapitals zu durchschauen, neigt zur Personifizierung, ist also zumindest tendenziell Antisemit und damit Bestandteil des herrschenden Unheils□, ist dabei ja nicht falsch. Sie wird aber zur scholastischen Platitüde, wenn sie nicht nur die »Täter und Opfer« aus der beliebten Phrase vereint, sondern Krieger und Kriegsgegner in denselben Unterstand setzt, Bombardierer und Bombardierte in denselben Bunker und womöglich am Ende den Juden, der seine Weltkrieg-I-Orden mit nach Auschwitz nahm, in der SS-Wachstube Platz nehmen läßt, weil er sich auch »nie die Mühe machte«. Das ist die kalte Brutalität der Verlierer.

Konkret 08/99, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

filmtheater

Der General

Regie: John Boorman. Mit Brendan Gleeson, Adrian Dunbar. England 1998 (Arthaus); 123 Minuten; ab 29.7. im Kino

The Rise and Fall of Martin Cahill (Brendan Gleeson), populärer Krimineller und Opfer der IRA, hingerichtet am 17. August 1994 unter den Augen der Polizei auf offener Straße am hellichten Tag, eine wahre Geschichte. Mitte der neunziger Jahre ist die IRA auch nur eine der strukturellen Gewalten wie Kirche, Polizei, Justiz und Bank, jahrzehntelang verarscht und öffentlich blamiert von unserem Dubliner Volkshelden. Der trat medienwirksam auf als Repräsentant für nichts & niemand, General in eigener Sache, Grundeigentümer schließlich, verheiratet mit zwei Schwestern: fünf Kinder, kein Alkohol, kein Nikotin, keine Drogen, aber Sex. Das gefiel der Öffentlichkeit mehr, als dem politischen Klischee entsprach. Daß der General aus Gründen des Profits den gestohlenen Rubens an die Terroristen der protestantischen Ulster Volunteer Force (UVF) verkaufte, machte die Hehler von der IRA stocksauer. Ein Geschäft ist geplatzt. Die Konkurrenz tobt. Ein Schuß knallt. Von Ideologie ist nicht die Rede.

Wie erzählt man von einem, der Tod, Teufel, IRA und UVF nicht fürchtet? Balladesk, wohl doch. Drum sind lange, schöne Sequenzen auf Musik geschnitten, ganze Nummern, die stark nach Van Morrison klingen. Und weiter zum eigentlich Unamerikanischen am »General«. Autor John Boorman verflicht die Frauen, und das sind die verschwisterten Mütter, nicht in irgendwelche Beziehungen, das wären nach Mainstreamregeln nichts als Krisen. Nein, Martins beide Ehefrauen lächeln glücklich die zwei Stunden Film hindurch, und das tut gut.

Der Clou aber: Die volkstümlichen Moritaten des autonomen Generals sind zwar in Farbe gedreht, aber schwarzweiß kopiert worden, nicht ohne daß der reputierliche Dokumentar-Kameramann Seamus Deasy zuvor Extralicht gegen die Akteure gesetzt hätte, um Konturen zu schaffen. Cinemascope schwarzweiß. Das hat etwas von den grafischen sechziger Jahren, mit denen der Film beginnt, wenn Bub Martin die Kunst des Ladendiebstahls erlernt. Die Bildkontraste passen wiederum zur Filmmusik und überhaupt zur Bilderbogen-Dramaturgie des Films. Klassisch ist »Der General« von 1998 bereits jetzt – und aufreizend unmodern.

Gloria

Regie: Sidney Lumet. Mit Sharon Stone, George C. Scott. USA 1999 (Constantin); 108 Minuten; ab 5.8. im Kino

Sharon Stone (»Basic Instinct«) hat den kalten blauen Blick, zu dem die exquisiten Blautöne der Inneneinrichtung passen. Da sich auf ihren Zügen nichts abmalt, hat man Muße, den Ansatz zum Doppelkinn zu studieren. Damit man ihr glaubt, daß in ihrer Brust ein Kampf zwischen gut (Mutterinstinkt) und Böse (Ganovenbraut) tobt, setzt sie sich in eine Limousine und fährt vor und zurück, vor und zurück und dann, auf dem Höhepunkt, quer über den frisch gemähten College-Rasen. Auch verkleidet sie sich ganz häufig, weil sie vor den Kidnappern auf der Flucht ist. Da sie im Film die einzige Frau ist, die Mini trägt, sind ihre wirklich schönen Beine auch im belebten Community Park sofort zu erkennen. Ey, da ist sie wieder! Sharon Stone ist ein Star und spielt wie ein Star, ganz ernsthaft. Das ist irgendwie schon wieder komisch, wie sie sich als hochgestylter Fremdkörper in den Straßen New Yorks bewegt. Denn das ist bewährter Stil des Alt-Regisseurs Sidney Lumet (75), ohne Studio und Komparsen unters Volks zu gehen, die Schauspieler mischen sich dazwischen, ein einziger Take, und das war's. Im »Gloria«-Film von 1999 sind die realistischen Veteranen (Kamera: David Watkin, Kostüm: Dona Granata, Schnitt: Tom Swartwout) stärker als die Schauspieler in der Blüte ihrer Jugend. Deswegen bringen die Großaufnahmen nichts; um so leerer bleibt das Gesicht des siebenjährigen Gekidnappten. Es sieht so aus, als ob ihn der Film nichts anginge. Warum sollten dann wir?

Die Handlung erzähle ich nicht. John Cassavetes hatte sie 1980 verfilmt. Die Hauptrolle der gleichnamigen »Gloria« hatte Gena Rowlands gespielt. Sie ist die einzige, die wahre Gloria, und sie ist es, die wir nicht vergessen wollen.

Tief wie der Ozean

Regie: Ulu Grosbard. Mit Michelle Pfeiffer, Treat Williams, Whoopi Goldberg. USA 1999 (Constantin); 105 Minuten; ab 12.8. im Kino

Werte werden gesucht. Wer findet sie? Für die gute, alte Art braucht es einen Regie-Veteranen. Ulu Grosbard, 70, verfilmt den Bestseller als großes, altmodisches Drama. Geschrieben hat ihn Jacquelyn Mitchard, Mutter von fünf Kindern. Die Hauptrolle spielt Michele Pfeiffer, Mutter von drei Kindern. Eins wird entführt. Die Täterin ist psychisch krank. Die Mutter kriegt in der Großaufnahme das rechte Augenlid nur verzögert hoch (echt) und verfällt in eine reaktive Depression

(gespielt). Das ginge alles ziemlich straight und einszueins ab, wenn nicht drei Dinge passierten. Erstens hatte die Mutter noch eben rechtzeitig Fingerabdrücke vom Dreijährigen nehmen lassen, zweitens entpuppt sich nach neun Jahren der Nachbarsjunge als ihr Kind (Schicksal!), drittens kann Whoopi Goldberg damit beweisen, wer die richtige Mutter ist, wodurch sie, viertens nun doch, der Mutter außerdem offen sagen kann, wie vierfach determiniert sie doch ist: »Ich bin schwarz, Frau, Kriminalbeamtin und lesbisch.« – »Echte Kerle brauchen Gummibärchen«, damit lächelt sie der Mutter voll ins Gesicht, dann teilen sie Süßigkeit und Freundschaft, und was ist nun mit dem entführten Kind? Das kann nicht gutgehen. In welcher Familie wird der Bub bleiben? Die neun Jahre woanders waren gar nicht schlecht gewesen. Spannung! Drama! Aber auf eventuell gar filmklassische Weise ohne das im Genre aktuelle Rumgekitsche.

Star Wars: Episode I, Die dunkle Bedrohung

Regie: George Lucas. Mit Liam Neeson, Ewan McGregor. USA 1999 (Fox); 132 Minuten; ab 19.8. im Kino

Keine drei Minuten, und dann geht's los mit dem Kampfdroidenkillen. Der linkische Goofy-Typ macht einen platt; mit beiden Füßen springt er auf ihm herum, bis die Mechanik herausquillt. Das ist zum Lachen, aber obendrein korrekt, denn die Invasoren wollen im Namen der Föderation, die nicht die Nato ist, eine Königin, die nicht Milosevic ist, dazu zwingen, einen Handelsvertrag zu unterschreiben, der den Staat fremden Mächten ausliefert. 132 Minuten lang: keine Unterschrift. Aber Krieg! Auf Erden! Das mit den Sternen können wir vergessen. Statt dessen wird eine Unterwasserkamera eingesetzt, um die Abenteuerfahrt durch den Erdkern (?!) zu filmen.

Wir sind in biblischen Zeiten. Mutter Skywalker hat den Erwählten irgendwie von einem hl. Jedi-Geist empfangen: »Ich kann mir nicht erklären, was geschehen ist«, sagt sie bedeutungsvoll – und sorgt bei den Ungläubigen im Kino für den größten Lacher, während der erwählte Bub zweispännig wie Ben Hur beim Wagenrennen mitmacht, Pferdestärken statt Pferde an den Zügeln. Was haben wir noch für Kinomythen? Alle: vom Western bis zu Gotham City, und am Zuschauer liegt es, was er damit anfängt. »Deine Wahrnehmung bestimmt deine Realität«, spricht der alte Jedi-Ritter. Ich nahm wahr: Too much, George Lucas. Gott und die Welt, alles da, alles angetippt, names gedroppt, alles gleich weit weg, im kunterbunten Allerlei schnell langweilig. Einigermaßen peinlich dann die eingestreuten Flapsereien und Moderatorenspäße. Nein, die bringen's nicht.

Die »Episode I« reicht allenfalls als Bibel für Kinder und Handke. Hatte der denn nicht beim Krieg der Natoföderation gegen die Milosevickönigin von Aliens gesprochen, eben von den Ausländern, die plattgemacht gehören? Daß Lucas das westliche Verteidigungsbündnis nicht wirklich als dunkle Bedrohung darstellen wollte, schert mich einen feuchten Kehricht. Denn ich habe gelernt: Was ich wahrnehme, das ist wahr. Ich bin so frei.

Konkret 08/99, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Der Bänker und die Kanzlerswitwe
Oder: Die Entfremdung wird wieder Mensch

Der Bänker und die Kanzlerswitwe
Sehn sich beim Galaempfang
Und wie der Stein vom Herzen
Soo fällt bei den beiden der Zwang

Beim Bänker das Hausfraunkostabo
Und bei der Kanzlerswitwe das Weh
Als Folge des vielen Wachens
Am Grabe von Willy B.

Der Bänker küßt der Kanzlers
witwe gelerntgalant
Zunächst mit den Anstandslippen
Die ihm hingehaltene Hand

Doch gleich darauf da spürt er
Des Hafers berüchtigten Stich
Und er reißt hinter einer Säule
Ihren Blutbuchenmund an sich

Beider vortragsgeübte Zungen
Umottern und -nattern sich
Denn nun ist auch sie geliefert
Aufgrund von des Hafers Stich

Und sie schieben sich aus der Halle
Hinaus in den nächtlichen Park
Und sie ist schon feucht wie Hakle
Und er wie zehn Russen so stark

Und er spricht: Ich will dich nageln
Im Stehn an der Birke dort
Und sie widerspricht seinem Wunsche
Mit keinem einzigen Wort

Und er bollert sie gegen die Birke
Und er schiebt ihr Myakekleid
Über ihre mondbleichen Kniee

In etwa vier fünf Handbreit
Und er löst des Bossbeinkleids Gürtel
Gegerbt aus Waranenhaut
Und sie die schon viel gesehen
Hat soo was noch nie geschaut

Das ist bei Gott keine Erdnuß
Das ist eines Reittiers Gemächt
Und sie stammelt begreiflicherweise
Ergriffen: Nicht schlecht Herr Specht

Und es nimmt die Kanzlerswitwe
Arsch nackicht an Birkes Stamm
Der Bänker wie soo wohl ein Bänker
Eine Kanzlerswitwe nie nahm

Und er hackt sie wie Petersilie
Und wie Schalotten für das Mett
Und die schneeweiße Rinde der Birke
Ist ihr beider senkrechtes Bett

Und es schreit die Kanzlerswitwe
Entschlossen enthemmt enteist
Wie am Spieß bei jedem Stoß den
Der Bänker ihr überweist

Und vor Neid erblassen die Sterne
Und van Gogh rotiert an der Wand
Und es fleht die Birke den Herrn an
Um Beistand für ihren Bestand

Und dieser GAGV* im Freien
Ist die Antithese zum Klacks
Dies beschwören die Augenzeugen
Norbert Nickey und Daisy Dachs

Und es dauert fast ein Äonchen
Bis der Bänker endlich entlädt
Im Döschen der Kanzlerswitwe
Seine bleiweiße Lektrizität

Mit kakophonischem Jodler
Gibt der Bänker sein Bestes preis
Und die Kanzlerswitwe wähnt sich
The queen of paradise

Und sie stürzen befriedigt nieder
Zu Füßen der Birke im Park
Und ist sie nun feuchter wie Hakle
So ist er nun wie Muckefuck stark

Ja sie haben sich gesehen
Und gefunden beim Galaempfang
Und seither sind sie als Päärchen
Verbunden im Freisein von Zwang

Er vom Zuhausessenmüssen
Sie vom Wachen am Grab Willy B.s
Das Schicksal, sonst eine Drecksau
Hier war es mal generös

*Größter Anzunehmender Geschlechts Verkehr

Lieber Gerhard Henschel, lieber KONKRET-Kamerad. Wie Sie erinnern, bestellte ich Sie und Ihre schöne Lebensgefährtin Berit am Abend des 8. Juli auf den Gänsemarkt zu Hamburg, wo ich auf Einladung des hiesigen Literaturhauses an einem Lyrikwettbewerb namens »Poesie kommt in die Stadt!« theilnahm. Ich bat Sie, mich mit meiner kleinen »Leica« in jenem Augenblick zu fotografieren, da ich den Ersten oder wenigstens einen der ersten drei Preise, nämlich einen Luxusfüllfederhalter der Marke »Montblanc«, gewonnen haben würde. Indes fielen meine »Reflexion Römisch eins im russischen Dampfbad« und das »Bonbongesponsorte Fragezeichen zur Zeit«, beides Stücke von unüberhörbarem Furor poeticus, einer Jury von Journalisten, die sich die Stirn nahm, mir von dreißig denkbaren Punkten (am heftig begeisterten Publikum vorbei) gradma lausige dreizehn zu gewähren, zum Opfer. Lassen Sie mich Ihnen für Ihren untigen unmittelbar vor meiner von Unverstand verursachten Niederlage entstandnen Schnappschuß auf diesem Wege herzlich danken. Mit besten Grüßen auch an Ihre Berit herzlichst Ihr Hotte T.

Konkret 08/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wenn der mächtigste Mann der Welt kommt, schickt die größte Zeitung der westlichen Welt ihren gewandtesten Mann von Welt, und wer könnte das in der prollsten Redaktion von Welt anderes sein als ein Herr vom Adel, weshalb tags darauf ein Mainhardt Graf Nayhauß der Welt kund und zu wissen tutet, was höchstdort sich begeben:

Wir sind 20 Gäste, darunter drei Kollegen. Bill und Hillary kommen im Geländewagen.

Warum? Weil drei Kollegen von der Presse genügen, einen Sumpf zu bilden.

Er trägt nichtsdestotrotz einen dunkelblauen Anzug, sie schwarzen Blazer mit goldener Brosche, dazu ein Seidentuch mit Pastellfarben. Der Kanzler stellt die Gäste vor. Mit »Tagesthemen«-Moderator Uli Wickert bin ich als vorletzter dran. Clintons Händedruck ist fest.

Wie Monica gesagt hat.

»Nice to see you, Sir«, sagt er und redet sich, während Drinks gereicht werden, die nächste halbe Stunde bei uns fest.

Im sumpfigen Gelände. Wie wird er wieder loskommen? Es gluckert der Sumpf:

Wickert zeigt auf das Siebengebirge: »Nach einer alten deutschen Sage tötete dort Siegfried den Drachen.« Clintons hellblaue Augen, die den Frauen den Kopf verdrehen

und zwar, wie man aus diversen Untersuchungsausschüssen weiß, nach unten,

leuchten auf. »Wirklich? Ich habe das schon als Fünfjähriger gespielt!« Ich: »Siegfried oder den Drachen?«

Der Präsident versteht die galante Anspielung auf die Frau Gemahlin nicht miß, sondern:

Er lacht, verpaßt mir einen freundschaftlichen Stupser. »Nein, die Platten!«

Auf denen Siegfried den Roy tötet? Beziehungsweise Wagner die Nerven?

»Am liebsten hätte ich Musik in Paris studiert, weil dort Jazz und Klassik gelehrt wurden.« Er schwärmt von Beethoven. »Für mich der Größte.« – »Nicht Mozart?« – »Ist mir zu romantisch. Es gibt einen amerikanischen Komiker, der hat den Gag drauf: Wenn ich Mozart wäre, wäre ich schon zwei Jahre tot.« Wolfgang Amadeus Mozart starb mit 35 (1756 – 1791).

Man weiß ja, wie man regiert und informiert wird, und will doch nicht alles wissen. Nichts von einem Musikfreak, der Mozart *too romantic* findet, nichts von von einem Reporter, der Tom Lehrer für eine Art Harald Schmidt hält (aber vielleicht war es ja der Beethovenschwärmer selber, der Lehrers Pointe »It's a sobering fact, that when Mozart was my age, he had been dead for five years« vermasselt hat). Sollen sie meinetwegen Kriege anfangen, Renten kürzen, Arbeitslose schikanieren, das Blaue vom Himmel lügen – wenn sie bloß aufhörten zu plaudern.

Die grüne Pazifistin Annelie Buntenbach, die fast so fundamental gegen den Krieg ist wie für den grünen Außenminister, der ihn führt, hat einen Kollegen vom anderen Flügel im Verdacht, ihr an die Diäten zu wollen:

Metzger wittert Morgenluft,

klagt sie der »Frankfurter Allgemeinen«, will damit aber nicht sagen, daß Metzger, wie der Geist von Hamlets Vater, Licht am Ende der Gespensterstunde sieht und also sein Verschwinden ankündigt, sondern das Gegenteil. Die Zeitung für die Landsleute, wo Abitur haben, muß ihr da beipflichten:

Soweit können die Realos tatsächlich Morgenluft wittern.

Denn fünfzig Jahre BRD ließen sich auch schreiben als die Geschichte vom endlosen Endsieg deutscher Politik und, nun ja: deutscher Leitartikel über W. Shakespeare. Oder sagen wir: hundert Jahre, denn schon im ersten ihrer großen Kriege drehte ihr Kriegsherr den Spieß gegen den Dichter des perfiden Albion herum:

Schon gestern habe ich in der Umgebung von Verdun eure Kameraden gesprochen und gesehen, und da war es wie eine Witterung von Morgenluft, die durch die Gemüter ging.

Genau so ist es dann auch gekommen, nachdem Wilhelm der Realo die Morgenluft »mit eiserner Faust und blitzendem Schwert«, nämlich ein paar Tonnen Gelbkreuzgranaten, angereichert hatte. Daß der Gastod im chlorreichen Feldzug seine Ursache in der heroischen Metapher hatte, wurde zum ersten Mal im »Weltgericht« von Karl Kraus beschrieben, wo auch der den Grünen heute so liebe Ruf, daß »Kragujefaz eropaat« sei, verzeichnet ist. Damit man aber merkt, wie schnell die

Zeit vergeht bzw. nicht vergangen ist, gibt die dümmste Zeitung der westlichen Welt der Meldung, daß China »der Welt mit dem Bau der Neutronenbombe droht«, den Titel:

Säbelrasseln in Peking

Da hilft nicht einmal die Neutronenbombe, die zwar Redakteure verdampfen kann, aber nicht ihre ewigen Phrasen.

Über andere Unbill klagt Hubertus Grass, Geschäftsführer der sächsischen Grünen:

Wir hatten uns Rückenwind erhofft, nun bläst er uns ins Gesicht.

Der Rückenwind. Biologisch dynamisch. Puh.

In jeder Redaktion sitzen jetzt ein paar Dutzend Geschwister Scholl, und so muß sich das »Hamburger Abendblatt« angesichts des Marko Milosevic, Sprößling des Balkanhitlers, vor Ekel schütteln:

Der Präsidentensohn mit dem Faible für schnelle Autos und hübsche Frauen ...

So ein Schwein. Wo doch jeder anständige Redakteur des Blattes sich nichts sehnlicher wünscht als einen gebrauchten Lada und eine Friseuse aus Pinneberg. Ein kleiner Trost: den meisten, und ganz gewiß dem zitierten Autoren, ist der Wunsch in Erfüllung gegangen.

Die Präsidentin des Evangelischen Kirchentages mit dem angemessenen Namen Margot Käßmann konnte zum Krieg im Kosovo nicht länger schweigen. Warum? Weil

es Situationen gibt, in denen man nicht schweigen kann.

Ich werde Pazifist.

Im »Neuen Deutschland« verspricht eine Brigitte Struzyk »Sprachlosigkeit durch Krieg«, aber gegen sie ist die Käßmann ein schweigendes Grab:

In die Designermäntel der Geschichte gehüllt, wurden die Mäntel des Schweigens – immerhin Kleidungsstücke mit einem Schamsaum – von den anstelligen Machtfischern in den Vorzimmern der Schaltzentralen abgegeben.

Dafür müßte ein internationaler Strafgerichtshof eingesetzt werden.

Die »Tageszeitung« versteht die Welt schon wieder nicht:

Obwohl es in Serbien keine offene Zensur gibt, stehen die Zeitungen weiterhin treu zum Milosevic-Regime.

Die »Tageszeitung« erklärt sich die Welt:

Da sich selbst regimekritische Journalisten mit der Wahrheit schwer tun, hat das Regime bislang keinerlei Mühe, den Medienmarkt voll zu kontrollieren.

Ein Regime, das keine Zensur braucht, weil die Regimekritiker auch ohne Zensur nicht schreiben wie der Rathfelder – das ist infam. Und so sucht man in ganz Serbien vergebens nach einer Zeitung, die den Satz enthält:

Die Wunde soll klaffen, denn ein Sinn von Geschichte ist das Erinnern für die Zukunft.

Die Zeitungen stehen nämlich weiterhin treu zum Milosevic-Regime.

Von wannen aber klafft uns dies?:

OSTinWEST ist das erste und einzige aktuelle Nachrichtenmagazin, daß Sie ausschließlich über das Geschehen in den GUS-Staaten, im Baltikum und in der Ukraine informiert.

Scheint eine Gründung ehemaliger »Taz«-Redakteure zu sein, daß da.

Was macht eigentlich der Wallraff? Er ordnet seine Biographie für die Geschichte, in Interviews, diesmal mit der »Neuen Zürcher Zeitung«:

Dank meiner Bücher wurden Mißstände

beseitigt? Fast:

zu einem öffentlichen Thema. Viele schreiben mir, meine Bücher hätten ihnen Mut gemacht. Meine Bücher lesen sich stellenweise als reinste Realsatire.

Was machen Sie heute?

Ich schreibe ein Buch mit dem Arbeitstitel: »Wer bin ich denn.«

Wer schreibt mich denn?

Spät kommt er, der sächsische Landesverband der NPD, aber er kommt:

Die DDR war das bessere Deutschland.

Der Biermann hat das schon 1976 gewußt.